



INTELLIGENZ

Schuf eine kleine
Mutation den Menschen?

AMAZON

Aufstand gegen
den Giganten

KINDER

Wenn Corona
das Herz angreift

Der Erbeschleicher

Warum **MARKUS SÖDER** plötzlich
beste Chancen auf die Merkel-Nachfolge hat

BeNeLux € 6,60 Finnland € 8,50 Griechenland € 7,30 Norwegen NOK 89,- Polen (ISSN00387452) ZL 34,- Portugal (cont) € 6,90 Österreich € 6,20 Slowakei € 7,- Slowweiz sfr 8,10 Spanien/Kanaren € 7,20 Ungarn Ft 2750,- Printed in Germany

Der neue GLA. Jetzt bei uns Probe fahren.

Gedacht für die Wildnis. Gemacht für Euch.

Mehr erfahren unter

www.mercedes-benz.de/der-neue-gla



JETZT ONLINE KAUFEN

WWW.MERCEDES-BENZ.DE/DEINSTORE



WARENPOST

Ein Produkt der Deutschen Post

EINFACH KLEINE WAREN GÜNSTIG VERSENDEN.

MIT DER WARENPOST GEHT DAS.

Beim Versand kleiner Waren ist jetzt mehr drin – sowohl für Sie als auch für Ihre Kunden. Denn mit der neuen Warenpost kommen Ihre Sendungen schnell und günstig und durch zusätzliche Empfängerservices auch ganz nach Kundenwunsch an.

Mehr erfahren Sie unter [dhl.de/warenpost](https://www.dhl.de/warenpost)

- Zustellung i.d.R. am nächsten Tag
- Empfängerservices auswählen
- Sendung verfolgen



DHL

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Forensik, Kühnert



Söder, Clauß bei Empfang in München

Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern, Vorsitzender der CSU, möglicherweise bald auch Kanzlerkandidat der Union, ist bekannt als ein Politiker, den die Lust an der Macht antreibt. Er ist auch bekannt als jemand, der seine Gesprächspartner gern auf die Probe stellt. Zu seinen Prüfungen gehört es, vor Journalisten mit Kaffeebechern zu erscheinen, auf denen Superhelden zu sehen sind. Der unglaubliche Hulk etwa oder Spider-Man. »Diese Kaffeebecher benutzt Söder nicht zufällig«, sagt Anna Clauß,

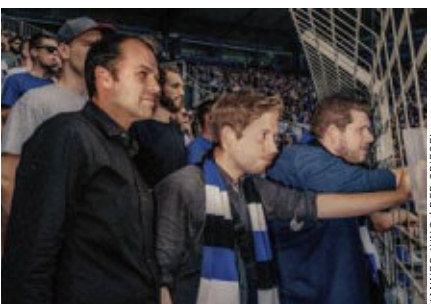
SPIEGEL-Redakteurin in München, die Söders politische Karriere seit Langem begleitet, »es ist ein Stöckchen, das er uns Journalisten hinhält, um zu sehen, ob wir drüberspringen, ob wir die Tassen in unseren Artikeln erwähnen.« Söder möchte sein Image, so gut es geht, selbst bestimmen, deshalb erwähnt er auch nicht, dass sich in den Kaffeebechern oft gar kein Kaffee befindet, sondern Cola, die Söder häufig und gern trinkt. Clauß: »Als bayerischer Landesvater mit einem Softdrink, made in America, fotografiert zu werden, das ist etwas, was Söder vermeiden möchte.« Die Titelseite über Söder, den Kraftprotz der deutschen Politik, beginnt auf **Seite 14**.

Wann darf, wann muss ein psychisch kranker Straftäter eingesperrt, wann darf, wann muss er wieder entlassen werden aus der geschlossenen Psychiatrie? Bruno Schrep, langjähriger SPIEGEL-Reporter, hat im Bezirksklinikum Ansbach Antworten auf diese Fragen gesucht. Er hat mehrere Tage in der geschlossenen Abteilung verbracht, mit Ärzten, Pflegern und Insassen gesprochen. Er traf Menschen, die seit Jahrzehnten eingesperrt sind, die keinen Kontakt mehr zu ihrer Familie, zu Freunden haben. Manche hatten sich mit der Ausweglosigkeit ihrer Situation arrangiert, andere kämpften verzweifelt vor Gericht um ihre Freiheit. Vor den Gesprächen mit Insassen bekam Schrep immer ein Handy mit einem Notfallknopf, für den Fall, dass einer der Gefangenen handgreiflich werden würde. Schrep: »Ich habe mich nicht ein einziges Mal bedroht gefühlt.« **Seite 50**



Schrep

Der Juso-Chef und stellvertretende SPD-Vorsitzende Kevin Kühnert ist besessener Fußballfan und verteilt seine Leidenschaft auf gleich drei Vereine: Tennis Borussia Berlin, den FC Bayern München und Arminia Bielefeld – eine außergewöhnliche Mischung. SPIEGEL-Autor Marc Hujer wollte am Beispiel von Kühnert beschreiben, wie man zum Fan wird, und geplant war, Kühnert zu je einem Heimspiel seiner drei Vereine zu begleiten. Wegen der Corona-Pandemie schafften es die beiden nur zu Arminia Bielefeld. Aber wie sich herausstellen sollte, war Bielefeld für Kühnert in



Hujer, Kühnert in Bielefeld

dieser Saison ohnehin die wichtigste Station. Bis zuletzt zweifelte Kühnert am Aufstieg Bielefelds und stellte damit einmal mehr unter Beweis, dass er ein echter Fan ist. Denn zur geschundenen Psyche des Fans zählt, dass er selbst im Moment größten Glücks noch an ein Scheitern denkt. Als Hujer kurz vor Saisonende Kühnert noch einmal in dessen Berliner Stammkneipe traf und ihm zum Erfolg seiner drei Vereine gratulieren wollte, wehrte Kühnert ab: »Bielefeld«, sagte er, »ist erst zu 80 Prozent aufgestiegen.« **Seite 100**

Der KÖNIG der SPIIONE

Auch als E-BOOK und HÖRBUCH-DOWNLOAD erhältlich



320 Seiten mit Abbildungen, gebunden · € 20,00 (D)

Er nannte sich Murat Cem. Doch in den Akten heißt er nur VP01. Der Mann, der lange Zeit der wohl beste und wichtigste V-Mann Deutschlands war, blieb stets ein Phantom. Im verdeckten Einsatz für die Polizei überführte Murat Cem nicht nur Drogen- und Waffenhändler. Er klärte Morde auf und wurde zur wichtigsten Polizei-Quelle in der deutschen Islamistszene. Seine Warnungen vor Anis Amri verhallten ungehört: Es kam zum Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz. Die Polizei wollte ihren Zuträger kaltstellen, doch jetzt packt Murat Cem aus.

Inhalt

74. Jahrgang | Heft 29 | 11. Juli 2020

Titel

Macht Der Kraftprotz – wie Markus Söder Kanzler werden könnte **14**

Deutschland

Leitartikel Mit der Debatte um die Frauenquote blufft die CDU nur **10**

Tauziehen um Iran-Sanktionen / Aus für Jagd mit Blei? / Warum Badeurlaub für immer mehr Kinder gefährlich wird / Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Simpler Staat ... **22**

Finanzen Große Sause statt Schuldenbremse – mehrere Bundesländer nutzen die Krise für neue Milliardenkredite **28**

Ferien Welche Reisen haben deutsche Politiker geprägt? Acht Erzählungen **32**

Europa Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel über das Ringen um die EU-Billionen **36**

Strafjustiz Die irre Gedankenwelt des Mannes, der den Arzt Fritz von Weizsäcker ermordete **38**

Karrieren Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber ist von der Politik enttäuscht – und setzt nun auf Glück **44**

Sicherheit SPD blockiert Abwehr von Hackerangriffen **47**

Religion Die evangelische Kirche ringt mit der Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs **48**

Schicksale Wie Straftäter in der geschlossenen Psychiatrie leben und auf ihre Rückkehr in die Freiheit hoffen ... **50**



LUKAS BARTH-TUTTA S / EPA-EEF / SHUTTERSTOCK

Kann Söder auch Kanzlerin?

Vor der Coronakrise war es kaum denkbar, aber jetzt scheint es möglich, dass Markus Söder Angela Merkel beerbt. Fraglich ist nur, ob der Bayer mit dem brachialen Ehrgeiz für das Amt taugt. **Seite 14**



SEBASTIAN KAHNERT / DPA

Aufstand gegen Amazon

Kaum ein Unternehmen profitiert so von der Krise wie der Shoppingkonzern. Doch mit dem Erfolg wächst der Widerstand gegen die Macht der Amerikaner – und das Geschäftsmodell, in dem der Kunde alles ist, aber alle anderen nichts sind. **Seite 68**

Revolutionäre Auferstanden aus Ruinen – die FDJ lebt wieder, zumindest ein bisschen **55**

Reporter

Familienalbum / Ist mein Zuhause eine Todesfalle? ... **56**

Eine Meldung und ihre Geschichte Warum ein Brite seine Tapferkeitsmedaille versteigern ließ **57**

Normalität Vor fünf Jahren sagte Angela Merkel: »Wir schaffen das« – haben wir es geschafft? Ein Besuch in Haßloch **58**

Kolumne Leitkultur **63**

Wirtschaft

SPD will IT-Ausrüster im Bundessicherheitsrat überprüfen lassen / Galeria Karstadt Kaufhof schließt weniger Filialen als geplant **66**

Handel Amazon hat seine Marktmacht in der Pandemie noch ausgeweitet, aber nun wächst der Widerstand gegen den Konzern **68**

Skandale Bei dubiosen Geschäften auf den Philippinen und in Singapur konnte Wirecard auf Ex-Mitarbeiter setzen **74**

Konjunktur SPIEGEL-Gespräch mit Ifo-Chef Clemens Fuest über die Gefahr einer Staatswirtschaft **76**

Sozialstaat Hartz-IV-Empfänger sollen ein klein wenig mehr Geld bekommen – das ganze System sei aber Murks, sagen Kritiker **80**

Ausland

Corona-Hilfsgelder in Italien / Staudamm-Streit zwischen Äthiopien und Ägypten 82

Geopolitik Staaten wie Russland oder die Türkei setzen skrupellos Söldnerbanden ein 84

Essay Wie Deutschland und Europa auf Chinas Machtdemonstration in Hongkong reagieren sollten 88

USA Donald Trumps ehemaliger Strippenzieher Mike Davis erklärt, warum die Wahl für den Präsidenten doch noch zu gewinnen ist 90

Schicksale Der Fall einer Adoptivtochter rüttelt Südkorea auf 94

Sport

Corona-Opfer in amerikanischen Profiligen / Gut zu wissen: Warum verstößt der Leichtathletikverband gegen Menschenrechte? 99

Fußball Die verrückte Fanleidenschaft des Jusochefs Kevin Kühnert 100

Boxen Der Bochumer Agit Kabayel war kurz davor, kriminell zu werden, jetzt hat er Chancen auf einen WM-Kampf 104

Wissen

Blick in die Steinzeitküche / Warum die Zahl der Fahrradunfälle steigt / Analyse: In Deutschland leben viele unbekannte Tierarten – eine Gefahr für die Umwelt 106

Evolution Haben deutsche Forscher das Rätsel der Menschwerdung gelöst? ... 108



ABDULLAH DOMA / AFP

Das Sterben der anderen

Immer öfter setzen Staaten wie Russland oder die Türkei Söldnertruppen ein. Die Kriegführung ändert sich dadurch massiv. Und für die Profikrieger wird das Töten zum Alltagsgeschäft. **Seite 84**

Regeln des Erfolgs

Welcher Forscher erhält einen Nobelpreis? Welcher Firmengründer schafft den Durchbruch? Welcher Künstler wird berühmt? Ein Physiker hat die Regeln des Erfolgs berechnet – mit teils erstaunlichen Ergebnissen. **Seite 114**



SOMMERHAUS / EONE GERMANY

Der Teufelskerl

Mal spielt er einen Banker, mal einen Anti-Aggressions-Trainer, mal einen Gesandten der Hölle: Albrecht Schuch gilt als einer der besten Schauspieler Deutschlands. Jetzt ist er in dem Film »Berlin Alexanderplatz« zu sehen. **Seite 124**

Ernährung Die angeblich gesunden Omega-3-Fettsäuren können krank machen 111

Protokoll Wenn das Coronavirus das Herz von Kindern angreift – ein Oberarzt berichtet 112

Datenanalysen Ein Physiker glaubt, die Formel des Erfolgs gefunden zu haben 114

Kultur

Die Florentiner Uffizien auf TikTok / Neues Album von Jarvis Cocker / Ambitionierter Umbau der Poste du Louvre in Paris ... 116

Zeitgeist Bedroht die US-amerikanische »Cancel Culture« die Meinungsfreiheit? 118

Der Autor Daniel Kehlmann über die Debatte zur Identitätskultur in Deutschland und den USA 122

Kino Albrecht Schuch gilt als großes Talent des deutschen Films – jetzt ist er in »Berlin Alexanderplatz« zu sehen 124

Karrieren Fynn Kliemann hat als YouTuber, Musiker und Filmemacher Erfolg 128

Serienkritik »Stateless« auf Netflix 131

SPiegel-TV-Programm 127

Bestseller 130

Impressum, Leserservice ... 132

Nachrufe 133

Personalien 134

Briefe 136

Hohlspiegel / Rückspiegel ... 138



T H E n

PLUG-IN-HYBRID.

BMW 530e: Kraftstoffverbrauch in l/100 km (kombiniert): 1,8–1,7; CO₂-Emission in g/km (kombiniert): 42–39; Stromverbrauch in kWh/100 km (kombiniert): 14,8–13,7. Die offiziellen Angaben zu Kraftstoffverbrauch, CO₂-Emissionen und Stromverbrauch wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren VO (EU) 715/2007 in der jeweils geltenden Fassung ermittelt. Die Angaben berücksichtigen bei Spannbreiten Unterschiede in der gewählten Rad- und Reifengröße. Bei diesem Fahrzeug können für die Bemessung von Steuern und anderen fahrzeugbezogenen Abgaben, die (auch) auf den CO₂-Ausstoß abstellen, andere als die hier angegebenen Werte gelten. Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

e w

5

#joyelectrified by 

Petersilie am Tellerrand

Leitartikel Die CDU will eine Frauenquote einführen – aber das ist kaum mehr als ein Bluff. Die Altherrentruppe muss mehr wagen.

Zum 75. Geburtstag vor rund zwei Wochen gab es einen kurzen Moment der Einsicht bei der CDU. »Wir wissen: Wir haben die Zeichen der Zeit nicht immer gleich erkannt«, hieß es in dem Video, das sich die Partei zum Geburtstag schenkte. »Wir waren nicht immer an vorderster Front der Frauenbewegung«, steht da, weiß auf schwarz. Das kann man wohl sagen. »ABER«, geht es weiter, »als wir es begriffen haben, waren wir konsequent.« Dazu eine Fotomontage: Kanzlerin Angela Merkel, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerin Julia Klöckner und Staatssekretärin Monika Grütters.

Begriffen? Konsequent? Nun ja. Es stimmt, dass die CDU die erste Bundeskanzlerin und die erste Kommissionspräsidentin stellt. Es stimmt, dass die CDU die erste Partei ist, in der eine Frau den alleinigen Vorsitz an eine andere Frau weitergab. Drei erfolgreiche Frauen. Nur drei?

Diese Frauen sind zwar momentan mächtig, werden aber in der Partei eher wie Schaufensterpuppen vorgezeigt. Schaut, wir haben doch Frauen in prominenten Positionen. Damit muss es dann aber auch mal gut sein. In der Breite ist die CDU noch immer ein Männerladen.

Und bald auch wieder in der Spitze. Aktuell konkurrieren nur Männer um den Parteivorsitz. Der Frauenanteil unter den Mitgliedern dümpelt seit 30 Jahren um die 25 Prozent herum. Und von den 200 Parlamentariern im Bundestag sind nur 43 weiblich, also ein Fünftel, obwohl fast die Hälfte der Kandidaten Frauen waren. Doch die Männer bekamen die guten Listenplätze und die aussichtsreichen Wahlkreise für die Direktmandate.

Bei den Parteivorderen gibt es zwar ein paar Einsichtige: Sie fordern, dass die Partei weiblicher und diverser werden müsse. Immerhin wählen mehr Frauen als Männer die CDU, doch es sind vor allem ältere. Zukunftsfest ist das nicht. Wenn nicht aus Gründen der Gleichberechtigung, müsste sich die Partei schon aus strategischen Überlegungen anstrengen, Frauen besser anzusprechen.

Diese Woche hat die Satzungskommission endlich beschlossen, Frauenquoten einzuführen, bei Vorständen bis hinunter zu den Kreisen oder bei Listenaufstellungen. In fünf Jahren will man bei 50 Prozent angekommen sein. Klingt gut, doch in den nächtlichen Verhandlungen wurden

jede Menge Schlupflöcher eingebaut. Es geht nicht um Wahlen von Vorsitzenden, und wenn nicht genügend Frauen antreten, bleibt der Stuhl leer. Sanktionen gibt es nicht, bei den Listen ist es ein »soll«, kein »muss«. Vor allem aber gibt es keine Regelung für die Direktmandate, die bei der CDU wichtig sind, da sie viele Wahlkreise gewinnt. Das Ganze ist also kaum mehr als ein Bluff.

Und selbst dieser seichte Kompromiss wurde sofort als überflüssig kritisiert. Zudem ist es mehr als fraglich, ob er vom Parteitag gebilligt wird. Bisherige Vorstöße scheiterten oder wurden verwässert, auch bei der CSU.

So wirkt der Kompromiss nur wie Deko-Petersilie am Tellerrand: was fürs Auge, aber mit bitterem Beigeschmack, wenn man länger darauf herumkaut. Das aber darf nicht der Anspruch einer Partei sein, die sich als »Volkspartei der Mitte« bezeichnet und die gesamte Gesellschaft repräsentieren will.

Dagegen könnte man argumentieren, dass eine Partei nicht besser sein muss als der Rest der Gesellschaft. Wenn sich die Frauen nicht engagieren, dann sind sie selbst schuld. Mal davon abgesehen, dass man bei diesem Argument das Gefühl bekommt, rund 30 Jahre in der Zeit zurückgefallen zu sein, ist das Gegenteil der Fall: Parteien und Politiker müssen Vorbilder sein. Sie sollten das umsetzen, was das Grundgesetz ihnen aufträgt – und was sie auch von Bürgern und Unternehmen einfordern. Oder zumindest, was die von ihnen gebil-

dete Regierung diese Woche in der »nationalen Gleichstellungsstrategie« als Ziel benennt – die »gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Parlamenten auf allen Ebenen«.

Wie wichtig eine starke Repräsentation der Frauen ist, zeigte sich besonders deutlich zu Beginn der Coronakrise, in der sie die Hauptlast der Familienarbeit trugen. Deshalb müssen sie in großer Zahl an den Tischen sitzen, wo Entscheidungen fallen.

Es braucht Männer, nicht nur in der CDU, die helfen und auch mit Kolleginnen netzwerken. Es braucht eine familienfreundlichere Kultur. Und es braucht andere Regeln – paritätisch besetzte Gremien und Listen, Direktkandidatinnen, quotierte Rednerlisten.

Dass all das hilft, kann man bei anderen Parteien begutachten, in denen mehr Frauen mitmischen, bei den Grünen zum Beispiel. Der CDU fehlt es immer noch an der Einsicht – und der Konsequenz. Ann-Katrin Müller



CDU-Politikerinnen Kramp-Karrenbauer, von der Leyen, Merkel

JENS-JESKEDE

RÜCKGRAT ERKENNT MAN AM HANDGELENK.

Die Iron Walker von Wempe ist die Essenz einer zeitlos modernen und zugleich sportlichen Uhr. Reduziert auf das Wesentliche und kompromisslos in der Verarbeitung, wird sie höchsten Ansprüchen gerecht, weil sie an einem Ort gefertigt wurde, der wie kein zweiter in Deutschland für exzellente Uhrmacherkunst steht: Glashütte in Sachsen.



WEMPE

IRON WALKER

Glashütte I/SA | Automatik | Edelstahl | Geprüftes Chronometer | 2.315 €

AN DEN BESTEN ADRESSEN DEUTSCHLANDS UND IN NEW YORK, PARIS, LONDON, WIEN, MADRID – WEMPE.COM
GERHARD D. WEMPE KG, STEINSTRASSE 23, 20095 HAMBURG



AT ME

DU BIST IN DEN DOLOMITEN.

visittrentino.info




TRENTINO
ITALIA

Herrschaftszeiten

Macht Markus Söder ist der politische Überraschungssieger der Corona-Pandemie. Im Rennen um Angela Merks Nachfolge führt er mit meilenweisem Abstand. Der bayerische Landesvater kann offenbar Krise. Aber kann er auch Kanzler?

Als es Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich einmal gut mit Markus Söder meinte, sagte sie zu ihm: »In der Ruhe liegt die Kraft.« Für ihn sei das ein »wichtiger Rat«, erzählt er treuherzig. Und er halte sich dran. Wie ein 1,94 Meter großer Schüler wirkt er da, wie einer, der sich wirklich Mühe gibt, es so zu machen, wie die Kanzlerin sich das vorstellt.

Dass dieser Satz eine der geläufigsten Floskeln überhaupt ist, egal. Ein Satz von der Kanzlerin ist auch ein Satz für Kanzler. Er will lernen. Er ist Ministerpräsident von Bayern und Vorsitzender der CSU, aber er ist noch relativ jung für einen Spitzenpolitiker, 53, er hat noch viel vor.

Möglicherweise ist ihm aber auch Merks Ironie entgangen, die kleine Bosheit, der Sarkasmus, nett verpackt. Söder und Ruhe? Eher geht ein Kamel ... Auch so eine Floskel.

Söder redet und redet, er ist hier und fast gleichzeitig dort, er drängt sich vor, schiebt andere weg, er checkt sein Handy, sagt noch einen Satz, dann weiter, weiter. Die nächste Entscheidung. Her mit den Entscheidungen. Einen größeren Unruhegeist gibt es nicht in der Politik.

Mit dieser Art hat er Krisenpolitik gemacht, zusammen mit der Bundeskanzlerin. Sie war die Ruhe, er die Kraft. Zusammen waren sie erfolgreich, auch persönlich. Die Umfragewerte sind glänzend. Merkel braucht das nicht mehr, Söder schon. Anders gesagt: Die Zahlen haben ihm plötzlich das Tor nach ganz oben geöffnet.

Markus Söder könnte 2021 Bundeskanzler werden.

Vor einem Jahr wäre das ein undenkbarer Satz gewesen, lächerlich. Corona würde viel verändern, hieß es. Nun auch das. Im Dezember wird ein Parteitag der CDU

einen neuen Vorsitzenden wählen. Und der sollte eigentlich Kanzlerkandidat der Union werden. Bislang gibt es drei Bewerber, den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Union, Friedrich Merz, und den Außenpolitiker Norbert Röttgen, der als chancenlos gilt. Aber auch die beiden anderen stehen nicht gut da. Laschet hat als Krisenmanager nicht überzeugt, Merz spielt in dieser entscheidenden Zeit keine Rolle.

Zwar sagt Söder immer wieder, zuletzt am Montag vor der Vorstandssitzung der CSU in München: »Mein Platz ist in Bayern.« Aber das kennt man. Vorsitzender der CSU wollte Söder auch nicht werden. Ach nö, diese langen Fahrten von München nach Berlin zum Koalitionsausschuss, nix für ihn. Bald darauf war er Parteivorsitzender. Die Verantwortung. Man kann sich ja nicht vor der Verantwortung drücken, wenn so viele nach einem rufen. So ähnlich würde er wieder rauskommen aus seiner Abgabe.

Und sie rufen schon. Norbert Röttgen kann sich Söder als Kanzlerkandidaten vorstellen, als erster namhafter Politiker der CDU. Aus Eigennutz. Da er weiß, dass es

in seiner Partei eine gewisse Sehnsucht nach Söder gibt, hängt er sich dran. Ich Parteichef, du Kanzlerkandidat. So will er vom Glanz der Umfragewerte profitieren.

Söder führt sich auch schon auf, als läge sein Hut im Ring. Seinen »Bericht des Parteivorsitzenden« pfefferte er in der Videoschleife des CSU-Parteivorstands mit dem Hinweis, es sei selbstverständlich, dass sich der künftige Kanzlerkandidat der Union in der Krise bewährt haben müsse.

Drei Botschaften in einem Satz: Laschet kommt nicht infrage. Merz auch nicht. Söder schon. Die beiden CDU-Politiker hat-



Wird er innere Ruhe finden, oder bleibt er der bajuwarische Kraftmeier?



Ministerpräsident Söder
Wie ein Feldherr im Krieg



ten schon gedacht, sie könnten die Nachfolge Merkels unter sich ausmachen. Nun drängt sich Söder wie ein Erbschleicher in die Kandidatenkür der Union.

Eine Krise wie keine zuvor in der Bundesrepublik, aber die Union leistet sich einen harten Kampf um die Macht von morgen. Vor allem Söder und Laschet schlagen aufeinander ein, Ende offen.

Das kritische Wort für Söder hat die Kanzlerin benannt: Ruhe. Kann er die innere Ruhe finden, die Beherrschung, die Souveränität, die für einen Bundeskanzler wünschenswert ist? Oder bleibt er der bajuwarische Kraftmeier, als der er bislang Erfolg hatte? Auch und gerade als Krisenmanager.

Söder erzählt gern, wie er sich zu Beginn der Pandemie gleich nach dem Aufstehen gegen sechs Uhr die aktuellen Infektionszahlen des Landesamts für Gesundheit habe durchfunkeln lassen und sich dabei gefühlt habe wie einer, der im Krieg bange Mutes die Gefallenen zählt. Er fürchtete, »dass es richtig schlimm wird«. Er habe nicht schlafen können, sei wachgehalten worden von der Frage: »Schaffen wir es, unser Land zu beschützen?«

Die Themen Krankheit und Tod, sagt einer, der Söder nahesteht, treiben den Ministerpräsidenten stark um. Seine Eltern sind früh verstorben, seine Mutter habe ihr Krankenhauszimmer 1994 mit einem Wahlplakat des Sohnes geschmückt, heißt es. Seinen Einzug als 27-Jähriger in den bayerischen Landtag kurz darauf hat sie nicht mehr erlebt.

Zu Beginn der Pandemie kämpfte er entschlossen wie kein anderer gegen das Virus. Söder ließ schon Mitte März die Schulen schließen. Statt des Föderalismus galt ein

von Söder getriebener Zentralismus der härtesten Maßnahmen.

Rastlos pendelte er von München nach Berlin und zurück. Er stieg, nach einer Pressekonferenz im Kanzleramt und einer Liveschalt ins »heute journal«, um zwei Uhr nachts in den Hubschrauber und flog von Berlin nach München, um am nächsten Morgen zwei Pressekonferenzen hintereinander zu geben – ein Glas Cola neben dem Mikrofon, gegen die Müdigkeit.

Söder und Merkel waren in den Pressekonferenzen meist die dominierenden Figuren. Seine Botschaften wirkten martialischer, aber auch klarer und verständlicher. »Wer gläubig ist, soll beten, dass es Deutschland nicht zu hart trifft.« – »Das ist ein Stresstest für unser Gesundheitssys-

Er rettet nicht mehr die Bienen vor Unkrautvernichtern, sondern die bayerische Menschheit.

tem« – »Corona ist wie ein Funke, der jederzeit ein Buschfeuer entzünden kann.« Dass Merkel die Kanzlerin ist und nicht Söder der Kanzler, merkte man vor allem daran, dass sie zuerst sprach.

Es war Glück, dass Söder neben der Kanzlerin die neuen Maßnahmen verkünden durfte. Zufällig nahm Bayern turnusgemäß den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz ein. Aber er hat auch etwas daraus gemacht.

Seine mediale Dauerpräsenz als Krisenmanager, seine selbstbewussten Ansprachen, sein Ärmelhochkrepeln und Losregieren haben ihm zur Aura eines Retters in der Not verholfen.

Im März sagte Söder im SPIEGEL-Gespräch: »In der Krise wird oft nach dem Vater gefragt.« Auch das kam ihm entgegen.

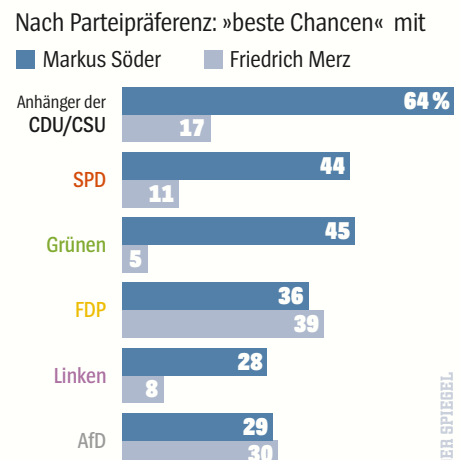
gen. Endlich muss er sein Feldherren-Temperament nicht mehr hinter der kuschelweichen Fassade eines Mächtigen-Habeck verbergen. Endlich rettet er nicht mehr die Bienen vor Unkrautvernichtern, sondern die bayerische Menschheit vor einer Pandemie. Ungeniert kann er das Zepter schwingen, ohne sich dafür wie vor zwei Jahren bei der Fastnacht in Veitshöchheim als bayrischer Prinzregent Luitpold verkleiden zu müssen.

Sein autoritärer Stil scheint vielen Bürgern plötzlich angemessen. Sein Instinkt für die Bedürfnisse der Leute steht nicht mehr so stark unter Populismusverdacht. Söder scheint der richtige Mann für diese Zeit zu sein. 90 Prozent der Bayern sind mit ihm zufrieden.

Auch bundesweit hat er Eindruck hinterlassen. In Meinungsumfragen gehört er zu den wichtigsten Politikern der Republik. Fast jeder zweite Bürger (48 Prozent) hält laut einer SPIEGEL-Umfrage Söder für den aussichtsreichsten Kanzlerkandidaten der Union. Er führt mit weitem Abstand vor Friedrich Merz (16 Prozent) und Armin Laschet (4 Prozent).

Selbst 45 Prozent der Grünenanhänger glauben, dass der Franke als Kanzler die besten Chancen als Kanzler hätte. Die Kandidaten aus der CDU liegen abgeschlagen dahinter. Unter Unionsanhängern ist Söder mit einem Wert von 64 Prozent ebenfalls deutlicher Favorit.

Als Söder vor gut zwei Jahren Ministerpräsident wurde, wiesen ihn Umfragen als den unbeliebtesten Landesfürsten Deutschlands aus. Er war der schwefflige Gernegroß aus der Provinz, ein Ellenbogengenie, dessen politisches Talent man fürchtete, nicht schätzte. Seine erste Regierungserklärung, bestehend aus mehr als hundert Einzelmaßnahmen von der Reiterstaffel bis zum »Bavaria One«-Raumfahrtprogramm, trug ihm viel Spott ein. Jetzt lacht keiner mehr.



FOTOS: DDP / INTERTOPICS / PA; P. FRISCHMUTH / ARGUS (2); D. ECKEN / DDP IMAGES; G. ORTMANN / IMAGO

Markus Thomas Theodor Söder wurde am 5. Januar 1967 in Nürnberg geboren. Seine Eltern hatten ein kleines Bauunternehmen, sein Vater war gelernter Maurer. Der Sohn studierte Jura und arbeitete zunächst als Journalist beim Bayerischen Rundfunk. 1994 zog er in den bayerischen Landtag ein, ab 2007 war er Landesminister in verschiedenen Ressorts und folgte dann im März 2018 Horst Seehofer als Ministerpräsident nach, im Januar 2019 wurde er zudem Vorsitzender der CSU.

Seinen Aufstieg betrieb er nicht nur mit Geschick, sondern auch mit Ruchlosigkeit. Seehofer, ebenfalls kein Weichling, wollte ihn als Nachfolger verhindern, konnte sich aber gegen Söders brachialen Ehrgeiz nicht durchsetzen, und das sagt schon alles.

Mit dem Wort »Gumo« beginnt für Söders engste Mitarbeiter der Arbeitstag, meistens gegen 6 Uhr. Gumo steht für Guten Morgen, mehr Freundlichkeit als diese vier Buchstaben gibt's nicht in Söders SMS. Danach folgen Arbeitsaufträge, manchmal in schneller Folge. Lob ist für Söder eher ein Begriff aus der Tenniswelt, wo er einen hohen Ball über den Gegner hinweg bezeichnet. Söder spielt gern Tennis. Vom sozialen Loben hält er dagegen nicht viel.

Sein Kabinett tagt jeden Dienstag in der Münchner Staatskanzlei. Nicht mehr im Ministerratssaal, der dafür vorgesehen ist, sondern im Kuppelsaal des historischen Gebäudes, weil nur dort die Abstandsregeln einzuhalten sind. Der Fußboden ist mit Rotmarmor aus dem Tegernseer Tal, hellem Juramarmor aus dem Altmühltal und schwarzem Granit aus dem Bayerischen Wald ausgelegt. Es hallt wie die Hölle. Die hundertfach amplifizierte Bestimmerstimme des Ministerpräsidenten scheint nicht aus seinem Körper zu kommen, sondern vom Himmel zu fallen. Je weniger reden, desto besser. Meistens redet Söder.

Selbst Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml, eine ausgebildete Ärztin, ist nicht mehr als eine Statistin, die bei Pressekonferenzen zu Beginn der Pandemie nicht mal ein eigenes Pult bekam. Der Ministerpräsident verkündet ohnehin alles Wichtige selbst. Die Minister zu seiner Linken und Rechten müssen minutenlang schweigen, bevor sie ein paar Details apportieren dürfen. Kennt noch jemand den Namen eines bayerischen Ministers? Söder hat sie durch exzessive Machtentfaltung ausgelöscht.

»Unter Horst Seehofer hatten wir Narrenfreiheit«, mault einer seiner Minister sehnsuchtsvoll. Wer für Markus Söder arbeitet, müsse sich in ein »System der Angst« einfügen. Es reiche, dem Ministerpräsidenten einen prestigeträchtigen Pressetermin zu verheimlichen, um einen wütenden Anruf aus der Staatskanzlei zu



STEFAN BONNESS / IPON / IMAGO IMAGES

Der Corona-Kanzler Söder ergriff als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz die Chance an der Seite von Angela Merkel. Die beiden wurden zu den dominierenden Figuren in der Krise.

kassieren, gefolgt von eisiger Missachtung, tagelang.

Noch schlimmer ergeht es jenen, die Söders holzhammerartigen Humor auslösen. Als Parteikollege Manfred Ländner, der Vizevorsitzende des Innenausschusses im Landtag, mehr Auftrittsmöglichkeiten für bayerische Blasmusikkapellen forderte, soll Söder gesagt haben: »Ich wusste gar nicht, dass der liebe Manfred Blasen im Freien befürwortet.« Billiger Pennälerhumor aus der Nürnberger Südstadt sei das gewesen, befanden nach der Sitzung einige Teilnehmer. Aber niemand hat den armen Manfred verteidigt.

Markus Söder lacht gern. Am liebsten über andere. Oder er lästert. Als nach Annegret Kramp-Karrenbauers Rückzugsankündigung vom CDU-Parteivorsitz im CSU-Vorstand über mögliche Nachfolger spekuliert wurde, soll Söder gespottet haben: »Der Armin hat zehn Kilo abgenommen. Der will garantiert Kanzler werden.«

Söder wohl noch lieber König. »Der Freistaat bin ich«, nach diesem absolutistischen Motto, auf Bayern übertragen, regiert Söder. Jeden Montag lässt er die Pressesprecher aller Ministerien in die Staatskanzlei kommen und sich die Termine der Woche präsentieren. Die besten reißt er an sich.

Vergangenen Donnerstag eröffnete Söder ein neues Zentrum für E-Autos im BMW-Werk Dingolfing. Tags drauf nahm er an der Verteidigung neuer Polizisten in Nürnberg teil. Diesen Montag gab er im Haunerschen Kinderspital München den Startschuss für eine Covid-19-Studie, die das Infektionsgeschehen in Schulen und Kitas überwachen soll. Während sein Wissenschaftsminister Bernd Sibler die meiste Zeit stumm ins Publikum lächelte, tippte der Ministerpräsident in seinen Sprechpausen beständig Kurznachrichten ins Handy.

Am Tag nachdem die Corona-App vorgestellt wurde, saßen Söder und Merkel wieder mal gemeinsam im Kanzleramt vor den Kameras. Die Journalistenfrage, ob sie sich die App bereits runtergeladen hätten, bejahte Söder umgehend. Er habe in der Ministerratssitzung hin und wieder draufgeschaut, ergänzte er streberhaft.

Merkel hingegen sagte nur, sie äußere sich nicht zu ihrem Kommunikationsverhalten. Im Übrigen sei es doch die Aufgabe eines Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, das Geschehen im Raum zu verfolgen, statt aufs Handy zu starren. Coolness kann er noch von ihr lernen.

Markus Söder wäre am Tischkicker der Typ, der wild an den Griffen kurbelt und manchmal die Spielerpuppen kreiseln

lässt, obwohl das als regelwidrig gilt. Merkel wäre die konzentrierte Spielerin, die auf die Gelegenheit zum gezielten Schuss lauert.

Es kann gut sein, dass sie in der Krise vor allem als Paar gut funktionieren, indem sie sich ergänzen, da die einen sagen können, wir haben ja auch die Merkel, und die anderen, wir haben ja auch den Söder. Aber wenn Söder im Herbst nächsten Jahres Kanzler werden will, muss man ihn sich ohne Merkel vorstellen können. Ob das geht?

Schlechter als in den Umfragen sieht es für Söder in den Corona-Statistiken aus. Bayern ist das Bundesland mit den meisten bestätigten Corona-Infektionen pro 100 000 Einwohner und mit den meisten Toten. Rund 2600 Menschen sind seit Beginn des Ausbruchs hier gestorben.

Die Zahlen erklären sich vor allem mit der geografischen Lage: Es waren die Skifahrer und die Italienreisenden, die das Virus in den Freistaat brachten.

Die Kontaktregeln waren in Bayern zeitweise strenger also anderswo, so durften zum Beispiel nur Angehörige eines Hausstandes einander nahekommen. Kurzzeitig schien sogar das Lesen eines Buchs auf einer Parkbank verboten.

Die SPD-Opposition im Landtag schimpfte über »glatten Rechtsbruch«, weil Söders Exekutive das Parlament nicht ausreichend über die neuesten Corona-Verordnungen informiert habe.

Als später andere Ministerpräsidenten dafür eintraten, Beschränkungen aufzuheben, mahnte Söder zur Vorsicht. Er rechnet sich gemeinsam mit der Kanzlerin und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zur »Gemeinschaft der Umsichtigen«. Früher hätte man an dieser Stelle gelacht.

Zwar hatte auch Bayern bei sinkender Kurve seine lokalen Ausbrüche: auf einem Spargelhof in Schwaben, in einer Cateringfirma in Gilching. Doch ein Lockdown wie im Kreis Gütersloh – eine Blamage für Laschet – blieb Söder bislang erspart.

Neuerdings bietet Bayern seinen Bürgern auch dann Corona-Tests an, wenn es keinen konkreten Verdacht auf eine Infektion gibt. Viele Experten bezweifeln den Sinn dieses Vorgehens, populär ist es in jedem Fall. Söder will, wenn es eine zweite Welle geben sollte, sagen können: Wir haben doch alles versucht.

Insgesamt steht er mit seiner Corona-Politik ganz gut da. Aber ein zackiges »Gumo, Deutschland« an jedem Morgen? Den Hang zum ruchlosen Spiel hat er ja nicht abgelegt. Auch in der Krise schien das durch. In einer seiner zahlreichen Videobotschaften zur Coronakrise sagte er: »Es kommen ganz spannende Zeiten auf uns zu.« Dann korrigierte er sich: »schwierige Zeiten«.

Spannend wurde dann der Zweikampf, den er sich über Wochen mit Armin Laschet lieferte. Aber auch kindisch, deplatziert.

Söder lenkte den Blick auf Laschets Corona-Hotspot Heinsberg.

Laschet formulierte mit anderen Ministerpräsidenten ein Corona-Papier, ohne Söder davon in Kenntnis zu setzen.

Söder erklärte genüsslich, dass er bei den Schulschließungen schon auf dem richtigen Weg sei, während Laschet noch gezögert habe.

Laschet stichelte gegen Söder: Wenn Biergärten in Bayern offen seien, verdienten auch Kinder Betreuung.

Söder sagte, ein Kanzlerkandidat der Union müsse sich in der Coronakrise bewährt haben.

Zwei Männer, die sich selbst für geeignet halten, die Bundesrepublik zu regieren, lieferten sich in der schwersten Krise des Landes einen beinharten Machtkampf. Und weckten damit Zweifel, ob sie wirklich geeignet sind.

Den Tiefpunkt setzte allerdings Söder Ende April bei einem der Auftritte im Kanzleramt mit Merkel. Es ging um die

So großwahnstimmig die Auswahl seiner Helden wirkt, so bescheiden ist sein Lebensstil.

Frage, ob die Deutschen in den Urlaub fahren können.

Sofern Reisen innerhalb Deutschlands wieder möglich seien, sagte Söder, empfehle er Urlaub in Bayern. Auch im Norden könne man viel Spaß haben, witzelte daraufhin Merkel, deren Wahlkreis die Urlaubsinsel Rügen einschließt. Söder fasste es kurzerhand so zusammen: »Nord oder Süd – West ist da nicht dabei.« Er grinste. Viele Grüße in Richtung Düsseldorf.

Sollte Söder Kanzlerkandidat werden, wird sich Nordrhein-Westfalen bei der Wahl an diesen Auftritt erinnern. Dann kommen die Grüße aus Düsseldorf zurück, aus Wanne-Eickel, aus Münster. Aber wohl ohne Kreuze auf den Wahlzetteln.

Söder müsste noch viel von Merkel lernen. Wenn er das überhaupt will. Anfang März, die ersten Corona-Fälle in Deutschland gab es bereits, saß er bei einer Wahlkampfveranstaltung in einem Münchner Kino, gemeinsam mit der Kandidatin seiner Partei für das Oberbürgermeisteramt und CSU-Generalsekretär Markus Blume.

Als die Sprache auf Begrüßungen in Zeiten unsichtbarer Virusbedrohungen kam, wusste Söder: »Die Bundeskanzlerin hat gesagt: Nicht Hände schütteln!« Blume zwinkerte: »Und dann hören wir auf die

Kanzlerin?« Was sagte da Merkels Musterschüler? »Nicht immer. Aber in dem Fall schon.«

In Söder zeigt sich eine seltsame Mischung aus Kindskopf und Machtwüterich. Captain America, Hulk, Star Trek – das sind die Motive auf seinen Tassen in der Staatskanzlei. In diesen modernen Märchen spielen Figuren mit übermenschlichen Kräften Hauptrollen. Das fasziniert ihn. Beim Fasching in Franken hat er sich schon aufwendig als »Shrek – der tollkühne Held« verkleidet, auch als Gandalf, der Zauberer aus »Der Herr der Ringe«. Es gibt übrigens auch eine Tasse mit dem Aufdruck »Söder« im CSU-Shop zu kaufen, den Zusatz Superheld muss man sich dazudenken.

Die Frage wirkt noch immer offen: Würde er ein Bundesshrek werden oder ein seriöser Kanzler?

So großwahnstimmig die Auswahl seiner fiktiven Helden wirkt, so bescheiden und geradezu langweilig ist sein Lebensstil. Er trinkt keinen Alkohol, braucht wenig Schlaf, raucht nicht, ordnet alles der Politik unter. Homestorys macht Söder nicht, über seine Frau oder seine vier Kinder erfährt die Öffentlichkeit so gut wie nichts. Einzig seine Zwergpinscherhündin Bella hat hin und wieder Auftritte auf seinem Instagram-Account. Ein großer Fernsehapparat sei der einzige Luxus, den er sich zu Hause gönne, behauptet Söder. Und selbst da stellt sich die Frage, wann er die Zeit hat, »Star Trek« im Großformat zu gucken.

Was die Inhalte angeht, ist er bislang ebenfalls eher mit Aktionismus aufgefallen, nicht immer zu seinem Vorteil allerdings. Söder erkennt zwar die Baustellen, lässt aber lieber Löcher stopfen, statt das Fundament zu erneuern. »Familiengeld«, »Baukindergeld Plus«, »Krippengeld« sollen Familien in Bayern ruhigstellen. Für den Ausbau der Ganztagsbetreuung in Grundschulen bis 2025, wie ihn die Große Koalition festgelegt hat, brauche er mehr Geld vom Bund, beklagte Söder kürzlich.

Einen langen Atem, wie man ihn als Bundeskanzler brauchte, müsste sich einer wie er mühsam antrainieren. Söder ist stolz darauf, immer auf der tragfähigsten Welle zu surfen. Ein Philosoph, so Söder, habe gesagt, den Wind könne man nicht ändern, aber das Segel richtig setzen.

Dabei geht Steuermann Söder nie ins Risiko, auch wenn es so scheint. Als der Sinn der Maskenpflicht angezweifelt wurde, stellte er sich scheinbar mutig dagegen. Er tat das aber nur, weil er Umfragen dazu kennt. Am Rande einer Pressekonferenz in dieser Woche referierte er: Nur 10 Prozent der Bevölkerung verlangten Lockerungen, 30 Prozent gehe die Öffnung des Landes zu schnell, der Rest halte das Tempo für genau richtig. Ein Näschen für das,



DANIEL KARIMANN / DPA



DAVID EBENER / DPA



KARL-JOSEF HILDENBRAND / DPA

Der Verkleidungskünstler Söder zeigte sich im Fasching schon als Prinzregent Luitpold mit seiner Frau Karin, als Shrek und als Punk. Die Frage ist, was er in Berlin wäre: ein Bundesshrek oder doch ein seriöser Kanzler?

was in Bayern ankommt, ist eine größere Stärke von ihm.

Dieses Näschen ist in der Öffentlichkeit nun ständig mit einer weiß-blauen Maske bedeckt. Sie sieht auf den ersten Blick aus wie das Modell aus der CSU-Parteizentrale. In der ersten Woche gingen online mehr als tausend Bestellungen im dortigen Fan-shop ein. Söders Modell allerdings ist eine Sonderanfertigung. Die Rauten auf seiner Maske sind selbstverständlich größer.

In diesem Landespatriotismus steckt auch ein Dilemma für bayerische Spitzenpolitiker, die es nach Berlin drängt. Über Jahre brüllen sie Bayern, Bayern, Bayern und quälen damit die Bundeskanzler. So war das bei Franz Josef Strauß, bei Edmund Stoiber und bei Horst Seehofer. Sie kochen ihr eigenes Stüppchen, das dann alle auslöffeln müssen, es heißt mal Herdprämie, mal Ausländermaut.

Kandidieren sie dann für die Kanzlerschaft wie Strauß und Stoiber, fällt es manchem Wähler schwer zu glauben, dass die Herren plötzlich mehr Deutsche als Bayern sein wollen. Von guten Umfragewerten zu echten Wählerstimmen ist es ein weiter Weg.

Und obwohl Söder die Stimmungen des Volkes gut erspüren kann, ist er kein volkstümlicher Politiker im engeren Sinn.

Das war Mitte Mai schön zu sehen, als er sich mit Horst Seehofer in Freilassing an der deutsch-österreichischen Grenze traf. »Horst, die warten alle auf uns«, sagte Söder und meinte Lokalpolitiker und Grenzpolizisten, deren Arbeit die beiden würdigen wollten. Seehofer aber war mit Bürgerdialog beschäftigt. Aufreizend geduldig hörte er sich die Sorgen der Menschen an, die geschlossene Grenzen für eine übertriebene Maßnahme hielten und wütend waren. Söder hingegen blieb auf Abstand und beobachtete die Szene.

Inhaltlich hat Söder seine Partei ein Stück weit geöffnet. Jünger, grüner, weiblicher will er sie machen. Die Themen Migration und Landwirtschaft etwa stehen kaum noch im Vordergrund. Was bleibt, ist der Hang zum starken Staat, zum kraftvollen Polizeiauftritt und auch zum sozialen Staat. Für beides stand die CSU schon immer.

Was natürlich auch bleibt, ist die Vorstellung, Bayern und Deutschland seien vor allem für Christen gemacht. Vor drei Wochen ließ Söder die Vorstandssitzung in der CSU-Parteizentrale kurzerhand ausfallen. Begleitet von Filmteams und Fotografen, verabschiedete er am Münchner Flughafen den emeritierten Papst Benedikt. Der war nach Bayern gereist, um seinen sterbenskranken Bruder ein letztes Mal zu sehen. »Er hat uns Gottes Segen für unser Bayern gewünscht«, verkündete Söder stolz auf Facebook und Instagram.

Die Vorschrift, dass in allen staatlichen Diensträumen ein Kreuz hängen muss, hält er allerdings nicht mehr für der Weis-

heit letzten Schluss. Das infame Wort »Asyltourismus« würde Söder ebenfalls nicht wiederholen. Der Kreuzerlass und der Begriff seien der vergebliche Versuch gewesen, auf den Willen des Volkes einzugehen, sagt er nun.

Das ist natürlich overschlau, seine Fehler so darzustellen, als hätte er den Bürgern einen Gefallen tun wollen. Aber auch ein bisschen billig.

Der wahre Wandel liegt im grünen Anstrich, den Söder seiner CSU verpasst hat. Dass er jetzt Bäume umarmt und als Bayerns oberster Umweltschützer auftritt, begründet Söder damit, auch die Bewahrung der Schöpfung liege in der DNA seiner Partei. Als Umweltminister in Bayern habe er den harten Donauausbau verhindert und die Gentechnik bekämpft. Das mag sein. Als Finanzminister aber blockierte Söder die Schaffung eines dritten Nationalparks und favorisierte den Bau eines Skilifts durchs Naturschutzgebiet im Allgäu. Die damalige Umweltministerin Ulrike Scharf, die Söder für dessen Positionen deutlich kritisiert hatte, verlor ihren Posten, kaum dass Söder Ministerpräsident war.

Auf die Frage, wie er sein ökologisches Bewusstsein geschärft habe, überraschte er kürzlich mit der Erkenntnis: »Umweltveränderungen waren mächtiger als ganze Armeen.«

Was hieße das für einen Bundeskanzler Söder? Die Union müsse im nächsten halben Jahr eine »Philosophie für Deutschland« entwickeln, hat er gefordert. Eine »moderne Vision« vorlegen, die aufzeige, wo das Land in zehn Jahren stehen soll. Wenn er außerdem sagt, CDU und CSU müssten vom Profil her »ökonomische Kompetenz, ökologische Glaubwürdigkeit, Technologieaffinität und eine gesellschaftliche Liberalität« verkörpern, kann er vor seinem inneren Auge eigentlich nur sich selbst als Kanzler einer schwarz-grünen Koalition sehen.

Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Söder müsste die CDU davon überzeugen, dass er der richtige Kandidat ist. Und das wird höchst kompliziert.

Es gibt mehrere Szenarien, aber längst nicht in allen ist Söder am Ende der Kanzlerkandidat.

Eins: Bislang sind Laschet und Merz die Favoriten für den Parteivorsitz. Der Sieger würde Söder wohl kaum die Kanzlerkandidatur antragen, sondern selbst antreten. Dafür wollen sie ja Vorsitzender werden, für den großen Preis: die Kanzlerschaft. Und viele Delegierte könnten sich getäuscht fühlen, würde ihr neuer Chef nach dem Parteitag zu Söder umschwenken. Er hat ja nicht nur Fans in der CDU.

Zwei: Söder hätte eine Chance, wenn die Kandidatenfrage schon vor dem Parteitag geklärt würde, vielleicht in einer gemein-

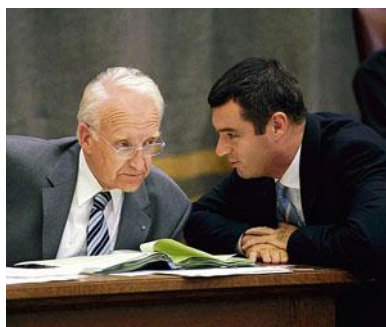
Vom Sohn zum Staatsminister



Kindheit Mit seinen Eltern Renate und Max Söder und Schwester Heike



Jugend Als Fan von Franz Josef Strauß mit einem Foto im Jugendzimmer



2002 Als Landtagsabgeordneter mit Ministerpräsident Edmund Stoiber



2008 Als Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten

samen Präsidiumssitzung der beiden Schwesterparteien. Würde Söder gekürt, müsste der neue CDU-Vorsitzende das akzeptieren. Deshalb haben weder Merz noch Laschet ein Interesse an diesem Szenario und werden versuchen, es zu verhindern.

Möglich ist das aber nur, wenn sich bis zum Parteitag in der CDU eine nennenswerte Bewegung entwickelt, die Söder als Kandidaten durchsetzen will, wie 1980 Franz Josef Strauß und 2002 Edmund Stoiber. Im Fall Strauß trauten mächtige Kreise in der CDU ihrem Vorsitzenden Helmut Kohl die Kandidatur nicht zu. Im Fall Stoiber galt das Gleiche für die damalige Vorsitzende Merkel.

Trotz aller Kritik vor allem an Laschet ist eine breite Bewegung bislang nicht sichtbar. Allerdings mehren sich die Stimmen, die Wohlwollen für Söder ausdrücken. Die Ministerpräsidenten des Saarlands und Sachsen-Anhalts, beide CDU, attestierten Söder bereits im Frühjahr Kanzlerqualitäten. Er sei eine »Option, die ich begrüßen würde«, befand Susanne Eisenmann, die CDU-Herausforderin von Winfried Kretschmann bei der kommenden Landtagswahl in Baden-Württemberg. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther ließ aufhorchen, als er kürzlich räsonierte: »Es wäre falsch, daran vorbeizugehen, dass wir auch schon zweimal einen Kandidaten der CSU unterstützt haben.«

Alle, die Söders Kandidatur unterstützen, haben mit Blick auf die Umfragewerte ein entwaffnendes Argument: Schließlich wolle man die Wahl gewinnen. Nicht zu unterschätzen ist zudem Söders Netzwerk in die CDU aus seinen Zeiten als Chef der Jungen Union in Bayern. In der Jugendorganisation sind CDU und CSU eins, sie ist nicht nach Parteien getrennt.

Szenario drei: Wenn Merz Vorsitzender wird, könnten Laschets Anhänger so empört sein, dass sie lieber Söder als Kanzlerkandidaten nehmen. Oder umgekehrt. Söder wäre der Versöhnungskandidat, damit sich die Partei nicht spaltet. Klingt irgendwie nach einem Witz, Söder, der Versöhner, nur er selbst sieht das wohl nicht so. Den Termin für den Parteitag der CSU hat er geschickt gewählt: nur eine Woche nach dem der Schwesterpartei. Da könnten sie dann rufen, bitten und betteln, und er würde sie vielleicht, vielleicht erhören. So ungefähr könnte ein Traum von Söder aussehen.

Vier: Gesundheitsminister Jens Spahn hat sich eigentlich hinter Laschet als möglicher Parteivize eingereiht, er ist gerade 40 geworden, hat noch Zeit. Deshalb ist Spahn der Einzige im Rennen, der ohne Gesichtsverlust Parteichef werden und zugleich Söder die Kanzlerkandidatur überlassen könnte. Für Söder wäre er daher der ideale CDU-Vorsitzende. Doch Spahn selbst kann Laschet nicht in den Rücken



DANIEL BISKUP / LAIF

Der Superbayer Sein Platz sei in Bayern, sagt Söder, und so sitzt er dann zwischen den Mitgliedern des Katholischen Burschen- und Mädchenvereins Hebertshausen, wenn der sein 115. Gründungsjubiläum feiert. Als er gewählt wurde, war er für einen Ministerpräsidenten vergleichsweise unbeliebt; auch das hat sich geändert.

fallen und noch ausscheren. Wieder käme es darauf an, ob sich in der CDU eine starke Bewegung bilden würde, für Spahn als Vorsitzenden und damit für Söder als Kanzlerkandidaten.

Söder ist zu vorsichtig, um die Kandidatur offen für sich zu reklamieren. Aber er ist auch nicht der Typ, der sich solche Kabale in aller Ruhe anschaut. Er redet mit, er zündelt. An Personaldiskussionen beteiligt er sich nicht, beteuerte er kürzlich, um dann listig anzuschließen, Spahn sei »einer der großen Hoffnungsträger, die die CDU hat. Aber die CDU hat viele Hoffnungsträger«.

Sollte Söder in dieser verwickelten Lage doch durchkommen und träte gegen einen SPD-Kandidaten Olaf Scholz an, den Bundesfinanzminister, wäre das ein interessanter Vergleich. Er würde in gewisser Weise der Wahl 2013 ähneln, als die SPD Peer Steinbrück gegen Merkel ins Rennen schickte. Es war kein Kampf um Inhalte, die waren ziemlich ähnlich, den Unterschied machten die Charaktere aus.

Hier die ruhige, hochseriöse, aber etwas langweilige Amtsinhaberin, dort der kantige Bollerkopf, der gegen Ende des Wahl-

kampfes allen den Mittelfinger zeigte. Diesmal würde Scholz den Typ Merkel verkörpern, Söder den Typ Steinbrück. Damals hat Merkel haushoch gewonnen.

Man kann das nicht direkt vergleichen, zumal 2021 auch die Grünen Robert Habeck oder Annalena Baerbock Ansprüche auf das Kanzleramt erheben könnten. Klar ist nur: In einem Unruhegeist wie Söder steckt, bei allen Stärken, auch ein hohes Risiko.

Wer nicht einmal in einer der schwersten Krisen der Republik von Machtspielen lassen kann, braucht wohl noch etwas mehr Zeit für das Reifen. Womit die Union ein heftiges Kandidatenproblem hat: Söder zweifelhaft, Laschet durch seine Coronapolitik beschädigt, Merz immer noch von gestern, Röttgen in der Partei unbeliebt, Spahn mit Laschet im Bund.

Die Union galt lange als Partei der vielen Talente, aber jetzt steht sie plötzlich ohne überzeugenden Kandidaten da. Und knapp 40 Prozent in den Umfragen klingen nach einem großen Vorsprung, aber innerhalb eines Jahres können fünf bis zehn Prozentpunkte durchaus verloren gehen, und dann sitzt im Kanzleramt Olaf

Scholz oder Robert Habeck oder Annalena Baerbock. Es wird spannend, könnte man mit Söder sagen. Schwierig auch.

Da er die Öffentlichkeit bislang nicht über seinen angestrebten Karriereweg aufklärt, ist seine Urlaubsplanung zu einem Kanzlerorakel geworden. Als er auf einer Pressekonferenz angedeutet hatte, Ferien im Norden an der Küste zu machen, galt das einigen als Beweis, dass er endgültig das Kanzleramt anstrebe.

Sein aktueller Plan sieht vor, im August »ein paar Tage« in den bayerischen Alpen zu verbringen.

Sein Platz ist in Bayern, also doch.

Gegen Ende des Monats wird er allerdings mit dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, durchs Watt wandern. Im Übrigen, sagt Söder, müsse jeder Deutsche einmal im Leben die Insel Helgoland besucht haben. Damit lässt sich der Griff nach der Kanzlerschaft jedoch kaum belegen. Dort leben nur rund 1100 Wahlberechtigte.

Anna Clauß, Jan Friedmann, Florian Gathmann, Christoph Hickmann, Dirk Kurbjuweit, Veit Medick

Deutschland



MARTIN SCHLITT / DPA

Opern Air Vor der Kulisse des Erfurter Mariendoms und der Severi-Kirche probten am Mittwoch Philharmoniker, Opernchorsänger und Solisten für die Premiere von »Opera Gloriosa«. Unter dem Motto »Wir sind da!« finden hier bis August Freilichtfestspiele mit Corona-bedingten Einschränkungen statt – vor bis zu 500 Zuschauern.

Berlin gegen automatische Iran-Sanktionen

Atomabkommen Drei EU-Staaten lehnen Pläne der USA zum Umgang mit Teheran ab.

● Die Bundesregierung stellt sich gegen die aktuelle Iranpolitik der USA. Wenn das Embargo für konventionelle Waffenlieferungen nach Iran demnächst ausläuft, will Washington die Verstöße der Islamischen Republik gegen die Wiener Nuklearvereinbarung (JCPOA) mit neuen Sanktionen ahnden. Deutschland ist dagegen:

»Die von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgenommene politische Verknüpfung zwischen dem Auslaufen des konventionellen Waffenembargos und der möglichen Wiedereinsetzung umfassender Sanktionen der Vereinten Nationen gegen Iran lehnen Deutschland, Frankreich und

Großbritannien ab«, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung an den grünen Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour. Obwohl Iran bislang alle Aufrufe ignoriert hat, sich an die Beschränkungen bei der Anreicherung von Uran und dem Bau von Zentrifugen zu halten, hoffen die drei europäischen Staaten noch, Teheran zum Atomabkommen zurückbringen zu können und Sanktionen dadurch zu vermeiden.

Man bemühe sich weiterhin, »Iran wieder zu einer vollständigen Umsetzung des JCPOA zu bewegen«, heißt es in der Antwort an Nouripour. Die Politik sei darauf ausgerichtet, den Streitschlichtungsmecha-

nismus des Atomabkommens als Instrument der nuklearen Nichtverbreitung zu wahren. Der Gefährdung der Sicherheit im Nahen Osten durch das Ende des Waffenembargos wolle man »mit realistischen Maßnahmen begegnen«.

Damit wendet sich Deutschland gegen Pläne der US-Regierung für ein automatisches Zurückschnappen (»Snapback«) von Sanktionen, wie es im Atomabkommen vorgesehen ist. Deutschland zweifelt das Recht der USA an, einen solchen »Snapback« auszulösen, weil dies Unterzeichnern des Atomabkommens vorbehalten ist. Die USA stiegen 2018 daraus aus. csc

Griechische Lager

»Alles ist kaputt«

● Eine Beamtin des Bundesinnenministeriums beklagt den »desaströsen Zustand« des Flüchtlingslagers auf der griechischen Insel Samos. Die Ministerialrätin berichtete Parlamentariern des Innenausschusses von einem Besuch der Einrichtung im Juni. Das Lager sei eigentlich nur für etwa 650 Migranten ausgelegt, tatsächlich lebten dort mehr als 6000. »Es entspricht wirklich nicht europäischen Standards, in keiner Weise«, sagte die Beamtin laut Protokoll. Ihre Delegation hat sich vor allem angesehen, wie

minderjährige Flüchtlinge untergebracht werden. Bei den Jungen war laut der Beamtin »die Unterkunft total zerstört, die Toiletten haben keine Türen ... alles ist kaputt«. Die Mädchen müssten sich demnach einen Container teilen und hätten »alle auf dem Boden« gelegen. Das Innenministerium will 243 kranke Flüchtlingskinder aus Griechenland nach Deutschland holen. Sie leiden etwa unter Hepatitis, Hirnschäden, Lähmungen oder Nieren- und Herzinsuffizienz. Mit den Kindern sollen 685 Angehörige nach Deutschland kommen. Die ersten Familien sollen Ende Juli eintreffen. CTE, WOW

Jagd

Tonnenweise Blei

● Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) dringt auf ein Verbot giftiger Bleimunition bei der Jagd in Feuchtgebieten. Die SPD-Politikerin hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) in einem Brief aufgefordert, einem entsprechenden Vorstoß der EU-Kommission zuzustimmen. Schulze will »angesichts der verheerenden Auswirkungen auf die Tierwelt« von giftigem Bleischrot auf Stahlmunition umsteigen. Im Rahmen einer Untersu-

chung durch die Brüsseler EU-Kommission sei »kein einziges belastbares Dokument« aufgetaucht, das »eine unzureichende Tötungswirkung von Stahlmunition ausweisen konnte«, so Schulze an Klöckner. Jäger hatten dies wiederholt als Argument gegen das Verbot von Bleischrot angeführt. Mehr als 19 000 Tonnen Blei gelangen derzeit EU-weit über die Jagd in die Natur. Das Schwermetall verursacht bei Tieren schwere Schäden an Nieren und Nerven und stellt durch den Verzehr von Wildfleisch auch für Menschen eine Gefahr dar. GT

Nachgezählt

Internationale Studentinnen und Studenten, die aufgrund der Corona-Pandemie heimkehrten



Markus Feldenkirchen Der gesunde Menschenverstand

Scheuers Torpedos



Die PR-Abteilung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hat es auch nicht leicht. Sie muss, um es freundlich zu formulieren, ein sperriges Produkt vermarkten. Auf dem Automobilmarkt würde man wohl von einem Unfallwagen sprechen. Da kommt man schon mal auf schräge Ideen.

Interne E-Mails aus dem Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Mautaffäre gewährten nun einen Blick in Scheuers PR-Trickkiste. Sie zeigen, wie seine aufgeplusterte und vom Steuerzahler finanzierte Presse- und Imageabteilung versuchte, die Berichterstattung über den Minister und sein Haus zu lenken. Etwas verstörend ist dabei die Grobschlächtigkeit, mit der die Damen und Herren unterwegs sind. Aber sie halten sich für verdammt schlaue Füchse.

Ein Beispiel: Als zwei meiner Kollegen die Pressestelle nach intensiver Recherche zum Mautversagen mit kritischen Fragen konfrontierten, machte der »Leiter Strategisches Medienmanagement« (heißt echt so) dem Minister einen Vorschlag. Er werde die vom Ministerium entwickelten Antworten »schon heute« an einen anderen Journalisten senden, »um die morgige Vorabmeldung des SPIEGEL zu torpedieren«. Außerdem solle man dem Untersuchungsausschuss weitere Akten überlassen, zur Ablenkung. »Vorgehen top«, antwortete Scheuer, der »Plan« sei »super«.

Ein wachsendes Heer von PR-Profis steht der schrumpfenden Zahl an Politikjournalisten gegenüber.

Ähnlich bauernschlau gingen seine Medienmanager auch mit anderen kritischen Anfragen um.

»Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einer Bundesbehörde muss der Transparenz dienen, nicht der Medienmanipulation«, sagt der Sprecher des Deutschen Journalistenverbands zu den Vorgängen. Der Minister verwechsle offenbar »die Beantwortung von Presseanfragen, zu der ihn die Verfassung verpflichtet, mit gezielten Trickereien, die nur dem Zweck dienen, Andreas Scheuer aus der Mautaffäre zu ziehen«.

Dass Politiker es gern haben, wenn nett über sie berichtet wird, ist nachvollziehbar. Zur Aufgabe von Journalisten gehört es jedoch, die gewünschte Heldensaga dort zu stören, wo es Anlass zur Kritik gibt. Im Idealfall führt diese Aufgabenteilung zu einer integren, lebendigen Demokratie. Leider gerät das Kräfteverhältnis aus dem Lot. Ein wachsendes Heer von Pressestäben, Imageberatern und PR-Profis steht einer schrumpfenden Zahl an Politikjournalisten gegenüber. Es geht um sinkende Einnahmen aus Werbung und die schwindende Bereitschaft vieler Bürger, für Journalismus Geld zu bezahlen.

Für die Kontrolle der Mächtigen hat das Folgen. Ich erinnere mich gut an das Gespräch mit dem Pressesprecher einer Bundesministerin, der mir erzählte, wie wunderbar es für ihn sei, dass dem Journalismus langsam das Geld ausgehe, die Redaktionen immer kleiner oder zusammengelegt würden. Der Gegner sei geschwächt, das erleichtere seine Arbeit.

Das Beruhigende am Fall Scheuer ist, dass all die PR-Tricks – zumindest in diesem Fall – keinen Effekt hatten. Das Mautdesaster bleibt ein Mautdesaster. Und der von strategischen Medienmanagern umgebene Minister der unbeliebteste der Bundesregierung.

Das Beruhigende am Fall Scheuer ist, dass all die PR-Tricks – zumindest in diesem Fall – keinen Effekt hatten. Das Mautdesaster bleibt ein Mautdesaster. Und der von strategischen Medienmanagern umgebene Minister der unbeliebteste der Bundesregierung.

Das Beruhigende am Fall Scheuer ist, dass all die PR-Tricks – zumindest in diesem Fall – keinen Effekt hatten. Das Mautdesaster bleibt ein Mautdesaster. Und der von strategischen Medienmanagern umgebene Minister der unbeliebteste der Bundesregierung.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

DFB-Affäre

Bestechung mit Rennrad?

● Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat im Rahmen der Affäre um Infront, den langjährigen Werbevermarkter des Deutschen Fußball-Bundes, am 17. Juni die Sportagentur SMI in München durchsuchen lassen. Gleichzeitig fand im Raum Frankfurt eine Razzia bei einem früheren DFB-Mitarbeiter statt. Er hatte mit lukrativen Aufträgen an die Schweizer Firma Infront zu tun, etwa für die Suche nach Werbepartnern bei Länderspielen. Im Mai 2015 hatte der DFB-Mann von Infront ein Rennrad im Wert von 12 000 Euro angenommen. Es soll baugleich mit exklusiv für das Radteam Giant-Alpecin angefertigten Profirädern gewesen sein. Besorgt hatte es Friedrich von der Schulenburg, Chef der Sportagentur SMI, die Infront zurarbeitete. Seinen Angaben zufolge hatte er das Rad mit Rabatt gekauft; Infront habe den Preis mit einer Gegenforderung an ihn verrechnet. Ob er wusste, für wen das auf den Kunden angepasste Rad bestimmt war, ließ Schulenburg gegenüber dem SPIEGEL offen. Er begründete das mit einer anstehenden Aussage als Zeuge bei der Staatsanwaltschaft. Von einem möglichen Korruptionshintergrund habe er aber nichts gewusst. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nicht gegen Schulenburg, sondern gegen den DFBler und einen früheren Infront-Mitarbeiter wegen des Verdachts der Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr. Von der Durchsuchung der SMI erhoffen sich die Ermittler Genaueres zum Fahrraddeal. Infront hat inzwischen einen Verstoß gegen eigene Richtlinien für saubere Geschäfte eingeräumt. Hinweise, dass man im Gegenzug »ungebührliche Vorteile« genossen habe, gebe es aber nicht. Der DFB hat alle Verträge mit Infront gekündigt. AMP, GLA

Giant Bicycles



Giant-Rennrad

Petitionsausschuss

Erfolgreiches Bitten

● Den Bundestag erreichen mehr Beschwerden und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern: 2019 gingen dort 13 529 Petitionen ein, gut 300 mehr als im Jahr zuvor. Das geht aus dem bislang unveröffentlichten Jahresbericht des Petitionsausschusses hervor. Vom Rekordjahr 1992 mit knapp 24 000 Eingaben ist die Zahl jedoch noch weit entfernt. Die meisten Zuschriften betrafen die Ministerien für Inneres, für Arbeit und Soziales sowie Gesundheit. Die Zahl der Unterschriften unter Petitionen stieg ebenfalls enorm: Mehr als 1,8 Millionen Mal wurden Forderungen an die Politik unterzeichnet, eine Million Mal mehr als im Vorjahr. Eine der erfolgreichsten Petitionen betraf Tampons und Bin-

den: 82 232 Menschen forderten, die Mehrwertsteuer für die Hygieneprodukte zu senken. Vorher zählten diese Artikel nicht zur Grundversorgung und wurden mit 19 Prozent besteuert. Im November 2019 beschloss der Bundestag, den Steuersatz auf 7 Prozent abzusenken. CHP

Petitionen an den Bundestag

	Petitionen	Unterschriften
2019	13 529	1 800 000
2018	13 189	811 926
2017	11 507	233 557
2016	11 236	201 151
2015	13 137	761 127

Quelle: Petitionsbericht 2019

DER SPIEGEL

StVO-Novelle

»Bußgelder reduzieren«



Dieter Müller, 61, Professor für Straßenverkehrsrecht an der Hochschule der Sächsischen Polizei, über die gescheiterte Novelle der Straßenverkehrsverordnung (StVO)

SPIEGEL: Die jüngste Novelle der StVO enthält einen Formfehler: Eine der Vorschriften, auf die sie sich stützt, wird nicht zitiert. Welche Folgen hat das?

Müller: Da gibt es drei verschiedene Möglichkeiten: Man könnte sagen, dass die ganze Novelle nichtig ist, also auch die neuen Regeln zum Schutz der Fahrradfahrer. Oder dass die angehoben und die neuen Regelsätze bei den Bußgeldern sowie die neuen Sanktionshöhen bei den Fahrverboten nichtig sind oder dass es nur die Fahrverbote trifft.

SPIEGEL: Die meisten Bundesländer gehen davon aus, dass nur die Neuerungen im Bußgeldkatalog und bei Fahrverboten nichtig sind. Stimmen Sie zu?

Müller: Im Ergebnis ja. Hier handelt es sich im Grunde um ein Paket von mehreren Verordnungen – insofern kann man das abtrennen. Aber es war nicht Sache der Länder und auch nicht des Bundesverkehrsministers, die Novelle oder Teile davon für nichtig zu erklären.

SPIEGEL: Warum nicht?

Müller: Bundesweit kann nur das Bundesverfassungsgericht eine solche Verordnung für nichtig erklären oder andere Gerichte im Rahmen ihrer örtlichen und sachlichen Zuständigkeit.

SPIEGEL: Macht das einen Unterschied?

Müller: Ja. Denn die alten Bußgeldvorschriften gelten nicht mehr, solange die Verordnung nicht formell für nichtig erklärt ist. Gleichzeitig ist das neue Recht aber nicht anwendbar.

SPIEGEL: Wie löst man das?

Müller: Es handelt sich ja um Regelsätze – die Behörden können sich also weiter am alten Recht orientieren, aber sie könnten nun auch davon abweichen und eigene Sanktionen festsetzen. Die Behörden haben derzeit also einen größeren Ermessensspielraum.

SPIEGEL: Was ist mit Autofahrern, die schon ein Bußgeld oder sogar ein Fahrverbot nach den neuen Vorschriften bekommen haben?

Müller: Wenn sie sich dagegen gewehrt haben, liegen die Verfahren auf Eis oder werden eingestellt. Letzteres würde ich den Behörden dringend nahelegen. Wenn das Bußgeld oder das Fahrverbot bereits bestandskräftig wurde, kann der Betroffene selbst nichts mehr machen. Ich würde aber aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten dringend raten, diese Bescheide behördenseitig zurückzunehmen, also Fahrverbote aufzuheben und das Bußgeld auf den Betrag zu reduzieren, der nach altem Recht verhängt worden wäre. Die Differenz wäre zu erstatten.

SPIEGEL: Wer war denn eigentlich schuld an dem folgenreichen Fehler?

Müller: Juristen im Bundesverkehrsministerium, in den Ministerien für Wirtschaft und für Umwelt, im Bundeskanzleramt sowie auf Ebene des Bundesrats die Juristen und Verkehrsreferenten in den 16 Bundesländern, über deren Schreibtische die Entwürfe gehen: Sie alle hätten diesen schweren Fehler entdecken können und müssen. HIP

Bundeswehr AfD-Schlappe gegen General

● Die AfD ist mit dem Versuch gescheitert, einen Bundeswehrgeneral mundtot zu machen. Im August 2019 hatte sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen im Verteidigungsministerium über Generalmajor Reinhardt Zudrop beschwert. Zudrop habe im Juni 2019 vor Solda-



Zudrop

THOMAS FREY / PICTURE ALLIANCE / DPA

ten gesagt, die AfD sei keine »von Soldaten wählbare Partei«, da diese teilweise von Rechtsextremisten geführt würde. Mit der angeblichen Warnung, so Lucassen, habe Zudrop gegen die im Soldatengesetz gebotene politische Neutralität verstoßen und müsse suspendiert werden. Die Wehrdisziplinaranwälte der Bundeswehr stellten nun nach monatelangen Recherchen keinerlei Verstöße des Generals fest. Zudrop selbst hatte ausgesagt, dass er vor den Soldaten lediglich seine persönliche Auffassung wiedergegeben habe, dass er die AfD wegen der Rechtsextremisten im »Flügel« nicht wählen könne. LucasSENS Vorstoß war im Ministerium als Versuch der AfD gewertet worden, der Bundeswehrführung wertende Aussagen über die Rechtsaußenpartei grundsätzlich zu verbieten. Zum Ausgang sagt Zudrop, der seit März im Ruhestand ist, es sei »zu Recht kein Dienstvergehen« festgestellt worden. HAM, MGB

Antisemitismus Felix Klein erhält Schmähpост

● Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein hat nach eigenen Angaben zum ersten Mal ein Hetzschreiben erhalten. Klein bekleidet das Amt seit Mai 2018. Der Brief, der am 30. Juni bei Klein einging, gleicht nach SPIEGEL-Informationen einem Drohbrief, den Unbekannte im Mai der Synagogengemeinde in Halle an der Saale geschickt hatten. Es handelt sich dabei nicht um dieselbe Gemeinde, auf die im Oktober ein Attentat verübt wurde. Oben rechts auf dem im Mai in Halle eingegangenen Schreiben prangt ein Foto Adolf Hitlers, darunter steht »Heil Hitler«. Juden werden darin wüst beschimpft, zudem soll sich in dem Umschlag weißes Pulver befunden haben. Die Polizei in Hal-

le hat Ermittlungen wegen Volksverhetzung aufgenommen, bislang aber keinen Tatverdächtigen identifiziert. Der an den Antisemitismusbeauftragten adressierte Brief dürfte in direktem Zusammenhang mit Kleins Einsatz gegen Rassismus und Judenfeindlichkeit stehen. »Gerade durch die Herausforderungen der Corona-Pandemie werden viele krude Verschwörungsmymen geschürt, wozu sich Herr Klein auch mehrfach in den Medien geäußert hat«, teilt sein Büro mit. Nach einer »sicherheitsrelevanten Beurteilung« des Briefs sei Strafantrag gestellt worden. MXW



Klein

STEFAN BONESS / IPON



ANNA BOLDT / DER SPIEGEL

Der Augenzeuge

»Hand unterm Hahn«

Adrian Latacz, 44, ist Pfarrer der Gemeinde St. Georg im bayerischen Painten, in seiner Kirche gibt es zwei Weihwasserspender für Corona-Zeiten.

● »Seit dem Pfingstwochenende stehen an den beiden Portalen unserer Kirche zwei Edelstahlsäulen mit einer Art Wasserhahn und einem Fußpedal: Wir sind eine der ersten bayerischen Gemeinden, die kontaktlose Weihwasserspender hatte – inzwischen stehen sie auch in weiteren Kirchen.

Viele Gläubige haben das Weihwasser sehr vermisst, das seit März wegen der Corona-Pandemie nicht in den Becken sein sollte. Die Regel ist wegen des Infektionsrisikos sinnvoll, trotzdem fehlte für uns Katholiken etwas Wichtiges: Wer die Kirche betrat oder verließ, konnte sich nicht mehr mit Weihwasser bekreuzigen, eine Geste, die an die Taufe erinnert. Das ist zwar nur ein äußeres Zeichen, aber Zeichen sind wichtig, gerade in diesen turbulenten Zeiten. Symbole schaffen Vertrauen und geben Sicherheit. Oft haben Kirchgänger intuitiv ihre Hand in das Weihwasserbecken getaucht und dann gemerkt, dass es leer war. Diese Situation war der Ausgangspunkt für die Frage: Wie bringt man das Weihwasser wieder in die Kirche? Die Idee für den kontaktlosen Spender hatte ein Unternehmer aus der Nachbargemeinde, der eigentlich Soßen- und Desinfektionsmittelspender vertreibt. Seine Frau hatte ihm, nachdem sie in einem Gottesdienst gewesen war, erzählt, dass alles so ungewohnt war und ihr das Weihwasser fehle.

Ein Gemeindeglied hatte den Entwickler zu dem Projekt ermutigt und mit mir darüber gesprochen, ob ich mir so etwas vorstellen kann. Denn wenn man so etwas baut, macht man das nicht ins Blaue hinein. Der Unternehmer hat dann dafür gesorgt, dass wir die erste Gemeinde waren, die von ihm die Weihwasserspender bekam. Ich erklärte mich bereit, zwei Prototypen probeweise aufzustellen. Trotzdem war nicht klar, ob die Gläubigen das Angebot annehmen. Manchmal ist gut gemeint nicht gut gemacht. Schließlich ist es etwas anderes als diese vertraute Geste des Eintauchens – man hält die Hand unter einen Hahn und pumpt mit dem Fuß, um ein paar Tropfen Weihwasser zu bekommen.

Die Reaktionen waren durchweg positiv: Die Gläubigen sind dankbar und freuen sich, weil er ihnen ein Stück Normalität zurückgibt, auch wenn vieles andere immer noch ungewohnt ist. Ich befürchte, es wird lange dauern, bis wir zum normalen Leben zurückkehren können.«

Aufgezeichnet von Birte Bredow

So gesehen

Simpler Staat

Die genialen Reformen von Seehofer und Trump

● Der globale Trend zum Bürokratieabbau setzt sich fort. Nachdem das Bundesinnenministerium unter Horst Seehofer (CSU) angekündigt hat, eine Studie über Rassismus bei der Polizei nicht durchführen zu wollen, weil Rassismus bei der Polizei sowieso verboten ist, und US-Präsident Donald Trump wiederholt seinen Unmut über zu viele Corona-Tests in den USA zum Ausdruck brachte, weil Tests doch nur zu hohen

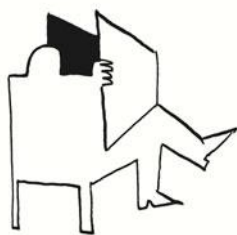
Weg mit den Türschlössern. Das Betreten fremder Wohnungen ist eh verboten.

Infektionszahlen führen würden, erarbeiten Experten weitere Optimierungen nach dem Vorbild der beiden großen Visionäre.

Prüfungen an Schulen und Universitäten etwa sollen ab sofort entfallen, um unschöne Durchfallquoten zu vermeiden. Lernende sind ja sowieso angehalten, das Gelernte zu verstehen – Tests also unnötig. Gleiches gilt für Verkehrskontrollen, Steuerprüfungen und Drogenfahndungen. Ebenso obsolet sind Lebensmittel- und Fahrkartenkontrolle sowie der TÜV. Warum der Aufwand, wenn es schon klare Regeln gibt?

Sodann werden wir auch auf Türschlösser verzichten können, das Betreten fremder Wohnungen ist eh verboten. Arztbesuche entfallen, dann ist niemand mehr krank. Ob sich Trump und Seehofer demnächst auch gegen Grenzkontrollen aussprechen werden, gilt als unsicher, wäre aber folgerichtig: Nur so könnte die offizielle Zahl der illegalen Einreisen dauerhaft auf null gesenkt werden.

Am Ende dieser Entwicklung stünde dann eine Reform des politischen Systems, wie sie der renommierte bayrische Staatstheoretiker Gerhard Polt bereits 2007 skizziert hat: »Wir brauchen keine Opposition, weil wir sind schon Demokraten.« Stefan Kuzmany



Mädchen beim Schwimmtraining

DLRG

Mehr Nichtschwimmer

● Wegen der Coronakrise sind nach Schätzung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) bereits Schwimmkurse für mindestens 20 000 Anfänger ausgefallen. »Die betroffenen Kinder bleiben vorerst Nichtschwimmer«, sagt DLRG-Sprecher Achim Wiese. »Weil es in Deutschland nicht genug Schwimmbäder gibt, können diese Kurse nicht einfach nachgeholt werden.« Obwohl die DLRG über ausreichend ehrenamtliche Ausbilder verfüge, seien die Wartezeiten für Kurse schon vor dem Lockdown lang gewesen. Die Lage werde

sich nun verschärfen. »Deutschland entwickelt sich zum Nichtschwimmerland«, sagt Wiese. Eine weitere Auswirkung der Pandemie sei die mangelnde Bewachung der Strände: »Corona-bedingt kann es passieren, dass wir nicht die gesamten Strandabschnitte an den deutschen Küsten überwachen können«, so der DLRG-Sprecher. Durch die Hygieneauflagen kämen weniger Einsatzkräfte als sonst in den Küstenorten unter. »Das ist nachvollziehbar, sorgt aber für Probleme«, sagt Wiese. So kann die DLRG in Schleswig-Holstein in diesem Jahr beispielsweise nur 2600 Einsatzkräfte unterbringen. Normalerweise überwachten dort 3100 Lebensretter die Strände. RED

Rechtsextremismus

Panzergranate und Politikerliste

● Die Polizei hat bei Ermittlungen gegen einen Bundeswehrreservisten aus Niedersachsen, der in einer rechtsextremen WhatsApp-Gruppe aktiv war, Waffen sichergestellt. Am Wohnort von Christian G. in Wriedel stellten die Beamten am vergangenen Freitag eine Panzergranate, eine Handgranate sowie eine zerlegte Langwaffe sicher, bei der es sich vermutlich um ein Schreckschussgewehr handelt. Auch in Munster, wo der 50-Jährige in einer Werkstatt in der Örtzetal-Kaserne arbeitet, wurde das Landeskriminalamt fündig. Neben sogenannten Polenböllern entdeckten die Ermittler ein Abschussgerät für Panzergranaten, ein Minensuch-

gerät, eine Langwaffe und ein Magazin. Inwieweit die Kriegswaffen funktionsfähig sind, wird noch gutachterlich untersucht. Die Polizei hat ihre Ermittlungen wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz sowie das Kriegswaffenkontrollgesetz auf sechs Beschuldigte ausgeweitet und Objekte in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen durchsucht. Bei einem Verdächtigen in Rinteln (Niedersachsen) fand die Polizei eine Langwaffe, Munition und ein Zielfernrohr. Außerdem horten die Beschuldigten in Rinteln und in Minden (NRW) Luftgewehre. Auf dem Handy von Christian G. hatte der Militärische Abschirmdienst bereits im Juni eine Liste mit Namen und Adressen von Politikern und Prominenten entdeckt, die seit Längerem unter Neonazis im Netz kursiert. MGB, GUD, WOW



90 Kilo
feines
Filet

Zahlen begleiten unser Leben

Die Zahlen der Finanzwelt sind unsere
Leidenschaft – heute und morgen

Es ist immer gut zu wissen, dass man sich auf einen starken Partner verlassen kann. Seit über 60 Jahren arbeiten wir daran, mit Investmentfonds mehr aus Ihrem Geld zu machen. Zuverlässig und vorausschauend.

Unabhängig davon, ob Sie Geld anlegen, ansparen oder für die Zukunft vorsorgen wollen: Ihr Bankberater zeigt Ihnen gerne, welche Möglichkeiten eine Geldanlage mit Investmentfonds bietet. Oder informieren Sie sich auf www.union-investment.de



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



Aus Geld Zukunft machen



Die große Bescherung

Finanzen Viele Landesregierungen machen neue Schulden und gönnen sich Milliarden Euro – angeblich um Corona-Folgen zu mildern. Doch das Geld dient auch anderen Zwecken.

Die Regierung wollte das Thema schnell durchziehen: drei Sonder-sitzungen in einer Woche, in der sich die Abgeordneten schon auf die Parlamentsferien und den Sommerurlaub eingestellt hatten. Der Krach mit der Opposition war einkalkuliert und änderte nichts am Ergebnis. Hessen erhob zum Gesetz, dass die Zukunft gut wird. Zumindest die Zukunft der Landesregierung.

Am 4. Juli stimmten CDU und Grüne im Landtag in Wiesbaden für das »Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz«. Welche Segnungen für die Nachwelt damit verbunden sein werden, muss sich noch zeigen. In jedem Fall sichern die elf Paragraphen des schlanken Gesetzes der Regierung von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) ein stattliches »Sondervermögen« – zwölf Milliarden Euro, die Bouffier und seine Leute in den nächsten Jahren großzügig über Hessen verteilen dürfen.

»Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen Hessen vor eine historische Herausforderung«, hieß es zur Begründung. »Noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs fiel ein Wirtschaftseinbruch so dramatisch aus.« Die Milliarden sollen deshalb die Folgen der Pandemie bewältigen helfen und einen »Kick-Start« der hessischen Wirtschaft bewirken.

Der Haken daran: Das Sondervermögen ist kein echtes Vermögen, sondern lediglich die Erlaubnis, in den nächsten Jahren sehr, sehr viele Ausgaben über Kredite zu finanzieren. Ein »Kick-Start« ist daher wohl erst einmal nur bei der Schuldenverwaltung des hessischen Finanzministeriums zu erwarten. Durch das »Zukunftsgesetz« werden die Verbindlichkeiten des Bundeslandes wohl in kürzester Zeit auf einen Rekordstand von weit mehr als 50 Milliarden Euro katapultiert.

Hessen ist nicht das einzige Bundesland, das die Krise als Chance zum Schuldenmachen begreift. Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU) hat sich vom Landesparlament »Kreditermächtigungen« in Höhe von 20 Milliarden Euro genehmigen lassen. Armin Laschet (CDU) darf sich in Nordrhein-Westfalen sogar bis zu 25 Milliarden Euro leihen, um Corona-Folgen zu bekämpfen und Steuerausfälle zu kompensieren. Michael Müller (SPD), Regierender Bürgermeister im hoch verschuldeten Ber-

lin, gönnt sich sechs Milliarden Euro zusätzlich. Und Tobias Hans (CDU), Ministerpräsident des kleinen Saarlandes, hat sich parallel zum regulären Haushalt ein »Sondervermögen« von 2,1 Milliarden Euro geschaffen.

Der Bund und die Europäische Union haben die Sorgenfreiheit beim Geldausgeben vorgelebt. Leitlinien und Regeln der deutschen Finanzpolitik sind in der Coronakrise außer Kraft, das langjährige Diktum der schwarzen Null scheint beendet. Die Grundrente, monatelang ein Zankapfel der Großen Koalition, wurde vor Kurzem vom Bundestag verabschiedet. 1,3 Milliarden Euro finanzieren? Angesichts der anderen Summen für die Union nun doch kein so großes Problem mehr.

Auch in den Bundesländern spricht jetzt kaum noch jemand über sparsame Haushaltsführung. Eigentlich hatten sich die

Länder verpflichtet, von diesem Jahr an keine neuen Schulden mehr zu machen. Sie wollten nur noch so viel Geld ausgeben, wie sie durch Steuern und Gebühren einnehmen. Der Bund wollte es ähnlich halten; das Grundgesetz wurde eigens dafür geändert. Doch die »Schuldenbremse« lässt Ausnahmen zu, etwa bei wirtschaftlichen Notlagen oder Naturkatastrophen. Und da Corona unbestritten ein solcher Ausnahmefall ist, geben mehrere Landesregierungen plötzlich Vollgas.

Nach einer SPIEGEL-Umfrage unter den Finanzministerien geht es schon jetzt in den Bundesländern um einen fast zwölfstelligen Betrag: Die 16 Länder haben Kreditaufnahmen von 95 Milliarden Euro unter Berufung auf die aktuelle Krise beschlossen oder vorbereitet – zusätzlich zu den 218 Milliarden Euro, mit denen der Bund sich wegen Corona verschulden will. Die Summe wird wohl noch steigen.

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wollen im Herbst über weitere Schulden beraten. Auch Thüringen, wo die Regierung von Bodo Ramelow (Linke) bisher versucht hat, die Coronakrise mit Rücklagen zu bewältigen, diskutiert inzwischen über ein kreditfinanziertes Hilfspaket.

Die Maßvollen unter den Landesregierungen wollen allerdings, wie es das klassische Haushaltsrecht vorsieht, vorerst nur so viel Geld und Kreditermächtigungen über einen Nachtragshaushalt bereitstellen, wie in diesem Jahr tatsächlich gebraucht wird. Sollten in Zukunft weitere Corona-Hilfen nötig werden, muss die höhere Verschuldung öffentlich im Parlament diskutiert und beschlossen werden.

Ein transparentes und sinnvolles Verfahren, findet beispielsweise Bernd Buchholz (FDP), Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein: »Den gebeutelten Betrieben nützt es nichts, wenn wir die Hilfen ins Sondervermögen überführen würden. Sie brauchen die Hilfe jetzt und nicht später.« Er warnt vor einem »Überbietungswettbewerb unter den Ländern für Mittel zur Coronakrisenbewältigung«.

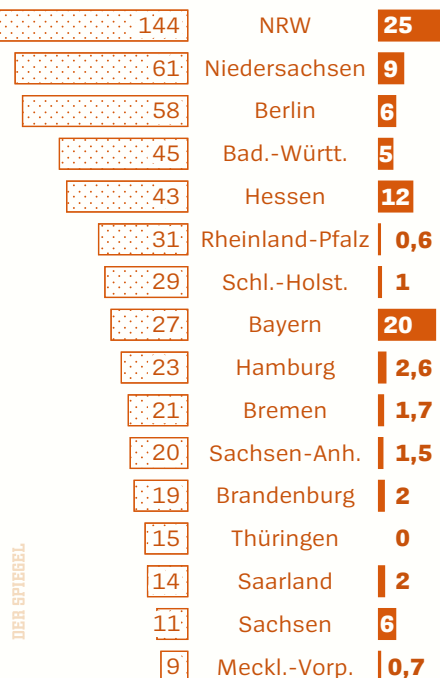
Doch der scheint schon längst begonnen zu haben. Einige Landesregierungen lassen sich bereits üppige Milliardenpolster für die kommenden Jahre genehmigen. Manche begründen das mit besserer Planbarkeit und erwartbaren »indirekten Folgen« der Krise. Der Nebeneffekt: Das

Der Corona-Nachschlag

■ Schuldenstand vor der Pandemie

■ zusätzliche Neuverschuldung
pandemiebedingte Kredite seit dem Frühjahr 2020 (bereits beschlossen oder geplant)

Angaben in Milliarden Euro, gerundet



Angaben teilweise vorläufig oder geschätzt, Stand: Ende Juni, Quelle: Landesregierungen



SEBASTIAN KAHNERT / PICTURE ALLIANCE / DPA



FRANK MOLTER / DPA



U. STAMM / SNAPSHOT PHOTOGRAPHY / FUTURE IMAGE



OMER MESSINGER / EPA-EFE / SHUTTERSTOCK



HENNING KAISER / DPA



STUART FRANKLING / GETTY IMAGES



HEIKO MEYER / LAIF



STEFFI ADAM / FUTURE IMAGE / IMAGO IMAGES



SEBASTIAN STEINBACH / EPA-EFE / SHUTTERSTOCK

Angestrahlte Wahrzeichen der Länder*: »Noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs fiel ein Wirtschaftseinbruch so dramatisch aus«

* Bei einer Aktion der Veranstaltungswirtschaft am 22. Juni. Im Uhrzeigersinn: Dresden, Kiel, Köln, Kassel, Düsseldorf, München, Hamburg, Hannover, Mitte: Berlin.

Geld könnte auch dann noch zur Verfügung stehen, wenn die Auswirkungen der Coronakrise nicht mehr so stark zu spüren sind. Der Mechanismus der Schuldenbremse, der eine nachvollziehbare, akute Notlage verlangt, wäre ausgehebelt.

So hat die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen in ihr »Zukunftsgesetz« hineingeschrieben, dass die zwölf Milliarden Euro aus dem Sondervermögen auch noch 2023 verteilt werden dürfen. Das sei nichts weiter als ein »Schattenhaushalt«, mit dem sich Bouffier auf Pump eine Wahlkampfkasse schaffe, kritisiert die sozialdemokratische Oppositionsführerin im Landtag, Nancy Faeser. Der Termin der nächsten Landtagswahl in Hessen: Herbst 2023.

Faeser und der FDP-Fraktionschef René Rock sind eine Liste des hessischen Finanzministeriums durchgegangen, in der die geplanten Ausgaben aus dem Sondervermögen skizziert sind. Ihr Fazit: Vieles davon habe wenig mit Corona zu tun, dafür aber umso mehr mit altbekannten Wahlversprechen der schwarz-grünen Koalition. Unionswähler dürften sich an dem Versprechen einer besseren Ausstattung von Polizei und Justiz erfreuen, die Grünenklentel werde mit Mitteln für Radwege und die energetische Sanierung von Wohngebäuden bedient.

Ein SPD-Abgeordneter ätzt: Fehle nur noch ein kreditfinanziertes Förderprogramm für Krötentunnel, da doch auch die Krötentunnelindustrie bestimmt unter Corona leide.

Auch in Niedersachsen hat die rot-schwarze Landesregierung viele neue Ausgaben geplant: 380 Millionen Euro für den Klima- und Artenschutz, 150 Millionen für den Breitbandausbau, die Polizei soll neue Autos bekommen, auch an die Kommunen fließt Geld. Insgesamt kündigte Regierungschef Stephan Weil (SPD) Ausgaben von fast zehn Milliarden Euro an. In das dafür nötige »Sondervermögen« fließen 8,8 Milliarden Euro auf Pump – bei einem Schuldenstand von bereits 60 Milliarden.

»Im Windschatten der Coronakrise wird noch mal tief in die Kreditkasse gegriffen, auch für Wohltaten, die mit der Krise nichts zu tun haben«, sagt der Chef des niedersächsischen Bundes der Steuerzahler, Bernhard Zentgraf. Verfassungsrechtlich sei das »höchst bedenklich«. Auch der niedersächsische Landesrechnungshof hat gefordert, dass »Verfassungsgrundsätze wie das Budgetrecht des Parlaments, ein transparenter Haushalt und die Einhaltung der Schuldenbremse stärker Beachtung finden«.

Im Saarland, ebenfalls hoch verschuldet, träumt Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) davon, mit dem unerwarteten Geldsegen einige lang gehegte Wünsche erfüllen zu können, etwa den Ausbau einer Bahnstrecke in Saarbrücken. Es gehe nicht nur darum, in der Krise drohenden



Ministerpräsident Bouffier
Verbindlichkeiten auf Rekordstand

Schaden abzuwenden, räumt Regierungschef Tobias Hans (CDU) unumwunden ein, sondern auch um »Investitionen«, die »Früchte tragen für die Zukunft«.

Selbst die Sachsen, einst Musterschüler einer sparsamen Haushaltspolitik, wollen nun Schuldtitel bunkern. Die Dresdner Landesregierung war der Schuldenbremse zuvorgekommen, die 2011 in Kraft trat. Sie legte seit 2006 Haushaltspläne ohne neue Verschuldung vor und tilgte sogar jedes Jahr Altschulden in zweistelliger Millionenhöhe. Auch das ist vorbei.

Jetzt gehe es darum, Schaden vom Freistaat abzuwenden, sagte Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) im April, sein Finanzminister sieht wegen Corona einen

Die Schulden je abzutragen wird nun noch schwieriger.

Finanzierungsbedarf von sechs bis sieben Milliarden Euro in den nächsten zweieinhalb Jahren voraus. Knapp ein Drittel seien Corona-Ausgaben für Schutzausrüstungen, Firmenzuschüsse oder die Erstattung von Kita-Elternbeiträgen, hinzu kämen »auf Basis einer groben Schätzung« fehlende Steuereinnahmen von mehr als vier Milliarden Euro.

Die Keniakoalition von CDU, Grünen und SPD erfand und beschloss einen »Sondervermögen Stabilisierungsfonds«: 6,75 Milliarden Euro nahezu komplett durch neue Kredite. Noch bevor die entscheidende Sitzung im Parlament anstand und auch Abgeordnete von AfD und der Linken dafür stimmten, warnte Sachsens Rechnungshof vor den Folgen.

Die Prüfer kritisierten, dass es »bei den befürchteten Mindereinnahmen keinerlei belastbare und plausible Annahmen« gebe. Im Gegenteil – das Steuerloch werde an keiner Stelle »substantiiert hergeleitet«, stattdessen grob geschätzt. Gleichzeitig fiel auf, dass zur Bewältigung der finanziellen Folgen der Krise »kein substanzieller Einsparbetrag zu den bisher vorgesehenen Ausgaben« zu erkennen sei. Stattdessen verfüge die Staatsregierung über »einen äußerst weiten Spielraum für den Mitteleinsatz«. Die Rechnungshöfe in anderen Bundesländern, etwa Hessen und Nordrhein-Westfalen, äußerten sich ähnlich kritisch über ihre Landesregierungen.

Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen sieht in Sondervermögen »nichts anderes als eine Möglichkeit, Schulden zu verstecken«. Dabei hätten die Bundesländer ohnehin riesige Belastungen für kommende Generationen angehäuft: die Ansprüche der rund zwei Millionen Beamten, Richter und anderer Versorgungsempfänger. »Die versteckten Schulden der Bundesländer durch künftige Pensions- und Versorgungskosten liegen in der Größenordnung von 50 Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts«, schätzt Raffelhüschen. Er kommt auf die schwindelerregende Summe von »ungefähr 1,5 Billionen Euro«.

Die offizielle Verschuldung der Bundesländer liegt deutlich niedriger. Die Finanzministerien bezifferten sie auf rund 580 Milliarden Euro – vor der Krise. Wenn nun noch die Corona-Ausgaben hinzukommen, wird es noch schwieriger für die Länder, die Schulden jemals abzutragen.

Die Möglichkeit, eigene Steuern zu erheben, sind für die Länder sehr begrenzt. In der Regel sind die Ministerpräsidenten vom Bund abhängig, um etwa einen höheren Anteil an der Einkommensteuer zu bekommen. Es ist daher gut möglich, dass zumindest in strukturschwachen Ländern bald wieder über Sparrunden und Stellenstreichungen diskutiert werden muss.

Die Politiker haben deshalb versucht, das Problem weit in die Zukunft zu schieben. In Nordrhein-Westfalen soll die Tilgung auf 50 Jahre, also ungefähr bis 2070, gestreckt werden, wie der Landesrechnungshof kritisiert hat. In Hessen ist der Plan auf 30 Jahre angelegt und sieht vor, dass der weitaus größte Teil des Milliardenpakets erst ab 2031 abgestottert werden muss. Regierungschef Bouffier dürfte dann schon lange in Rente sein.

Ohnehin steht die Rückzahlung der »Sondervermögen« unter einem Vorbehalt: dass nicht eine neue Krise kommt und wieder der Notstand ausgerufen wird.

Matthias Bartsch, Annette Bruhns, Hubert Gude, Steffen Winter



Für mehr O
in deinem Leben.

**Gemeinsame
Spitze!
Ihr habt uns
zur Nr. 1
gemacht.**



Bei der Telecom Handel Leserwahl 2020 wurde O₂ zum besten Mobilfunkanbieter gewählt. Dafür möchten wir uns herzlich bei unseren Partnern bedanken.

EINE *Telefónica* MARKE

»Mit anderen Augen sehen«

Ferien Mehr als die Hälfte der Deutschen will in diesem Jahr nicht in den Sommerurlaub fahren. Was fehlt, wenn wir die Welt nicht entdecken können? Hier erzählen acht Politikerinnen und Politiker von den Reisen, die sie für immer prägen.



Kind Özdemir mit seinen Eltern
Ende der Sechzigerjahre in der Türkei

Türkei, in vielen Sommern

**Cem Özdemir, 54,
Bündnis 90/Die Grünen**

Meine Eltern und ich fuhren in den Sommerferien fast immer in die Türkei, in die Heimat meiner Eltern, und zwar vom ersten bis zum letzten möglichen Tag.

Die deutschen Arbeitskollegen meiner Eltern waren meist erholt, wenn wir sie wiedergesehen haben, wir aber hätten noch einmal Erholung gebraucht. Meine Mutter hatte keinen Führerschein, mein Vater musste im Auto allein fahren, drei Tage lang. Istanbul war nur die erste Station, dann die zweite das Dorf meines Vaters, in der Provinz Tokat, tausend Kilometer entfernt. Schließlich die dritte Station, wo wir wiederum weitere Ver-

wandte besuchen mussten. Es war eine einzige Fahrerei.

Das Auto war vollgepackt mit Gastgeschenken: Waschmittel aus Deutschland, weil man glaubte, dass es besser sei. Ich war zwar Einzelkind, aber ich hatte den Platz hinten keineswegs für mich. Das Auto war so voll, dass ich nicht einmal meine Beine ausstrecken konnte.

Zum Dorf meines Vaters führte keine Straße, man musste ganz langsam die letz-

ten Meter hochfahren, das Wasser musste man aus dem Brunnen holen. Ich empfand es als cool dort, durfte auf dem Esel reiten, für die Kinder im Dorf aber war Deutschland ein Sehnsuchtsort. Später habe ich verstanden, dass es einen Unterschied gibt zwischen der Projektion der romantischen Armut und der Realität der bitteren Armut.

Unsere Besuche im Dorf haben wir über Briefe angekündigt. Meine Großmutter war Witwe, sie konnte kein Türkisch, sie sprach eine kaukasische Sprache, und die Schrift, die sie gelernt hatte, war Arabisch, was wiederum wir nicht lesen konnten. Sie hat den Schreiber des Dorfes zu sich bestellt, damit er die Briefe schreibt und verschönert.

Ich erinnere mich, dass ich solche Sachen einfach großartig fand und andere Dinge dagegen gar nicht verstehen konnte. Geprägt durch die Ökologiebewegung in Deutschland, fing ich an, die nachgeholte Industrialisierung in der Türkei kritisch zu sehen, weil ich mir Sorgen machte, dass

sich dort Fehlentwicklungen aus dem Westen wiederholten. Das wollten meine Verwandten dort gar nicht hören, sie verstanden es so, als wollte der Westen alle Vorteile der Modernisierung behalten und habe jetzt

etwas erfunden, damit die Türkei auch weiterhin schön zurückbleibe.

Die ideale Welt meiner Eltern wäre eine Verbindung aus beidem gewesen, also die Freundschaften, die Verwandtschaft aus der Türkei in Verbindung mit einem ordentlichen Bildungssystem, Rechtsstaatlichkeit und einem funktionierenden Staatswesen.

Meine Mutter kam eines Tages nach Hause und sagte zu meinem Vater, dass sie mit ihren italienischen Arbeitskollegen in der Fabrik geredet habe. Die hätten gesagt: »Warum fährst du eigentlich nicht mal zur Abwechslung nach Italien, so wie es die Deutschen machen? Die Strecke ist halb so lang, und die Freundlichkeit haben wir genauso.« Und dann sind wir auch mal nach Rimini gefahren.

Geschäftsgrundlage unserer Republik ist für mich das Grundgesetz und nicht, ob irgendwelche Vorfahren schon an der Schlacht im Teutoburger Wald teilgenommen haben. Im Grundgesetz steht ja nicht, dass ich zu Hause kein Türkisch sprechen darf oder dass ich christlich getauft sein muss. Diese identitären Fragen, die sich sowohl hier als auch in der Türkei durch den dort regierenden Nationalismus aufgeladen haben, sind Quatsch. Von denen sollten wir uns schleunigst ganz befreien: Ich entscheide selbst, wer ich bin, und niemand für mich.

EVENTPRESS / PICTURE ALLIANCE



Paris, 1988

Gregor Gysi, 72, Die Linke

Die wichtigste Reise meines Lebens war meine erste in den Westen. Das war 1988, noch zur Zeit der Mauer. Ich reiste auf Einladung des Kulturzentrums der DDR für einen Vortrag nach Paris. Das Thema war kein Traum: Der Grad der Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR.

Ich musste mir genau überlegen, was ich sage. Es war nicht leicht. Ich habe über die Geschichte der Menschenrechte im Allgemeinen gesprochen, um nicht so schnell zur DDR zu kommen. In der ersten Reihe saßen drei aus der DDR-Botschaft mit Notizbüchern auf den Knien. Mir war es etwas schlecht.

Am heikelsten waren die Publikumsfragen: »Wenn Sie sich eine Verbesserung bei Menschenrechten in der DDR wünschen könnten, was wäre das?« Ich guckte in die drei Gesichter in der ersten Reihe, und mir war klar: Wenn ich jetzt das Reiserecht fordere, gibt es Ärger. Also wünschte ich



MOMENT / GETTY IMAGES

mir, als Anwalt in Zukunft mit meinen Mandanten immer allein, ohne Sicherheitsbeamte sprechen zu dürfen. Die drei nickten sich zu, das fanden sie noch in Ordnung. Ich war ein wenig stolz auf meinen Vortrag, weil ich die DDR zwar sehr geschont, aber nichts Falsches gesagt hatte. Ich habe nicht behauptet, dass in der DDR alle politischen Freiheiten garantiert seien.

Jedenfalls konnte ich so fast eine Woche in Paris verbringen. Ich habe das Moulin Rouge gesehen, den Eiffelturm und natürlich die »Mona Lisa« im Louvre. Ich bin so viel gelaufen und Metro gefahren. Die Schönheit von Paris hat mir imponiert. Entsetzt hat mich: Ich zahlte die Metrofahrt zum Louvre und den Eintritt und war pleite. Das kannte ich aus der DDR nicht, öffentlicher Verkehr und Kultur kosteten dort fast nichts. Auch das französische Frühstück und das Hotelzimmer waren eine Enttäuschung. So schlechte Hotels gab es in der DDR nicht. Aber das Wichtigste waren die politischen Erfahrungen.

Nach meiner Rückkehr bekam ich einen Anruf aus der SED-Bezirksleitung in Berlin. Sie wollten kontrollieren, ob ich wieder da bin. Danach war ich übrigens freier. Ich habe den Parteileuten gesagt: »Ihr könnt den Menschen nicht sagen, dass sie 60 oder 65 Jahre alt werden müssen, bevor sie Paris sehen dürfen.« Das konnte ich jetzt sagen, weil ich ja wiedergekommen war. Sie wussten, dass ich nicht abhaue.



MICHAEL KAPPELER / DPA

Hiddensee, seit 23 Jahren

Manuela Schwesig, 46, SPD

Mein wichtigster Urlaubsort liegt im eigenen Land. Seit 23 Jahren verbringe ich den Jahreswechsel auf der Insel Hiddensee. Es ist für mich immer einer der schönsten Momente des Jahres, wenn wir mit der Fähre auf die Insel übersetzen und ich das alte Jahr hinter mir lasse. Morgens

gehe ich gern am Meer laufen. Wenn ich ganz allein am Strand bin und die Sonne aufgeht, berührt mich immer wieder, wie gewaltig die Natur ist, was für ein Geschenk.

Diese Botschaft nehme ich dann auch in die Politik mit: dass wir als Politiker alles dafür tun müssen, um dieses Geschenk zu schützen. Auch eine Insel wie Hiddensee ist durch den Klimawandel bedroht. Wenn der Meeresspiegel weiter ansteigt, könnte auch sie untergehen. Aber es kann nicht sein, dass wir diese Natur, die über Hunderte Millionen Jahre entstanden ist, nicht bewahren.

Die Tradition, das neue Jahr auf Hiddensee zu beginnen, ist für mich sehr wertvoll. Wegen Corona verbringen wir dieses Jahr auch den Sommerurlaub auf der Insel. Dann werde ich vielleicht nicht bei Sonnenaufgang am Strand sein, das ist doch etwas früh, aber dafür bei Sonnenuntergang.



HANS BLOSSEY / IMAGEROCKER / SHUTTERSTOCK



JOHANNES ARLT / DER SPIEGEL

Kenia, 2007

**Alexander Graf Lambsdorff,
53, FDP**

Ich bin als Diplomat in meinem Leben viel gereist, aber eine Reise hat mich besonders geprägt: die als EU-Wahlbeobachter nach Kenia 2007. Ich war beeindruckt von dem Interesse an der Europäischen Union, man spürte, wie viel positiver der Blick auf die EU außerhalb ist als innerhalb Europas.

Bewegt hat mich auch, wie groß der Wunsch der Kenianer war, wählen zu gehen. Ich habe beobachtet, wie in Nairobis größtem Slum Kibera die Menschen stundenlang in der Hitze anstanden, um ihre Stimme abzugeben. Mir wurde klar, wie wenig wir immer noch über Afrika wissen und wie stark die Kolonialzeit bis heute nachwirkt, als die Europäer mit dem Lineal irgendwelche Grenzen zwischen Staaten gezogen haben. Dabei sind die Grenzen zwischen verschiedenen Ethnien in Afrika mindestens so relevant wie die zwischen Staaten. Das sollte sich dann auch massiv auf die Wahlen auswirken.

Wir stellten dann fest, dass die Wahl gefälscht wurde, in einem Wahllokal hatten wir ganze 104 Prozent Wahlbeteiligung. Nach der Wahl brachen Unruhen aus, es kam zu heftigen Gewaltausbrüchen mit mehr als 1200 Toten. Die Situation war in diesen Tagen angespannt, auch für uns als Wahlbeobachter, wir mussten unsere Teams aus den ländlichen Regionen schnell evakuieren. Politisch konnten wir die Lage dadurch befrieden, dass wir das Konzept einer Großen Koalition vorstellten. Eine Regierung zu bilden, obwohl man unterschiedlicher Herkunft ist und unterschiedliche Ansichten hat, war der Weg zur Stabilisierung. Diese Erfahrung war eine starke Motivation, mich für demokratische Werte weltweit einzusetzen.

Vorher, über Weihnachten, kam meine Familie nach Nairobi, wir feierten bei Freunden mit einem kleinen Weihnachtsbäumchen und einer einzigen Christbaumkugel. Kurz darauf brachen die Unruhen aus, und meine Familie musste das Land verlassen.



JENS KRICK / PICTURE ALLIANCE



BERND JONKMANNS / LAIF

New York, 2002

**Annegret Kramp-
Karrenbauer, 57, CDU**

Ich war 2002 als saarländische Innenministerin auf einer dreiwöchigen Studienreise durch die USA. Unvergessen bleibt für mich, wie ich im März 2002 am Ground Zero war und erst so richtig ermessen konnte, wie tief ins Herz die Amerikanerinnen und Amerikaner von den Anschlägen des 11. September getroffen worden waren. Ich stand am Krater der eingestürzten Twin Towers und sah, wie riesig diese Wunde war. Das war eine fast körperliche Erfahrung. Danach habe ich auch den Patriotismus verstanden, der daraus entstanden ist, und die Entschlossenheit, dass es nie wieder passieren darf, dass die USA auf eigenem Boden so verletzlich sind.

In der aktuellen Debatte über die amerikanische Polizei musste ich auch an meinen Besuch bei der Polizeiakademie in San Antonio denken. Ich konnte erleben, wie dort Polizisten ausgebildet werden. Ich habe damals schon den Unterschied zwischen einer mehrjährigen Ausbildung in Deutschland und einer maximal 19-wöchigen Schnellausbildung in den Vereinigten Staaten wahrgenommen.

Es war meine erste politische Reise in die USA, auch zum ersten Mal getrennt von meiner Familie und den Kindern, ich

hatte großes Heimweh. In dem Programm war man auch in amerikanischen Familien untergebracht. Mich hat sehr beeindruckt, wie viele Menschen sich für mich engagiert, mich aufgenommen und mir als Fremdenführer zur Verfügung gestanden haben. Das große Engagement der Amerikaner in Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen hat mir imponiert. Andererseits habe ich auch viel Elend, viele Obdachlose auf den Straßen, beispielsweise in Washington, gesehen. Ich habe dort das ganz andere Verständnis und die ganz anderen Erwartungen an den Staat mitbekommen, die sehr unterschiedliche Auffassung, wie viel der Staat regeln muss und wo sich Privatleute engagieren.

Diese Reise hat den Grundstein gelegt für meine tiefe Überzeugung, dass die transatlantische Freundschaft für uns ein ganz wichtiger Pfeiler ist und das auch in Zukunft bleiben wird. Ich bin im Dezember 2000 Innenministerin geworden, der 11. September 2001 hat meine Arbeit geprägt, ich habe daran gearbeitet, dass wir eine neue Sicherheitsarchitektur aufbauen. Und ich sehe durch die Reise viele Entscheidungen der amerikanischen Politik wie die Militäraktionen im Irak mit anderen Augen – ob ich sie nun richtig oder falsch finde. Man muss Ground Zero gesehen haben, um das verstehen zu können.



LENGEMANN / ULLSTEIN BILD

Zeltlager, in den Siebzigerjahren

**Sigmar Gabriel,
60, SPD**

Ich komme aus Familienverhältnissen, in denen man keinen großen Urlaub machen und schon gar nicht ins Ausland reisen konnte. Aber ich kam in Kontakt mit einer sehr alten SPD-nahen Jugendorganisation: den Falken. Manche nannten sie damals spöttisch die Pfadfinder der SPD. Tatsächlich kamen sie aus einer Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Zu meiner Zeit organisierten die Falken Sommerzeltlager quer durch Europa von Frankreich bis nach Schweden. Für mich war das eine Riesenchance, in meiner Jugend andere Länder kennenzulernen. Wenn man eine Funktion übernommen hat, ein politisches Seminar geleitet oder geholfen hat beim Aufbau von Zelten und Duschen, beim Einkaufen oder Kartoffelschälen, kostete es praktisch nichts mehr.

Das waren großartige Erfahrungen. Wir hatten viele politische Kontakte: zum Beispiel zu den schwedischen Jungsozialisten, zur Partie Socialiste und den französischen Kommunisten, einmal hatten wir sogar Vertreter der PLO zu Gast. Als François Mitterrand 1981 zum Präsidenten gewählt wurde, feierten wir gemeinsam mit unseren französischen Freunden in einer Sozialistenkneipe. Das beeindruckendste Treffen war aber sicher in Österreich 1981



SONIA DOCH / DER SPIEGEL

mit Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky, selbst die sozialistische Jugend der USA war da, bis dahin hatte ich gar nicht gewusst, dass es so was gibt.

Diese Art, etwas über Land und Leute und über die Politik zu erfahren, hat mich sehr geprägt.

Aber natürlich ging es nicht nur um Politik. In der Pubertät ist der Sozialismus vielleicht nicht das Allerwichtigste, spannender war es, gemeinsam mit der ersten Freundin mehrere Wochen in einem Zeltlager ohne Aufsicht der Eltern zu verbringen. Nachts draußen zu liegen, alles, was man unter Lagerfeuerromantik versteht – ich habe das bis heute nicht vergessen.

Bei den Falken habe ich viele spätere europäische Politiker kennengelernt, unter anderem Jens Stoltenberg, den heutigen Generalsekretär der Nato. Auch einer meiner engsten Freunde, der frühere österreichische Kanzler Werner Faymann, war dabei. Diese Freundschaften haben Jahrzehnte überdauert. Es gibt in Deutschland eine Gruppe ehemaliger Falken, die sich bis heute trifft.

Natürlich wurde am Lagerfeuer auch gesungen, Arbeiterlieder, die um die Jahrhundertwende und in der Zeit der Weimarer Republik entstanden sind: »Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt ...« Ein österreichisches Lied, gesungen voller Optimismus in einer Zeit großer Angst im Angesicht des aufziehenden Faschismus. Heute ist die Sozialdemokratie ja oft etwas verzagt, aber diese Lieder waren Ausdruck eines großen Selbstbewusstseins.

Die Falken haben mein Leben geprägt. Ich war dort dabei, lange bevor ich SPD-Mitglied wurde. Ohne die Falken hätte es den Politiker Sigmar Gabriel ganz bestimmt nicht gegeben.



Südsudan, 2006 und 2009

**Monika Grütters,
58, CDU**

Mein Bruder ist in der Entwicklungshilfe tätig, und ich habe ihn zweimal, 2006 und 2009, privat im Südsudan besucht. Die ursprüngliche, beinahe archaische Lebensweise dort hat mich, meinen Blick auf die Welt und auf Menschen grundsätzlich verändert. Die Menschen dort haben gelernt, in einer harten klimatischen Umgebung unter ärmlichsten Umständen zu leben. Dennoch und zugleich sind die Menschen freundlich im persönlichen Umgang miteinander und gegenüber Fremden.

Ich würde nicht sagen, dass sie unglücklicher sind als wir in unseren Industrieländern. Reichtum und Armut sind relative Begriffe, die man vom eigenen Standpunkt aus definiert. Entscheidend ist die innere Einstellung zur eigenen Existenz.

Eine unvergessliche Szene: Mein Bruder hat abends in der Dunkelheit – und es war wirklich auf eine schöne Art so dunkel, weil es keinen Strom gab, wie wir es in unseren Ländern ja nie mehr erleben – seinen Laptop mit zwei Boxen aufgebaut und hat das »Dschungelbuch« als Film vorgeführt. Erst kamen die Kinder, dann die Alten, auf ihre Stöcke gestützt, und schließlich stand das ganze Dorf darum herum.

Natürlich drängt sich auch die Frage nach der Wirkung unserer Entwicklungshilfe auf. Was sie dort leistet, ist nicht immer nachhaltig. Mein Bruder ist Architekt, er hat Schulen und Brunnen gebaut und musste dann mit eigenen Augen zusehen, wie sie wieder verfielen. Vieles ist gut gemeint, aber man muss auch akzeptieren, dass Menschen mit einer ganz anderen Prägung, als wir sie kennen, ihr Dasein organisieren. Wir sollten uns die Frage stellen, ob unser Blick auf das Leben wirklich so viel besser ist, dass wir das Recht haben, es anderen Menschen als Blaupause für ihr Lebensmodell aufzudrängen. Zuweilen ist das eine Anmaßung.



LENGEMANN / ULLSTEIN BILD



Gabriel-Foto vom Zeltlager der Falken



Weißrussland, 1990

**Katrin Göring-Eckardt, 54,
Bündnis 90/Die Grünen**

Schon vor dem Mauerfall 1989 war ich aktiv in der Bürgerrechtsbewegung der DDR, die sich mit Umweltfragen befasst hat. Die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl 1986 hat uns auch da noch beschäftigt, ich fuhr 1990 mit einem Hilfstransport nach Weißrussland. Wir hatten Stifte, Kleidung, medizinische Materialien dabei. Die Krankenstation, die wir besucht haben, war medizinisch kaum ausgestattet, in den Betten saßen blasse Kinder mit vergrößerter Schilddrüse. Paare erzählten uns, dass sie keine Kinder mehr bekommen können oder Angst vor Missbildungen haben.

Die Leute, bei denen wir übernachtet haben, waren arm und tischten uns das Beste auf, was sie hatten: Marmelade von den Beeren aus dem Garten und das frisch geschlachtete Huhn. Ich wusste damals noch nicht,

dass ich wieder schwanger war. Zum Glück war mir so schlecht, dass ich kaum etwas gegessen habe. Aber die restlichen Monate der Schwangerschaft habe ich in ziemlicher Panik verbracht, weil ich mich fragte: »Mein Gott,

ist mein Kind gesund?« Gott sei Dank ist es das. Ich weiß noch genau, wie leicht es war, sogar in die verbotene Zone zu kommen. Man machte einfach ein Tor auf.

Da ich in der DDR groß geworden bin, wusste ich, wie scharf Grenzen gesichert werden können. Dort, wo Abriegelung sinnvoll gewesen wäre, war von Schutz aber keine Spur. Ich erinnere mich, wie merkwürdig die Pflanzen dort aussahen, erst später habe ich verstanden, dass das Folge der Katastrophe war. 2011, bei der Katastrophe von Fukushima, dachte ich: Wieso haben wir nichts gelernt? Man muss die Folgen der Umweltzerstörung und der Atomkraft immer wieder neu ins Bewusstsein bringen. Auch deswegen mache ich Politik.

Protokolle: Susanne Beyer,
Christiane Hoffmann



»Die EU hat nicht versagt«

Europa Luxemburgs Premier Xavier Bettel über Solidarität in Zeiten von Corona, Angela Merks Verhandlungstricks und die Frage, ob jetzt die richtige Zeit für neue Milliardenschulden ist

Bettel, 47, empfängt im Hôtel de Bourgogne, von wo aus einst die Habsburger über Luxemburg herrschten. Neben die Porträts von Kaiserin Maria Theresia hat er in seinem Regierungssitz moderne Kunst aufhängen lassen, darunter ein Gemälde, das die amerikanische Sängerin Debbie Harry zeigt. Der Liberale ist seit Ende 2013 Premier in Luxemburg und zählt zu den am längsten amtierenden EU-Regierungschefs.

SPIEGEL: Herr Bettel, was bedeutet Solidarität für Sie?

Bettel: In Luxemburg sage ich oft, dass der Sozialstaat kein Bett ist, in dem man sich ausruht, sondern eher ein Trampolin, von dem aus man springen kann. Auf die europäische Ebene übersetzt bedeutet das: Es geht in der Coronakrise jetzt um Solidarität, also darum, Italien und Spanien zu helfen, fit zu bleiben, um nach der Krise den Anschluss an den Rest der EU nicht zu verlieren.

SPIEGEL: Damit das gelingt, sollen beim EU-Gipfel, der am kommenden Freitag startet, Corona-Hilfen und sonstige Gelder in einer Rekordhöhe von fast zwei Billionen Euro verteilt werden. Rechnen Sie mit einer Einigung?

Bettel: Ich bin ein notorischer Optimist, aber hier wage ich keine Voraussage. Sicher, wir haben es am Ende noch immer geschafft, uns zusammenzurufen. In der Griechenlandkrise, beim Euro, beim Brexit. Aber es ist schon so, dass noch nicht alle Ideen für das Wiederaufbauinstrument ausgereift sind. Solidarität muss sein, aber ich muss meinen Steuerzahlern auch erklären können, wofür genau das Geld ausgegeben wird – und wie dies kontrolliert werden kann.

SPIEGEL: Deutschland hat seit einigen Tagen die EU-Ratspräsidentschaft inne. Was erwarten Sie von Angela Merkel?

Bettel: Frau Merkel ist so lange im Geschäft, sie ist keinem in Europa etwas schuldig. Das stärkt sie. Sie hat die Chance, mit ihrer Leidenschaft zum Kompromiss eine starke Ratspräsidentschaft abzuliefern und uns durch diese Krise zu bringen.

SPIEGEL: Sie haben einmal verraten, dass sie mit der deutschen Kanzlerin nach den EU-Gipfeln spätabends gern noch ein oder zwei Gläschen trinken, um dabei die Weltlage zu erörtern. Erklären Sie uns, warum die Kanzlerin dem Drängen des franzö-



sischen Präsidenten Emmanuel Macron, Europa müsse sich gemeinsam verschulden, am Ende nachgeben hat?

Bettel: Ich kenne Frau Merkel seit sieben Jahren. Sie ist eine Person, die immer versucht, einen Deal zu finden. Wenn wir im Kreis der Staats- und Regierungschefs zusammensitzen, sagt sie manchmal: »Ich habe da einen Vorschlag.« Dann zückt sie einen Stift und entwirft selbst Ideen, die Gipfelschlussfolgerungen zu ändern. In der Frage europäischer Schulden ist sie gegenüber Macron nicht eingeknickt. Sie hat erkannt, dass daran kein Weg vorbeiführt.

SPIEGEL: Die Vorschläge stammen ja einerseits von Frankreich und Deutschland, auf der anderen Seite wurden sie von der EU-Kommission in enger Absprache mit Italien und Spanien erarbeitet. Fühlen Sie sich als kleineres Land übergangen?

Bettel: Nein, die Ursula, also ich meine Kommissionspräsidentin von der Leyen, hat fast wöchentlich mit mir telefoniert. Auch mit Herrn Macron habe ich regelmäßig gesprochen, wie auch mit der belgischen Regierungschefin. Im Übrigen: Unterschätzen Sie den Einfluss der kleinen Länder nicht! Ja, Frau Merkel und Herr Macron sitzen im Auto am Steuer. Aber ohne Benzin können sie nicht fahren.

SPIEGEL: Kanzler Sebastian Kurz aus Österreich sagt, die EU dürfe keine Schuldenunion werden. Hat er recht?

Bettel: In einer idealen Welt hätten die EU-Mitglieder natürlich einfach mehr Geld in den EU-Haushalt überweisen und damit Ländern wie Italien und Spanien helfen können. Doch dazu sind im Moment nur wenige Länder in der Lage, andere wollen auch nicht. Daher führt kein Weg an neuen Schulden vorbei. Wenn wir in einer Situation wie dieser nicht bereit sind, Schulden zu machen, um unser gemeinsames Projekt Europa zu stärken, dann werden später alle Probleme haben.

SPIEGEL: Österreich und seine Verbündeten, also Dänemark, Schweden und die Niederlande, wollen verhindern, dass die EU die Corona-Hilfen als Zuschüsse ausgibt, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Haben Sie Verständnis für diese Haltung?

Bettel: Nein. Nur Kredite zu vergeben, mit Verlaub, das ist doch irre, das macht ökonomisch keinen Sinn. Man kann Ländern, die schon über beide Ohren verschuldet sind, nicht sagen, wir helfen dir, aber du musst die Hilfen zurückzahlen. Es hilft doch keinem von uns, wenn es beispielsweise Italien weiterhin schlecht geht.

SPIEGEL: Die »Sparsamen Vier«, wie sie sich selbst nennen, zeichnen sich ja auch dadurch aus, dass sie alle selbst stark von der EU profitieren, etwa durch den gemeinsamen Binnenmarkt. Was besagt ihre harte Haltung über den Zustand der Solidarität in Europa?

Bettel: Ich finde es schade, dass manche nicht bereit sind zu sagen: Ich gebe heute etwas, weil ich morgen etwas viel Größeres zurückbekomme. Europa ist als Projekt auf Jahrzehnte angelegt, viele aber suchen ihren Erfolg nur im Heute. Das ist kurzsichtig, denn der, der heute Solidarität verweigert, kann morgen schon darauf angewiesen sein. Statt zu klagen, sollten sich die »Sparsamen Vier« um Lösungen bemühen. Für Luxemburg sage ich: Wenn ich mehr gebe, dann will ich auch genau wissen, wofür das Geld eingesetzt wird und nach welchen Kriterien es verteilt wird.

SPIEGEL: Auch darüber gibt es heftigen Streit. Die Kommission will die Arbeitslosenquote der vergangenen fünf Jahre als ein solches Kriterium nehmen, mit der Folge, dass neben Italien und Spanien auch osteuropäische Staaten profitieren, die von der Coronakrise nicht so stark betroffen sind. Haben Sie eine bessere Idee?

Bettel: Es geht um die Kosten der Coronakrise. Die Arbeitslosenzahlen der vergangenen Jahre geben darüber keine Auskunft. Ein besserer Gradmesser ist der erwartete Einbruch beim Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren. Dafür gibt es Prognosen, auch von der Kommission selbst. Weiteres Beispiel: Wir möchten in Luxemburg die gesamte Bevölkerung testen lassen. Das kostet viel Geld, soll nach Ansicht der Kommission aber bei der Vergabe keine Rolle spielen, was

mich verwundert. Und dann ist da noch die Rechtsstaatlichkeit...

SPIEGEL: ... die Forderung, EU-Gelder etwa an Ungarn oder Polen künftig nur dann auszugeben, wenn sie sich an rechtsstaatliche Grundsätze halten.

Bettel: Ich fände es falsch, Spaniern und Italienern jetzt zu sagen, ihr kriegt kein Geld, solange die Frage der Rechtsstaatlichkeit nicht geklärt ist. Wir sollten jetzt den Corona-Wiederaufbaufonds beschließen und dann rasch den Mehrjahreshaushalt. Dort gehört das Thema auf den Tisch.

SPIEGEL: Im polnischen Präsidentschaftswahlkampf hetzte Andrzej Duda zuletzt offen gegen Homosexualität. Sie selbst leben seit 2010 mit einem Mann in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, haben ihn 2015 auch geheiratet. Wie sehr treffen Sie solche Attacken?

Bettel: Ich war ziemlich überrascht von Herrn Dudas Aussage. Ich habe ihn mehrmals getroffen, er hat mich sogar zusammen mit meinem Ehemann nach Polen eingeladen. Aber im Wahlkampf sagt man offenbar manchmal Dinge, die man nicht sagen sollte. Ich werde sie nicht vergessen. Wir können es nicht hinnehmen, dass Hate Speech in Europa wieder salonfähig wird. Dann hätten wir eine schlimmere Krise als die Finanzkrise – eine Wertekrise.

SPIEGEL: In den Anfangstagen der Coronakrise verfielen viele EU-Mitglieder in nationale Reflexe. Deutschland etwa hat seine Grenzen zu Luxemburg und Frankreich weitgehend geschlossen. Wie haben Sie das empfunden?

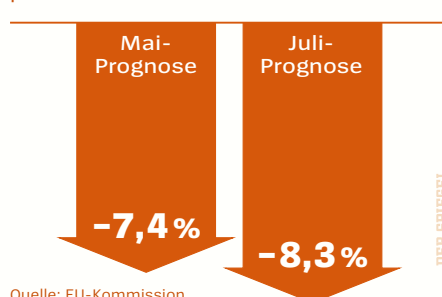
Mit allen Mitteln...

Die wichtigsten Finanzvorschläge vor dem EU-Gipfel



... gegen die Rezession

Erwarteter Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in der EU 2020



Quelle: EU-Kommission

Bettel: Auch Belgien und Frankreich haben die Grenzen geschlossen, das alles war mit uns nicht abgestimmt. Wir waren quasi eingesperrt. Das führte zu großen Problemen. Beispielsweise konnten 60 Prozent derer, die in Luxemburgs Krankenhäusern arbeiten, eine Zeit lang nicht zur Arbeit kommen. Zum Glück konnten wir mit Frau Merkel da rasch eine Lösung finden.

SPIEGEL: Kann die EU etwas aus diesem Versagen in den frühen Tagen der Coronakrise lernen?

Bettel: Die EU hat nicht versagt. Wir, die Nationalstaaten, haben versagt – weil wir der EU keine Kompetenzen gegeben haben, um die Krise zu bekämpfen. Wir haben zu oft nationale Lösungen gesucht, von den Grenzkontrollen bis zum Exportstopp für Masken und Schutzmaterial. Daraus müssen wir lernen, vor allem wenn es hoffentlich bald darum geht, in Europa einen Impfstoff gegen Corona gerecht zu verteilen. Es darf nicht zu Situationen kommen, in denen in einem EU-Land eine alte Frau stirbt, weil der Impfstoff fehlt, während im anderen bereits Personen geimpft werden, die zu keiner Risikogruppe zählen. Dann rutscht die EU gleich in ihre nächste Vertrauenskrise.

SPIEGEL: Wir haben viel von Fairness und Solidarität gesprochen. In der Steuerpolitik ist es Luxemburg, dem mangelnde Solidarität vorgeworfen wird. Ihr Land lockt internationale Konzerne mit niedrigen Steuersätzen an und blockiert gleichzeitig Versuche der EU, für mehr Gerechtigkeit und Transparenz zu sorgen.

Bettel: Daran hat sich schon sehr viel geändert. Als ich 2013 Premierminister wurde, stand Luxemburg noch auf vielen schwarzen Steueroasenlisten, etwa der OECD. Heute steht es auf keiner mehr – was übrigens nicht dazu geführt hat, dass viele Firmen abgewandert sind. Und auch unsere Skepsis etwa gegenüber einer EU-Digitalsteuer ist nicht absolut zu verstehen. Immerhin trifft sie viele der großen Internetkonzerne besonders, die bei uns ihren Firmensitz haben und zum Teil Tausende Arbeitsplätze geschaffen haben.

SPIEGEL: Dazu zählt beispielsweise Amazon. Ihr Land wurde 2017 von der EU-Kommission aufgefordert, 250 Millionen Euro Steuern von dem Internethändler zurückzufordern, Sie aber wehren sich vor Gericht dagegen. Warum ziehen Sie das Geld nicht einfach ein?

Bettel: In diesen Fällen geht es uns nicht ums Geld, sondern ums Prinzip. Wir sind der Meinung, dass Luxemburg und Amazon die Regeln befolgt haben und Steuern korrekt gezahlt wurden. Deshalb sehe ich keinen Grund, diese Beträge jetzt einzufordern.

Interview: Markus Becker, Peter Müller



Angeklagter S. vor dem Landgericht Berlin am ersten Prozesstag am 19. Mai: Dem Rechtsmediziner hört er aufmerksam zu

»Ein Niemand wie ich«

Strafjustiz Was trieb den Mann, der den Arzt Fritz von Weizsäcker tötete? Die Richter mussten darüber urteilen, wie viel Wahn hinter seinem mörderischen Plan steckte. *Von Beate Lakotta*

Es ist der fünfte von acht Verhandlungstagen am Kriminalgericht Moabit in Berlin, als es zum ersten Mal ausführlich um den Menschen geht, den Gregor S. erstochen hat, genauer gesagt, um dessen Lebensende. Der Rechtsmediziner Michael Tsokos erspart den Anwesenden kein Detail: Er beschreibt jede Blutanhaftung an Gesicht, Hals, Oberkörper, Händen, die Kompressen und Verbände, mit denen Ärzte vor Ort verzweifelt versucht hatten, die Blutung zu stoppen.

Auf dem Sektionstisch habe der Tote noch den Haltegurt für die Intubation um den Hals getragen, sagt Tsokos, er referiert: Professor Fritz Eckhart Freiherr von Weizsäcker, 59 Jahre alt, Fingernägel kurz, gepflegt, fest sitzendes weißes Kopfhaar, Body-Mass-Index von 27,1, Herzbeutel zart und intakt, Hinweise auf Abwehr: keine.

Der Angriff kam am 19. November 2019 aus dem Nichts. Weizsäcker, Leberspezialist und Chefarzt an der Berliner Schlosspark-Klinik, hielt dort einen öffentlichen Vortrag, als Gregor S., 57 Jahre alt, wohnhaft in Andernach, Packer bei Amazon, auf ihn zustürmte und ihm ein Messer in den Hals rammte. Ein Polizeibeamter, der privat als Zuhörer dort war, warf sich dazwischen, auch ihn verletzte der Attentäter schwer. Die Anklage lautet auf Mord und Mordversuch.

Im Gerichtssaal sitzt Gregor S., klein, hager, in einem Glaskasten, kurzes graues Haar, ein schmales Gesicht, Drahtbrille, dahinter dunkle, tief liegende Augen. Oft schaut er unbeteiligt, manchmal sieht man ihn verächtlich lächeln oder wegwerfende Handbewegungen machen. Dem Rechtsmediziner hört er aufmerksam zu.

Als alle Beteiligten an den Richtertisch treten, um Fotos anzuschauen, bleibt ihm gegenüber, auf dem Platz der Nebenkläger, die Schwester des Toten sitzen. Es hätte genauso sie treffen können. Nach der Tat hatte sich Gregor S. in einem mehrstündigen Redeschwall über sein Motiv ausgelassen: jahrzehntelanger Hass gegen die Familie Weizsäcker, wegen der vermeintlichen Rolle Richard von Weizäckers beim Einsatz von Agent Orange im Vietnamkrieg, wie es die Anklageschrift umreißt. Das Szenario, Beatrice von Weizsäcker auf einem Podium des Evangelischen Kirchentags zu töten, habe er verworfen: zu viele Sicherheitsleute.

Nach einer quälenden Viertelstunde kommt Tsokos auf die tödliche Verletzung zu sprechen: den Stich in den Hals. Die Messerklinge sei 9 Zentimeter lang, der Stich-

kanal führe aber 14 Zentimeter in die Tiefe. »Das spricht für die massive Wucht der Beibringung.« Die Ärzte hätten keine Chance gehabt: »Herr von Weizsäcker ist in seinem eigenen Blut ertrunken.«

In der Anklageschrift heißt es, Gregor S. habe die Tat unter dem »Einfluss einer psychischen Erkrankung« begangen: »Er war fähig, das Unrecht seiner Tat einzusehen, aber seine Fähigkeit, danach zu handeln, war erheblich eingeschränkt.« Seither sitzt er in der Psychiatrie. Dagegen protestierte er mit einem Hungerstreik, er will ins Gefängnis, als politischer Attentäter.

Das Gericht muss die Frage beantworten: Inwieweit kann man ihn verantwortlich machen für seine Tat?

Am zweiten Verhandlungstag erlaubt der Vorsitzende Richter Matthias Schertz dem Angeklagten, den Kasten zu verlassen, um eine Erklärung abzugeben. Graugesichtig steuert Gregor S. den Platz zwischen seinen beiden Verteidigern an, einen Stoß Papiere, eng beschrieben, in der Hand.

»Es war mir klar, dass man mich für krank erklären würde«, setzt er in monotoner, nuschelnder Redeweise an, »schon aus Gründen der Staatsräson. Es muss ja auch provozierend sein, wenn ein Niemand wie ich sich erdreistet, sich an einer angesehenen Persönlichkeit zu vergreifen.« Immerhin habe er den Sohn des einstigen Bundespräsidenten getötet: »Ich fand den ja eigentlich gut, wegen seiner Rede zum 8. Mai. Aber nach der Lektüre des SPIEGEL-Artikels 1991 war ich entsetzt: Was für ein Heuchler!« Seither habe er Gerechtigkeit herstellen wollen, für die leidenden Frauen und Kinder in Vietnam.

In dem Artikel »Der Tod aus Ingelheim« ging es darum, wie ein hochgiftiges Dioxin von Deutschland aus Verbreitung fand, es ging um krebserkrankte Arbeiter beim deutschen Chemiekonzern Boehringer Ingelheim und um den mittlerweile wohl entkräfteten Vorwurf, die Firma sei in den Vietnamkrieg verstrickt, weil sie Know-how zur Herstellung sogenannter T-Säure verkauft habe, einen Baustein von Agent Orange. Die US-Armee versprühte das Gift massenweise über Dschungel und Reisfelder. Millionen Vietnamesen wurden krank und starben. Auf Fotos zum Artikel sah man Kinder ohne Arme oder Beine, mit Zyklopaugen und Wasserköpfen.

Auch Richard von Weizsäcker kam in dem Artikel vor: Von 1962 bis 1966 gehörte er der Geschäftsleitung von Boehringer an. Gregor S. zog seine Schlüsse: »Ich wollte, dass er mal spürt, wie es ist, wenn man anderer Leute Kindern Leid zufügt.«

2001 reiste er mit Säure in der Tasche nach Berlin, um Richard von Weizsäcker zu attackieren, auf einem Tennisturnier. Unverrichteter Dinge kehrte er um. 2015 dann die Nachricht: der Altbundespräsi-

dent verstorben. »Von da an erschien mir jeder in der Familie als legitimes Ziel«, sagt Gregor S., er sei von einer »Kollektivschuld« ausgegangen.

»Ich hab den Artikel zufällig da«, sagt Richter Schertz und hebt einen Satz Fotokopien in die Höhe: »Hier steht, Richard von Weizsäcker war Geschäftsführer. Und dann, eine Seite weiter: Er war zuständig für Personal und Steuern. Haben Sie sich mal die Frage gestellt, inwieweit damit zwingend eine Verantwortung verbunden ist, was Agent Orange betrifft?« – »Für mich war klar, dass er Dreck am Stecken hat.« – »Aber wo steht das?« – »Ich kann auch zwischen den Zeilen lesen«, antwortet Gregor S. »Der Tenor des Artikels war ja wohl eindeutig. Und wenn er unschuldig gewesen wäre, hätte er den SPIEGEL ja verklagen können. Hat er aber nicht.«



Mediziner Weizsäcker 2016

Hinweise auf Abwehr: keine

Boehringer räumte 1992 in einer Firmenbroschüre historische Schuld und mangelnde Verantwortung beim Umgang mit dem Dioxin ein. Mit dem Einsatz von Agent Orange habe man aber »nachweislich nichts zu tun«. Indirekt habe man am Krieg mitverdient, da Pflanzenschutzmittel für den zivilen Einsatz auf dem Weltmarkt knapp geworden waren. »Solange der Vietnamkrieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten«, stand 1967 in einem Firmenpapier. Rückblickend rechnete sich das Unternehmen eine »moralische Last« an: Tatsächlich habe die Firma 1967 mit dem US-Hersteller Dow Chemical über eine Lizenz für die Herstellung

»Ich habe die Tat begangen, weil ich traumatisiert bin von deutschen Verbrechen in Vietnam.«

von Agent Orange verhandelt, allerdings ohne Ergebnis.

Richard von Weizsäcker wiederum beschwerte sich 1991 brieflich beim SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein über den Artikel. In seiner Zeit bei Boehringer habe er von diesen Verhandlungen nichts gewusst. Er sah sich in einen falschen Zusammenhang gerückt und fühlte sich vom SPIEGEL unredlich behandelt.

Der Vorsitzende Richter sucht nach einer Logik in Gregor S.' Handeln: »Was macht es für einen Sinn, den Sohn zu töten, wenn der Vater, der getroffen werden soll, schon tot ist?« – »Ich habe die Tat begangen, weil ich traumatisiert bin von den deutschen Verbrechen in Vietnam«, sagt Gregor S. »Weil er Bundespräsident war, habe ich mich als Deutscher schuldig gefühlt ...« – »Aber jetzt sind wir bei Fritz von Weizsäcker«, unterbricht Schertz. »Der hat ja nicht in der Firma gearbeitet. Haben Sie sich mal Gedanken über das Verhältnis Vater-Sohn gemacht?«

»Wenn man traumatisiert ist, geht man nicht mehr so ins Detail«, sagt S. Er habe mal ein Foto der Weizsäcker gesehen, »aus den Sechzigerjahren, wo die Familie glücklich vereint am Frühstückstisch sitzt, während möglicherweise zur gleichen Zeit Entlaubungsmittel auf Reisfelder versprüht wurde.« Das habe ihn empört.

»Waren Sie mal in Vietnam?«, fragt die Staatsanwältin. »Nein, aber in Thailand«, sagt S. Jedes Jahr verbrachte er drei Monate dort. »Ich habe mich mit den Menschen in Asien verbunden gefühlt.«

Als Jugendlicher habe er mal ein Messer nach einem Arzt geworfen, das brachte ihm sechs Monate Haft ein und einen Psychiatrieaufenthalt, fährt S. in freier Assoziation fort. »Damals habe ich es nicht geschafft zuzustechen.« Er sei Zwangsneurotiker, wasche sich zimal am Tag die Hände. Jahrelang sei er in Behandlung gewesen, auch bei einem Psychiater, irgendwann habe er aufgegeben.

»Ich habe die Tat in einer aussichtslosen Situation begangen«, kommt Gregor S. zum Schluss: Sein Hausverwalter habe ihn gequält und ihm die Hemmschwelle genommen. »Wenn ich jetzt, wo ich nichts mehr zu verlieren hatte, nicht bereit gewesen wäre, diese Tat zu begehen, wäre das eine Schande hoch drei und ein unverzeihlicher Verrat an meinem Anliegen gewesen. Ich wollte ein Zeichen setzen.«

»Sie sollen noch beim Friseur gewesen sein und sich ein besseres Rasierzeug geholt haben, bevor Sie losfahren«, erkundigt sich Richter Schertz. Ja, sagt Gregor S., auch seine Wäsche habe er noch gewaschen, »ich hatte ja was Schlimmes vor und wollte einen passablen Eindruck machen«. Suchverläufe auf seinem Computer zeigen, dass er schon 2015 die Weizsäcker im Internet ausspähte. Er habe »sein Glück

nicht fassen« können, als er auf Fritz von Wezsäckers Vortrag gestoßen sei. Jeder konnte einfach hingehen, man musste sich nur telefonisch anmelden. Das tat er, im August 2019. Am Tag vor der Tat kaufte er ein Messer und ein Bahnticket Andernach-Berlin, Hin- und Rückfahrt.

»Wozu das Rückfahrticket?«, fragt Richter Schertz. »Ich wusste bis zuletzt nicht, ob ich in der Lage sein würde, die Tat zu begehen«, sagt S.

Viel ist es nicht, was das Gericht über Gregor S.' Biografie in Erfahrung bringen konnte. Er absolvierte Abitur und Wehrdienst, begann ein Sprachenstudium. Kontakt zu Eltern und Geschwistern hatte er schon lange nicht mehr.

Eine ehemalige Nachbarin erinnert sich vor Gericht, schon 2002 habe Gregor S., ohne einen Namen zu nennen, »von einem deutschen Politiker geredet, der in Verbrechen im Vietnamkrieg verwickelt war«. Er habe zu der Zeit weitgehend isoliert gelebt, zeitweise von Hartz IV. Im Hof habe man ihn immer beim Schattenboxen gesehen. Einmal habe sie ihn »arbeitsloser Penner« genannt, da habe sie – zack! – seine Faust im Gesicht gehabt, »die Lippe musste genäht werden«.

Zuletzt, als Packer bei Amazon, galt er als fleißig, pünktlich, penibel. Ein Einzelgänger mit Marotten, aber harmlos, private Kontakte mied er. »Er hatte übertriebene Angst, dass man ihn kündigen könnte«, sagt ein Kollege vor Gericht, »dabei war er ein Hyperperformer.« Einer, der seinen Arbeitsplatz akribisch säuberte. Er habe Lichtschalter mit den Füßen ausgetreten und Türklinken mit Tempotaschentüchern angefasst. »Aus Ekel. Er sagte, es könnte ja ein Kinderschänder drangefasst haben.«

Auf der 18 Kilometer langen Fahrt zur Arbeit habe es in der Fahrgemeinschaft für ihn zwei Themen gegeben: seine Thailandreisen und den Streit mit dem Hausverwalter. »Aber wenn jemand Mundgeruch hatte oder nach Knoblauch roch, dann ist er lieber gelaufen.«

Das Gericht hat Zuhörer von Wezsäckers Vortrag als Zeugen geladen. Sie erinnern sich an einen kleinen Mann, der »wie ein Blitz« nach vorn lief. An das umstürzende Rednerpult, kippendes Gestühl, an Fritz von Wezsäcker, wie er sich die Hand an den Hals hält, taumelt und zusammenbricht, während daneben zwei Männer miteinander ringen: Gregor S. und Ferrid B., der Polizist.

»Es ging so plötzlich«, sagt Ferrid B. »Er hat irgendwas geschwafelt von Boehringer Ingelheim und hat ihm das Messer in den Hals gestoßen.« Ferrid B. warf sich dazwischen, aber Gregor S. habe weiter »wie von Sinnen« in Richtung des Professors gestoßen. Mit der bloßen Hand habe er das Messer festgehalten, Gregor S. habe



Familie Wezsäcker 1968*: Es hätte genauso die Schwester treffen können

ihm die Klinge aus der Hand gerissen, ihm Stiche in Hals und Bauch versetzt. »Seit-her lebe ich immer im Angstmodus.«

Nachdem er Gregor S. das Messer entwunden hatte, habe der sich schlagartig beruhigt. »Was hat er gesagt?«, fragt Richter Schertz. »Dass er den Vortrag langweilig fand«, sagt Ferrid B. »Und er hat mich bestimmt zehnmal gefragt, ob ich sauer auf ihn bin.«

Nach der Festnahme sprach Gregor S. stundenlang über seine Motive. Agent Orange, Richard von Wezsäcker, die Kinder in Vietnam, der Hausverwalter. Der habe hinter seinem Rücken seine Wohnung betreten, die Waschmaschine zerstört und Ratten und Mäuse ausgesetzt: »Mit meinen Gedanken war ich bei der Tat mehr bei dem als bei Wezsäcker.«

Der Verwalter tritt als Zeuge auf, Friedhelm F., 73 Jahre alt. Er wirft einen Blick zu Gregor S. hinüber. »Ein schwieriger Mieter«, sagt F., die Wohnung in desaströsem Zustand. In 18 Jahren habe S. nicht einmal die Wände gestrichen, sich nie um die Nebenkostenabrechnungen gekümmert. »Gab es eine Situation, in der Mäuse und Ratten eine Rolle gespielt haben?«, erkundigt sich Richter Schertz. »Bei mir nicht, nein.« Als mal ein Wasserhahn kaputt gewesen und das Becken übergelaufen sei, habe S. ihn gerufen. Der Teppichboden sei aufgeweicht gewesen, es habe gestunken. Vor den Augen des Verwalters habe S. einen Schmutzpfropfen

aus dem Abfluss gezogen und in den Hof geworfen. »Da habe ich gerufen: Sie brauchen Betreuung«, erinnert sich F. »Mir erschien das so hilflos.«

Bald darauf erhielt er einen Brief. »Ich bin zwar noch nicht gegen diese unsägliche Beleidigung vorgegangen«, schrieb S., »aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben!« Das habe er als Bedrohung aufgefasst. »Im Nachhinein«, sagt F., »hab ich Glück gehabt, dass ich nicht derjenige war, der das Messer in den Hals gekriegt hat.«

»Sind Sie denn ohne Genehmigung in die Wohnung?«, erkundigt sich Schertz. Der Verwalter nickt: Einmal hätten die Rauchmelder ausgetauscht werden müssen, »da war der Herr S. von Dezember bis Februar in Thailand«. Ein anderes Mal sei es um die Heizkörper gegangen.

Gregor S. hat schon mehrmals seinen Kugelschreiber in die Höhe gereckt, um sich bemerkbar zu machen. Endlich erteilt Schertz ihm das Fragerecht. »Ist es richtig, dass Sie am 22.10.2018 in einem Telefongespräch zunächst gelacht und dann gesagt haben: ›Sie brauchen Betreuung?‹«, legt S. los. »Kann ich mich nicht erinnern«, antwortet der Verwalter. »Ist es richtig, dass Sie den Briefkasten beschädigt haben und sich geweigert haben, ihn zu erneuern?« – »Es ist so«, setzt der Verwalter an, »Sie hatten ja den Briefkastenschlüssel...« Gregor S. fährt ihm über den Mund. »Ist es richtig, dass Sie in Ihrer vierten Abmahnung vom 29.3.2019 auf einmal die Erneuerung der Toilette auf meine Kosten gefordert haben? Ist es richtig, dass Sie zweimal...«

»Das stimmt nicht, was Sie hier sagen«, wehrt sich der Verwalter. Da fährt Gregor S. den Zeugen an: »Was sollen diese Lügen

Gregor S. liest von eng beschriebenen Seiten ab: Man stelle ihn für »Pillepalle« vor Gericht.

* Fritz, Marianne, Robert, Beatrice, Andreas und Richard von Wezsäcker.



Sargträger nach Trauerfeier für Fritz von Weizsäcker in Berlin*: Abwegiges Konstrukt

hier?« Auch der Vorsitzende wird laut: »Herr S., es geht jetzt in Details, die für die Entscheidung hier keine Rolle spielen!«

Gregor S. macht trotzdem weiter: »Wie alt war eigentlich das Klo, das ich ersetzen sollte?« – »Was soll ich sagen?«, fragt der Zeuge ungläubig. »Wie alt war das Klo?«, echot Schertz entnervt. Der Richter nimmt seine Brille ab, lässt sie zwischen seinen Fingern baumeln, setzt sie wieder auf. »Ich unterbreche jetzt die Sitzung.«

S. protestiert: Wesentliches habe er noch nicht angesprochen. Er will eine Erklärung abgeben, das steht ihm zu. Wieder liest er von eng beschriebenen Seiten ab: Man stelle ihn für »Pillepalle« vor Gericht, im Vergleich zu den Verbrechen in Vietnam. Dann geht es um die Weizsäcker, die Mäuse, einen Heizkörper, der in seiner Abwesenheit verstellt worden sei, eine Wand in seiner Wohnung, die er plötzlich schwarz vorgefunden habe. »Dann hab ich die Kontrolle verloren und die Sachbeschädigung begangen.«

Es gibt ein Video aus der Überwachungskamera am Wohnhaus des Vermieters von Gregor S., man sieht einen Mann, der nachts um halb vier eine Hauswand beschmiert und zwei Autos zerkratzt. Auf dem Kopf trägt er eine Papiertüte.

Das Gericht hat den Vermieter geladen, Herbert D., 67 Jahre alt, Unternehmer. Die Staatsanwaltschaft habe die Ermittlungen eingestellt, sagt D., »aber das ist der Herr S., jedenfalls nach meiner Überzeugung. Die Kleidung, die Bewegungen, alles passt«. Dieselbe Person sei um halb sieben noch mal aufgetaucht und erneut um zehn Uhr. »Das hat bei uns Angst und Unbehagen ausgelöst.« Nach dem Vorfall soll Gregor S. für den Schaden aufkommen, auch

für die Renovierung der Wohnung. Das kann er nicht, die Lohnpfändung droht, die Wohnungskündigung auch, er verfällt in Angst und Resignation, lässt sich vom Hausarzt Antidepressiva verschreiben, fühlt sich angespannt und gelähmt zugleich. Die Kollegen finden ihn verändert in den letzten Wochen vor der Tat.

Die Staatsanwältin hat den Psychiater Alexander Böhle beauftragt, Gregor S. zu begutachten: Plan oder Wahn? Schuldfähig oder nicht? Mit Böhle zu reden lehnte S. ab, der Psychiater muss sich auf die Akten stützen und auf seine Eindrücke aus der Hauptverhandlung. Nach seiner Einschätzung leidet Gregor S. seit Jahrzehnten an einer komplexen Persönlichkeitsstörung, bei der Zwänge im Vordergrund stehen: Gedanken, die sich aufdrängen, aber auch Handlungen – das Händewaschen, Reinigungsrituale, die Sache mit den Lichtschaltern.

Die Vorstellung, Richard von Weizsäcker habe sich an Kriegsverbrechen beteiligt, habe Gregor S. vermutlich immer wieder beschäftigt und empört, in Wellen. Verbunden mit der Idee, er müsse ein Zeichen gegen diese Ungerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt setzen, sei das Konstrukt zwar abwegig, aber in sich konsistent. In seine Grübeleien über die Familie Weizsäcker hätten sich jedoch irgendwann der Messerangriff, den er als Jugendlicher auf den Arzt verübt habe, und die Fantasien über den Hausverwalter gemischt. »Die Mäuse, die schwarze Wand, das sind paranoide

»Die paranoiden Ideen können sich wieder auffüllen, auch mit anderen Inhalten.«

Ideen, die sich aus der Zwangsstörung heraus entwickelten, bis an die Grenze zum Wahn, vielleicht auch darüber hinaus.« Gregor S. wird in seinem Kasten unruhig: »Das ist doch kein Wahn, Mann!«, schreit er. »Es stand doch im SPIEGEL, es gibt hundert Quellen dafür!«

Böhle fährt fort: Der Auslöser für die Tat sei der Konflikt mit dem Verwalter gewesen. »Es muss eine große Demütigung für ihn gewesen sein, dass der Verwalter die Wohnung ohne seine Erlaubnis betreten konnte«, sagt er. »Dann zerkratzt er die Autos, er bekommt die Rechnung, seine Existenz ist bedroht, es ist ihm peinlich, so die Kontrolle verloren zu haben, und er bricht zusammen.« Seine Steuerungsfähigkeit sei bei der Tat erheblich eingeschränkt gewesen, aber nicht aufgehoben. Es gab die feierlich anmutenden Vorbereitungen auf die Tat – Friseur, Wäschewaschen – und das Rückfahrticket: »Bis zuletzt hat es in ihm rumort: ›Soll ich, soll ich nicht?‹«

»Es hat ihm gereicht, dass Weizsäcker nicht gegen einen Artikel geklagt hat, um einen Menschen umzubringen«, wendet der Vorsitzende Richter ein. »Er hat das nicht geprüft!« Böhle ordnet das anders ein: An diesem Punkt müsse man S. »respektieren als einen, für den das so ist«. Es sei eine »Empörung über einen politischen Vorgang, der, wenn er so stimmen würde, entsetzlich wäre«, sagt Böhle. Eine Empörung über die Ungerechtigkeiten gegen die Dritte Welt, auf schlechter Datenlage zwar, »aber es ist auch Realität drin. Nicht dass Richard von Weizsäcker das getan hätte – eine abwegige Vorstellung –, aber in dem Sinne, dass tatsächlich irgendwas gewesen ist, ein realer Kern, überlagert von wahnhaften Ideen.«

S. knallt seinen Kuli auf den Tisch: »Du hast mich völlig falsch interpretiert, du Pfeife! Du laberst verdammte Scheiße!«

Verteidiger Alexander Wendt fragt nach der Gefährlichkeit: Gregor S. fühle sich seit der Tat entlastet. Ob das etwas ändere? Nein, meint Böhle, die wahnhafte Struktur bleibe: »Die paranoiden Ideen können sich wieder auffüllen, auch mit anderen Inhalten.«

Dann kommt das Urteil: Gregor S. habe Selbstjustiz aufgrund eines Zeitungsartikels verübt, sagt Matthias Schertz. Er habe die Tat im Zustand erheblich verminderter Steuerungsfähigkeit begangen, er sei in keiner Weise krankheitseinsichtig und daher gefährlich für die Allgemeinheit. Das Gericht verurteilt ihn wegen Mordes an Fritz von Weizsäcker und versuchten Mordes an Ferrid B., dem Polizisten, zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren und verfügt seine Unterbringung im psychiatrischen Maßregelvollzug.

Gregor S. hat angekündigt, er wolle in Revision gehen.

* Am 2. Dezember 2019.

**NACH-
GEFRAGT**

»Wir wollen größtmögliche Wahlfreiheit«

Ford geht bei seiner Antriebsstrategie in die Offensive. Geschäftsführer Jörg Beyer über sanfte Elektrifizierung, sinkende Betriebskosten für Transporter und doppelte Power in schwierigem Gelände.



Der neue Ford Kuga ist als Benziner, Diesel und in drei verschiedenen Hybrid-Varianten erhältlich

Herr Beyer, bei Ford läuft die Elektromobilitätsoffensive auf vollen Touren. Als Verantwortlicher für die Produktentwicklung bei Ford haben Sie einen guten Überblick: Welches Antriebskonzept bewährt sich nach Ihren Erfahrungen am besten?

Beyer: Eine einzige Technologie, die allen Ansprüchen gerecht wird, gibt es nicht. Ich selbst fahre zum Beispiel gerade den acht-sitzigen Ford Tourneo Custom Sport, einen EcoBlue-Diesel. Ein klasse Wagen mit hoher Treibstoffeffizienz und viel Power. Aber weil mich persönlich die Vorteile des Eco-Blue-Diesels überzeugen, der natürlich auch die strenge Euro-6-Abgasnorm erfüllt, heißt das ja nicht, dass er auch für andere das Beste ist.

Welche Konsequenzen hat das für die Antriebsstrategie von Ford?

Beyer: Uns kommt es darauf an, dass bei Ford jeder Kunde genau das Antriebskon-

„Die Elektrifizierung der Ford-Baureihen fängt schon beim Fiesta an“

zept findet, das am besten zu seinem Bedarf und seinem Budget passt. Deshalb agieren wir technologieoffen. Unsere Kunden haben die größtmögliche Wahlfreiheit – vom effizienten Benziner und Diesel bis zu den 18 neuen elektrifizierten Modellen, die wir bis Ende 2021 auf den Markt bringen werden. Spätestens im nächsten Jahr bietet Ford dann für jede Baureihe mindestens eine elektrifizierte Version an. Nur auf den Erdgas- und Flüssiggasantrieb verzichten wir zurzeit wegen der fehlenden Nachfrage.

Elektrifizierte Varianten auch für die kleineren Baureihen?

Beyer: Ja, die Elektrifizierung fängt bereits beim Ford Fiesta an. Als Einstieg in die Elektromobilität verwenden wir hier die

48-Volt-Mild-Hybrid-Technologie, die seit diesem Frühsommer beispielsweise auch beim Focus, beim Puma und beim Kuga zum Einsatz kommt. Bei dieser sanften Hybridisierung rekuperiert der riemengetriebene Starter-Generator kinetische Energie, die sonst als Wärme an den Bremsen ungenutzt verloren ginge. Die Unterstützung des Verbrennungsmotors durch den Elektromotor bewirkt eine deutliche Verbesserung der Kraftstoffeffizienz und sorgt außerdem für ein druckvolles, unmittelbares Ansprechverhalten des Verbrenners insbesondere im Drehzahlkeller.

Speziell für den innerstädtischen Verkehr wird das rein elektrische Fahren immer wichtiger ...

Beyer: Hierfür bieten die Plug-in-Hybride von Ford sehr leistungsfähige und flexible Möglichkeiten. Der neue Ford Kuga Plug-in-Hybrid, den es übrigens auch mit der eben beschriebenen Mild-Hybrid-Technologie und zu einem späteren Zeitpunkt

Verbrauchswerte (jeweils kombiniert) für alle hier genannten Modelle (nach dem vorgeschriebenen Messverfahren § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): Kraftstoffverbrauch: 5,9–1,2 l/100 km; CO₂-Emissionen: 134–26 g/km; Stromverbrauch: 20,53–15,8 kWh/100 km.



Ford engagiert sich beim Ausbau der Ladeinfrastruktur

Custom Plug-in-Hybrid ist die Hybrid-Architektur dagegen seriell geschaltet. Das bedeutet: Der Benziner hat keine mechanische Verbindung zur Antriebsachse und dient allein der Energieversorgung des Elektromotors. Der Verbrenner vergrößert damit die Gesamtreichweite in Abhängig-

ung zum Beispiel im Stadtverkehr oder beim häufigen Anfahren in Stausituationen und verbindet dies mit den Reichweitevorteilen des Benzinmotors. Im Mondeo bieten wir diese Technologie bereits an, für den Kuga und andere Baureihen werden wir sie in absehbarer Zeit auf den Markt bringen.

Bisher haben wir über Technologien gesprochen, die Verbrennungs- und Elektromotor miteinander kombinieren. Welche Fortschritte macht Ford mit einem rein batterieelektrischen Antrieb?

Beyer: Da haben wir etwas wirklich Spektakuläres in der Pipeline: In absehbarer Zeit wird Ford ein rein elektrisch angetriebenes Hochleistungs-SUV auf die Straße bringen, das in der Tradition des legendä-



Fährt bis zu 50 Kilometer rein elektrisch: der Transit Custom Plug-in-Hybrid

„Tempo, Power, Schönheit, Fahrspaß – und das mit rund 600 Kilometer Reichweite!“

außerdem auch als Voll-Hybrid gibt, verbindet den Reichweitevorteil und die Flexibilität eines konventionellen Benziners mit der hohen Energieeffizienz und der Laufkultur eines batteriebetriebenen Elektromotors. Im Stadtverkehr können rund 50 Kilometer¹⁾ rein elektrisch und damit lokal emissionsfrei gefahren werden. Auf langen Strecken übernimmt der Vierzylinder-Benziner. Bei anderen Baureihen gibt es andere Anforderungen an den Antrieb.

Können Sie das näher erläutern?

Beyer: Der Ford Explorer, unser SUV-Flaggschiff in Europa, hat Plug-in-Hybrid-Antrieb und Allradantrieb. Trotz seiner Luxusausstattung ist er ein echtes Arbeitstier – so kann er Anhängelasten von 2.500 Kilogramm ziehen. Da die Hybrid-Architektur des Explorers parallel geschaltet ist, kann die volle Systemleistung beider Motoren, also V6-Benziner und Elektromotor, gleichzeitig abgerufen werden. Dies gipfelt in einer Systemleistung von 336 kW (457 PS) und einem Drehmoment von 825 Nm – das zahlt sich zum Beispiel beim Ziehen schwerer Anhänger unter schwierigen Bedingungen aus. Bei Bedarf kann der Explorer aber auch über 40 Kilometer¹⁾ rein elektrisch zurücklegen. Beim Transit Custom Plug-in-Hybrid und der Großraumlimousine Tourneo

keitsbeispielsweise von der Beladung auf bis zu 500 Kilometer. Im rein elektrischen Modus sind über 50 Kilometer¹⁾ möglich. Damit ist der Custom Plug-in-Hybrid wie maßgeschneidert insbesondere für gewerbliche Kunden, die weite Strecken fahren müssen, aber auch in innerstädtische Umweltzonen einfahren wollen.

Für die E-Mobilität ist es wichtig, dass die Ladeinfrastruktur weiter ausgebaut wird. Was tut Ford hier?

Beyer: Dank eines ganzheitlich konzipierten Systems namens Ford Charging Solutions, in das auch die kostenlose Ford-Pass-App integriert sein wird, können Kunden – in Kooperation mit dem Unternehmen NewMotion – künftig das größte und am schnellsten wachsende öffentliche Ladestromnetz Europas mit über 125.000 Ladepunkten in 21 Ländern nutzen. Das Angebot wird durch eine praxisgerechte Ladeförderung für zu Hause ergänzt. Darüber hinaus stehen 400 Schnellladestationen mit ihren fast 2.400 Ladepunkten zur Verfügung, die das IONITY-Konsortium – zu dessen Gründungsmitgliedern und Teilhabern Ford zählt – bis Ende 2020 entlang europäischer Fernverkehrsstraßen errichtet.

Völlig unabhängig von Ladestationen ist man dagegen mit der Voll-Hybrid-Technologie unterwegs. Wie sieht's damit bei Ford aus?

Beyer: Richtig, für das Aufladen der Batterie ist allein der rekuperierende Generator zuständig. Auch die Voll-Hybrid-Technologie ermöglicht rein elektrische Fortbewe-



Jörg Beyer
Geschäftsführer Produktentwicklung bei Ford Deutschland

„Für jede Baureihe mindestens eine elektrifizierte Version“

Im April 2017 wurde Jörg Beyer, 55, zum Geschäftsführer für Produktentwicklung der Kölner Ford-Werke GmbH bestellt. Zusätzlich verantwortet er seit Januar 2020 die gesamte Fahrzeugentwicklung bei Ford Europa. Sein Diplomstudium der Fahrzeugtechnik schloss Beyer 1991 ab. Schon ein Jahr zuvor war er zu Ford gekommen und dort seitdem in verschiedenen Funktionen in Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten tätig.

ren Ford Mustang steht. Der Mustang Mach-E bietet alles, was leidenschaftliche Autofahrer sich wünschen: Tempo, Power, Schönheit, Fahrspaß. Und das mit bis zu 600 Kilometer¹⁾ Reichweite nach WLTP. Außerdem werden wir zeigen, wie gut ein vollelektrischer Antrieb auch bei Transportern funktioniert. Schon im nächsten Jahr wird der im Zwei-Tonnen-Nutzlastbereich angesiedelte Transit BEV einen wichtigen Beitrag zur sauberen Luft in den Innenstädten leisten und zusätzlich die Betriebs- und Einsatzkosten seiner Betreiber senken!



Die angegebenen Werte wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren (§ 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung) ermittelt. Sie wurden bereits anhand des neuen WLTP-Testzyklus (Worldwide Harmonised Light Vehicle Test Procedure) ermittelt und zu Vergleichszwecken auf NEFZ zurückgerechnet. Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein dem Zweck des Vergleichs zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen.

¹⁾ bei voller Aufladung. Die nach dem WLTP-Verfahren ermittelte rein elektrische Reichweite gilt für eine verfügbare Konfiguration. Die tatsächliche Reichweite kann aufgrund unterschiedlicher Faktoren (Wetterbedingungen, Fahrverhalten, Fahrzeugzustand, Alter der Lithium-Ionen-Batterie) variieren.

Prophet aus Potsdam

Karrieren Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber ist kein Menschenfreund, will aber die Zivilisation retten. Von seinem Institut aus versucht er, die internationale Politik zu beeinflussen. Begegnungen mit einem anmaßenden Menschen. *Von Valerie Höhne*

Hans Joachim Schellnhuber hegt Hoffnung, zum ersten Mal seit langer Zeit. Von der Politik wurde er tief enttäuscht, seine Erwartungen sind seither niedrig, weshalb er Sätze sagt wie diesen: »Politiker treffen normalerweise keine Entscheidungen, die systemverändernd sind.« Ausgerechnet dieser Mann hofft nun auf die Politik.

Der Grund ist das Konjunkturpaket der Großen Koalition, mit dem sie die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise bekämpfen will. Schellnhuber sieht darin einen Wendepunkt der Klimapolitik im Land. Dafür kämpft er seit Jahrzehnten.

Schellnhuber ist Klimaforscher, der berühmteste Deutschlands. Trotzdem kennen ihn viele Menschen nicht. Dabei ist seine Arbeit ein Grund, warum in Deutschland der Klimawandel weitestgehend als menschengemacht anerkannt wird.

Als Gründungsdirektor hat er von 1992 an das Institut für Klimafolgenforschung in Potsdam (PIK) aufgebaut und gilt als einer der Väter des Zwei-Grad-Ziels. Er hat die sogenannten Kippelemente in die öffentliche Debatte eingebracht, zum Beispiel der Grönländische Eisschild: Würde er schmelzen, wäre das ein Zeichen, dass die Welt in eine unumkehrbare »Heißzeit« eintritt, so Schellnhubers Hypothese. Inzwischen ist er emeritiert. Das hält ihn nicht davon ab, Vorträge zu halten, auf Podien zu sitzen, durchs Land zu reisen. Wohin er kommt, verkündet er seine Botschaft: Die Welt ist krank, wir müssen ihr helfen.

Lange Zeit wurde er nicht gehört. Aber jetzt, während der Coronakrise, ausgerechnet, haben sich die Koordinaten verschoben. »Die Entscheidungsträger wagen 2020 nicht mehr, einfach zum Prä-Greta-Zustand zurückzukehren«, sagt er. Dafür steht das, was es nicht ins Konjunkturpaket geschafft hat: eine Kaufprämie für Verbrennungsmotoren.

Andererseits könnte dieses Jahr wieder einmal das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen werden.

Ein Tag Ende April, ein Treffen mit Abstand auf dem Campus des PIK. Es ist warm, der April war trocken, das Brandenburger Umweltministerium warnt vor Waldbränden. 300 Leute arbeiten im Institut. Die Gebäude sind alt und werden von Schellnhuber geliebt.



HANNES JUNG / DER SPIEGEL

Wissenschaftler Schellnhuber: Die Welt ist krank, wir müssen ihr helfen

Er zeigt seinen Campus gern, meint, er sei einer der schönsten der Welt, seine »Elfenbeinstadt« – eine Sammlung von Elfenbeintürmen. Er findet das gut. Das Institut liegt auf dem Telegrafenberg, der Boden ist sandig, es riecht nach Wald. Ende der 1920er-Jahre sei Albert Einstein von seinem Sommerhaus in Caputh durch den Wald zum Institut spaziert, erzählt Schellhuber. Damals war es das Astrophysikalische Observatorium. Nun geht er die gleichen Wege und fühlt sich in bester Gesellschaft. Er redet gern von den ganz Großen.

Die Coronakrise habe eines bewiesen, sagt er: Die Menschheit sei im Anthropozän angekommen. In dem Zeitalter also, in dem der Mensch zum bestimmenden Faktor für alles geworden ist. Schellhuber sagt, Covid-19 könnte die erste Pandemie sein, die von der Menschheit einigermaßen beherrscht wird. Lässt sich dann nicht auch die Klimakrise kontrollieren?

Während der Coronakrise hätten die meisten Menschen nicht aus Solidarität mit Alten und Kranken ihr Alltagsverhalten geändert, sondern aus Eigennutz, sagt Schellhuber. Sie hätten nicht so sehr »Angst zu infizieren, sondern infiziert zu werden«. Um die Klimakrise zu bekämpfen, müsse die Weltgesellschaft eine noch nie da gewesene Solidarität beweisen – Menschen im Jetzt müssten verzichten, damit Menschen im Dort eine gute Zukunft hätten. Ob die Politik und Bürger dazu in der Lage sind, daran zweifelt Schellhuber.

Einmal ist er von der Politik tief verletzt worden. 2007 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel, die damals als »Klimakanzlerin« galt, Schellhuber zum wissenschaftlichen Chefberater berufen. Das habe ihm geschmeichelt, sagen Menschen, die ihn kennen. Dann kam die Finanzkrise. Merkel wurde Krisenkanzlerin, später Flüchtlingskanzlerin. Klimakanzlerin wurde sie nicht mehr. Von Merkel im Stich gelassen, hat sich Schellhuber neue Verbündete gesucht: die Grünen.

An einem Tag im Mai sitzt Schellhuber in seinem Büro, er trägt Mantel und Schal, es ist kalt geworden. Er ist sich nicht sicher, ob Grünenchef Robert Habeck seine Partei auf den Kurs bringen kann, der erforderlich sei, um das Klima zu retten. »Es fehlt vielleicht eine kleine dämonische Seite, eine dunkle Note, die notwendig ist, um Historisches zu bewirken.«

Schellhuber zählt die wirklich Großen der Politik auf: Abraham Lincoln, Mahatma Gandhi, Nelson Mandela. Alle hätten eine dunkle Seite gehabt, es aber verstanden, sie in den Dienst der hellen Seite zu stellen. Schellhuber glaubt, dass es diese historische Bewegung braucht, um die Zivilisation zu retten. »Wenn wir es nicht schaffen, die Erderwärmung einzuhängen, wird unsere moderne Welt über Krieg und Konflikte in Scherben zer-

fallen.« Der Mensch als Spezies werde zwar auch bei vier Grad Anstieg der globalen Mitteltemperatur nicht aussterben, aber die Welt, wie wir sie kennen, würde verschwinden.

Schellhuber empfindet Habeck eher als Wohlfühlpolitiker. Wohlfühlpolitiker werden die Welt nicht retten. So einfach ist das. Von Habecks Co-Vorsitzender Annalena Baerbock hält er mehr. »Politisches Riesentalent« nennt er sie, vielleicht könne sie gar eine neue Merkel werden. Manchmal klingt er wie der Meister, der alles bewerten darf. Eine Anmaßung, so wie die großen Namen, die er in seine Erzählungen einbaut.

Den Gang der Grünen in die Mitte sieht Schellhuber kritisch. Im Sommer 2019, auf dem Landesdelegiertenrat der Bran-

»Physik hat man damals studiert, um die eigene Großartigkeit unter Beweis zu stellen.«

denburger Grünen versucht er, sie davor zu warnen. Er ist eingeladen, eine Rede zu halten. Schellhuber steht auf einer kleinen Bühne in der Aula des Humboldt-Gymnasiums in Potsdam, die Arme verschränkt, das Kinn vorgereckt. Er ist kein kleiner Mann, kein großer Mann, nicht besonders dick, nicht besonders dünn. Aber sein Gesicht ist auffällig, es trägt einen Ausdruck ständiger Skepsis, als ziehe er seine Augenbrauen konstant hoch.

Die politischen Kategorien links und rechts taugten nichts mehr, sagt Schellhuber, übrig blieben die Lüge und das Versprechen. Die Grünen könnten aus seiner Sicht die Partei des Versprechens sein. Doch auch sie besetzten »die sogenannte Mitte, in der sich alle tummeln wollen«.

Die Zuhörer hängen an seinen Lippen, als würden sie einer Predigt lauschen. Als er fertig ist, wollen sie mit dem Klatschen

gar nicht mehr aufhören, trotz der Kritik. Für die Grünen ist Schellhuber mehr Prophet als Forscher.

Während der Coronakrise haben die Grünen ihn enttäuscht. Er hat sich von ihnen eine Ansage gewünscht, dass die konjunkturellen Hilfen an Nachhaltigkeitsziele gekoppelt werden müssten.

Er erwartet radikale Maßnahmen: Inlandsflüge verbieten zum Beispiel. Häuser sollten künftig aus Holz gebaut werden. Jedes neue Gesetz und jede Maßnahme müsse darauf geprüft werden, ob sie dem Zwei-Grad-Ziel diene.

Schellhuber hätte selbst Politiker werden können. 2019, im Vorfeld der Europawahl, hatten die Grünen ihm einen Listenplatz angeboten, auf einem aussichtsreichen Platz, wie es in der Partei heißt. Er lehnte ab. Er glaubte, er habe auf der Position des Wissenschaftlers, der Politiker berät, größeren Einfluss. Von seinem Elfenbeinturm aus. Aber so richtig groß ist der Einfluss derzeit nicht.

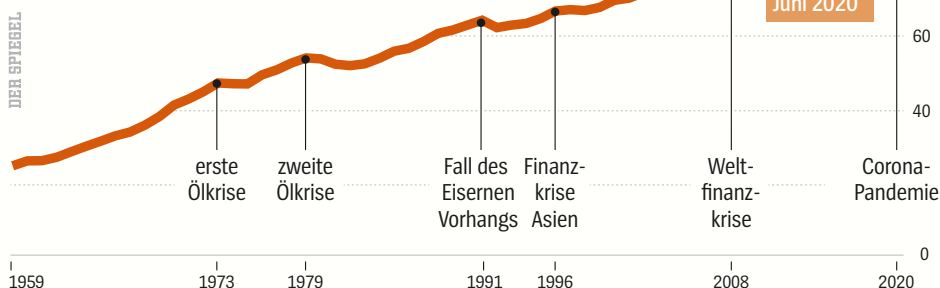
Geboren wurde er 1950, sein Abitur bestand er mit 1,0, er studierte mit einem Hochbegabtenstipendium Physik und Mathematik. Nach seiner Dissertation trat er eine Stelle am weltberühmten Institut für Theoretische Physik in Santa Barbara, Kalifornien, an. »Physik hat man damals studiert, um die eigene Großartigkeit unter Beweis zu stellen«, sagt er. Und um eines Tages den Nobelpreis zu gewinnen. »Es hieß, wer das nicht schafft, ist gescheitert«, sagt Schellhuber, »also müssen praktisch alle scheitern.«

In Santa Barbara seien unter den 80 Wissenschaftlern etliche Nobelpreisträger gewesen. Das Kämpfen hat Schellhuber spätestens dort gelernt. Er erzählt: Irgendwann habe man in den Seminaren seine eigene Arbeit vorstellen müssen. Es seien quasi zirzensische Schauspiele gewesen. Nach fünf Minuten sei man in der Luft zerrissen worden, der Konkurrenzdruck sei mörderisch gewesen. Wer das überstehe, sei im Feuer gehärtet. Schellhuber hat es überstanden. Natürlich. Sonst hätte er das nicht erzählt. 1988

Verpasste Chancen

Weltweite CO₂-Emissionen, in Millionen Tonnen pro Tag

Quellen: Global Carbon Project, Nature CC



nahm er eine Professur für Theoretische Physik in Oldenburg an.

Er beschäftigte sich mit komplexen Systemen. Ein Anwendungsbeispiel sei das Weltklima gewesen. In den späten Achtzigern, frühen Neunzigern sei ihm klar geworden, dass er seine Einsichten über das Klima an die Öffentlichkeit tragen müsse. »Die Unschuld der Unwissenheit ging irgendwann verloren. Wer vom Baum der Erkenntnis gegessen hat, muss das Paradies verlassen. Schon bald bin ich aus meinem Paradies vertrieben worden«, sagt er. Den sicheren Lehrstuhl in Oldenburg hat er aufgegeben, um gegen den Klimawandel zu kämpfen. Er klingt wieder mehr wie ein Prediger als ein Forscher.

Schellnhuber glaubt an das Gute – aber auch an das Böse. »Es gibt grundböse Menschen«, sagt er und nennt den gedopten Radfahrer Lance Armstrong, den amerikanischen Präsidenten Donald Trump, die AfD, da »kriecht das Böse wieder aus der deutschen Seele«. Menschen, die böse seien, hätten nie nur eine schlechte Eigenschaft. »Die Bösen lügen, quälen, betrügen«, sagt Schellnhuber.

Schellnhuber glaubt, die Evolution bringe möglicherweise ständig böse Menschen hervor, um die guten Menschen anzuspornen. Er will zu den Guten gehören: »Ich will helfen, das Leid, das die ungebremste Klimakrise mit sich bringen würde, zu verhindern.«

Gleichwohl ist er kein begeisterter Menschenfreund. »Eine große Schwäche von mir ist, dass ich mich schwertue, andere Menschen zu ertragen. Vor allem wenn sie in größeren Gruppen auftauchen.« Er liebt gutes Essen, guten Wein, sein Haus in Italien, die Sixtinische Kapelle in Rom. Nicht die Menschheit.

Schellnhuber will nicht den Homo sapiens retten, sondern die Zivilisation.

Diese Aufgabe vergleicht er mit dem Bau eines Kartenhauses. »Wir Klimaforscher bauen es auf, immer höher, legen noch eine Beweiskarte darauf«, sagt er. Aber jeder einzelne Fehler bringe das ganze Kartenhaus in den Augen der Öffentlichkeit zum Einsturz. »Die Bevölkerung giert nach dem exkulpierten Moment, der sie wieder aus der Verantwortung entlässt«, sagt er.

Ein solcher Moment kam 2009. Unbekannte drangen in einen Server der briti-

Er glaubt, anmaßend sein zu müssen, weil die Bedrohung sonst nicht erkannt würde.

schen Universität East Anglia ein und schickten danach Ausschnitte aus E-Mails von Klimaforschern an die Presse. Sie erweckten den Eindruck, als hätten die Forscher ihre Daten manipuliert. Auch E-Mails von Schellnhuber wurden veröffentlicht.

Damit nicht genug. Bereits im Jahr 2007 hatten Wissenschaftler des Weltklimarats IPCC in einem Bericht über die Folgen des Klimawandels behauptet, die Himalajagletscher würden bis zum Jahr 2035 vollständig abschmelzen. Ein Fehler, der erst Ende 2009 öffentlich diskutiert wurde. Die IPCC-Spitze brauchte bis 2010, um diesen Irrtum einzuräumen.

Es gibt ein Video von Schellnhuber, er ist im ZDF zu Gast bei der »Langen Nacht des Klimas« – im Oktober 2009, kurz vor den Skandalen. Schellnhuber steht mit

dem Moderator Karsten Schwanke vor einem Globus und dreht daran, bis er zu den Gletschern des Himalajas kommt. Sie würden in den nächsten 30 bis 40 Jahren verschwinden, wenn die Welt sich um zwei Grad erwärme, sagt Schellnhuber. Das lasse sich »sehr leicht ausrechnen«. Der Satz zeigt seine Hybris. Das Video kursiert noch immer unter Klimawandelleugnern, als Beweis für Schellnhubers angebliche Unglaubwürdigkeit.

Nach diesen beiden Tiefschlägen überlegte er, aus der Wissenschaft auszusteigen. Er sei in den Medien als Lügner dargestellt worden. »Die Geschwindigkeit, in der sich das Verhalten der Medien gegenüber der Klimawissenschaft änderte, war kränkend«, sagt Schellnhuber. Er habe mit dem Gedanken gespielt, Kriminalautor zu werden oder in einer Stiftung zu arbeiten. »Etwas Ehrenwertes, aber Langweiliges«. Aber er blieb Klimaforscher.

In seinem Buch »Selbstverbrennung« aus dem Jahr 2015 beschreibt Schellnhuber die politischen Prozesse, die dazu führen, dass die Klimapolitik nicht recht vorankommen will. Und er rückt seine eigenen Rolle in grelles Licht. Er schreibt: »An einem Spätsommervormittag im Jahr 1993 schrieb ich – möglicherweise – Weltgeschichte.«

Schellnhuber spaziert auf dem Campus des PIK einen kleinen Feldweg hinauf, zwischen den historischen Gebäuden hindurch. Eine Frage: Stört es ihn, wenn andere ihn für eitel halten? Er schmunzelt. »Die Frage kommt ab und zu«, sagt er, »offenbar provoziert etwas an mir diese Einschätzung.« Einiges, könnte man sagen.

Bei einem Besuch ein paar Wochen später zeigt er sein altes Büro. Ein imposanter Raum, hohe Decken, ein roter Teppich. In der Ecke steht ein Wandschrank. Darauf türmen sich Schellnhubers Auszeichnungen, Preise, Mementos. »Ramschladen« nennt Schellnhuber seine Sammlung. Wäre er eitel, sagt er, hätte er die Preise doch ausgestellt, die Urkunden aufgehängt. »Aber natürlich kann man mir jetzt falsche Bescheidenheit unterstellen.«

Er glaubt, eher als »anmaßend empfunden« zu werden, nicht als eitel. Er müsse anmaßende Dinge sagen, Zumutungen formulieren, denn das »wahre Ausmaß der Bedrohung ist nach wie vor nicht erkannt«. Aber seine Art macht es Menschen schwer, sich von ihm überzeugen zu lassen.

Am Ende, glaubt Schellnhuber, werde es Schicksal sein, ob die Menschheit die Klimakrise gut bewältigt. Er schätzt die Wahrscheinlichkeit auf etwa zehn Prozent. Es sei Zufall gewesen, dass die fotovoltaische Zelle entdeckt worden sei. Und es ist der Zufall, in den Schellnhuber seine größte Hoffnung setzt. Nicht in die Politik. »Wir werden viel mehr Glück brauchen, als wir Verstand haben.«



HANNES JUNG / DER SPIEGEL

Historisches Gebäude des Instituts für Klimafolgenforschung: Schellnhubers ganzer Stolz

Lizenz zum Lahmlegen

Sicherheit Ein Gesetz sollte Behörden erlauben, in ausländische Server einzudringen, um Cyberangriffe zu stoppen. Doch das Vorhaben scheitert an der SPD.

Einige Tage lang herrschte Ruhe. Keine Fake News drangen aus der berühmten Trollfabrik in Sankt Petersburg, aus der Russland einen weltweiten Desinformationskrieg führt. In einer klandestinen Operation hatte das Cyber Command des US-Militärs im Herbst 2018 die Falschnachrichtenschleuder vorübergehend stillgelegt. Die Aktion sollte verhindern, dass sich die russischen Trolle in die laufenden Kongresswahlen einmischen, wie die »Washington Post« später enthüllte.

Auf derartige Geheimdienstoperationen blickt man im deutschen Sicherheitsapparat seit Langem mit Neid. Gern hätten die Verantwortlichen auch hierzulande die Lizenz zum digitalen Gegenschlag. Um folgenschwere Cyberattacken zu unterbinden, etwa auf Energieversorger oder Krankenhäuser, sollen, so die Idee, staatliche Hacker in ausländische Server eindringen können – und diese notfalls per Knopfdruck ausschalten.

Mehrmals beschäftigte sich in den vergangenen drei Jahren der geheim tagende Bundessicherheitsrat mit den Plänen für eine »aktive Cyberabwehr«, umgangssprachlich besser bekannt als »Hackback«. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) trieb das Vorhaben voran, Kanzlerin Angela Merkel soll ihre Zustimmung signalisiert haben. Der Bundesnachrichtendienst (BND) stand bereit und hätte die Aufgabe wohl übernommen: »Wenn wir es dürften, wir könnten es«, sagte BND-Chef Bruno Kahl vergangenen Herbst.

Doch aus dem Plan wird nun nichts. Nach SPIEGEL-Informationen wird Seehofer das heikle Hackback-Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr auf den Weg bringen. Zu groß waren die Bedenken von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) und der Führung der Sozialdemokraten.

Über die sanfteren Stufen der »aktiven Cyberabwehr« wären sich die Koalitionäre wohl noch einig geworden. Hierbei würden IT-Spezialisten etwa Datenströme blockieren oder umleiten, um einen laufenden Angriff zu stoppen.



ROBERT GRAHN / EUROLUFTBILD.DE / VARIO IMAGES



STEFFEN ROTH

BND-Zentrale in Berlin, SPD-Chefin Esken: »Völkerrechtlich hoch problematisch«

Doch bei der obersten Stufe, dem Lahmlegen ausländischer Rechner, von denen die Attacke mutmaßlich ausgeht, blieb es beim Dissens.

Vor allem die neue SPD-Parteichefin und Digitalpolitikerin Saskia Esken machte zuletzt deutlich, wie wenig sie von der Idee eines Hackbacks hält. Wenige Monate im Amt, kündigte sie an, »alles dagegenzuhalten, was ich dagegenhalten kann«.

Tatsächlich wäre ein finaler digitaler Rettungsschuss ein heikles Unterfangen, rechtlich wie technisch. Schon die sichere Zuschreibung, wer hinter einem Cyberangriff steckt, ist schwierig. »Zurückzuschlagen, um einen Angriff zu beenden, überzeugt mich insofern überhaupt nicht«, sagt Esken. »Völkerrechtlich wäre es hoch problematisch, Server im Ausland auszuschalten.«

Mit ihrer Skepsis steht sie nicht allein da, die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags warnten vor der Gefahr einer »ungewollten Eskalation«.

Gleichzeitig ist es nicht das einzige Sicherheitsgesetz, bei dem Esken sich querstellt, zum großen Ärger der Union. Seit Wochen ringen die Konservativen mit den Sozialdemokraten um mehr Kompetenzen für die Geheimdienste und die Bundes-

polizei. Immer wieder bremst die SPD-Vorsitzende, vor allem wenn es um erweiterte Befugnisse zur digitalen Überwachung geht. Die Twitter-Community ist der Politikerin deutlich näher als die Welt der Geheimdienste.

»Die Zusammenarbeit mit den SPD-Innenexperten hat im Bereich der Inneren Sicherheit jahrelang sehr konstruktiv funktioniert – bis Saskia Esken Parteichefin wurde«, beklagt sich der CDU-Abgeordnete Armin Schuster.

Esken reagiert auf solche Attacken kühl. Man müsse bei allen Sicherheitsgesetzen immer auch die Bürgerrechte im Blick haben, sagt sie: »Darauf achte ich. Und damit muss die Union mit mir als Koalitionspartnerin leben.«

Um sich nicht an allen Fronten zu verkämpfen, legt die Regierungskoalition nun zumindest den Hackback-Plan auf Eis. Nötig wäre für das Vorhaben wohl ohnehin eine Grundgesetzänderung, Gefahrenabwehr ist bislang vor allem Ländersache. Dafür brauchte es eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Auch das wäre aktuell unwahrscheinlich. Grüne, Linke und die FDP halten vom digitalen Gegenschlag so wenig wie die Chefin der Sozialdemokraten.

Dass die Idee dauerhaft tot ist, glauben allerdings selbst Kritiker nicht. Das Thema Hackback sei wie ein Zombie, sagt ein Abgeordneter – beim nächsten großen Cyberangriff in Deutschland werde sicherlich jemand versuchen, es wieder zum Leben zu erwecken.

Martin Knobbe, Wolf Wiedmann-Schmidt

Die Twitter-Community ist Esken näher als die Welt der Geheimdienste.

Die Sündenfälle

Religion Die evangelische Kirche arbeitet sexuellen Missbrauch in ihren Reihen nur langsam auf – Opfer und auch der Beauftragte der Bundesregierung üben Kritik.

Die Frauen schilderten der Polizei die Übergriffe ihres früheren Chorleiters in allen Details. Dass Andreas T. ihnen bei den wöchentlichen Proben an Mitte der Neunzigerjahre regelmäßig an die Brust und das Gesäß gefasst habe. Dass er ihnen etwa die Hand aufs Knie gelegt und ihren Oberschenkel bis zum Geschlechtsteil gestreichelt habe. Und dass Bemerkungen gefallen seien wie »Du trägst ja keinen BH« oder »Wenn du mich ärgerst, kitzele ich dich am Popo«.

Elisabeth O. und Anna A. waren damals 11 und 13 Jahre alt. Ihr Chorleiter T. war Mitte zwanzig und ehrenamtlich für die evangelische Kirche in Pobershau im Erzgebirge tätig.

Nach ein paar Jahren erzählte O. ihrem Vater von den Übergriffen. Der stellte T. Anfang 1999 zur Rede, erstattete aber keine Anzeige. »In Pobershau herrschen klassische Dorfstrukturen«, sagt O., »jeder kennt jeden.« Man klärte die Sache unter sich, T. bat die Mädchen um Vergebung, die Übergriffe endeten. Alle schwiegen, knapp 20 Jahre lang.

Im Dezember 2018 zog O.s Vater schließlich den Pobershauer Pfarrer Burkhard Wagner, seit 2015 im Amt, ins Vertrauen. Der hatte bis dahin keine Erfahrung mit dem Thema. »Ich wusste nur, ich werde nicht schweigen«, sagt er. Wagner

suchte Kontakt zu den Opfern. Eine weitere Betroffene meldete sich, Katharina W., Patenkind des Täters. Die drei Frauen stimmten zu, den Fall aufzudecken.

T. war noch immer ehrenamtlicher Kirchenmusiker in der Gemeinde. Konfrontiert mit den Vorwürfen, gestand er in einer Erklärung »einzelne unsittliche Berührungen von mir bei Mädchen aus der Kurrende«, also des evangelischen Kinderchors. Auf Betreiben Wagners wurde er als Kantor suspendiert. »Der Pfarrer hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er auf unserer Seite steht«, sagt Anna A.

Vom Landeskirchenamt in Dresden fühlen sich die Betroffenen indes im Stich gelassen. »Im Gesamten betrachtet, ist das Verhalten der Institution Kirche für mich unter aller Sau«, sagt A. In der Landeskirche gebe es keine eigenen Experten für Fälle sexuellen Missbrauchs. Zuständig sei die Gleichstellungsbeauftragte der Behörde. Die Frauen suchten sich Hilfe bei externen Fachstellen. Bis heute haben sie von der Landeskirche keine finanzielle Anerkennung ihres Leids erhalten.

Seit Langem klagen Missbrauchsbeschaffene über die schleppende Aufarbeitung der Taten in der EKD. Die katholischen Bischöfe haben 2018 eine Studie zu sexuellen Übergriffen von Klerikern in den vergangenen Jahrzehnten veröffentlicht. Die

evangelische Kirche hat erst jetzt eine umfangreiche Untersuchung in Auftrag gegeben. Darin werden neben Pfarrern auch ehrenamtlich Tätige in den Blick genommen. Erste Ergebnisse sollen 2023 vorliegen. Bislang sind deutschlandweit 867 Missbrauchsfälle aus der EKD und ihren Institutionen bekannt.

Im Februar verurteilte das Landgericht Freiburg den ehemaligen Leiter einer evangelischen Pfadfindergruppe wegen Kindesmissbrauch in 124 Fällen. In Hildesheim steht derzeit ein Pädagoge wegen des Vorwurfs jahrelanger sexueller Übergriffe in einer Kinderwohngruppe der Diakonie in Gifhorn vor Gericht. Und diese Woche wurde öffentlich, dass ein inzwischen verstorbener Pastor aus dem Landkreis Harburg über Jahre Mädchen sexuell missbraucht haben soll.

Die Zahl noch unbekannter Missbrauchsfälle ist vermutlich hoch. Der Ulmer Kinder- und Jugendpsychiater Jörg Fegert geht von jeweils etwa 114 000 Opfern in den Einrichtungen beider Kirchen aus. Er befragte 2500 repräsentativ ausgewählte Deutsche und rechnete die Zahlen nach Konfessionen unterschieden hoch.

Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, und die katholische Bischofskonferenz verständigten sich schon Anfang des Jahres auf Standards für die unabhängige Aufarbeitung. In den Diözesen sollen fortan Kommissionen, überwiegend besetzt mit externen Experten und Betroffenen, Missbrauch aufklären und die Verhältnisse offenlegen, die ihn ermöglichten.

Die EKD hatte bereits Ende 2018 auf einer Synode angekündigt, solche Standards zu schaffen, bislang jedoch ohne Ergebnis. Rörig kritisierte die evangelische Kirche deshalb Ende April: »Was konkrete Strukturen der Aufarbeitung angeht, stehen wir noch mit leeren Händen da.« Einen Monat später drohte Rörig der Missbrauchsbeauftragten der evangelischen Kirche, Bischöfin Kirsten Fehrs, sogar mit dem Abbruch der offiziellen Gespräche.

Der Beauftragtenrat zum Schutz vor sexualisierter Gewalt, den Fehrs leitet, lenkte ein und versprach, bis Ende September einen Entwurf für eine gemeinsame Vereinbarung zu präsentieren. »Es ist höchste Zeit, dass in der evangelischen Kirche endlich verbindliche Standards für die unabhängige institutionelle Aufarbeitung geschaffen werden«, sagt Kerstin Claus, Mitglied im Betroffenenrat beim Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung. »Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus.«

Die EKD verweist unter anderem darauf, dass es seit Juli 2019 eine unabhängige zentrale Meldestelle für Betroffene gebe. In einigen Landeskirchen wurde eine neue Richtlinie zum Schutz vor sexualisierter Gewalt eingeführt.



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

Gemeindepfarrer Wagner in Pobershau: »Ich wusste nur, ich werde nicht schweigen«



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

Betroffene W., O. im Pfarrhaus: Immer wieder Flashbacks

Dass es nicht schneller vorwärtsgelht, könnte mit der dezentralen Struktur der evangelischen Kirche zusammenhängen. Die mächtigen Landesbischöfe entscheiden letztlich selbst, wie umfassend sie den Missbrauch untersuchen lassen.

Bei der Aufdeckung der Missbrauchsfälle in Pobershau sah sich Pfarrer Wagner weitgehend auf sich gestellt. »Ich habe mich von der Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt in Dresden beraten lassen«, sagt er. Schnell sei ihm klar geworden: »Das war sexueller Missbrauch.« Es vergingen weitere fünf Monate bis zur Entfernung T.s als Kantor. »Ich musste erst mit den Betroffenen in Kontakt kommen«, sagt Wagner, »und ganz sichergehen, dass die Vorwürfe stimmten.« Er informierte das Landeskirchenamt und den Kirchenvorstand der Gemeinde. Sein Vorgesetzter, der Superintendent des Kirchenbezirks Marienberg, habe ihn unterstützt. Am 2. Mai 2019 ging dann alles sehr schnell. Wagner stellte T. zur Rede und suspendierte ihn als Kantor.

Der ehemalige Chorleiter bat in einer Erklärung, die vor der Gemeinde verlesen wurde, um Vergebung. Er sei jung gewesen und habe seine Triebe nicht im Griff gehabt, schrieb er. »Es gab ja auch keinerlei Gegenwehr oder irgendwelche Hinweise der Mädchen, dass ich das unterlassen sollte.« Ihm sei die Tragweite seiner Handlungen nicht bewusst gewesen. T. verwies auf seine Entschuldigung gegenüber den Mädchen Anfang 1999. Danach habe es »keine Vorkommnisse« mehr gegeben.

Nach seiner Entlassung als Kantor kippte die Stimmung in Pobershau. T. ist beliebt im Ort, Pfarrer Wagner erhielt empörte Briefe. Er habe ein »Tribunal« abgehalten, hieß es. Die sexuellen Übergriffe wurden als »Vorfälle beim Toben« verharmlost. Viele Gläubige kamen sonntags nicht mehr in den Gottesdienst. Die Gemeinde ist bis heute tief gespalten.

Im September 2019 entschuldigte sich T. erneut schriftlich bei den Betroffenen. »Es wäre mein großer Wunsch, dass ihr

mir ein Signal gebt, damit wieder Ruhe und Frieden bei allen Beteiligten einkehren kann.«

Die drei Frauen leiden bis heute unter den sexuellen Übergriffen. »Es kostet so viel Kraft, ein zufriedenes Leben zu führen«, sagt O. Sie habe lange kein richtiges Selbstwertgefühl gehabt. Immer wieder kämen »Flashbacks«. Die versehentliche Berührung eines Fremden in einer Kneipe reiche aus, um sich unwohl zu fühlen. »Das ist ein lebenslanges Abo«, sagt sie.

Die Angriffe aus dem Dorf treffen die Frauen. »Wir werden von vielen in der Gemeinde nicht als Opfer anerkannt«, sagt Elisabeth O. »Den Pobershauern geht es um ihre kleine heile Welt«, sagt Anna A. »Ein ehrliches Miteinander und eine offene Diskussionskultur gibt es nicht.«

Ende 2019 entschieden sich die drei Frauen, Anzeige gegen T. zu erstatten. Sie baten das Landeskirchenamt um finanzielle Unterstützung für eine Rechtsberatung und mögliche Prozesskosten, vergebens. Im Zuge einer Selbstanzeige räumte T. ein, sich O. und A. in den Jahren 1996 und 1997 anlässlich der Chorproben sexuell genähert zu haben. Er habe die Mädchen an den Brüsten berührt und sei davon ausgegangen, dass es ihnen gefalle, weil diese sich nicht gewehrt hätten. An Übergriffe gegen Katharina W. erinnere er sich nicht.

Die Staatsanwaltschaft Chemnitz stellte fest, T. habe sich des sexuellen Missbrauchs von Kindern strafbar gemacht. Das Verfahren wurde eingestellt, die Taten waren nach den damals gültigen Gesetzen verjährt. Heute wären sie es nicht mehr, die Rechtslage ist seit 2013 eine andere.

T. sagt, er habe seinerzeit eindeutig Grenzen im Umgang mit Jugendlichen überschritten. Die unsittlichen Berührungen seien aber »nicht regelmäßig, sondern eher gelegentlich« vorgekommen. Er bereue seine Taten. »Das ist im Nachhinein nicht wiedergutzumachen.«

In Pobershau sind noch viele Fragen offen. »Das Ausmaß könnte größer sein als bislang bekannt«, sagt Pfarrer Wagner. Es gebe wahrscheinlich weitere Betroffene. Auch müsse geklärt werden, ob Verantwortliche in der Gemeinde bewusst wegesehen oder vertuscht hätten. »Nach der Aufdeckung der Taten im Mai 2019 war der Fall für das Landeskirchenamt erst einmal erledigt«, kritisiert er. Erst jetzt hat die Kirchenbehörde nach mehrfachem Biten die unabhängige Aufarbeitung durch ein externes Gremium angekündigt.

Die Betroffene Elisabeth O. sagt: »Ich will nur noch eine finanzielle Entschädigung.« Darüber hinaus habe sie keine Erwartungen mehr an die Kirche. »Ich bin schon vor Jahren ausgetreten.«

Felix Bohr

Zur Sicherheit

Schicksale Sie sind eingesperrt, weil sie krank und gefährlich sind. Aber wann dürfen die Patienten wieder raus? Vom schwierigen Alltag in einer geschlossenen Psychiatrie. *Von Bruno Schrep*

Montag, 7.30 Uhr, Bezirksklinikum Ansbach in Mittelfranken, ein weiträumiges Gelände am Rande der Barockstadt. Die Forensik der Klinik, vier moderne, schmucklose Gebäude, neun Stationen, ist von einem Metallzaun mit Stacheldrahtrollen umgeben, mehr als fünf Meter hoch. Hier beginnt für rund 200 Patienten eine weitere Woche hinter Gittern. Sie sind wegen psychiatrischer Störungen straffällig geworden und deshalb eingesperrt.

Eine Woche lang kann der SPIEGEL Einblicke in diese sonst verborgene Welt nehmen, die beides ist, Krankenhaus und Gefängnis. Der Reporter kann mit mehreren Patienten über deren Verbrechen reden, kann Ärzte und Pfleger interviewen und sogar bei Visiten und Therapiesitzungen dabei sein. Er erlebt den Alltag im streng bewachten Hochsicherheitstrakt von morgens bis abends mit. Einzige Bedingung: Es dürfen nur die Namen von Bewohnern genannt werden, die damit einverstanden sind.

Neun Uhr, Männerstation 17/1. »Mir geht's heute dreckig«, sagt Reinhard J., 49 Jahre alt, ledig, »ich halte es nicht mehr aus.« Der kräftige Mann mit schulterlangem, strähnigem Haar und hoher Stimme hat ein Bündel Papiere mitgebracht: Gutachten, Gegengutachten, Anwaltspost, handschriftliche Aufzeichnungen. Die Unterlagen sollen beweisen, dass er zu Unrecht eingesperrt ist. J. will unbedingt raus aus dieser verdammten Forensik. Raus aus diesem mit Metallzäunen und Stacheldrahtrollen gesicherten Funktionsgebäude. Raus aus dem engen Zimmer, das er sich mit einem Mitbewohner teilen muss.

»Fast 30 Jahre sitz ich jetzt«, sagt er verbittert, »was für ein beschissenes Dasein!« Jeder Tag sei gleich: aufstehen um sieben Uhr, Frühstück, Mittagessen, ein bisschen basteln, ein bisschen fernsehen. Am Leben erhalte ihn nur die intensive Beschäftigung mit seinem Fall. Auf seinem Bett liegen dicke Bücher, juristische Fachliteratur, die er von seinem knappen Geld gekauft hat. Er wälzt Paragraphen, hantiert mit komplizierten kriminologischen Begriffen und schreibt lange Stellungnahmen. Immer mit einem Ziel: endlich rauszukommen. Aber warum musste er überhaupt rein?

Im Sommer 1991 ist Reinhard J. gerade mal 20 Jahre alt, ein junger Mann aus chaotischen Verhältnissen. Heimkind, Miss-

brauchsoffer, haltlos. Seit seinem zehnten Lebensjahr trinkt er Alkohol, raucht Marihuana, später spritzt er Heroin. Um an Geld zu kommen, klagt er, prügelt, prostituiert sich. Innerhalb weniger Wochen füttert er fremden Menschen größtes Leid zu und zerstört gleichzeitig seine Zukunft: Der 20-Jährige vergewaltigt auf einer Schultoilette brutal ein acht Jahre altes Mädchen. Damit es stillhält, bedroht er es mit einem Messer. Nächstes Vergewaltigungsopfer ist kurz darauf eine Pfarramtssekre-

tärin, bei einem weiteren Kind und zwei weiteren Frauen bleibt es beim Versuch.

Ein Gericht verurteilt Reinhard J. zu sieben Jahren Jugendstrafe. In den Knast muss er nicht. Weil er bei seinen Taten laut Sachverständigengutachten schwer gestört und deshalb vermindert schuldfähig war, kommt er in eine geschlossene Psychiatrie, eine Forensik. Er gilt nicht als Gefangener, sondern als Patient. Er gilt nicht als schuldig, sondern als krank. Und zwar bis heute, da aus dem aggressiven, gewalttätigen Ju-



Antisemit S. (unten I.), Sexualstraftäter J., K.

An dem Unheil, das sie angerichtet haben, tragen sie juristisch keine Schuld

gendlichen ein vorzeitig gealterter Mann geworden ist, der über Knieprobleme, Diabetes und zu hohen Blutdruck klagt. Weshalb ist er nicht längst wieder frei?

»Weil er nach wie vor hochgefährlich ist«, sagt Christian G., sein Therapeut. Der Diplompsychologe, ein drahtiger Mittdreißiger, betreut sieben Bewohner. J. ist einer seiner schwierigsten Patienten. Der Therapeut zählt auf, was J. noch immer unbe-rechenbar mache: sein Umgang mit Alkohol und illegalen Drogen, seine erotischen Neigungen, seine gesamte Persönlichkeit. Medizinisch ausgedrückt: das Zusammen-treffen von Substanzmittelmissbrauch, einer multiplen Störung der Sexualpräferenz und einer kombinierten Persönlichkeits-störung mit dissozialen und emotional-instabilen Anteilen.

J. ist einer von 19 Männern, die auf Station 17/1 leben. Sie sind jung und alt, intel-ligent und weniger intelligent, Angepasste

und Querulanten. Pädosexuelle sind da-runter, die Kinder begehren, Sadisten, de-ren Sexualität von Gewaltfantasien stimu-liert wird, Gewalttäter, die ihren Hass nicht kontrollieren können. Gemeinsam ist ih-nen, dass sie sich ihre Störungen nicht aus-gesucht haben, dass sie an dem Unheil, das sie angerichtet haben, juristisch keine Schuld tragen. Gemeinsam ist den meisten, dass sie wie J. vor allem eines wollen: die Klinik so schnell wie möglich verlassen.

Raus, raus, raus!

Das kann dauern. Die Männer befinden sich im Maßregelvollzug, unbefristet. Den ordnen Gerichte nach Paragraph 63 Straf-gesetzbuch an, »wenn die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Tat ergibt, dass von ihm infolge seines Zustandes erhebliche rechtswidrige Taten... zu erwarten sind«. Erst wenn diese Gefahr nicht mehr besteht, gibt es Hoffnung auf Entlassung.

Rund 8000 Menschen sind nach Para-

graf 63 eingesperrt, die jüngsten Zahlen stammen aus dem Jahr 2014. Diese Män-ner und Frauen haben Sexualstraftaten oder andere Gewalttaten begangen, aber auch Brandstifter und notorische Betrü-ger sitzen in der Forensik ein. Nachdem der Gesetzgeber in den Neunzigerjahren das Recht verschärft hatte, blieben die In-sassen länger drin. Ein Drittel der Patien-ten saß 2015 mehr als zehn Jahre lang, auch die Gesamtzahl der Untergebrach-ten stieg an. Erst der Fall von Gustl Mol-lath, der unverhältnismäßig lange im Maßregelvollzug saß, führte dazu, dass 2016 ein neues Gesetz in Kraft trat. Nun muss häufiger überprüft werden, ob ein Patient freigelassen werden kann.

Im Maßregelvollzug werden elementare Fragen verhandelt. Wann wiegt der Schutz der Allgemeinheit vor gefährlichen Straf-tätern schwerer als das Recht des Einzel-nen auf seine Freiheit? Wie wirksam sind Therapien, wenn Menschen unter so schwerwiegenden Störungen leiden wie die Patienten hier?

»Keiner ist gern hier drin«, sagt Chefarzt Joachim Nitschke, der die Ansbacher Forensik seit Jahren leitet. »Unser Ziel ist es, Menschen zu bessern und zu heilen.« Und, klar, sie irgendwann in die Gesell-schaft zurückzuführen. Dafür gibt es strenge Vorgaben. Einmal jährlich fragt ein Gericht nach der Entwicklung jedes Pa-tienten, nach drei Jahren Gefangenschaft gibt die Staatsanwaltschaft ein weiteres Gutachten in Auftrag. Menschen, die nach zehn Jahren noch immer sitzen, müssen von einem Gericht als nach wie vor »hoch-gefährlich« eingestuft werden.

»Welche Chancen jemand hat, hier wie-der rauszukommen, hängt von ihm selber ab«, sagt Therapeut G. Wer sich zu seiner Tat bekenne und auch in die dunklen Ecken seiner Persönlichkeit schaue, habe bessere Karten als einer, der dichtmache. »Wer sich verweigert, bleibt lange drin.« Wie Reinhard J.? »Der Mann will sich nicht mit seinen Neigungen auseinander-setzen«, sagt der Psychologe. J. gestehe sich nicht ein, pädosexuell zu sein, nehme anders als früher nicht an Einzel- oder Gruppensitzungen teil, verweigere Medi-kamente. Bei allen Möglichkeiten, sich zu bewähren, habe er versagt.

Reinhard J. widerspricht. Ja, er gehe nicht mehr zur Therapie. Aber nur weil ihm dort jedes Wort im Mund herumge-dreht worden sei. Alles, was er sage, werde zu seinen Ungunsten ausgelegt, gerade im Hinblick auf Sexualität. Und ja, er nehme keine Medikamente mehr. Aber er habe sogar den Antrag gestellt, sich kastrieren zu lassen, mehr gehe doch nicht, oder? Dies sei jedoch abgelehnt worden. »Er denkt, einfach mal schnipp, schnapp, und das Problem ist erledigt«, entgegnet sein Therapeut dazu, »er ist sich gar nicht über



Klinik für forensische Psychiatrie in Ansbach

»Keiner ist gern hier drin«

die Konsequenzen klar.« Die Klinik habe ihn vor sich selbst schützen müssen.

Reinhard J. nutzte unbegleiteten Ausgang zweimal, um abzuhausen. Er war jeweils drei Wochen unterwegs, zuletzt 2018. Während in den Fernsehnachrichten vor ihm, dem Sexualverbrecher, gewarnt wurde, schlief er auf Parkbänken oder in Obdachlosenunterkünften, bettelte auf der Straße um Geld, fragte in Pfarrhäusern nach Lebensmitteln. Zu Schaden kam niemand. Allerdings: Auf seinem Handy fanden sich Fotos und Filme mit Kinderpornografie. »Machwerke von der schlimmsten Sorte«, sagt Psychologe G. Dem Patienten wurden alle Vergünstigungen gestrichen, kein Ausgang mehr, absolutes Handyverbot. J., der sich missverstanden und benachteiligt fühlt, setzt nun alle Hoffnungen auf einen juristischen Ausweg.

14 Uhr. Im Stationszimmer, dem sogenannten Stützpunkt, dudelt das Radio, Pop von einem Musiksender. Der nüchterne, mit Neonlicht ausgeleuchtete Raum – drei Computer, zwei hellbraune Aktenregale, ein Medizinschrank – ist Anlaufstelle und Überwachungszentrale zugleich.

Pflegehelfer Deniz Emser, ein Hüne, sitzt vor dem Überwachungsmonitor. Die vielen Kameras zeigen die Bewegungen auf den Fluren und in den Besprechungsräumen. Früher schob Emser nachts Schicht bei einer Sicherheitsfirma, jetzt bewacht er Menschen. Mit einem Funk Schlüssel, einem Transponder, kann er alle Türen öffnen, die den Patienten verschlossen bleiben. Mittags und abends untersucht er mit einem Spezialspiegel, ob unter dem Essenwagen etwas versteckt ist, eine Waffe womöglich. Wie alle Mitarbeiter trägt er ein Notfallhandy mit einem Alarmknopf. Wird der gedrückt, etwa wenn Patienten gewalttätig werden, sprinten alle Sicherheitsleute los.

Dienstag, zehn Uhr. Visite im Besprechungsraum. Mehrere Bewohner treffen nacheinander ein Team von acht Spezialisten: Pfleger, Therapeuten, Sozialarbeiter und Martina Weig, die stellvertretende Chefärztin. Sie will von jedem wissen: Was ist seit der letzten Visite passiert? Gibt es Beschwerden? Gibt es Probleme?

Der erste Patient, 28 Jahre alt, kommt grußlos hereingestürmt. »Leute, ich bin angepisst, damit ihr's wisst!«, schimpft er, »ich garantier für nix.« Er hat sich mit seinem Therapeuten um Lockerungen gezofft, ist immer noch wütend. Und sein Zimmergenosse, dieser Chaot, nerve ihn von morgens bis abends. »Was wollen Sie denn?«, fragt ihn die Ärztin. Antwort: »Ich will nur eines, ich will hier weg.«

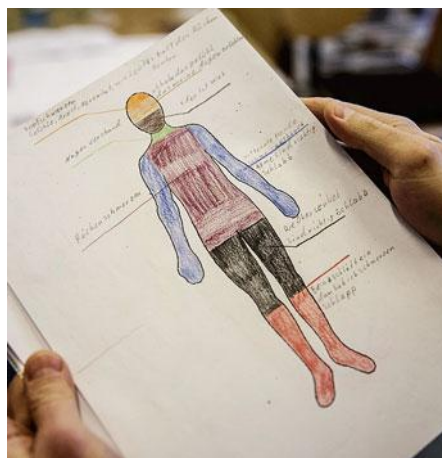
Mit 21 schlich er sich ins Kinderzimmer einer Freundin und missbrauchte deren sechsjährige Tochter, deshalb ist er hier. »Er ist emotional nicht stabil, er rastet

schnell aus«, erklärt eine Psychologin, nachdem der Mann den Raum verlassen hat. Aber eigentlich sehe es nicht schlecht aus. »Er hat alle Therapien mitgemacht, arbeitet mit, hat Chancen auf Ausgänge.« Sogar eine Entlassung sei demnächst denkbar. »Dann braucht er aber eine Betreuung«, sagt die Ärztin.

Der zweite Patient, ebenfalls Ende zwanzig, gilt als besonders schwer gestört. Seine sexuellen Fantasien, die sich um Gewalt gegen Frauen drehen, lebte er zunächst im Internet aus, sah sich sadistische Filme an, spielte brutale Computerspiele. Dann attackierte er mehrfach junge Frauen und versuchte in einem Streit, seine Mutter zu erstechen. Bei der Visite erzählt er mit leiser Stimme, dass er noch nie allein gewohnt, erst bei der Mutter gelebt habe, dann im Untersuchungsgefängnis. Und jetzt seit sieben Jahren in der Forensik sitze. Auf Fragen nach seinen langfristigen Plänen denkt er kurz nach. »Dass ich hier rauskomme«, sagt er dann.

»Den werden wir noch behalten müssen«, sagt Medizinerin Weig hinterher. »Er gibt sich wirklich Mühe«, berichtet einer der Psychologen, »aber der Weg ist noch lang. Sollen wir ihm Triebdämpfung verordnen?« »Macht er denn da mit?«, fragt die Ärztin. Das Mittel, das den Testosteronspiegel senkt, darf nur mit Zustimmung des Betroffenen verabreicht werden, die Nebenwirkungen können enorm sein: verminderte Potenz, Verkleinerung von Penis und Hoden, Haarausfall, Übelkeit, auch depressive Verstimmungen. Die Entscheidung wird vertagt.

»Warum gehen Sie denn nicht mehr zur Therapie?«, will Ärztin Martina Weig vom nächsten Patienten wissen. Der Mann, schon über 60, winkt ab. »Da kann ich nicht mehr folgen, da schlafe ich immer ein«, sagt er. Und ergänzt: »Irgendwann kann man nicht mehr an Problemen arbeiten, da macht der Kopf nicht mehr mit.« Warum er die triebdämpfenden Tabletten



Zeichnung aus der Malthérapie
»Menschen bessern und heilen«

abgesetzt habe? »Ich lass mir den Scheiß nicht länger aufquatschen.«

Früher, als Fußballtrainer von Jugendmannschaften, hat er minderjährige Jungen sexuell missbraucht, immer wieder, zuletzt 1995. Seitdem ist er eingesperrt, ohne Unterbrechung. Er gehört zu jener Minderheit, die sich mit ihrer Gefangenschaft abgefunden hat. »Ich geh davon aus, dass ich bis zum Lebensende hierbleibe«, antwortet er auf Fragen nach seiner Zukunft. »Seit Jahren keine Veränderung«, resümiert sein Therapeut.

16.30 Uhr, Stationszimmer. »Das Wichtigste ist Zuhören«, sagt Pflegerin Margot Jäger, die heute bis 21.15 Uhr Schichtdienst schieben muss. Zuhören, wenn ein Patient den Tod des Vaters betrauert, wie kürzlich passiert, zuhören, wenn jemand mit seiner Gefangenschaft hadere. »Manche Älteren haben seit Jahrzehnten keinen Besuch mehr bekommen«, sagt die gelernte Krankenschwester. Freunde hätten sich längst abgewandt, Verwandte gebe es keine mehr. »Wir sind die Einzigen, mit denen sie noch reden können, manchmal die Einzigen, denen sie vertrauen.« Der tägliche Umgang führe automatisch zu besonderer Nähe. »Wir kriegen oft mehr mit als die Therapeuten, und die Putzfrauen kriegen manchmal mehr mit als wir.«

Mittwoch, zehn Uhr, Fallkonferenz. Es geht um Herrn A., den ältesten Forensikpatienten des Klinikums. Der 85-Jährige braucht Hilfe beim Baden und für längere Strecken einen Rollstuhl. Ein Beamer strahlt Daten eines verpfuschten Lebens an die Wand: erste Straftaten im Jahr 1954, danach eine endlose Kette von Verurteilungen, ein ständiges Pendeln zwischen Gefängnis und Psychiatrie. Mehr als 100 Kinder hat A. nach eigenen Angaben missbraucht, sich wahllos Jungen und Mädchen als Opfer gesucht, zuletzt 1996.

Angepasst sei der alte Mann, berichtet ein Psychologe, er halte sich penibel an Regeln und richterliche Anordnungen, arbeite fleißig in der Werkstatt mit, immer freundlich, immer gut gelaunt. Ein netter alter Opa sei er deshalb nicht: »Wenn er Kinder sieht, ist er nach wie vor enthemmt.« Bei einem begleiteten Gruppenausflug auf den Weihnachtsmarkt habe er sich blitzschnell einen Luftballon besorgt, einen kleinen Jungen angesprochen und damit genau das getan, was ihm strengstens verboten sei. Was also tun mit ihm? Ärztin Martina Weig entscheidet: »Erst mal in die offene Wohngruppe. Weglaufen kann er ja nicht mehr.«

13 Uhr, Einzeltherapie von Patient K., einem freundlichen, unauffälligen Mann Anfang vierzig. »Was tun Sie, wenn die Gelegenheit besteht, mit einem zehnjährigen Mädchen zu kuscheln?«, fragt Therapeut Christian G. »Geben Sie dem Impuls nach, oder bleiben Sie standhaft? Und



Pflegehelfer Emser mit Spezialspiegel: Womöglich eine Waffe versteckt

was wären die jeweiligen Folgen, kurzfristig und langfristig?« Der Patient kennt die Fragen. Und er hat die Wahl zwischen vorgegebenen Antworten.

Kurzfristig lockt Nähe, die er sich so wünscht, es kommt vielleicht zur sexuellen Befriedigung. Langfristig wären die Folgen verheerend: ein Kind, das seelische und körperliche Schäden davonträgt. Für ihn selbst Angst vor Entdeckung, womöglich Strafe. Widersteht er der Versuchung, droht kurzfristig Frust, vielleicht Verzweiflung. Langfristig dagegen ist die Bilanz eindeutig: Erleichterung, die verbotenen Wünsche besiegt zu haben, Stolz über eigene Stärke, mehr Selbstvertrauen, keine Gewissensqualen.

»Ich trainiere, bestimmte sexuelle Fantasien sofort zu unterdrücken«, versichert Patient K. Um sich abzulenken, schwitze er im Fitnessraum, lese, daddle an der Spielkonsole, gucke Fernsehen.

K. war verheiratet und ist Vater eines Sohns. Er ging nicht brutal vor, mit seiner sanften, einfühlsamen Art schlich er sich ins Vertrauen eines zehnjährigen Mädchens, nutzte dessen Bedürfnis nach Zuwendung und Anerkennung aus, überredete es zu sexuellen Kontakten. K. suchte bei dem Kind die Zärtlichkeit und Nähe, die er in seiner Ehe vermisste. Behandelte die Zehnjährige über Monate wie eine Erwachsene, schrieb ihr Liebesbriefe, war eifersüchtig. Er glaubte fest, dass die Minderjährige seine Gefühle teile, die ungleiche Beziehung genauso wolle wie er – eine verdrehte Einschätzung, die Täter oft zu ihrer Entschuldigung vorbringen.

»Heute tut es mir schrecklich leid«, sagt K. Seine Ehe ist zerbrochen, seine bürgerliche Existenz zerstört. Geblieben sind

Scham, Entsetzen über sich selbst, Depressionen. Dreimal hat er versucht, sich umzubringen, zuletzt in seinem Zimmer in der Forensik. Er macht mit im »Behandlungsprogramm für Sexualstraftäter«, das vor allem Rückfälle vermeiden soll. Die Teilnehmer werden mit den Qualen der Opfer konfrontiert. Und sie müssen vor Mitpatienten und Therapeuten offen über ihre Verfehlungen reden – was den meisten schwerfällt.

K. ist ein Kandidat für Lockerungen. »Seine Aussichten sind gut«, sagt Chefarzt Nitschke. In seinem Fall habe das Behandlungskonzept der Klinik offenbar funktioniert. Ob und wann K. wieder freikommt, sei jedoch offen. »Ich kann nur empfehlen, nicht entscheiden.« Letztlich gehe es immer um eine Frage: »Wie viel Risiko wollen wir in Kauf nehmen? Diese Frage geben wir an die Richter weiter.«

Nitschke hat erfahren, welch heikle Gratwanderung das sein kann. Als er in einem Gutachten die weitere Unterbringung eines pädosexuellen Mannes befürwortete, lag er nach Ansicht eines Gerichts falsch. Die Richter folgten einem Gegengutachter, der die Gefahr von Wiederholungstaten als gering einstufte, und ließen den Mann frei. Dessen Anwalt verklagte den Arzt auf 120 000 Euro Schmerzensgeld, weil sein Mandant wegen Nitschkes Bewertung fast drei Jahre zu lange eingesperrt gewesen sei. Das Verfahren läuft noch.

Donnerstag, neun Uhr, Frühbesprechung. Meldung von Station 17/2: Patient H. ist wieder einmal durchgedreht, musste fixiert, also gefesselt, und mit Medikamenten ruhiggestellt werden. 17/2 ist die Aufnahmestation für Personen mit akuten seelischen Störungen, die gefährlich für sich

und die Allgemeinheit sind. Für Menschen, denen innere Stimmen Gewalttaten einflüstern oder die im Drogenrausch glauben, sie würden von Unbekannten verfolgt und müssten sich wehren, die Wahn und Realität nicht mehr unterscheiden können.

Patient H. war schon mehrmals hier, ein hektisch wirkender Mann mit schwarzer Haartolle und schwarzer Lederjacke, aufgekrazt, lustig. Viele mögen die Geschichten über seine angebliche V-Mann-Karriere und seine Musikerlaufbahn als »Captain Space Control«. Sie lachen über seine Späße. Wenn es bloß nicht immer diese Aussetzer gäbe, drinnen wie draußen.

H. sieht sich dann von Feinden umzingelt. Er greift Wildfremde an, auf der Straße, im Supermarkt, in der Straßenbahn. Wirft mit Flaschen, tritt um sich, schlägt zu, das wissen die Ärzte aus Gerichtsakten. Paranoide Schizophrenie, lautet die Diagnose, vorübergehend gut behandelbar, aber schwer dauerhaft zu heilen. H. führt seine Wutausbrüche darauf zurück, von der Mafia vergiftet worden zu sein, wegen seiner Erfolge als V-Mann. »Helfen Sie mir, hier wieder rauszukommen«, fleht er den Chefarzt an, der gerade die Station betritt. Der Mediziner nickt: »Aber nur, wenn Sie Ihre Medikamente nehmen.«

11.30 Uhr, Station 17/2. »Ich bin zu Unrecht hier«, sagt Oleg S., »ich bin ein politischer Gefangener.« Der 72-Jährige mit den buschigen Augenbrauen und dem weißen Vollbart, Typ emeritierter Professor, ist wegen einer »wahnhaften Störung« untergebracht. Die zeigt sich in abgrundtiefem Judentum, die Gedanken des ehemaligen Ingenieurs kreisen nur um dieses Thema. In der Psychiatrie verfasst er mit akkurater Handschrift endlose Abhandlungen über die jüdische Weltverschwörung. Besucher konfrontiert er sofort mit der Frage: »Sind Sie Deutscher oder Jude?«

Im Internet schwadronierte er jahrelang über »jüdische Teufel«, die Temperaturen von 100 000 Grad überleben könnten, rief zur »Jagd auf Juden« auf und verbreitete derart abstruse Theorien über den Holocaust, dass ihn selbst Betreiber rechts-extremer Portale als verrückt einstufen und seine Beiträge von ihren Websites entfernten. Weil er in den Verdacht geriet, Anschläge zu planen, stürmte ein Spezial-einsatzkommando (SEK) seine Wohnung. Und weil Oleg S. mit einer angespitzten Gardinenstange auf einen SEK-Mann losging, ohne schwere Folgen, wurde er 2017 wegen versuchten Mordes verurteilt. »Ich dachte, jetzt kommen die Juden und rächen sich«, verteidigte er sich vor Gericht. Terrorpläne oder Waffen wurden nicht gefunden.

In Ansbach wäre man Patient S. gern los. Er weigert sich, Medikamente zu nehmen, beschimpft Ärzte und Pfleger, reagiert cholerisch auf Anweisungen. Weil er auch andere Kranke ständig mit anti-

semitischen Thesen traktiert, reagieren die immer wieder mit Fäusten. Ärzte und Pfleger verhängten schließlich Zimmerarrest. Der 72-Jährige darf nur noch im Beisein von Mitarbeitern mit anderen Patienten sprechen. »Wir wollen ihm keine Bühne geben«, sagt Stationsarzt Georgi Georgiev.

Oleg S. gilt als Grenzfall. Rechtfertigt sein krankhafter Rassenwahn, ihn dauerhaft wegzusperren? Wie gefährlich ist er für die Allgemeinheit? Wie groß ist die Gefahr, dass er neue Gewalttaten begeht? Die Antwort von Mediziner Georgiev: »Die besteht nur, wenn erneut ein SEK-Kommando seine Wohnung stürmt und er sich wieder mit einer Gardinenstange wehrt.«

13 Uhr, Arbeitstherapie in den Werkräumen. Eine Gruppe faltet Kartons für Stützstrümpfe, die andere baut Spielzeugtraktoren zusammen. Die Stimmung ist gut, es wird viel gelacht. Damit es schneller geht, packen zwei Therapeuten mit an. Pro Stunde gibt es 1,40 Euro für jeden Patienten, die Teilnahme ist freiwillig.

Der nette Patient Mitte dreißig, der die fertigen Traktoren kontrolliert, ist sprachgewandt, hat musikalisches Talent. Er spielt Gitarre, lernte in der Musiktherapie noch Saxofon, übt, so oft er kann. Er erzählt von den Auftritten seiner Band, als er noch draußen war, doch das ist lange her. Rund anderthalb Jahrzehnte ist er jetzt schon eingesperrt, ein Ende ist nicht abzusehen. Im Alter von 20 Jahren lauerte er seiner ehemaligen Freundin auf, tötete sie mit 26 Messerstichen auf offener Straße. Scheinbar eine Beziehungstat mit den dafür üblichen Motiven: Eifersucht, verletzter Stolz, Hass.

Dass der Patient seine Jugendstrafe von neun Jahren und fünf Monaten nicht im Gefängnis verbüßen musste, sondern immer noch in der Psychiatrie sitzt, liegt an seiner Diagnose. Er leidet an einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung, einer Form von Eigenliebe, Selbstüberschätzung und Mangel an Einfühlungsvermögen, die – in mehr oder minder abgeschwächter Ausprägung – bei vielen Menschen vorkommt. Der Unterschied: Der nette Patient ist ein Mörder. Er gilt nach wie vor als gefährlich.

Er glaubt bis heute, dass sein Opfer den Tod verdient habe. Die Frau habe ihn betrogen, abfällig über ihn geredet und ihn im Internet beschimpft. »Er kann Kränkungen nicht ertragen«, sagt sein Therapeut, »kann nicht aushalten, wenn ihm vermeintliches Unrecht widerfährt.« Er halte sich in solchen Fällen zur Selbstjustiz berechtigt. Durch die Trennung habe er sich derart verletzt gefühlt, dass er so habe handeln müssen. Warum rückt er nach so langer Zeit nicht von seiner Überzeugung ab? »Er kann es noch nicht«, sagt Chefarzt Nitschke, »sein ganzes Selbstbild würde zusammenbrechen.«

Freitag, 15 Uhr, Krisengespräch. Patient B. ist ungehalten. »Was soll ich denn noch alles tun?«, empört er sich. »Ich hab eine Ausbildung gemacht, ich geh jeden Tag zur Arbeit, ich trink seit Jahren keinen Alkohol, ich verpass kein Gespräch.« »Weiß ich alles«, entgegnet Therapeutin Laura Neubert, »es geht nur um eine vorübergehende Maßnahme.« Doch B. lässt sich nicht besänftigen. »Es geht darum, dass Sie mir misstrauen.«

Der 38-Jährige, früher im geschlossenen Vollzug, lebt in einer Wohngemeinschaft auf dem Klinikgelände, hat einen Job in der Stadt und muss erst zum Schlafen wieder zurück sein. An jedem zweiten Wochenende darf er bei seiner Familie bleiben. Doch der Übernachtungsurlaub wurde ihm jetzt gestrichen, vorläufig. Seine Tochter, die bei ihm zu Hause lebt, hat ein Baby bekommen, nachts gibt es Säuglingsgeschrei. Und das hat die Therapeuten alarmiert.

B. wurde vor mehr als einem Jahrzehnt wegen Misshandlung Schutzbefohlener verurteilt. Er hatte unter Drogen seinen



Chefarzt Nitschke

»Wie viel Risiko wollen wir in Kauf nehmen?«

zehn Monate alten Sohn, der ständig brüllte, geschüttelt und geschlagen, sodass der Junge schwerste Verletzungen davontrug. Könnte sich so etwas unter ähnlichen Voraussetzungen wiederholen, nach Hunderten Therapiestunden, nach so langer Zeit?

Die Forensiker wollen kein Risiko eingehen. »Für mich ist das eine Bestrafung«, schimpft Patient B. »Für mich ist das Risikominimierung«, entgegnet Psychologin Neubert, »es geht immer darum, was passieren könnte.« Und fügt hinzu: »Vergessen Sie nicht, Kleinkinder sind Ihr Delikt.«

16.30 Uhr. Auf Station 17/1 duftet es nach frisch Gebackenem. Patient G. hat eine Torte für alle Bewohner gemacht, nicht zum ersten Mal. Der große, stille Mann, der sich meist mit leicht gesenktem Kopf über die Flure bewegt, ist beliebt. Er backt und kocht gern für andere, hilft bei der Essenausgabe, arbeitet in der Werkstatt, lässt kei-

ne Therapiestunde aus. Seine Geschichte ist düster, seine Fantasien sind es auch.

»Die Vorstellung, Menschen zu essen, beschäftigte mich schon als Kind«, erzählt er. Später sei zu diesen Fantasien noch Hass auf Frauen dazugekommen. In einem sogenannten Kannibalenforum im Darknet suchte er nach Männern, die ihm helfen sollten, eine verhasste Kollegin zu töten. Die Leiche des Opfers wollte er anschließend aufessen. Schon nach zwei Stunden meldete sich ein Interessent.

Kripobeamte, die das Netz durchforsteten, kamen ihm auf die Spur, fanden in seiner Wohnung mehrere Sägen sowie Handschellen. Ob er imstande gewesen wäre, den gruseligen Plan umzusetzen, ist nicht klar. »Die Idee war nur in meinem Kopf«, sagt er. Verurteilt wurde G. wegen öffentlicher Aufforderung zu einer Straftat. Ein zerrissener, unglücklicher Mensch von 45 Jahren, hochintelligent, aber gefangen in aggressiven Zwangsvorstellungen, die sich oft auch gegen ihn selbst richten. Er ist sein gefährlichster Feind.

Schon als Junge habe er sich wegen seiner Fantasien oft bestraft, sagt er, habe seinen Kopf immer wieder gegen die Wand geschlagen, sich absichtlich verletzt. Später folgten mehrere Suizidversuche. 2004 zerstückte er sich mit einem spitzen Gegenstand sein linkes Auge, trägt seitdem ein Glasauge. Beruflich war er in der IT-Branche erfolgreich, er hatte einen gut bezahlten Job, saß Tage und Nächte vor dem PC. Seine freie Zeit in der Forensik nutzt er jetzt für einen Fernkurs, er will einen Abschluss packen. Alle auf der Station sind sicher, dass er es schafft. Ob es ihm auch gelingt, sich von den destruktiven Bildern in seinem Kopf zu befreien, weiß keiner.

17.30 Uhr. Reinhard J., der Mann, der seit rund drei Jahrzehnten in der Forensik sitzt, hat gerade mit seiner Anwältin telefoniert. Am Montag war er noch niedergeschlagen, nach dem Gespräch ist er wieder zuversichtlich, wedelt mit Schriftstücken. Das Oberlandesgericht wird demnächst entscheiden, ob es seiner Klage auf sofortige Entlassung stattgibt. Ein neuer Gutachter ist zu völlig anderen Resultaten gekommen als drei Experten vor ihm.

Demnach war die Unterbringung von Reinhard J. von Beginn an ungerechtfertigt, eine »Fehleinweisung«. Bei dem damals 19-Jährigen habe es sich zwar um eine »dissoziale Persönlichkeit« gehandelt, einen gefährlichen Kriminellen ohne Schuldbewusstsein und Skrupel, aber nicht um einen psychisch Kranken. Der Mann habe ins Jugendgefängnis gehört und nicht in den Maßregelvollzug.

Weil er seine siebenjährige Jugendstrafe längst verbüßt habe, sei Reinhard J. 22 Jahre zu lang eingesperrt gewesen.



Teilnehmer einer FDJ-Demo in Jena: »Das Hirn zersiebt«

Vorwärts in alte Zeiten

Revolutionäre Erich Honeckers Jugendtruppe ist wieder aufstanden. Die Reaktionen der Volksmassen im Osten sind aber anders als erhofft.

Als Revolutionärin hat man es auch nicht leicht. Die Sonne brennt erbarmungslos auf den Holzmarkt in Jena. Eine blonde Frau steht mit Sonnenbrille und Blauhemd auf dem Dach eines stinkenden, armeegrünen Ostlastwagens. Von dort aus will sie das staunende Volk mit lauter Stimme zum Umsturz bewegen. Das Land, ruft sie, bestehe aus Armut und Barbarei. »Ihr habt keine Zukunft!«

Es dauert Sekunden, bis der erste Einheimische die Contenance verliert: »Halt's Maul!« Eine ältere Dame bläst unaufhörlich in ihre Trillerpfeife und hält ein Schild in die Luft: »Erst HJ, dann FDJ. Nie wieder«. Gegenüber ragen konterrevolutionäre Plakate in den blauen Himmel: »Malorca-Urlaub statt Stasiknast«. Und kein Volkspolizist weit und breit, der die unwilligen Massen mit dem Knüppel umstimmen könnte.

30 Jahre nach der Wende marschiert die Freie Deutsche Jugend wieder im Osten, auch wenn das fähnenschwingende Publikum weitgehend fehlt. Einst zählte

die FDJ, die einzige staatlich anerkannte und geförderte Jugendorganisation der DDR, mehr als zwei Millionen Mitglieder. Heute sind es nur noch ein paar Dutzend Akteure – und die stammen wohl überwiegend aus dem Westen, wo die FDJ verboten ist.

Genaue Zahlen über Mitglieder und deren Herkunft werden nicht offenbart. Ans Telefon geht bei den Blauhemden selten jemand. Als Adresse geben die linken Aktivisten auf ihrer Homepage das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin-Mitte an, in dem schon Ernst Thälmann ein Büro hatte und heute der Parteivorstand der Linkspartei residiert. Doch die will mit der FDJ ganz offiziell nichts mehr zu tun haben.

Im März suchte die einstige Kampfreserve der SED bereits die alte Automobilstadt Zwickau in Sachsen heim, wo einst das Plasteauto Trabant in Serie vom Band rollte. VW habe das Werk nach der Wende »geraubt«, man müsse »dieses Monopol rausschmeißen«.

Die Blauhemden stürmten mithilfe einer Leiter den neogotischen Rathausbalkon und hissten vor dem Amtsgebäude die blaue Flagge mit der aufgehenden Sonne, was prompt die Staatsanwaltschaft wegen Verdacht auf Hausfriedensbruch auf den Plan rief.

Die Revolution sollte auch nach Rostock, Halle und Eisenhüttenstadt getragen werden, doch dann kam Corona dazwischen. Die AfD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern hatte bereits die Landesregierung mit ihrer Sorge vor dem drohenden Umsturz beschäftigt. Die Regierung reagierte cool und erklärte, die FDJ verfolge weiterhin die ideologischen Ziele aus

DDR-Zeiten. Man rechne daher nicht »mit einer größeren Resonanz«.

Die FDJ, aus der einst Staatsmänner wie Erich Honecker und Egon Krenz hervorgingen, hat 2020 zu ihrem Kampagnenjahr im Osten erklärt. Motto: »30 Jahre sind genug!« Das Volksvermögen sei nach 1989 verscherbelt worden, die Menschen seien zu »Teilchenschraubern des Westens« degradiert worden. Gegen diese Form der Annexion helfe nur »Revolution & Sozialismus«.

So treten die nichts ahnenden Menschen in Jena aus dem C&A in der Löbderstraße und müssen sich fühlen, als hätte man sie als Statisten in den Film »Good Bye, Lenin!« befördert, in dem die DDR wiederaufersteht. Sie starren mit offenem Mund auf den Aufzug, der sich ihnen darbietet: rote Fahnen und blaue Hemden, Schalmeien und Trommeln, ein lauter Aufruf zum Kampf für den Sozialismus.

Ausgerechnet Jena. Die Stadt boomt, gewinnt immer mehr neue Einwohner. Das Kombinat Carl Zeiss Jena wurde mitnichten von der Treuhand verschleudert, sondern beschäftigt noch heute als Carl Zeiss GmbH und Jenoptik AG zahlreiche Menschen. Und Jena war eine Hochburg der DDR-Opposition.

Heute stehen CDU, SPD und Grüne in Jena zusammen gegen die FDJ. Die Blauhemden sind offenbar aus dem Westen angereist. Der alte DDR-Lkw, Typ W50, trägt ein Kennzeichen aus dem Landkreis Diepholz in Niedersachsen. Manche Revolutionäre sprechen bayerischen Dialekt, einige Musiker tragen Westen der Münchner Agitprop-Truppe Roter Wecker.

Nicht mal die Linke wird allerdings beim Anblick der blauen Hemden und Blusen sentimental. Die Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuss trägt ein schwarzes T-Shirt mit der Aufschrift »Just hate it«. Mit einer Handvoll Gleichgesinnter der Jungen Gemeinde Stadtmittelpark blockiert sie durch ein Picknick die Wegstrecke des FDJ-Zuges. Die jungen Leute haben für den Gegner sogar gedichtet: »Danke, liebe fdj/wie schön, dass es euch gibt./Beim Kommunismus Bullshit-Bingo/hats euch das Hirn zersiebt.« Der FDJ-Tross muss einen Umweg nehmen.

Später kommt auch noch die Antifa in die Quere. Und aus der Ferne sagt Thüringens linker Ministerpräsident Bodo Ramelow, diese Revolutionäre ignoriere er nicht einmal: »Noch eine Sekte mehr am Start.«

Schlechte Zeiten für Umstürzler. Auf ihrem Lkw zitieren die FDJler einen Satz, der von Che Guevara stammen soll: »Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.« Am 3. Oktober, zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit, will die Truppe durch Berlin ziehen. Die Revolution ist also erst einmal vertagt. Steffen Winter

Reporter

Familienalbum

Pazifist, 1945

Susan du Mesnil, 77:

Dies ist mein Mann Georg, als er etwa viereinhalb Jahre alt war. Sein Vater war als Arzt zu Hause und nicht an der Front. Mutter, Vater und vier Geschwister wohnten in Marburg, in einem Haus mit Garten. Die Familie erlebte eher wenige Bombenangriffe, keine Flucht oder Vertreibung, eine fast heile Welt, der Kirschbaum mit dem Schaukelast blühte wunderschön. Nachdem eine Familie, die ausgebombt war, aufgenommen wurde, wurde es noch schöner, weil es viele Kinder zum Spielen gab. Als es doch einmal Bombenalarm gab, stülpte sein Vater eine Zinkwanne über ihn. Georg fühlte sich sicher und geborgen. Später haben Besatzungssoldaten den Schaukelast, voll behangen mit reifen Früchten, abgesägt und weggeschleppt. Das fanden die hungrigen Kinder doch zum Heulen. Was hat dieser kleine Spielsoldat erlebt, was ihn als



► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

Erwachsenen zum Pazifisten werden ließ? Am Ende des Krieges, 1945, als die Amerikaner in seine Stadt einmarschierten, gab es deutsche Kindersoldaten, die sich im Häuserkampf verschanzten und aus dem Keller auf die Amerikaner feuerten, statt sich zu ergeben. Sie wurden auf offener Straße erschossen. Das hat der Junge miterlebt. Ich habe später gesehen, wie mein Mann als Student einmal angegriffen wurde. Er streckte seine Arme über den Kopf und wich weder aus, noch schlug er zurück. Er ließ sich verkloppen. Passiver Widerstand. Als Vater verbot er jegliches Kriegsspielzeug: Pistolen, Plastikpanzer, Brettspiele, bei denen man seine Gegner mit Bomben besiegt. Unser Sohn erzählte mir, dass er sein »Schiffe versenken«-Spiel im Wald versteckte. In diesem Jahr wird mein Mann 80 Jahre alt. Das Bild von ihm als scheuem, aber stolzem Spielsoldaten habe ich ganz unten in der Fotokiste gefunden.

Aufgezeichnet von Barbara Hardinghaus

REPRO: ULI DECK / ARTIS

Unfälle

Ist mein Zuhause eine Todesfalle, Frau Woelk?

SPIEGEL: Die Menschen verbringen in diesem Jahr mehr Zeit zu Hause als sonst. Ist das gefährlich?

Woelk: In mancher Hinsicht schon. Hier in Deutschland sterben mehr als dreimal so viele Menschen bei Haushaltsunfällen wie bei Verkehrsunfällen. Als ich hörte, dass Steckdosen während der Corona-Zeit zu Verkaufsschlagern im Baumarkt wurden, dachte ich: bitte nicht!

SPIEGEL: Trauen Sie den deutschen Heimwerkern nicht?

Woelk: Sagen wir so: Viele Menschen trauen sich mehr zu, als sie können. Sie denken, sie kriegen das so gut hin wie der Vater oder der Opa – aber die hatten viel mehr Erfahrung.

SPIEGEL: Gelten die alten Rollenmuster noch – die Frau fällt beim Fensterputzen von der Leiter, der Mann bohrt die Stromleitung an?

Woelk: Das ist das Klischee, mit Zahlen belegen lässt es sich nicht. Was man weiß: Bei Kindern und Jugendlichen zwischen 1 und 17 Jahren gibt es noch den klassischen Unterschied. Jungs werden nach wie vor häufiger wegen Unfällen behandelt als Mädchen. Einen Jungen setzt man auch mal auf einen Ast oder ein Geländer und sagt: Komm, spring!

SPIEGEL: Was ist besser, die Kinder behüten oder toben lassen?

Woelk: Kinder haben ein Recht auf blaue Flecken! Es ist wichtig, dass sie im geschützten Rahmen Dinge ausprobieren. Wenn sie zum Beispiel auf einer Mauer balancieren und herunterfallen, dann gibt's ein aufgeschürftes Knie.

Und nächstes Mal sagt sich das Kind: Oh, diese Mauer ist ein bisschen zu hoch für mich. Wer das verhindert, nimmt dem Kind die Möglichkeit, Erfahrungen zu machen. Es ist nicht gut, ihm alles aus dem Weg zu räumen.

SPIEGEL: Alten Menschen sollte man Dinge aus dem Weg räumen, oder?

Woelk: Richtig ist: Rund 90 Prozent der 11 000 häuslichen Unfallopfer pro Jahr sind über 65 Jahre alt, und die allermeisten sterben bei Stürzen. Entscheidend ist aber, dass die Menschen selbst ihren Körper trainieren, dass sie präventiv etwas gegen das Stürzen tun. Und zwar nicht erst mit 70, sondern dann, wenn man feststellt: Oh, die Balance lässt nach. Ich setze mich zum Sockenanziehen lieber hin. BSU

Susanne Woelk, 54, ist Geschäftsführerin der Aktion Das sichere Haus e. V.



PÄTER GUBECLA / DDP

Ein Leben als Held

Warum ein Brite seine Tapferkeitsmedaille an den Meistbietenden verkauft hat

Ronnie Russell sagt, seine größte Angst sei immer gewesen, dass die Hinterbliebenen irgendwann sein Begräbnis würden bezahlen müssen. Was wäre sein Leben wert gewesen, wenn er am Ende anderen zur Last fallen würde?

Die Geschichte von Ronnie Russell, dem Helden, beginnt im Jahr 1974. Russell hatte einen großen Teil seines bisherigen Lebens als Boxer verbracht, er hatte im Londoner East End trainiert, im Klub der legendären Kray-Brüder, zweier Gangster, die in den Sechzigerjahren das organisierte Verbrechen Londons kontrollierten. Russell sagt, er selbst sei nicht kriminell gewesen, er habe nur gern geboxt, doch davon seine Frau und zwei Kinder nicht ernähren können. Russell gab den Sport auf. 1974, mit 28 Jahren, hatte er das East End bereits verlassen, ein Haus in Kent gekauft und einen Job als Gebäudemanager für eine Reinigungsfirma angetreten.

An einem Abend im März, sagt Russell, sei er auf dem Weg nach Hause gewesen, als ihm in Central London ein Rolls-Royce entgegengekam. Ein kleines, blaues Lämpchen leuchtete auf dem Dach des Wagens. Seit Russell denken kann, ist er ein Fan der Royals gewesen. Er habe immer geglaubt, die Mitglieder der Königsfamilie seien Auserwählte, deren Leben wertvoller sei als das gewöhnlicher Menschen. Russell wusste: Blaues Licht bedeutet, dass ein Mitglied der königlichen Familie im Wagen sitzt.

Er schildert den Vorfall am Telefon Jahrzehnte später so: Der Rolls-Royce stoppte. Schräg vor ihm stand ein Ford, dessen Fahrer war ausgestiegen und schrie.

Russell fragte sich: Hat das königliche Auto den Ford geschnitten, und nun regt sich der Fahrer auf? Die Royals brüllt man nicht an, dachte Russell und stieg aus seinem Auto. Er wollte den Fahrer beruhigen, ihm erklären, dass die Queen und ihre Familie immer Vorfahrt haben.

Da fielen Schüsse. Russell sah den Fahrer des Fords, wie er auf einen herbeieilenden Polizisten und dann auf die vorderen Insassen des Rolls-Royce schoss. Hinten im Fond entdeckte er Prinzessin Anne – die Tochter Queen Elizabeths II. – und ihren Mann. Der Täter richtete die Waffe auf die Prinzessin. Entführung, dachte Ronnie und wunderte sich, wie ruhig Anne blieb. Er hörte sie zum Entführer sagen: »Gehen Sie weg. Seien Sie kein törichter Mann.«

Er dachte: Das Leben der Prinzessin ist mehr wert als meines. Er lief los. Zeugen berichteten später, wie Russell, 1,88 Meter groß und 108 Kilogramm schwer, dem Angreifer

im Vorbeilaufen einen Haken versetzte. Wie der Täter auf Russell schoss, doch die Kugeln nicht ihn trafen, sondern in der Windschutzscheibe eines Taxis landeten.

Russell lief, so ermittelte es später die Polizei, um den Rolls-Royce herum, öffnete die Hintertür, griff die Prinzessin an den Unterarmen und sagte: »Anne, kommen Sie mit mir, ich bringe Sie in Sicherheit. Wenn der Typ zu Ihnen will, muss er erst an mir vorbei.«

Als er die Prinzessin gerade herausheben wollte, tauchte der Entführer hinter ihm auf. Russell drehte sich herum, und bevor sein Gegner schießen konnte, schlug er ihn so hart er konnte auf die Kinnlade. Der Mann fiel um. Ein lupenreiner K. o.

Zwei Wochen später, erzählt Russell, habe er unangekündigt Besuch bekommen, von zwei Polizisten aus dem königlichen Personenschutzprogramm. Die Männer teilten ihm mit, dass er die George Medal erhalte, die zweithöchste zivile Auszeichnung des Vereinigten Königreichs. Als die Queen bei der Zeremonie die 3,6 Zentimeter große, silberne Tapferkeitsmedaille um Ronnies wuchtigen Hals legte, habe sie sich hochgereckt und geflüstert: »Die Medaille ist von der Queen, aber danken möchte ich Ihnen als Annes Mutter.«

Wie geht ein Leben als Held weiter? Russell verlor sein Haus.

»Schön« hätten die Polizisten es genannt, als sie es sahen, und sie hätten gefragt: »Ist da eine Hypothek drauf?« Und dann hätten sie gesagt, dass er sich keine Sorgen machen müsse, sie hätten gehört, dass das Königshaus den Kredit übernehme, als kleine Anerkennung. Russell sagt, er habe ihnen geglaubt und aufgehört, die Hypothek abzubezahlen. Vier Monate später habe ihm die Bank das Haus weggenommen. Die Geschichte klingt verrückt, doch Russell beteuert, so sei es gewesen.

Er wurde Dachdecker, später Bodyguard und Chauffeur. Er wollte nach Florida ziehen, alles war schon geplant, aber dann bekam er die Arbeitserlaubnis nicht. Wenn eine Berufsgruppe in Florida nicht gebraucht würde, dann die der Bodyguards und Fahrer, hätten die amerikanischen Behörden gesagt.

Russell blieb und wurde Manager einer Motocross-Rennstrecke.

Als er 2008 Krebs bekam, verließ

ihn seine Frau. Sie hatte einen Helden, und vielleicht wollte sie keinen Pflegefall. Russell geriet in finanzielle Not, er überlegte zum ersten Mal, seine Medaille zu verkaufen. Was hatte sie ihm schon gebracht? Er behielt sie, auch weil er sich geschworen hatte, sie niemals herzugeben. Jahre später erkrankte Russell erneut, an einer seltenen Autoimmunerkrankung, die seine Gelenke kaputt machte – und er gab seine Medaille auf.

Das Silber des Ordens ist angeblich nur etwa elf Euro wert, doch er ist ein Sammlerstück. Am 4. März 2020 ersteigerte ein anonym Bieter über ein Auktionshaus Ronnie Russells Medaille für 50 000 Pfund, etwa 56 000 Euro.

Eigentlich wollte Russell das Geld für sein Begräbnis zur Seite legen. Doch gerade geht es ihm ein bisschen besser, und er muss zunächst eine Reise abbezahlen. Kurz vor der Versteigerung war er in Las Vegas. Er hat dort schnell noch mal geheiratet. Philipp Oehmke



Russell mit der George Medal

Man who saved Princess Anne's life says Queen did not pay his mortgage

Von der Website Metro.co.uk

VICTORIA JONES / EMPICS / PICTURE ALLIANCE / DPA

Geschafft in Haßloch

Normalität Vor fünf Jahren suchten beinahe eine Million Menschen Asyl in Deutschland, die Kanzlerin sagte: Wir schaffen das. Eine Erkundigung im pfälzischen Haßloch, dem demografischen Abbild der Bundesrepublik. *Von Barbara Hardinghaus und Alexander Smoltczyk*

Haßloch ist mit seinen gut 20 000 Einwohnern das größte Dorf der Pfalz und besonders bekannt dafür, dass es nichts Besonderes ist. In Haßloch, so wurde es mal festgestellt, leben in etwa so viele Alte und Junge, so viele Frauen und Männer, so viele Reiche und Arme wie im Schnitt in Deutschland. Haßloch ist in seiner Bevölkerungsstruktur so normal, dass der Ort in den Achtzigerjahren von der Gesellschaft für Konsumforschung ausgewählt wurde, um dort Produkte zu testen, denn was in Haßloch den Menschen gefällt, gefällt auch den restlichen Deutschen. Haßloch ist Deutschland in Klein.

Diese Geschichte soll einen Satz testen, in der Praxis, in Durchschnittsdeutschland. Am 31. August 2015 sprach Angela Merkel in der Bundespressekonferenz über die Herausforderung der Flüchtlingswanderungen. Damals kamen Hunderttausende über das Mittelmeer und die Balkanroute nach Europa, viele nach Deutschland. Die Migration war der Beginn von politischen Zerwürfnissen; zwischen den Ländern der EU, zwischen Parteien, zwischen Menschen. Merkel sagte in dieser Pressekonferenz an diesem Montag: »Deutschland ist ein starkes Land. Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!« Der Satz ist zum Emblem ihrer Amtszeit geworden.

Das war vor fünf Jahren. Inzwischen weiß man, dass im Jahr 2015 ziemlich genau 890 000 Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind. Ob wir es geschafft haben und was dieses »es« eigentlich meint, das weiß man nicht so genau, ebenso wenig wer »wir« sind. Alles eine Frage der Perspektive. In Haßloch, Deutschlands Durchschnitt, führt die Frage, wer wann was geschafft hat, jedenfalls zu Verwaltungsfachangestellten und zu Papageienexperten, zu sehr deutschen Familien mit sehr bunten Pässen. Doch wie jede Durchschnittsgeschichte soll auch diese im Amtszimmer des Bürgermeisters beginnen.

Meyer steht auf der Liste der häufigsten deutschen Familiennamen auf Platz sechs. Tobias Meyer, der Erste Beigeordnete von Haßloch, sieht seinem Amtsvorgänger von der SPD so ähnlich, dass sie oft verwechselt werden. Meyer ist ein heiterer Mensch mit lebhaftem Brauenspiel und konfektionell leicht über Normgröße. Er sitzt in seinem

Amtszimmer und sagt, an seinem 18. Geburtstag sei er aus Bewunderung für Helmut Kohl in die CDU eingetreten. Politisch verortet er sich eher »in der Mitte«. »Erstaunlich finde ich«, sagt Meyer, »dass selbst der Mauerfall an unserem Status als Normdorf nichts geändert hat.« Das klingt so: Die Normalität ist in Deutschland gesichert, egal was passiert, egal wer noch dazukommt.

500 bis 600 Geflüchtete sind seit 2015 in Haßloch gewesen, genau weiß man es nicht, weil viele schnell weitergereist sind oder wieder zurückgingen. Derzeit zählt Haßloch 152 Geflüchtete, davon 72 Asylbewerber im Anerkennungsverfahren. Damals, nach jenem Sommer, waren es 211, was etwa 1,1 Prozent der Haßlocher Bevölkerung entspricht.

Und die 890 000, die insgesamt nach Deutschland kamen, das wären bei 82 Millionen Einwohnern ... »Sehen Sie?«, sagt Tobias Meyer.

1,1 Prozent.

Man kann mit Meyer lange über die Geflüchteten sprechen, darüber, dass er glaubt, manche von ihnen erwarteten eine goldene Zukunft, ohne viel dafür tun zu wollen. Oder darüber, dass sich aus seiner Sicht im Stadtbild nicht viel verändert habe. Oder man kann im Rathaus im



Haßlocher Dorfstraße

Ablehnung geweckt, die immer da war

»Raum Nr. 5. Fachbereichsleitung Bürgerdienste« weitersuchen, dort, wo Frau Behret die Akten verwaltet.

Vorher noch eine Frage: Hat Haßloch es geschafft? »Hmmm«, sagt Meyer.

Das Amt

Es ist ein Raum gewordenes Regelwerk, möbliert mit Aktenschränken in hellem Buche-Imitat, darauf gepinnt Urlaubsbilder, als Lebenszeichen, oder humorige Zeichnungen aus der »Rheinpfalz« zum Thema Büro. Reihen von »Dienstbesprechungen«, »Schriftverkehr«, heroisch ihren Dienst versehende Topfflora – es ist die wunderbare Welt des gehobenen nichttechnischen Dienstes der öffentlichen Verwaltung, die Welt der Christine Behret.

»I love my job« steht auf ihrem Schlüsselanhänger. Sie ist die einzige Frau in einer Führungsposition im Rathaus von Haßloch. Den Schlüsselanhänger trage sie seit dem ersten Arbeitstag. »Ich habe für diesen Job gekämpft«, sagt Behret. Sie bezeichnet sich selbst als »ein bisschen tough«.

Sie sagt: »Wir vom Ordnungsamt sehen manche Probleme etwas anders. Wenn bei Ihnen im Büro ein Sikh auf dem Boden sitzt und erklärt, er gehe nicht eher weg, bis er in der Gemeinschaftsunterkunft kochen darf« – was die Brandschutzvorschriften nicht zulassen –, »dann hilft keine nette Ansage. Dann muss man seine Englischkenntnisse herauskramen und ihn freundlich rauschmeißen. Aber immer wissen: Ich habe es hier mit einem Menschen zu tun.«

Sie sagt das in ihrem singenden Mannheimer Tonfall und betont Büro auf der ersten Silbe: *Bürrö*.

In ihren Erzählungen klingt »Wir schaffen das« vor allem nach viel Arbeit, nach wegschaffen. Sie hätten, sagt Behret, damals sieben Tage die Woche gearbeitet. Keine Verwaltung sei damals auf den Ansturm eingerichtet gewesen. Man brauchte Betten, Essen, Ärzte trotz Hausärztemangels. Erste Frage: zentrale oder dezentrale Unterbringung? Haßloch entschied sich für einen Mittelweg: Eine Sammelunterkunft, aber die meisten Geflüchteten wurden auf 51 angemietete Wohnungen verteilt, gemischt nach komplizierten Parametern, für deren Anwendung Christine Behret eine Fortbildung in »Interkultureller Kompe-



Geflüchtete Idowu: »Ich sitze in einem kleinen Boot«

tenz« belegte. »Das fängt damit an«, habe sie dort gelernt, »dass zu Hause die Frauen nichts zu sagen haben, und hier sagt ihm eine Frau etwas«. Ein Satz, der in der Debatte um Migration seit vielen Jahrzehnten fällt. Ein sehr deutscher Satz.

Behret kann in wenigen Worten ein Wimmelbild zeichnen, in dem man die Haßlöcher Asylbewerber aus der Sicht der Verwaltung glasklar erkennt. Sie hätten, sagt Behret, »die gesamte Bandbreite« im Dorf. Einen syrischen Mathematikprofessor und andere, die ihren Namen nicht schreiben könnten. »Die typischen Fälle holen sich einmal im Monat ihren Scheck ab. Manchen reicht das. Andere gehen irgendwann zu McDonald's oder werden Ausfahrer bei Amazon.«

Es gab den Alkoholiker aus Nigeria, der jeden Tag klauen gegangen sei. »Ohne Vorwarnung war der zu uns geschickt worden. Ohne Akte«, sagt Behret, und: »Wie kann so etwas sein?« Da ist dann Tobias Meyer persönlich nach Kusel gefahren, zur Erstaufnahmestelle. Die hätten den jungen Mann dann wieder abgeholt.

Sie erzählt von dem Verstorbenen, der nicht begraben werden konnte, weil es keine Geburtsurkunde gab: »Und wer nicht geboren ist, kann auch nicht sterben.« Sie liebt diese Fälle, das spürt man. In diesem Raum, in dem die Menschen verwaltet werden, scheint alles perfekt sortiert.

Ihr Problem sei aber, sagt Behret: »Wir kriegen die Leute schneller, als die Akten wandern. Ich weiß nicht: Hat der Hepatitis, hat der Tuberkulose, hat der die Krätz'? Wir haben nichts außer dem Namen, Nationalität und Geburtsdatum.«

Im Vogelpark

Im Wohnzimmer von Wilhelm Weidenbach steht auf seinem Deckchen ein Papageienkäfig. Die Schale des Käfigs ist mit Zeitung ausgelegt, darüber der Gitterhimmel in Messingfarbe. Die Tür steht meist offen. Dem Vorgänger seines jetzigen Papageis habe er beigebracht zu singen, sagt Weidenbach. »In München steht ein Hofbräuhaus.« Zum Beispiel.

Weidenbach sitzt seit einem Unfall im Rollstuhl. Er ist jetzt 64 Jahre alt, Rentner und 1. Vorsitzender im Verein für Schutz und Pflege einheimischer und fremdländischer Vögel Haßloch e. V. Jeden Morgen um neun fährt Weidenbach in den Vogelpark, eine der Sehenswürdigkeiten der Gemeinde.

Im vergangenen Jahr fegte ein großer Sturm über Haßloch, und im Park sah es ziemlich wild aus. Mit dem Arbeitskreis Asyl organisierte Weidenbach einen Helfertag, und kurz darauf meldete sich die Gemeinde und fragte, ob die Asylbewerber von nun an öfter kommen könnten. Die ersten kamen vor zwei Wochen. Sie

arbeiten nun drei Tage die Woche für vier Stunden im Park und stehen an diesem Freitagmorgen mit Harken und Schaufeln am Entengehege: Ranj Suleiman, Kurde aus dem Irak, Mohammad Ali Mozaffri aus Afghanistan, Aria Rahimzade aus Iran. 3 von derzeit 72 Asylbewerbern im Anerkennungsverfahren in Haßloch.

Suleiman war Informatiker. Mozaffri wollte in die Altenpflege und Rahimzade Friseur werden. Das sind gefragte Berufe. Doch weil das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (Bamf) noch nicht über ihre Aufenthaltstitel entschieden hat, ist es schwer für sie, echte Arbeit zu finden. Also harken Informatiker, künftiger Altenpfleger und Friseur für 80 Cent in der Stunde Futterreste aus den Gehegen.

Weidenbach findet, dass sie das gut machen. Iran? Irak? Mensch ist Mensch, sagt Weidenbach. Wichtig ist, dass sie die Regeln einhalten, dass sie pünktlich sind. Und besonders wichtig, dass sie die Sprache lernen und auch untereinander Deutsch sprechen. Oft verstehen sie das Pfälzisch von Wilhelm Weidenbach nicht. Im Deutschkurs wird Hochdeutsch gelernt.

Mozaffri erzählt, wie er vor drei Jahren aus Afghanistan nach Deutschland gekommen ist: »Laufen, Fahrrad, Boot.«

»Ja, ja«, sagt Weidenbach. »Not macht erfinderisch, gel?« Hätten die Männer ihn verstanden, würden sie jetzt wohl auch lachen, aber sie lachen nicht.

Also wiederholt Weidenbach noch mal, nur lauter und langsamer: »Not macht erfinderisch!«

Jetzt kichern die drei. Verstanden haben sie ihren Chef noch immer nicht. Dann gehen sie Richtung Emu-Gehege, schieben ihre Schubkarren an den Papageien vorbei. Suleiman zieht eine Grimasse in ihre Richtung und sagt: »Die spre-



Asylbewerber Suleiman
Leben in einer Zwischenwelt

chen besser Deutsch als uns.« Für einen Moment wirkt alles leicht.

Am Dorfende hat die Gemeinde ein Flachdachhaus aufgekauft. Plastikstühle stehen auf dem Rasen, innen gibt es kaum Licht, nur ein Lukenfenster. Ein Stück Teppich hängt über dem Zaun. Alles ist still.

Hier hört der Spaß vom Vogelpark auf. Suleiman, Mozaffri und Rahimzade, die drei Asylbewerber, wohnen hier. Auf Schildern an jeder Tür steht, was in dieser Gemeinschaftsunterkunft verboten ist, Piktogramme, durchgestrichen: Wanduhr, Kaffeemaschine, Bügeleisen, Föhn, Waschmaschine, Staubsauger, Kamera, Telefon, Monitor.

Rund 30 junge geflüchtete Männer leben in dem Haus. In Zimmer drei steht in einer Ecke das Metallbett von Mozaffri aus Afghanistan. An die Wand hat er Blätter aus Papier geklebt mit den Wörtern, die er gerade lernt: »Regierung«, »Religion«, »zulässig«, »unterschätzen«, »einschätzen«, »gefährden«, »behindern«.

Ein Bett weiter, getrennt durch einen Metallschrank, liegt ein anderer junger Mann aus dem Irak. Er sagt, er höre nachts die schweren Türen ins Schloss fallen und bekomme Angst. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Er sagt, er halte das nicht mehr lange aus in der Unterkunft. Es gehört wohl zum Konzept, dass sie sich nicht wohlfühlen.

In ganz Deutschland waren Ende Juni noch 43 617 Asylverfahren anhängig. Das Bamf arbeitet seine Akten ab, spezialisierte Rechtsanwältinnen erheben Klage, Papiere werden willentlich versteckt, müssen aus Eritrea oder Marokko angefordert werden.

Die Wartenden leben wie die drei aus dem Vogelpark in einer Zwischenwelt. Sie haben es geschafft, sie sind in Deutschland angekommen. Zeitgleich sind sie nicht angekommen. Und haben es nicht geschafft.

Zahlen

In einer Umfrage des Bundesamts gaben 44 Prozent der befragten Geflüchteten an, gute oder sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache zu haben.

Drei Viertel fühlten sich danach in Deutschland willkommen. Doch »Wir schaffen das« meint vor allem die andere Seite. »Wir« sind in Merkels Satz die Deutschen.

Andreas Rohr ist ein Mann der Zahlen. Sein Dienstzimmer ist unbegrünt und schmucklos bis auf einige geklebte, getuschelte, laubgesägte Dankeszeugnisse. Rohr war vorher Kämmerer, Verwaltungsfachangestellter mit einem Betriebswirt als Zusatz. Ein Familienmensch, von kräftiger No-bullshit-Statur, das Grau seines Hemdes passend zur Raufaserwand. 2015



Ehepaar Ahmed im eigenen Garten: Zu 72,73 Prozent deutsch

war er in Haßloch zuständig für die Geflüchteten. Heute kümmert er sich im Rathaus um Kitas, Mieten und Kulturelles. Er kann »Wir schaffen das« gut runterbrechen auf das, was es für die Haßlocher bedeutet.

Verwaltungstechnisch hat Haßloch es geschafft, sagt Rohr. »In 2016 haben wir etwa 550 000 Euro für Unterkunftskosten ausgegeben, knapp 870 000 Euro Leistungen an Asylbewerber. Das haben wir alles vom Landkreis erstattet bekommen. Was hängen blieb, waren die Personal- und die Sachkosten. Wir hatten damals nur zwei Teilzeitstellen, mittlerweile arbeiten im Bereich vier Personen, in der Hochzeit auch fünf. Eine Vollzeitstelle kostet 50 000 Euro, dann war das sicherlich in dem Zeitraum eine Viertelmillion pro Jahr.«

Alles, was über bloße Kost und Logis hinausgeht, ist Sache der Gemeinde und kostet Geld und Nerven. In Haßloch begann das, was Rohr eine »Neiddebatte auf unterstem Level« nennt und weswegen er eine Zeit lang in keine Kneipe mehr hineingegangen sei. Auch Christine Behret wohnt absichtlich nicht in Haßloch.

Überlebende

Spitzgiebelig stehen die Häuschen Spalier in der Neustadter Straße, menschenleer, bis auf eine junge schwarze Frau, die für

die Kamera posiert. Es ist eine Szene wie aus einer Bamf-Broschüre.

Die Frau heißt Becky Idowu, 29 Jahre alt. Sie wohnt im Erdgeschoss rechts. Die Jalousien sind zugezogen. Ihre Mitbewohnerin möchte das so, eine deutsche Wohnungsgelasse, mit der Idowu seit November ein Zimmer und ein Bad und die Küche teilt. Zwei weitere Betten stehen in dem Zimmer, gerade nicht belegt.

Idowu holt einen Hocker. Die Mitbewohnerin schaut kurz hoch und dann wieder über ihre Lesebrille auf ihr Handy. Sie spricht kein Englisch. Idowu kein Deutsch. Sie verständigen sich mit einem Übersetzungsprogramm.

Idowu stammt aus Nigeria. Sie war erst in Libyen, drei Jahre lang. Ihre Schwester betrieb in Tripolis Restaurants. Der damalige Herrscher Gaddafi hatte schwarze Söldner nach Libyen geholt. Es hat dort immer Gewalt gegen Schwarze gegeben, nach dem Sturz des Regimes wurden sie gezielt gejagt. Idowus Schwester hatte gerade noch die Wohnung verriegeln können, als sie durch die Tür eine Kugel in den Kopf traf.

Becky Idowu nahm die dreijährige Tochter ihrer Schwester und floh über das Meer. Das Mädchen saß auf ihrem Schoß, als das Schlauchboot umkippte. 250 Menschen hatten in dem Boot gesessen, 30 überlebten. »Ich sehe mich im

Meer«, das nächste Bild in ihrem Kopf: »Ich sitze in einem kleinen Boot«, Menschen um sie herum, die sie wieder ins Leben holen.

Sie klopft auf ihre Oberschenkel, gelbe Jogginghose, zwei Streifen. Sie sieht auf ihre Hände, lässt sie dann flach liegen. Sagt: »I lost her.« Sie sagt das immer wieder. »Ich habe sie verloren.« Jetzt schimmern ihre Augen. Die Mitbewohnerin schaut weiter auf ihr Handy. Idowu sagt, sie kenne noch nicht mal ihren Namen.

Sie wird jeden Morgen früh wach, um 4.30 Uhr. Sie steht dann auf, verlässt die Wohnung, läuft los, in den Ort, das Spalier der Häuschen entlang, bis zum Rathaus, läuft umher, eine Stunde. Dann ist der Tag schon wieder ein wenig vorbei.

Wie man jemandem wie Idowu helfen kann, ins Leben zu finden, ist auch eine Frage von »Wir schaffen das«. Es gibt viel guten Willen, der manchmal in die falsche Richtung führt. Wenige Kilometer von Haßloch entfernt, am Rand der Gemeinde, liegt der Holiday Park Pfalz. Wer dort den Nervenkitzel sucht, kann Rafting machen oder zur Attraktion »Beach Rescue« gehen – als »Kapitän seines eigenen kleinen Rettungsbootes«. Geflüchtete bekommen Freitickets für den Park. Es ist eine freundliche Geste. Und doch wird jemand wie Idowu wohl nicht in den Holiday Park ge-

hen, zum Bootsabenteurer. Im August beginnt sie eine Traumatherapie.

Hat Idowu es geschafft? Wenn ja: was eigentlich? Es gibt keine Statistik über Traurigkeit.

Straftäter

Für ein paar Monate, ab Herbst 2017, war in Haßloch nichts mehr normal. Ohne Vorwarnung hatte der Landkreis einen als Sexualstraftäter verurteilten Somalier nach Haßloch geschickt.

»Wir mussten Polizeischutz organisieren«, erinnert sich Tobias Meyer, das amtierende Stadtoberhaupt. »Die sind regelmäßig zur Kontrolle vorbeigefahren, ob der seine Medikamente nimmt.« Er sagt: »Für so etwas ist eine Kommune wie unsere einfach nicht eingerichtet.«

Der Mann ist freiwillig wieder ausgereist, zurück in die Heimat. Aber da hatte es schon die ersten Demonstrationen vor dem Rathaus gegeben, organisiert von einem Polizisten, dem AfD-Chef im Dorf. Vor den Landtagswahlen kam sogar der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen. Denn Haßloch ist Deutschland. Die AfD kam auf 18,8 Prozent, auch in den besseren Vierteln. Die Zeitungen sprachen von einem »Erdrutsch«, und die AfD hatte politisch gewirkt, ohne an der Macht zu sein: Die GroKo war in Haßloch abgewählt. Die Mehrheit im Gemeinderat bildet heute, was Tobias Meyer Papaya-Koalition nennt: »Schwarz, Grün, Orange.« Orange, das ist die Freie Wählergruppe.

Die Aufforderung, es zu schaffen, die ins Land hineingerufen wurde, hat auch in einem kleinen Ort wie Haßloch Ablehnung geweckt, die vielleicht schon immer da war.

Familien

Ismael Ahmed lenkt seinen Škoda zum Supermarkt am Ortsrand von Haßloch, wo er Sesamkekse, Zwiebeln, Auberginen und den Aufstrich Grafschafter Goldsaft kaufen wird. Unterm Rückspiegel schwenkt ein Koran in Miniatur. Die Tochter Suzan sitzt hinten und hört den kurdisch-libanesischen Rapper Mudi, der deutsch über die Liebe singt.

Wer in Haßloch nach Geflüchteten fragt, wird vom Rathaus mit den Ahmeds in Kontakt gesetzt. Vielleicht weil sie so normal sind. Vielleicht weil ihnen das Ankommen gelungen ist.

Die Ahmeds, Kurden, verkauften ihr Haus in Syrien, als der Sohn zum Militär eingezogen werden sollte. Die Eltern haben insgesamt sechs Kinder, die beiden älteren hatten Syrien schon früher verlassen und sind verheiratet in Stuttgart und Moers, vier leben mit ihnen in Haßloch. Am 4. Dezember 2015 setzte die Gemeinde den Stempel auf die Meldebescheini-



Ehepaar Buzaladze

»Ich liebe Angela Merkel«

gung. Nachbarn kamen und zeigten ihnen ein Glas und sagten, laut und langsam: »Das ist ein Glas.«

Das Haus, in dem sie heute leben, hat einen Garten und einen gemauerten Grill. Wer vorher in dem Haus lebte?

»Zwei Lesben, glaube ich«, sagt die Tochter Suzan. Ihre Freundin wohnt gegenüber. Suzan spielt Basketball im Verein, hat sich um ein Praktikum bei der Polizei beworben und es bekommen. Schule? »Ist voll okay, die Lehrer sind voll korrekt«, sagt sie. Die Ahmeds gehören zu den fünf, vielleicht zehn Prozent der Geflüchteten in Haßloch, die sich nach Schätzung des Rathauses auf eigene Füße gestellt haben.

Es gibt Familien, die völlig zurückgezogen leben, mit den Kindern in der Schule als einzigem Fenster zur Außenwelt. Eine Umfrage des Bundesamts 2017 hat ergeben, dass ein gutes Fünftel der nach Deutschland Geflüchteten nie privaten Kontakt zu Deutschen haben.

Ob man ankommt oder nicht, hat auch, das erfährt man in Haßloch, mit den Menschen zu tun, die einem helfen.

Gisela Broichmann vom Arbeitskreis Asyl war eine von vielen Freiwilligen, die sich ab 2015 um Geflüchtete gekümmert haben. Sie sagt, sie habe es auch »gegen ihre eigene Angst« getan.

Broichmann legte damals für die Familie Ahmed als Erstes einen Ordner an, mit farbigen Trennblättern und einem Inhaltsverzeichnis, das zeigt, woraus ein Ankommen bestehen könnte: 1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2) Sozialamt, 3) Bundesagentur für Arbeit/Schufa, 4) Jobcenter, 5) Umzugsmeldung, 6) SteuerID/Sozialversicherungsnummer/Familienkasse, 7) Krankenkasse, 8) Stadtwerke.

Die Seiten hat Broichmann in den Jahren dann befüllt. Hat Möbel gekauft auf Ebay-Kleinanzeigen und einen Herd und eine Nähmaschine gebracht.

Warum sie das tut?

»Meine Familie ist aus Schlesien gekommen und hat auch Hilfe bekommen.«

Familie Ahmed hat die Reihenfolge umgedreht, von hinten nach vorn – ein Ordner nach »arabischer Ordnung«.

Der Vater Ismael ist im Deutschkurs noch auf dem Anfängerlevel A1, die Mut-

ter bei A2, in dem Test »Leben in Deutschland« hat sie 24 von 33 Fragen richtig beantwortet. 72,73 Prozent deutsch, wenn man so will.

Im Dezember 2015 kam auch die Familie Buzaladze aus Georgien nach Haßloch, über Budapest, Dortmund, Trier und Bad Dürkheim. Es führen Stufen hoch in ihre Wohnung, Geranien blühen.

Ehrenamtliche hatten eine Wohnung vorbereitet und Geschenke, eine Torte, und Willkommensbriefe auf den Tisch gelegt. Ihr Antrag auf Asyl wurde ein Jahr später abgelehnt. Nun liegt der Fall der Familie beim Oberlandesgericht. Ihr Status ist mittlerweile: »geduldet«.

Ihr älterer Sohn Zuradi wird Maurer. Die Mutter Mtwarisa, 38, lernt Altenpflegerin. Ihre Ausbildungen schützen sie davor, ausreisen zu müssen. Der Vater arbeitet als Landschaftsgärtner. Wenn man die Buzaladzes sieht, wirkt es, als wäre etwas geschafft worden. Doch politische Gegner von »Wir schaffen das« würden wohl anders argumentieren. Sie würden vielleicht sagen, dass nur Kriegsgeflüchtete in Deutschland bleiben dürfen. Sie würden sagen, dass wir es nicht geschafft haben, wenn Menschen wie die Buzaladzes nicht abgeschoben werden.

Die Familie hebt an diesem Abend gemeinsam das Glas, gefüllt mit Rotkäppchen-Sekt. Zwiadi, der Vater, wünscht allen Gesundheit und sagt noch: »Ich liebe Angela Merkel.« Auf dem Tisch: Obst, festlich zusammengelagert zu Blumenformationen und kleinen Schiffchen.

Haben wir es geschafft? »Ja«, sagt der Vater. Sein Sohn übersetzt. »Weil wir alle arbeiten und wir ja Deutschland helfen. Und Deutschland hilft uns.« – »Wir haben geschafft!«, sagt die Mutter. Dann sagen sie zusammen: »Prost!«

Die Taube

Neulich hat der Landesrechnungshof sein Erscheinen in Haßloch angekündigt. Reine Routine. Zufällig war das Jahr 2015 zur Überprüfung dran, zufällig der Haushaltsposten 3.1.3., »Hilfen für Asylbewerber«. Die Prüfer gehen jetzt alle Abrechnungen aus dieser Zeit durch, ihr Bericht steht noch aus.

Für Christine Behret, Andreas Rohr, für die Haßlocher Verwaltung ist das Erscheinen des Landesrechnungshofs kein Grund zur Panik, im Gegenteil, es ging ja alles mit rechten Dingen zu. Es klingt eher ein wenig so, als wäre die Überprüfung für sie wie das Auftauchen der Taube auf Noahs Arche: ein Hoffnungszeichen. Endlich Land in Sicht. Denn eine Krise ist in Deutschland erst wirklich überstanden, wenn der Ausnahmezustand überprüft wird und dann zu den Akten kommt.

Die letzte Yucca

Leitkultur Alexander Osang über Palmen und ostdeutsches Fernweh

Vor ein paar Tagen erreichte mich eine Mail aus der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die klang wie ein Parteauftrag. »Die gesamtdeutsche Selbstverständigung über drei Jahrzehnte deutsche Einheit, die in jüngerer Zeit an Fahrt gewonnen hat, ist durch die Corona-Pandemie fast gänzlich zum Stillstand gekommen. Mit dieser E-Mail bitten wir Sie und über fünfzig weitere namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus Kultur, Wissenschaft, Medien und Politik... diesen Diskussionsprozess wieder in Gang zu setzen«, stand da. Eine ziemliche Herausforderung, fand ich. Aber gut, es sind harte Zeiten.

Also: Ich versuche in Brandenburg eine Yucca durchzubringen. Klingt erst mal nicht nach gesamtdeutscher Selbstverständigung, hat für mich aber viel damit zu tun.

Die Anwesenheit einer Yucca-Palme war in meiner Jugend so etwas wie eine Südseereise. Wir durften nicht in die richtigen warmen Länder, wir hatten Fototapeten, Beach-Boys-Songs, Indianerfilme und Yucca-Palmen. In Pankow gab es die Yucca-Bar, wo unattraktive, alte Westler zwischen Palmen hübsche Ostmädchen abschleppten. Das kam meiner Vorstellung von Gesamtdeutschland ziemlich nah, weswegen ich mich lange gegen die Einheit wehrte. Im Sommer 1989, als meine Schwester und ihr Mann beschlossen, in den Westen zu flüchten, ließen sie mir ihren Polski Fiat und eine imposante Sammlung an Yucca-Palmen zurück. Die Größte stellte ich unter die Fensterscheibe, die unser Vormieter ins Dach der Karlshorster Mansarde eingelassen hatte, in der ich mit meiner Freundin wohnte. Wir waren fast da, auf Hawaii. Ich wusste damals nicht, dass die Yucca genau genommen gar keine Palme ist, sondern ein Spargelgewächs. Allerdings war Spargel ja auch selten.

Dann fiel die Mauer, und ich brach in die Welt auf, zu den richtigen Palmen.

30 Jahre später zog ich aus Tel Aviv zurück in den Osten. Dort entdeckte ich vor ein paar Monaten, gleich nach meiner Ankunft, zwischen all den Büschen und Sträuchern in meinem Brandenburger Garten ein struppiges Gewächs, das furchtbar aussah, mich aber seltsam rührte. Als meine Mutter uns besuchte, sagte sie: »Das ist 'ne Yucca.«

Es waren dann sogar zwei. Meine Mutter, die den Garten in den Siebzigerjahren angelegt hat, erinnerte sich dunkel daran, dass eine ehemalige Nachbarin die Palme aus dem Süden mitgebracht hatte. Wahrscheinlich aus Bulgarien, was damals im äußersten Süden unserer Hemisphäre lag.

Wir gruben die Pflanzen zwischen den einheimischen Sträuchern aus, einer Stachel- und einer roten Johannisbeere,

wo sie völlig fremd wirkten, und pflanzten sie auf einer Wiese im Wald ein, weil sie da viel Sonne bekamen. Palmen lieben Sand und Sonne, dachte ich. Die erste Palme ging daraufhin sofort ein, was mich emotional noch stärker an die andere band. Die letzte Yucca in Brandenburg.

Sie sieht seltsam aus, gerupft, aber sie erfüllt gerade eigentlich einen ähnlichen Zweck wie die Palmen damals im Osten. Ich kann nicht reisen, ich will auch nicht, vielleicht nie wieder. Die Yucca erinnert mich an Tel Aviv und an White Sands, einen Nationalpark in New Mexico, wo ich einst von einem Ranger viel über Palmen lernte, an die Welt, an die Möglichkeiten. Ich blättere in den Fotoalben durch unsere Karibikurlaube und höre die alten Beach-Boys-Platten. Ich sitze wieder im Garten meiner Eltern, wie als Kind. Am Himmel gibt es keine Kondensstreifen mehr, ich fahre nächste Woche an die Ostsee, nach Ahlbeck, da war ich früher schon gern.

Anders als die Mitarbeiter von der SED-Aufarbeitung finde ich nicht, dass der Prozess der gesamtdeutschen Selbstverständigung durch Corona zum Stillstand gekommen ist. Ich finde, er hat jetzt erst begonnen. Manuela Schwesig ist wieder gesund, sie wirkt stärker als zuvor, hat hohe Zustimmungswerte und geringe Corona-Zahlen; der Rostocker Oberbürgermeister machte seine Stadt mit Unterstützung einer lokalen Biotechfirma als erste deutsche Großstadt coronafrei; Jena hat als erste Stadt eine Maskenpflicht eingeführt; Meck-

lenburg-Vorpommern überlegt, sie als erstes Land wieder aufzuheben; Sachsen-Anhalt, bislang die Lachnummer unter den Bundesländern, hat plötzlich die Nase vorn – während der Westen eher so aussieht wie Armin Laschet. Und meine Yucca-Palme? Sie wirkt neben den Kiefern in der Gegend blass.

Im Internet las ich, dass die Yucca eigentlich eine Zimmerpflanze sei, die auch an einem halbschattigen Platz im Freien stehen könne, von Ende Mai bis September. »Jedoch ist es wichtig, dass die Grünpflanze schrittweise an die Freilandbedingungen gewöhnt wird«, stand da.

Ich ahne, wie fremd sie sich da draußen fühlt. Ich bring die Yucca schon irgendwie durch. Ich bin zwischen Kiefern groß geworden. Auch die Kiefern haben zu kämpfen, mit der Dürre und dem Borkenkäfer. Im vergangenen Winter wurden eine Menge Kiefern gefällt, um Platz zu schaffen für Luft, Licht und Laubbäume. Die Zukunft gehört dem Mischwald, heißt es. Es ist ein hartes Leben für eine Märkische Kiefer, aber sie ist es gewohnt.

Mein Freund André Herzberg von der Berliner Band Pankow singt seit vielen Jahren das »Kiefernlied«. Die letzte Strophe geht so:

»Ich bin eine Kiefer im märkischen Land
Und ich kann nicht abhau'n aus diesem Sand
Vielleicht gibt's ein' Ort, wo Zitronen blüh'n
Ich muss an mir selbst mich nach oben zieh'n
Oder im Sand zugrunde geh'n.«

Einen besseren Beitrag zur gesamtdeutschen Selbstverständigung in Corona-Zeiten kann ich momentan nicht liefern. ■



Yucca im märkischen Sand

ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

DER SPIEGEL

Ihre 6 Prämien der Woche

Jetzt einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas.
Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 179,-.



iPad Wi-Fi 10,2" 32 GB Spacegrau

Mit 10,2"-Retina-Display, Face ID/Touch ID und bis
10 Stunden Batterielaufzeit. Zuzahlung: € 249,-.



€100,- Prämie

Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen
besonderen Wunsch!



100 € Amazon.de Gutschein

Über eine Million Bücher sowie DVDs,
Technikartikel und mehr zur Auswahl.



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.



TechniSat DIGITRADIO 80

Digitaler Radiowecker mit Stereosound, DAB+, UKW, dimmbarem Display und AUX-IN. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen:

 abo.spiegel.de/p20

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur €5,30 statt €5,50 je Ausgabe.

Wirtschaft



Huawei-Messestand in Peking 2019

Regierung streitet über Geheimgremium

5G-Mobilfunk IT-Ausrüster sollen auf ihre politische Vertrauenswürdigkeit überprüft werden.

● In der Bundesregierung ist ein Streit ausgebrochen, wie die politische Vertrauenswürdigkeit von IT-Ausrüstern geprüft werden soll. Die SPD-geführten Bundesministerien fordern ein geheim tagendes Gremium des Bundeskabinetts, das etwa in der Frage entscheidet, ob der chinesische Telekomausrüster Huawei Technik für das 5G-Netz liefern darf. Bundeswirtschaftsministerium und Kanzleramt wehren sich dagegen. Vor allem beim Ausbau des ultraschnellen 5G-Mobilfunknetzes besteht die Sorge, dass etwa chinesische IT-Firmen Technik liefern, die staatliche Spionage oder Sabotage ermöglichen könnte. Ein IT-Sicherheitsgesetz soll das verhindern. In einem Entwurf hatte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) allerdings neben einer technischen Prüfung von den Anbietern nur eine schriftliche Erklärung

gefordert, dass sie politisch vertrauenswürdig sind. Das reicht der SPD, aber auch manchen Unionsabgeordneten nicht aus. »Wir brauchen eine Prüfung und Genehmigung durch die Regierung, die nicht auf offener Bühne ausgetragen wird«, fordert der SPD-Abgeordnete Falko Mohrs, der dafür den Bundessicherheitsrat vorschlägt, einen geheimen Kabinettsausschuss. Das Gremium entscheidet bisher über Rüstungsexporte. Damit wären auch Außen- und Justizministerium (beide SPD-geführt) eingebunden.

Die Unionsminister sperren sich allerdings gegen ein ständiges Gremium. Jetzt soll Kanzleramtschef Helge Braun über den Sommer einen Kompromiss vorlegen. »Die Zeit drängt, damit die Telekommunikationsunternehmen nicht Fakten schaffen und heikle 5G-Technik bereits verbaut haben«, so Mohrs. GT, WOW

Apps **Schwache Reaktion**

● Mithilfe der Messenger-App Telegram werden vermehrt rassistische oder rechtsradikale Inhalte verbreitet. Diese tilgt der Dienst auch dann kaum, wenn er darauf aufmerksam gemacht wird. Das geht aus einer Studie der Organisation

Jugendschutz.net hervor, die den Umgang großer Internetunternehmen mit illegalen Inhalten prüft. Auf Telegram sind bis heute die Livestream-Videos der Attentäter von Halle und Christchurch zu finden oder Darstellungen verstümmelter Leichen schwarzer Menschen. Für die aktuelle Studie wurden rund 200 klar

illegale, rechtsextremistische Inhalte über eine interne Meldefunktion der App und per E-Mail an die Betreiber von Telegram gemeldet. Nur knapp elf Prozent wurden gelöscht. In der Debatte um den Umgang mit Hass in Messenger-Apps wird Telegram bisher kaum beachtet. Experten warnen jedoch, die App werde von

Rechtsextremen als eine Art Rückzugsort genutzt, weil etablierte Netzwerke wie Facebook oder Twitter Hass-Postings zunehmend löschen. Vorgangene Woche hatten Werbekunden von Facebook und Instagram erklärt, ihre Anzeigen zu stoppen, bis der Konzern seinen Kampf gegen Hass auf der Plattform forcieren. HPP

Karstadt/Kaufhof Kahlschlag gebremst

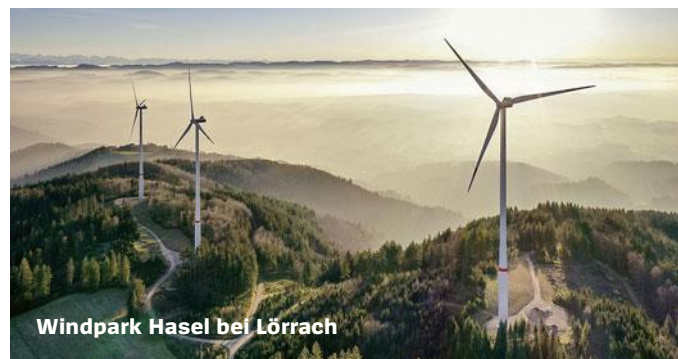
● Beim angeschlagenen Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof fallen vermutlich weniger Standorte weg als ursprünglich angekündigt. Nach Aussagen von Sachwalter Frank Kebekus könnten weitere fünf bis sechs Filialen erhalten bleiben – zusätzlich zu den sechs Niederlassungen, die bereits als gerettet gelten. Ursprünglich sollten 62 der 172 Kaufhäuser in Deutschland abgewickelt werden. »Wir reden noch mit einigen Vermietern, und ich hoffe, dass wir am Ende weniger als 50 Standorte schließen müssen«, so Kebekus. Nach SPIEGEL-Informationen dürf-

te das traditionsreiche Karstadt-Haus auf der Frankfurter Einkaufsmeile Zeil nun doch geöffnet bleiben. Der Eigentümer des Gebäudes hat angeboten, die Miete um rund eine Million Euro pro Jahr, also 15 Prozent, zu reduzieren. Nach Angaben der Gewerkschaft Ver.di könnten dadurch allein dort mehr als 400 Arbeitsplätze gerettet werden, bundesweit sind durch die Schließungen fast 6000 Jobs in Gefahr. Durch das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung sollen bei der Gruppe 60 Millionen Euro eingespart und die Mieten um 20 bis 30 Prozent gesenkt werden. Bis 2022 will die zum Reich des österreichischen Milliardärs René Benko gehörende Kaufhauskette wieder profitabel wirtschaften. SBO

Energie Klimaziele bedroht

● Die Probleme bei der Erzeugung von Windenergie gefährden die Klimaziele der Bundesregierung. Wie der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne) errechnet hat, dürften Anfang 2021 Anlagen mit rund 7,4 Gigawatt Leistung weniger errichtet worden sein als von der Regierung angestrebt. Grund sind strenge Flächenbegrenzungen, Bürgerproteste und bürokratische Hürden. Zudem bekam ein Teil der Bürgerwindparks, die 2017 bei staatlichen Ausschreibungen einen Zuschlag erhalten hatten, keine Baugenehmigung. Im nächsten Jahr läuft zudem die Förderung für etwa

4900 Windräder der ersten Generation aus. Betroffen sind nochmals Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 3,7 Gigawatt, die ihre gesetzliche Förderdauer von 20 Jahren erreicht haben. Viele Altanlagen dürften stillgelegt werden, weil sie sich bei den aktuellen Strompreisen nicht rechnen. Durch die Windkraftlücke werden laut bne bis zu 14,3 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr nicht eingespart. Das entspricht bis zu 5,5 Prozent der CO₂-Menge, die der Energiesektor laut Klimaschutzgesetz 2022 ausstoßen darf. »Trotz des milliardenteuren Kohleausstiegs droht sich die Klimabilanz der Bundesrepublik zu verschlechtern«, warnt bne-Chef Robert Busch. SSU



Windpark Hasel bei Lörrach

PAUL LANGROCK

Corona-Prämie »Den Knall nicht gehört«



IMAGO IMAGES

Der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, 63, über störrische

Arbeitgeber und das Chaos um den Pflegebonus

SPIEGEL: Herr Westerfellhaus, viele Pflegekräfte sind empört, weil der versprochene Corona-Bonus von bis zu 1500 Euro sie nicht erreicht. Wie viele wütende Briefe haben Sie bekommen?

Westerfellhaus: Einige, das Ganze ist kompliziert. Die Pflegeversicherung übernimmt einen Anteil von bis zu 1000 Euro. Die Bundesländer können den Bonus auf bis zu 1500 Euro steuerfrei aufstocken, und der Gesetzgeber erwartet, dass sich die Arbeitgeber freiwillig an dieser Summe beteiligen. Allerdings haben einige Arbeitgeber leider sofort abgewinkt. Und die Länder haben unterschiedliche Fristen für den Antrag und die Auszahlung vorgesehen. Das sorgt für Verwirrung und Unmut, auch wenn der Bonus fließen wird.

SPIEGEL: Wie konnte man ernsthaft glauben, dass die Arbeitgeber freiwillig zahlen?

Westerfellhaus: Dass manche Arbeitgeber in der Pflege da so hinter Arbeitgebern in anderen Branchen zurückbleiben, das ist schon ein Armutszeugnis. Wir haben in Gesprächen durchaus Druck aufgebaut, aber wir können sie nicht zwingen.

SPIEGEL: Eine Prämie ist nur für Altenpfleger vorgesehen. Brauchen Krankenpfleger keine Anerkennung?

Westerfellhaus: Natürlich, aber in der Altenpflege wurde schon immer schlechter gezahlt als in der Krankenpflege – und um zu verhindern, dass die Kosten auf den Eigenanteil der Pflegebedürftigen umgelegt werden, fließt die Zuwendung hierher. Viele Krankenhäuser wären finan-

ziell durchaus in der Lage, ihren Beschäftigten selbst einen Bonus zu zahlen. Seit Januar werden ihre Ausgaben für höhere Löhne komplett von den Krankenkassen refinanziert – dies wäre sicher auch für Prämien möglich.

SPIEGEL: Bayern zahlt auch Klinikbeschäftigten einen Bonus. Warum ziehen nicht einfach alle Länder nach?

Westerfellhaus: Der politische Druck in diese Richtung wächst. Ich freue mich, dass Bayern das Thema so früh angepackt hat. Aber auch dort gibt es Probleme: Beschäftigte berichten, dass Arbeitgeber sich weigern, ihre Unterschrift unter das Bonus-Antragsformular zu setzen.



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

SPIEGEL: Warum sollten Unternehmen sich so verhalten?

Westerfellhaus: Das ist mir auch völlig unverständlich. In meiner ostwestfälischen Heimat sagt man: Die haben den Knall nicht gehört. Wer so mit der Ressource Mensch umgeht, muss sich nicht wundern, wenn sich Beschäftigte andere Arbeitgeber suchen.

SPIEGEL: Hat eine einmalige Prämie von 1500 Euro überhaupt etwas mit echter Wertschätzung zu tun?

Westerfellhaus: Das bezweifeln auch viele Pflegekräfte. Die Prämie ist eine gut gemeinte Anerkennung. Doch sie löst auf Dauer keines der Probleme der Pflege. Wir brauchen verlässliche Vorgaben für die Personalausstattung und einen vernünftigen Flächentarifvertrag, der für attraktive Arbeitsbedingungen und höhere Löhne sorgt. COS

Himmel und Hölle

Handel Amazon baut in der Pandemie seine Macht aus – und die Kollateralschäden werden immer sichtbarer. Hauptsache, der Kunde ist zufrieden, den Preis zahlen Mitarbeiter und Händler.

Anörungen vor dem amerikanischen Kongress in Washington sind für die Chefs der großen US-Konzerne oft Polittheater und Prangerstrafe in einem. Das ganze Land schaut via TV zu, wie sie sich winden, ob sie an der falschen Stelle lächeln oder zu lange schweigen. Mark Zuckerberg (Facebook), Sundar Pichai (Google) und Tim Cook (Apple) mussten sich der Prozedur bereits stellen. Nur Jeff Bezos konnte sich bisher erfolgreich drücken. Wie es aussieht, nicht mehr lange: Auch der Amazon-Boss wird sich demnächst den quälenden Fragen von Abgeordneten stellen müssen.

Es wird um die Marktmacht seines Konzerns gehen, um als unfair kritisierte Geschäftspraktiken und wohl auch um den Umgang mit seinen Angestellten während der Coronakrise. Schon die Ankündigung der Vorladung war betont frostig gehalten. »Obwohl wir erwarten, dass Sie freiwillig aussagen«, schrieben die zuständigen Mitglieder des Wettbewerbsausschusses im Mai an Bezos, »behalten wir uns das Recht vor, wenn nötig auf Zwangsmaßnahmen zurückzugreifen.« Nach anfänglichem Widerstand signalisierte Bezos schließlich Bereitschaft, nach Washington zu kommen. Die Anhörung soll laut US-Medien im späten Juli stattfinden, ob virtuell oder vor Ort steht noch nicht fest.

Die nächsten Monate könnten ungemütlich werden für den Handlariessen aus Seattle, der für über 300 Millionen Kunden weltweit zum Synonym für Onlineshopping geworden ist. In den USA laufen sowohl beim Justizausschuss des Repräsentantenhauses wie auch bei der Handelsaufsicht FTC Untersuchungen gegen Amazon wegen des Verdachts auf wettbewerbsfeindliches Verhalten. In Europa bereitet die EU-Kommission unter Wettbewerbshüterin Margrethe Vestager eine Kartellklage gegen Amazon vor. Zudem wird der Konzern in mehreren Ländern scharf dafür kritisiert, seine Mitarbeiter nicht genügend vor dem Coronavirus zu schützen. An etlichen Standorten kam es zu Protestaktionen der Belegschaft. In Deutschland rief vergangene Woche einmal mehr die Gewerkschaft Ver.di Mitarbeiter zum Streik auf.

Es entbehrt nicht einer Ironie, dass Amazon in der Krise gleichzeitig so unverzichtbar und dennoch angreifbar geworden ist. »Nie war Amazon mächtiger als

heute«, sagt die amerikanische Amazon-Kritikerin Stacy Mitchell, zugleich »waren die hässlichen Seiten dieser Macht nie offensichtlicher«.

Amazons Hauslieferdienste sind für eine Gesellschaft im Homeoffice- und Distanzmodus beinahe unersetzlich geworden, und der Konzern hat gewaltige Anstrengungen unternommen, der erhöhten Nachfrage gerecht zu werden. Doch die Kollateralschäden seines Geschäftsmodells treten in der Krise greller zutage denn je. Sichtbarer sind nun die Opfer eines Systems, in dem der Kunde alles ist und alle anderen nichts.

Da sind Lagerarbeiterinnen wie Allegra Brown in den USA, die aufgrund der Infektionsgefahr »Angst davor hat, zur Arbeit zu gehen«, und seit Beginn der Pandemie trotzdem keinen Tag gefehlt hat, bei einem Wochenlohn von knapp 500 Dollar. Da sind Kleinunternehmer wie Alexander Meier* in Deutschland, der Kaffee verkauft über die Onlineplattform und sagt: »Amazon ist so mächtig, dass sie mit uns Händlern machen können, was sie wollen.« Und da sind Mitarbeiter wie Christian Müller* in Leipzig, die am Ende eines Arbeitstages 20 Kilometer zwischen den Regalen zurückgelegt haben, ständig unter Zeitdruck.

Gegen Kritik an seiner Markt- und Machtfülle hat sich Amazon in den vergangenen Jahren stets mit dem Verweis auf seinen nach wie vor überschaubaren Marktanteil am Einzelhandel verteidigt. Obwohl Amazon im E-Commerce in den USA mit rund 40 Prozent eine marktführende Stellung hat (Deutschland: 48 Prozent), liegt sein Anteil am gesamten Einzelhandel nur bei 6 Prozent (Deutschland: 5 Prozent).

Aber das Argument »So groß sind wir gar nicht!« verfängt nicht mehr in der Pandemie, in der der Onlineeinkauf zeitweise zur einzigen Möglichkeit des Einkaufens überhaupt geworden ist und Amazon neue Käuferschichten gewinnen konnte. »Amazon ist ein Hauptprofiteur der Covid-19-Krise, das lässt sich nicht bezweifeln«, sagt Stacy Mitchell. Und nicht wenige Analysten glauben, dass der Erfolg die Krise überdauert. Wer als Kunde einmal das Amazon-Reich betreten hat, der verlässt es so schnell nicht wieder.

* Name geändert.

Doch der eigene Erfolg könnte für die Firma nun gefährlich werden. Der Widerstand gegen das Geschäftsgebaren wird offener und lauter. Das zeigt auch das Beispiel der US-Kongressabgeordneten Pramila Jayapal.

Der Wahlkreis von Jayapal umfasst den Großteil von Seattle, ihren Wahlsieg verdankt sie quasi auch den Stimmen aus Amazons Hauptquartier. Für Kritik an der Firma ging Jayapal deshalb lange Zeit den diskreten Weg, suchte das Gespräch mit Managern, statt an die Öffentlichkeit zu gehen. Während der Pandemie aber wurde Jayapal zur viel gehörten Kritikerin des Konzerns. Bezos, dessen Vorladung nach Washington sie unterstützt, schrieb sie Ende April einen vierseitigen offenen Brief.

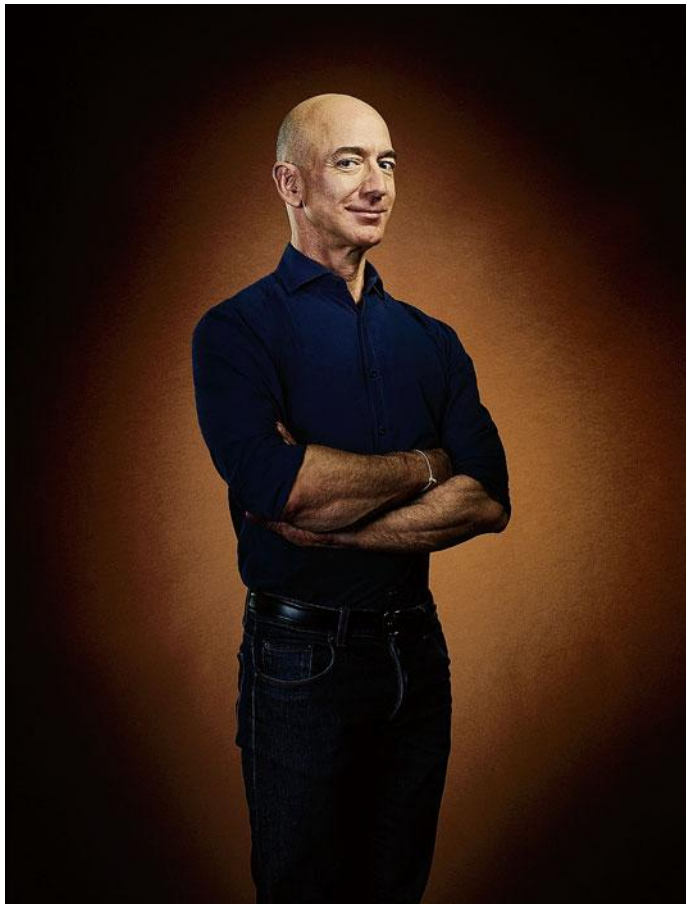
»Sehr geehrter Herr Bezos«, heißt es darin, »ich bin in großer Sorge« um »Amazons Belegschaft von mindestens 800 000 Arbeitskräften«. Sie erwähnte die wachsende Zahl von Infektionen bei Amazon-Angestellten, den Covid-Todesfall, den der Konzern zu beklagen hatte, die Kritik an ungenügenden Sicherheitsmaßnahmen. Jayapal bemängelte, dass Amazon seinen Leuten keine Gefahrengulage bot und nur zwei bezahlte Krankheitswochen. Es sei eine »perverse Ironie«, so Jayapal, dass ausgerechnet die am schlechtesten bezahlten Arbeiter am wenigsten Gelegenheit hätten, ihre Arbeit von zu Hause aus zu erledigen, um sich und ihre Familien zu schützen.

Im Zentrum von Jayapals Heimatstadt Seattle an der amerikanischen Westküste liegt Amazons weitverzweigtes Hauptquartier, das mehrere Straßenzüge dominiert. In einer Eingangshalle ist das Grundgesetz Amazons, die berühmten 14 »Leadership Principles« in großen Lettern an die Wand gemalt. Man findet sie auch in Bilderrahmen in den Toiletten aufgehängt und auf laminierte kleine Karten gedruckt, die in die Brieftaschen der Führungskräfte passen. Die Überschrift des ersten Gesetzes lautet »Customer Obsession«, Kundenbesessenheit.

Die radikale Orientierung am Kundenwohl hat Amazon in nur 25 Jahren zu einer der höchstbewerteten Firmen in der Wirtschaftsgeschichte gemacht, zum zweitgrößten privaten Arbeitgeber der USA, und seinen Chef, Jeff Bezos, zum reichsten Menschen der Welt. »Customer Obsession« bedeutet zum Beispiel, dass Kunden



JOHANNES EISELE / AFP / GETTY IMAGES



MICHAEL PRINCE / THE FORBES COLLECTION / CONTOUR BY GETTY IMAGES



JASON REDMOND / AFP

Arbeiterin in Amazon-Lager in New York, Konzernchef Bezos 2018, Demonstrantin in Seattle
Amazon ist in der Krise so unverzichtbar wie angreifbar geworden

die Ware meist gratis zugestellt bekommen, dass die Lieferfrist für Prime-Kunden meist nur einen einzigen Tag beträgt und die meisten Produkte kostenlos zurückgeschickt werden können. Angeblich fehlerhafte Ware wird prompt ersetzt oder erstattet, ohne dass Händler oder Hersteller sich dagegen groß wehren können – Traumbedingungen für Konsumenten. Mit Prime erreicht Amazon 82 Prozent der US-Haushalte, in Deutschland sind 17 von 41 Millionen Haushalten Prime-Klienten.

All das hat Amazon zum Himmel für den Kunden gemacht – und zur Hölle für viele Mitarbeiter, Geschäftspartner, Drittanbieter, Produzenten und Kuriere, die die Waren ausfahren.

In Seattle erkannte man schnell, dass die Pandemie eine Gelegenheit ist, die eigene Macht zu mehren. Um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden, stellte der Konzern erst 100 000 neue Arbeitskräfte ein und dann noch einmal 75 000. Jeff Bezos, der sich in den vergangenen Jahren stärker seiner Raumfahrtfirma Blue Origin zugewandt hatte, stieg wieder vermehrt ins Tagesgeschäft ein, um seine Firma durch den Sturm zu steuern. Zwar ächzte es in den Corona-Monaten etwas mehr als gewohnt im Getriebe der Riesenmaschine, und nicht jedes Paket kam zum versprochenen Zeitpunkt an – der Nachfrage tat das keinen Abbruch. Mit seinem Streamingangebot Amazon Prime half der Konzern Millionen zu Hause Festsitzenden rund um den Globus durch die Pandemie. Der Umsatz im ersten Quartal lag um 26 Prozent über jenem des Vorjahres. Dass Amazon ankündigte, seinen bescheidenen Quartalsgewinn von vier Milliarden Euro in Schutzmasken, Corona-Tests und in

neue Mitarbeiter zu investieren, betrückte die Anleger nur kurz. Seit Mitte März hat die Firma an der Börse gut 702 Milliarden Dollar Marktwert hinzugewonnen.

Arbeiter, zu Maschinen mutiert

Im niedersächsischen Winsen (Luhe) zählt der Sekundenzeiger unnachgiebig, während eine Amazon-Mitarbeiterin Platz für ein angeliefertes Produkt in einem hohen gelben Regal neben sich sucht. Sie ist »Stowerin«, räumt also Artikel in die Lagerregale. Mal braucht sie 18 Sekunden, mal reichen 7. Ein grüner Kreis leuchtet über einer der vier Boxen vor ihr und zeigt an, aus welcher sie das nächste Produkt herausnehmen, scannen und in das Regal sortieren muss.

Es muss schnell gehen, ein Arbeitstag im Takt der Maschinen. Für viele Menschen hier ist es zugleich der Kampf um die Existenz. Ihre Verträge sind oft befristet, viele davon lässt Amazon auslaufen und stellt bei Bedarf neue Kollegen ein. So entsteht Angst um den Job. »Die Mitarbeiter müssen ständig beschäftigt sein, dürfen nicht zu viele Verschnaufpausen machen«, sagt eine Führungskraft aus einem Amazon-Zentrum. »Extrapausen kosten Geld.«

Christian Müller arbeitet bei Amazon in Leipzig, als »Picker«, das heißt: Er sucht die bestellten Waren für den Versand zusammen. Die Artikel sortiert er in vom Computer vorgegebene Boxen ein, bis zu 20 Kilometer laufe er dabei an einem Tag hin und her, sagt Müller. »Abends zu Hause schläft man dann manchmal am Tisch ein.« Es sei ein monotoner, fremdbestimmter Job, »das Amazon-System gibt alle Wege vor«. Das »System« ist der Warens scanner, Müllers Arbeitsgerät. Der

Scanner sagt ihm, welches Produkt er als Nächstes an welchem Lagerplatz zu suchen hat. Sobald er den Artikel gefunden hat und in die Transportkiste legt, scannt er ihn ein. Der Scanner generiert Daten: wann und wie oft Müller »gepickt« hat. Jeder Vorgang wird erfasst, an jedem Arbeitstag, bei jedem Picker.

Diese Daten lassen sich für Statistiken verwenden oder auch für eine individuelle Arbeitsbilanz. Wie viele Artikel schafft Müller, verglichen mit seinen Kollegen? Liegt er unter der Norm oder darüber? Aber werden die Daten auch tatsächlich zur Leistungsüberwachung genutzt? Langjährige Amazon-Mitarbeiter sagen: Ja. »Früher haben wir ständig Zahlen-Feedbacks erhalten«, sagt Müller. »Da hieß es: ›Am Dienstag warst du unter der Norm‹ oder ›Du liegst ständig unter dem Durchschnitt. Was ist da los?‹«

Das Tempo in den Amazon-Zentren ist in den vergangenen Jahren beständig gestiegen. 350 Artikel schafft ein Picker in Winsen im Schnitt pro Stunde. Vor einem Jahr habe der Schnitt noch bei 320 gelegen, sagen Mitarbeiter, im Jahr davor bei 280 Artikeln – Amazon begründet das auch mit Prozessoptimierungen. Sechs Artikel pro Minute muss er dafür hervorholen aus den Regalfächern und wegsortieren. Manchmal klemmen sie fest, dann müssen andere Artikel erst herausgewählt und wieder zurückgelegt werden. Dann rennt die Zeit weg. Wer unter dem Mittelwert liegt, riskiert, seinen Vertrag nicht verlängert zu bekommen. Also ackern sie, gerade die Neustarter bei Amazon, und treiben den Schnitt weiter hoch.

Wer als Führungskraft Karriere machen will, treibt mit. »Manche beobachten sogar beim Mittagessen die Arbeitsraten ihres Teams auf dem Laptop«, sagt der Manager eines Amazon-Zentrums. »Es kommt vor, dass eine Führungskraft einen Angestellten fragt, warum er so oft aufs Klo geht. Die Mitarbeiter mutieren hier zu Maschinen.« Von derartigem Druck will man bei Amazon nichts wissen, Führungskräfte förderten und coachten die Mitarbeiter. Kriterien für die Produktivität würden nach objektiven Gesichtspunkten festgelegt.

Doch das Wettrennen in den Lagerhallen, die bei Amazon »Erfüllungszentren« heißen, ist Voraussetzung dafür, dass der Kunde die Ware schon einen Tag nach Bestellung erhält, samt dem ewig lächelnden Amazon-Logo auf dem Päckchen.

Wer Hunderttausende Mitarbeiter beschäftigt, hat es nicht leicht, sie auf zwei Meter Abstand zu halten. In den USA gab es Berichte über Infektionen in mehr als 50 Amazon-Lagern. In Frankreich schloss Amazon Mitte April den Betrieb in seinen Lagern, als Gewerkschaften den mangelnden Schutz der Mitarbeiter beklagten. Ein Gericht hatte angeordnet, dass Amazon



CELESTE SLOWAN / DER SPIEGEL



RYAN DAVID BROWN / NYT / REDUX / LAIF

Mitarbeiterin Brown, Kritikerin Mitchell: Angst, sich anzustecken, Angst, den Job zu verlieren



HELEN H. RICHARDSON / THE DENVER POST / GETTY IMAGES

Logistikzentrum in Thornton, Colorado: Das Tempo ist beständig gestiegen

nur noch einen Bruchteil seiner üblicherweise verschickten Waren versenden darf. Anfang Mai kündigte ein hochrangiger Software-Ingenieur in den USA, aus Protest, wie er schrieb, weil Amazon Mitarbeiter gefeuert habe, die gegen unzureichende Sicherheitsvorkehrungen in der Covid-Krise protestiert hätten.

In Deutschland gibt Amazon das Ausmaß der Infektionen nicht öffentlich preis. Eine Zeit lang konnten die Mitarbeiter etwa in Winsen auf einem Aushang die Zahl der aktuell Infizierten in Quarantäne sehen. Nachdem Anfang April die Zahl von 33 Fällen erreicht war, sei der Zettel abgenommen worden, berichten Mitarbeiter. Zwar heißt es intern, man informiere die Kollegen über jeden Covid-Fall, dennoch kursieren diverse Zahlen. Das niedersächsische Gesundheitsministerium sprach von 53 Fällen bis Ende April, in einem Schriftstück des Landkreises Harburg vom 4. Mai sind 77 Fälle notiert.

Natürlich, es gibt eine automatische Temperaturmessung am Eingang, wenn die Mitarbeiter an dem Schriftzug »work hard, have fun, make history« vorbeilaufen. Die Wege sind markiert, um Abstand zu halten. Und doch komme man sich zu oft zu nah, sagen Mitarbeiter. Müsse einer eilig etwas bei einer Arbeitsstation des Kollegen scannen oder ein Techniker dort arbeiten, rückten sie zusammen.

Es ist selten, dass sich Amazon-Angestellte mit Namen und Bild in der Presse zitieren lassen, die allermeisten haben Angst, den Job zu verlieren. Die Amerikanerin Allegra Brown, 23, Amazon-Lagerarbeiterin in Avenel, New Jersey, tut es trotzdem. Sie sagt, dass sie Angst habe, zur Arbeit zu gehen, Angst, sich anzuste-

cken. Wenn sie mit Jeff Bezos sprechen könnte, ihrem obersten Chef, was würde sie ihm sagen? »Dass wir Arbeiter nicht viel verlangen, aber wir möchten mit Respekt behandelt werden.« In den vergangenen Monaten sei das nicht der Fall gewesen. Zwar sei ihre Arbeit als »essenziell« eingestuft worden, und sie sei ihrem Job trotz Pandemie nie ferngeblieben, »aber in Wahrheit sind wir den Chefs völlig egal«, sagt Brown.

Der Arbeit bleibt auch in Deutschland nicht jeder fern, der sich schlecht fühlt. Jedem Mitarbeiter zahlte Amazon bis vor Kurzem zwei Euro mehr pro Stunde, wenn er arbeitete. Zugleich riskieren befristete Kollegen ihren Job, wenn sie sich häufiger krankmelden. »Da haben sich viele auch erkältet zur Arbeit geschleppt«, sagt ein deutscher Mitarbeiter. »Das genau war das Ziel von Amazon: auspressen, wo es geht«, zürnt Orhan Akman, zuständiger Bundesfachgruppenleiter der Gewerkschaft Ver.di über die Zwei-Euro-Regel. Die Gesundheit der Beschäftigten werde fahrlässig dem Profit untergeordnet.

Amazon widerspricht: Mitarbeiter seien von Anfang an informiert worden, mit Erkältungsanzeichen nicht zur Arbeit zu kommen, und nach Hause geschickt worden. Man tue alles, um die Mitarbeiter zu schützen. In Winsen habe es seit Ende April keinen neuen Covid-19-Fall gegeben.

Händler von Amazons Gnaden

Geschätzt rund sieben Milliarden Pakete lieferte Amazon im vergangenen Jahr weltweit aus. Etwas mehr als die Hälfte aller Güter kommt dabei von Drittanbietern, also unabhängigen Händlern, die die Plattform für ihre Geschäfte nutzen. Sie machen zusammen rund 60 Prozent des gesamten Handelsvolumens aus. Ihnen bietet Amazon eine nie dagewesene Chance, Kunden zu erreichen – und ein großes Risiko: Läuft mal etwas schief, straft Amazon die Händler ab.

Alexander Meier, Kaffeehändler in Deutschland, erinnert sich noch daran, wie ihn einmal ein Mitarbeiter des Konzerns angerufen habe: Es gebe da ein Problem. Drei Kunden aus Frankreich hätten sich beschwert, ihre Ware sei nicht in den versprochenen vier Tagen Lieferfrist angekommen. Mehr als hundert Pakete hatte Meier nach eigenen Angaben an französische Kunden verschickt. Doch der Transportdienst DHL streikte. Meier sollte einen sogenannten Maßnahmenplan erstellen, aber was sollte er groß ändern? Amazon sperrte daraufhin seinen Account für Frankreich.

Meier weiß, dass er Amazon viel zu verdanken hat. »Ohne Amazon wäre ich heute nicht da, wo ich bin. Wir Händler können über diese Plattform unglaubliche Umsätze in kürzester Zeit machen, in die ganze Welt verkaufen, ohne eigene teure Website«, sagt Meier. »Aber wer als Händler ein Problem hat, den lässt der Konzern allein.« Amazon verweist darauf, ohne den Namen des Händlers zu kennen, könne man zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen. Doch Meier mag seinen richtigen Namen nicht nennen, aus Angst, Amazon könnte ihn sanktionieren und von der Plattform werfen, und so geht es vielen.

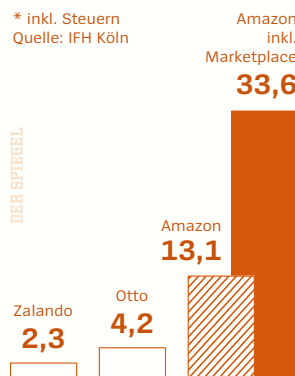
Zu schaffen macht Händlern auch, dass bei Amazon fast alles automatisiert läuft – Computerprogramme überwachen Anbieter und Waren, Lieferzeiten und Retouren, Kundenanfragen und Bestellungen.

Immer wieder passieren dabei Fehler, kritisieren Unternehmer. In der Coronakrise etwa habe der Amazon-Algorithmus den Verkauf von Artikeln gestoppt, weil er Preise als Wucherpreise herausfilterte, die sich gar nicht verändert hätten. Auf Anfrage teilte das Unternehmen mit, man biete »keinen Raum für Preistreiberei« und sei enttäuscht über »unlautere Versuche«, in der Gesundheitskrise »die Preise für Produkte des Grundbedarfs künstlich zu erhöhen.« Bei einem Shopbetreiber

Übermächtig

Umsätze in Deutschland in Endverbraucherpreisen 2019*, in Milliarden Euro

* inkl. Steuern
Quelle: IFH Köln



soll der Konzern den Verkauf von Batteriekabeln gestoppt haben, weil Amazons Programm sie mit Batteriesäure in Verbindung gebracht und als Gefahrgut vom Verkauf automatisch ausgeschlossen habe. Wochenlang sei es dabei geblieben, 20 000 Euro Umsatzverlust musste der Händler nach eigener Aussage verkraften.

Umgekehrt verzeiht Amazon kaum Fehler von Händlern. Peter Marx* etwa verkaufte erfolgreich T-Shirts über Amazon, bis er einmal vergaß, 150 Sendungen als versandt zu markieren. Daraufhin sei sein Account gesperrt worden. Als die Sperre Wochen später aufgehoben wurde, sei er im Verkäuferranking weit nach unten gerutscht, für Kunden kaum mehr sichtbar, sagt Marx. Sein Umsatz sei eingebrochen, sieben Leute habe er entlassen müssen. »Ich habe alles getan, um bei Amazon verkaufen zu können. Dort sind die Kunden. Aber es ist ein Angstregime«, sagt er.

Etwa ein Fünftel der Händler auf Amazons Portal habe Probleme »und das oft unverschuldet«, schätzt der E-Commerce-Experte Mark Steier. »Das bringt manche Firmen in Existenznot. Amazon bietet die Chance, viel Geld zu verdienen, lässt die Händler aber im Zweifel verhungern.«

Amazons Umgang mit den Partnern rief im vergangenen Jahr das Bundeskartellamt auf den Plan. Es verpflichtete den Konzern, künftig über Accountsperrungen zu informieren und sie zu begründen, um Widerspruch zu ermöglichen. »Viel wird das nicht helfen«, glaubt Steier. »Die Gründe werden nicht immer klar benannt, und mit Amazon will sich keiner anlegen.«

Kaum etwas zeigt den ruppigen Umgang mit Händlern so sehr wie Amazons sogenannte A-bis-Z-Garantie. »Teufelszeug« nennt ein Händler dieses Instrument. Was es bedeutet, hat auch Marx schon erlebt: Kunden hatten T-Shirts bei ihm bestellt und behauptet, die Qualität stimme nicht. Amazon habe entschieden, dass sie ihr Geld zurückbekommen, abgebucht aber wurde es von Marx' Händlerkonto. Den größten Teil der Ware habe er nie wiedergesehen.

Wenn Kunden an Amazon schreiben, die gekauften Artikel seien beschädigt oder gebraucht, werden sie auf Händlerkosten entschädigt. »Dann verliert man oft die Ware und zugleich sein Geld«, klagt Marx. Hunderte Male habe er das so erlebt. Zwar urteilte der Bundesgerichtshof im Mai, die Händler seien an Amazons Entscheidung nicht gebunden und könnten ihr Recht ge-



Mitarbeiter im Sortierzentrum Garbsen: »Prinzip ›Friss oder stirb‹«

PETER STEFFEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

genüber den Kunden einklagen. Das aber hieße auch, sich mit Amazon anzulegen. »Man muss es schlucken oder macht sich bei Amazon unbeliebt«, sagt Marx.

Der Konzern kontert, das sei nicht korrekt. Mit der A-bis-Z-Garantie schütze man die Kunden, Verkaufspartner könnten Widerspruch einlegen. Doch während Kunden rund um die Uhr per E-Mail, Telefon oder Chat hofiert werden, bietet Amazon den Händlern meist nur die Chance, sich schriftlich zu beschweren – manchmal kommt tagelang keine Reaktion oder nur ein Standardbrief, der kaum weiterhilft.

Wenn sich Beschwerden von Kunden häuften, heißt es dazu bei Amazon, setze man darauf, dass der Händler das Problem selbst erkenne und behebe. Der Konzern gebe jedes Jahr Milliarden aus, »um Verkaufspartnern zu helfen, auf unseren Websites erfolgreich zu sein«.

»Amazon regiert nach dem Prinzip ›Friss oder stirb‹«, sagt Gerrit Heinemann, Handelsexperte und Wirtschaftswissenschaftler, »das ist Macht, reine Macht.«

Was sich verkauft, bietet Amazon selbst an

Vielleicht braucht der Konzern die Händler auch bald gar nicht mehr. Denn Amazon schickt sich mit typischer Radikalität an, selbst zum führenden Anbieter für Markenartikel zu werden. Immer häufiger verkauft das Unternehmen Markenware direkt, schaltet also den Zwischenhandel aus. Für Marcus Diekmann ist das allerdings eine natürliche Entwicklung, nicht aufzuhalten. »Auf Amazon ist kein Platz mehr für Händler«, glaubt der Geschäftsführer des Fahrradhändlers Rose Bikes. Amazon übernehme bereits klassische Handelsfunktionen, sagt er, »natürlich ist das unfair für Händler«.

Amazons Trick: Der Konzern nutzt die Händler auf seinem Portal als Trüffelschweine. Sie spüren auf, wo Trends liegen, was Kunden kaufen oder verschmähen. Vielversprechende Produkte kann Amazon dann selbst anbieten. Händler berichten zudem, dass der Konzern die Preise so weit senke, bis der Ursprungshändler daran nichts mehr verdiene und den Verkauf beende. So bestimme Amazon am Ende die Preise. Das bestreitet der Konzern. »Ich bin großer Fan von Amazon. Amazon ist Innovationstreiber, hat den Handel mit seiner absoluten Kundenzentrierung besser gemacht und ist damit mein Vorbild«, sagt Rose-Bikes-Geschäftsführer Diekmann. Aber es brauche gesetzliche Regeln, die Preisdumping verhinderten.

Selbst gegen Markenhersteller, die sich Amazon verweigern, geht der Konzern vor. Der Sandalenhersteller Birkenstock und die Taschenfirma Ortlieb verkaufen ihre Ware lieber über andere Händler. Amazon baute sein Angebot so um, dass Kunden bei einer Internetsuche nach den Firmen trotzdem auf das Portal des Konzerns gelotst wurden, wo sie ähnliche Produkte oder die Originale fanden. Bis zum Bundesgerichtshof ging Ortlieb, um das zu unterbinden. Um Birkenstock-Sandalen anbieten zu können, hatte Amazon offenbar Ware von Dritthändlern aufgekauft, zum Ärger der Firma.

Amazon teilt mit, Händler könnten Produkte eines Herstellers rechtmäßig aus verschiedenen Quellen erwerben und weiterverkaufen. Man selbst wolle »es Kunden so einfach wie möglich machen, alles, was sie online kaufen möchten, zu finden«. Der Kundenzweck, so scheint es, heiligt die Mittel.

Das »Wall Street Journal« berichtete vor einigen Wochen zudem, Mitarbeiter würden heimlich die Daten von Händlern auf der Plattform nutzen, um die Produkte als Eigenprodukt herauszubringen. Amazon wies die Vorwürfe zurück und kündigte eine interne Untersuchung an.

Auch die EU-Kommission wird nun Amazons doppelte Rolle als Onlinemarktplatz für Dritte und Einzelhändler ausleuchten. Dass Vestager für den Konzern keine große Sympathie hegt, ließ sie kürzlich schon mal wissen: »Sie werden es nicht glauben, aber man kann im Internet einkaufen, ohne bei Amazon zu bestellen«, sagte sie in einem Interview mit dem SPIEGEL. »Ich habe gerade Sonnenschirme geordert – nicht bei Amazon.«

Kristina Gnirke, Claus Hecking, Guido Mingels, Peter Müller

* Name geändert.

Wirtschaft verstehen. Mehr erreichen.

Entdecken Sie das neue gemeinsame Digitalangebot von
manager magazin und Harvard Business manager.

manager magazin

Das neue digitale manager magazin liefert **exklusive Insider-Stories** aus Wirtschaft und Unternehmen, erklärt die **aktuellen Trends** und bietet **mehr Hintergrund – investigativ recherchiert und hochaktuell.**

Harvard Business manager

Nutzen Sie das Wissen der besten Hochschulen der Welt. Das neue Digitalangebot unterstützt Sie mit **praxisorientierten Tipps und Tools** in Ihrem Führungsalltag. **Werden Sie Teil der Harvard-Community**, und lassen Sie sich inspirieren.



Für alle, die mehr erreichen wollen:
Jetzt entdecken auf [manager-magazin.de](https://www.manager-magazin.de)

und in der kostenlosen App
manager-Nachrichten



In alter Freundschaft

Skandale Bei seinen Bilanztrickereien in Asien konnte Wirecard offenbar auf ein Netzwerk aus Ex-Mitarbeitern zählen. Dazu gehört auch der Sohn eines Mitgründers auf den Philippinen.



Unternehmer Bauer-Schlichtegroll bei Manila 2016: Wie vom Erdboden verschluckt

Auf den ersten Blick haben das »Gold«-Restaurant in Londons Hipsterviertel Notting Hill, das Busunternehmen Fröhlich Tours in Parañaque City, einem Randbezirk der philippinischen Hauptstadt Manila, und der Ascheimer Skandalkonzern Wirecard nichts miteinander gemein.

Tatsächlich aber spielt bei allen dreien ein Mann eine zentrale Rolle, der helfen könnte, den Wirtschaftskrimi um Wirecard aufzuklären. Wäre er nicht wie vom Erdboden verschluckt: Christopher Bauer-Schlichtegroll, »Director« des Gold, Fröhlich-Tours-Investor und lange Wirecards Handlanger in Asien – dem Hotspot der mutmaßlichen Bilanzbetrügereien des Finanzkonzerns.

Bauer-Schlichtegroll und Gattin Belinda arbeiteten nach SPIEGEL-Informationen für die philippinischen Zahlungsabwickler PayEasy und Centurion, über die Wirecard einen Großteil seiner angeblichen Asienumsätze und damit seiner Gesamterlöse erwirtschaftete. PayEasy und Centurion fungierten als Drittpartner, die Wirecard einschaltete, weil das bayerische Unternehmen in Fernost keine Lizenz hatte, um selbst Zahlungen abzuwickeln.

Bauer-Schlichtegrolls Vater Paul gehörte einst zu den Wirecard-Gründern, Sohn Christopher fungierte vor seiner Unternehmerkarriere als Geschäftsführer der Wire-

card-Niederlassung auf den Philippinen, der ersten Dependence, die der Konzern 2007 in Asien aufgemacht hatte. Von dort sollte er den Kontinent erobern.

Inzwischen wird immer klarer: Wirecard dürfte einen Großteil der Umsätze erfinden haben, vor allem in Asien, um eine flotte Börsenstory erzählen zu können. Dabei half den Ascheimern offenkundig ein Alumni-Netzwerk. Eine wesentliche Rolle scheinen Ex-Mitarbeiter wie Bauer-Schlichtegroll gespielt zu haben, die kurz nach ihrem Ausstieg bei anderen, kleineren Zahlungsabwicklern auftauchten, dort dubiose Geschäfte machten und als Partner des deutschen Konzerns auftraten.

Das gelang so gut, dass schlampige Aufseher und Bilanzprüfer auf die Fata Mor-



Wirecard-Manager Marsalek um 2018

Fake-Lebenszeichen per Twitter

gana hereinfließen und Wirecard bis in den deutschen Börsenolymp Dax aufsteigen konnte. Mittlerweile ist das Unternehmen insolvent, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Bilanzbetrug. Verschwunden sind Ex-Vorstand und Drahtzieher Jan Marsalek sowie 1,9 Milliarden Euro, die als Polster für Zahlungsausfälle von Kunden in Asien ausgewiesen waren.

Ohne Drittpartner wie PayEasy und Centurion hätte der mutmaßliche Bilanzschwindel nicht funktioniert. Doch die Vorwürfe reichen weiter: Die philippinischen Behörden ermitteln gegen PayEasy und Centurion wegen möglicher Geldwäsche und Betrug; der Verdacht, illegale Zahlungen abzuwickeln, schwebt schon seit Langem über Wirecard.

Auch Bauer-Schlichtegrolls Fröhlich Tours wirft Fragen auf. Wer sich auf der Website umschaut, kann durch wenige Klicks kurioserweise auf die Seiten von Onlinewettanbietern wie Betano gelangen. Wirecard hatte als Abwickler von Zahlungen für Glücksspielseiten im Netz angefangen, sich nach eigenen Angaben davon aber weitgehend gelöst.

Wirecards Netzwerk funktionierte auch in Singapur. Dort trat im Februar 2018 ein Mann als Chef des Zahlungsdienstleisters Ocap an, der noch ein paar Wochen zuvor für Wirecard in der Türkei gearbeitet hatte: Carlos Häuser. Seine Frau, Brigitte Häuser-Axtner, war zur gleichen Zeit unter anderem für das Singapur-Geschäft von Wirecard zuständig. Noch im selben Jahr sollen 115 Millionen Dollar von Wirecard Singapur als Kredit an Ocap geflossen sein.

Was mit dem Geld geschah, ist unklar. Doch was über Ocap in Erfahrung zu bringen ist, macht wenig Hoffnung auf seriöse Geschäfte: Das Unternehmen firmierte zuvor unter dem Namen Senjo Trading. Gegen die Senjo Group ermittelt Singapurs Finanzaufsicht MAS derzeit wegen des Verdachts auf Bilanzbetrug und Treuhändergeschäfte ohne Lizenz.

Senjo wurde von Wirecard jahrelang als einer von drei großen Drittpartnern geführt, der für einen Großteil der Konzernumsätze verantwortlich gewesen sein soll. Die MAS ermittelt darüber hinaus gegen eine weitere Firma namens Citadelle, die als Treuhänder für Wirecard Ende 2018 eine Milliarde Euro verwaltet haben soll.

War Wirecards Asiengeschäft also ein kompletter Fake? Auffällig jedenfalls ist, dass der für Singapur zuständigen Managerin Häuser-Axtner seit wenigen Tagen die Prokura fehlt, wie aus Handelsregister-einträgen hervorgeht. Offenbar beginnt Insolvenzverwalter Michael Jaffé damit, das Asiengeflecht auszumisten.

Im Wirecard-Umfeld heißt es, Jaffé versuche Vermögen zu sichern, das an internationalen Standorten liege. Wo immer das möglich sei, würden Gelder eingefro-

ren oder verantwortliches Personal aus dem Verkehr gezogen, um Geldabflüsse zu verhindern. Entmachtet wurde auch Stephan Erffa, der Finanzvorstand Alexander von Knoop und dessen Vorgänger Burkhardt Ley zuarbeitete. Erffa diente als wichtiger Ansprechpartner für die Statthalter in Singapur, wenn es um das Zahlenwerk in Asien ging. Weder er noch Häuser und seine Frau oder Christopher Bauer-Schlichtegroll, der in der Vergangenheit Vorwürfe etwaigen Fehlverhaltens stets zurückgewiesen hat, waren erreichbar.

Anders als Paul Bauer-Schlichtegroll, der bis 2009 Wirecards Aufsichtsrat vorsah, heute zwischen Europa und Asien pendelt und in Laos das Hotel »NamKhan Project« betreibt. Wirecard-Insider vermuten, er stehe noch immer in Kontakt mit Ex-Chef Markus Braun. Dem SPIEGEL sagte Bauer-Schlichtegroll senior nur, seit seinem Abschied von Wirecard habe er »mehr oder weniger keinen Kontakt zu den Beteiligten oder dem Unternehmen«.

Die Frage, welche Art von Geschäften Wirecard und Marsalek, der als Einfädler der Asiengeschäfte gilt, tatsächlich betrieben haben, wird immer lauter. Die bisherigen Antworten fallen verstört aus. Marsalek, der gegenüber Geschäftspartnern mit seinen Geheimdienstkontakten geprahlt haben soll, war offenbar geheimer Informant der rechtspopulistischen FPÖ in Österreich, berichtet die Wiener Tageszeitung »Die Presse«. Marsalek soll einem Mittelsmann Insiderwissen aus dem Verfassungsschutz weitergegeben haben, das dieser wiederum an den FPÖ-Politiker Johann Gudenus weiterreichte.

Die britische »Financial Times« förderte eine noch bizarrere Geschichte ans Licht. Danach soll Marsalek bei einem Treffen mit Börsenhändlern Geheimdienst Dokumente vorgelegt haben, die die Formel für das Nervengas Nowitschok enthalten hätten – jenes Gift, mit dem 2018 der russische Ex-Doppelagent Sergej Skripal und dessen Tochter angegriffen worden waren.

Marsaleks Spur hat sich derweil verloren. Zunächst wurde er auf den Philippinen vermutet, inzwischen haben die Behörden mitgeteilt, dass er dort nie eingereist sei. Das Justizministerium in Manila hat Ermittlungen gegen zwei Mitarbeiter angeordnet, die Einträge über seine Einreise gefälscht haben sollen.

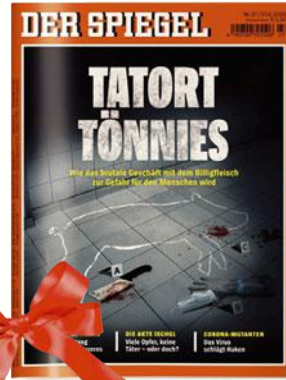
Auch zu Vertrauten hat er den WhatsApp-Kontakt abgebrochen, nur auf Twitter finden sich noch Lebenszeichen – offenbar von einem Fake Account versandt. Der letzte Eintrag datiert vom 7. Juli und zeigt eine aufs Meer gerichtete Kanone. »I am in a defense position right now«, »ich bin jetzt in Verteidigungshaltung«, schreibt dort jemand unter dem Namen Jan Marsalek.

Tim Bartz, Martin Hesse, Nicola Naber

DER SPIEGEL

Schenken Sie Lesefreude.

Jetzt Ihren Wunschtitel verschenken und Gutscheine sichern.



DER SPIEGEL für ½ Jahr – 26 Ausgaben für nur €5,30 pro Ausgabe.



SPIEGEL WISSEN für 1 Jahr – 4 Ausgaben für nur €8,- pro Ausgabe.



SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr – 6 Ausgaben für nur €8,- pro Ausgabe.



»Dein **SPIEGEL**« für 1 Jahr – 12 Ausgaben für nur €4,- pro Ausgabe.

Ihr Geschenk:
ein Amazon.de Gutschein
in Höhe von €20,-.



Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/geschenk

oder telefonisch unter 040 3007-2700

»Unser Wohlstand wird nicht vom Staat erzeugt«

SPIEGEL-Gespräch Der Wirtschaftswissenschaftler Clemens Fuest über das Wunschdenken der Bundesregierung, Italiens Schulden und darüber, warum er die Curevac-Beteiligung für einen Fehler hält

Fuest, 51, führt seit 2016 das Ifo-Institut. In seinem neuen Buch »Wie wir unsere Wirtschaft retten« analysiert der ordoliberalen Ökonom die Folgen der Pandemie und erklärt, wie Deutschland reagieren sollte.*

SPIEGEL: Herr Fuest, in den vergangenen Monaten hat der Staat in beispielloser Weise in das Alltagsleben und in die Wirtschaft eingegriffen: mit Verhaltensaufgaben, Konjunkturprogrammen, Subventionen. War das alles nötig?

Fuest: Die Regierung hat im Großen und Ganzen richtig gehandelt, sowohl beim Kampf gegen das Coronavirus als auch in der Wirtschaftspolitik. In einer solchen Krise funktionieren Märkte nicht richtig, deshalb sollte der Staat eingreifen. Genau so wichtig aber ist, dass die Politik nach der akuten Krise den Ausstieg aus den Notmaßnahmen findet. Wir müssen aufpassen, dass wir keine staatlich gelenkte Wirtschaft bekommen.

SPIEGEL: Sehen Sie diese Gefahr?

Fuest: Ja, mir wird derzeit zu viel über öffentliche Ausgaben und zu wenig über den nötigen Freiraum für die Privatwirtschaft geredet. Unser Wohlstand wird aber nicht vom Staat erzeugt, sondern von Unternehmern und Beschäftigten. So reibungslos wie nach der Finanzkrise, wo die Konjunktur rasch wieder Tritt fasste, wird es diesmal nicht laufen.

SPIEGEL: Als das Virus seinen Siegeszug antrat, hat die Regierung große Teile der Wirtschaft lahmgelegt. War der Lockdown übertrieben?

Fuest: Nein. Erfahrungen aus früheren Pandemien wie der Spanischen Grippe sprechen dafür, dass die wirtschaftlichen Schäden kleiner ausfallen, wenn die Seuche entschlossen bekämpft wird. Solange sich das Virus verbreitet,

fahren die Menschen selbst ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zurück. Sie konsumieren und produzieren weniger, weil sie sich vor Ansteckung fürchten. Das Virus muss eingedämmt werden, bevor die Wirtschaft sich erholen kann. Den Widerspruch zwischen Gesundheits- und Wirtschaftsinteressen, von dem in der Coronakrise viel die Rede war, gibt es in Wahrheit nicht.

SPIEGEL: Trotzdem haben viele Firmen gigantische Verluste angehäuft und müssen nun vom Staat gerettet werden, durch Kredite oder direkte Beteiligungen. Stehen wir vor einer Art Corona-Sozialismus?

Fuest: Das will ich nicht hoffen. Dass sich der Staat an bestimmten Firmen beteiligt, um sie vor der Pleite zu bewahren, kann richtig sein. Die Regierung sollte dann durchaus auch Bedingungen stellen, zum

Beispiel, dass die Unternehmen vorübergehend keine Dividenden zahlen. Falsch wäre es, wenn sich der Staat ins operative Geschäft einmischte.

SPIEGEL: Aber der Staat ist nun mal neuer Miteigentümer. Hat er nicht die Pflicht, etwa auf ökologische Produktionsverfahren zu drängen?

Fuest: Nein. Wenn der Staat die Umwelt schützen will, muss er Auflagen erlassen, die für alle Firmen gelten, nicht nur für die mit Staatsbeteiligung. Manager-Boni zu begrenzen ist richtig. Politische Vorgaben für das Tagesgeschäft zu machen ist nicht der richtige Weg.

SPIEGEL: Die Lufthansa bekommt rund neun Milliarden Euro vom Staat und will zugleich 22 000 Stellen streichen. Muss der Staat so etwas nicht verhindern?

Fuest: Der Staat sollte keine Jobs garantieren, wenn das Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert. Es spricht einiges dafür, dass die Menschen nach der Krise nicht mehr so viel fliegen. Darauf muss sich die Lufthansa einstellen, auch indem sie Stellen abbaut. Wenn man der Regierung glaubt, will sie ihre Lufthansa-Anteile so rasch wie möglich abstoßen. Das kann sie aber nur, wenn das Unternehmen wirtschaftlich gesund ist.

SPIEGEL: Der Staat ist auch beim Impfstoffhersteller Curevac eingestiegen. War das sinnvoll?

Fuest: Nein, Curevac ist ein gesundes Unternehmen. Es drohte keine Insolvenz und auch keine Übernahme.

SPIEGEL: Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier will sich den Zugriff auf einen möglichen Corona-Impfstoff sichern und eine Hightech-Perle im Land halten. Ist das nicht Grund genug?

Fuest: Die Bundesregierung hat gerade erst ein Gesetz verschärft, das es ihr erlaubt, ausländische Übernahmen zu verhindern. Das könnte sie, wenn nötig, einsetzen. Wenn es ihr um die Versorgung mit Impfstoffen ginge, könnte sie



DIRK BRUNIECKI / DER SPIEGEL

Ökonom Fuest: »Insolvenzen werden sich nicht vermeiden lassen«

* Clemens Fuest: »Wie wir unsere Wirtschaft retten – Der Weg aus der Coronakrise«. Aufbau; 277 Seiten; 18 Euro.



SIMONE PADOVANI / AWAKENING / GETTY IMAGES

Kellner, Gäste in venezianischem Café nach der Corona-Pause: »Das Virus muss eingedämmt werden, bevor die Wirtschaft sich erholen kann«

entsprechende Verträge aushandeln. Eine staatliche Beteiligung ist hier nicht das richtige Instrument, weil sie den Wettbewerb verzerren könnte.

SPIEGEL: Ist es nicht trotzdem richtig, dass Altmaier versucht, die Versorgung mit Impfstoffen, Medikamenten, Schutzausrüstung und Masken sicherzustellen?

Fuest: Es war sicherlich ein Versäumnis, dass in Deutschland beim Ausbruch der Pandemie nicht ausreichend Schutzkleidung und Masken verfügbar waren. Das bedeutet aber nicht, dass die Regierung zu diesem Zweck Firmen aufkaufen sollte.

SPIEGEL: Die Bundesregierung will bei Medizingütern unabhängiger von China werden und wieder stärker in Deutschland produzieren lassen. Ist das klug?

Fuest: Man darf heimische Produktion und Versorgungssicherheit nicht verwechseln. Auch in Deutschland kann eine Seuche wüten oder aus anderen Gründen die Produktion ausfallen, dann nützt die heimische Herstellung gar nichts. Es ist besser, dafür zu sorgen, dass es mehrere Lieferanten aus unterschiedlichen Ländern gibt.

SPIEGEL: Der Welthandel hat sich in der Krise weiter abgeschwächt. Lieferketten sind gerissen, der Protektionismus hat zugenommen. Ist es da nicht vernünftig, die Wirtschaft stärker national aufzustellen?

Fuest: Im Gegenteil. In diesen Tagen liegt die Lösung in mehr und nicht in weniger Globalisierung. Wer seine Vorprodukte nur aus einer einzigen Quelle in China bezieht, täte gut daran, sich weitere Lieferanten in Vietnam, Indien oder Mexiko zuzulegen. Genau wie es von Vorteil ist, seine Produkte in alle Welt zu liefern, statt sich auf einen Abnehmer zu beschränken. Nach der Finanzkrise hat die deutsche Industrie davon profitiert, dass sie ihre Autos und Maschinen nicht nur im schwächelnden Euroraum, sondern auch in den boomenden Märkten Chinas und Nordamerikas verkaufen konnte.

SPIEGEL: Um die heimische Wirtschaft anzukurbeln, hat die Regierung ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket aufgelegt. Reicht das?

Fuest: Dass die Regierung die Wirtschaft nach dem weitgehenden Stillstand im Frühjahr wieder anschiebt, ist richtig. Man sollte sich davon aber nicht zu viel versprechen. Die Maßnahmen werden die

»Diesen Verlust kann kein Konjunkturprogramm aus der Welt schaffen.«

Wirtschaftsleistung in diesem Jahr nach Schätzungen nur um ungefähr einen Prozentpunkt erhöhen. Durch die Coronakrise ist die Produktion stark eingebrochen. Diesen Verlust kann kein Konjunkturprogramm aus der Welt schaffen.

SPIEGEL: Bundesfinanzminister Olaf Scholz sprach von »Wumms«, Wirtschaftsminister Altmaier hat versprochen, dass keine Firma wegen Corona pleitegehen soll. War das zu vollmundig?

Fuest: Es gibt eine rhetorische Grauzone zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, wenn die Politik in einer schweren Krise Optimismus verbreiten will. Was hätten wir gesagt, wenn die Minister ausgiebig darüber spekuliert hätten, wie furchtbar alles wird?

SPIEGEL: Genau das tun die Ökonomen in diesen Tagen. Für den Herbst sagen sie eine Welle von Insolvenzen voraus.

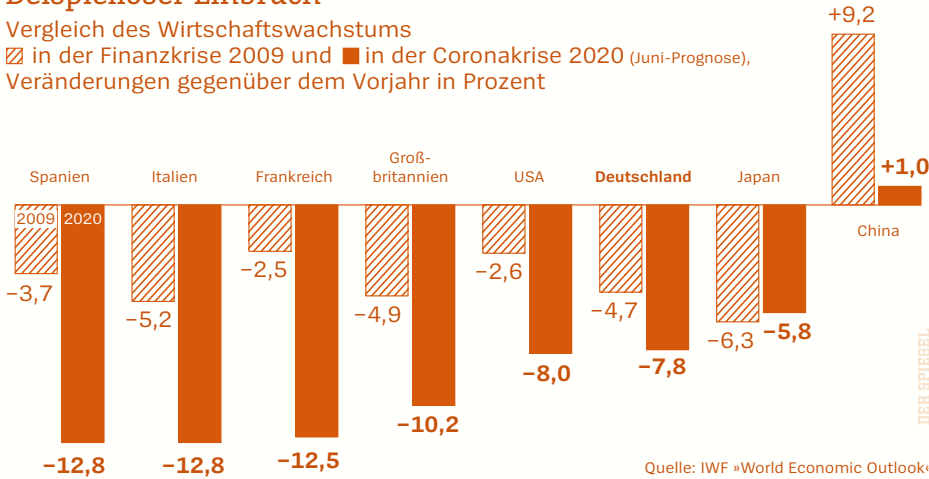
Fuest: Insolvenzen werden sich nicht vermeiden lassen, ob es eine Insolvenzwelle wird, bleibt abzuwarten. Die Hoffnung, dass auf den schnellen Absturz ein ebenso schneller Wiederaufstieg folgt, war zu optimistisch. Wir müssen akzeptieren, dass die Krise lange dauern wird und Arbeitsplätze verloren gehen. Auch Kurzarbeit kann das nicht ganz verhindern.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Beispielloser Einbruch

Vergleich des Wirtschaftswachstums

▨ in der Finanzkrise 2009 und ■ in der Coronakrise 2020 (Juni-Prognose), Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Fuest: Kurzarbeit sorgt dafür, dass die Beschäftigten in ihrem bisherigen Betrieb bleiben. Das ist gut, wenn die Wirtschaft nach der Krise ungefähr genauso aussieht wie vorher. Wenn es aber fundamentale Veränderungen gibt, weil zum Beispiel nach Corona weniger geflogen wird, kann Kurzarbeit den notwendigen Wandel auch behindern.

SPIEGEL: Die Regierung hat während der Krise beschlossen, das Kurzarbeitergeld zu verlängern. War das falsch?

Fuest: Nein, es ging ja auch darum, den Betroffenen erst einmal Sicherheit zu geben und den Konsum zu stützen. Aber je länger die Krise dauert, desto stärker muss man den Strukturwandel auch zulassen.

SPIEGEL: Was kann die Regierung tun?

Fuest: Sie kann Weiterbildung und die Gründung neuer Firmen fördern. Sie kann die Unternehmen von Bürokratie befreien und ihre Steuerlast senken.

SPIEGEL: Viele Unternehmen erzielen derzeit ohnehin keine Gewinne, was bringen da Steuererleichterungen?

Fuest: In der aktuellen Krisensituation sollte man sich auf Verlustausgleich und beschleunigte Abschreibungen konzentrieren. Aber perspektivisch ist es wichtig, dass wir bei der Unternehmensteuer auf 25 Prozent heruntergehen und das frühzeitig ankündigen, so wie das auch viele Länder um uns herum getan haben.

SPIEGEL: Wenn die Krise vorbei ist, müssen erst einmal die Staatsschulden sinken. Sprüche das nicht für höhere Steuern?

Fuest: Wenn das Wirtschaftswachstum zurückkehrt, wird der Staatshaushalt automatisch entlastet. Falls das nicht reicht, muss man sowohl Ausgabenkürzungen als auch höhere Steuern in den Blick nehmen. Aber man sollte dann nicht die Unternehmen- oder die Einkommensteuer erhöhen, sondern eher die Mehrwertsteuer oder die Grundsteuer, die weniger wachstumsfeindlich sind.

SPIEGEL: In der Krise werden vor allem die kleinen Einkommen belastet. Und Sie wollen die Mehrwertsteuer erhöhen, die vor allem Geringverdiener belastet?

Fuest: Das tut sie nur dann, wenn sie auf die Verbraucher in Form von höheren Preisen übergewälzt wird. Aber wir erleben ja gerade bei der Mehrwertsteuersenkung, dass das nur in geringem Umfang passiert. Trotzdem sollte man gegebenenfalls Sozialtransfers wie etwa die Hartz-IV-Sätze erhöhen, um Belastungen durch eine Mehrwertsteuererhöhung auszugleichen.

SPIEGEL: Wird die Coronakrise die Ungleichheit verstärken?

Fuest: Voraussichtlich werden die Einkünfte hoch und niedrig qualifizierter Arbeitnehmer durch die Krise und den beschleunigten Strukturwandel noch stärker auseinanderdriften als bisher. Das kann man aber nicht mit dem Steuer- und Transfersystem allein ausgleichen, sondern man muss in das Schul- und Bildungssystem investieren. Wir brauchen Programme, die Arbeitnehmer befähigen, in einer stärker digitalisierten Welt erfolgreich zu sein, und wir brauchen mehr schulische Förderung von Kindern aus bildungsfernen Milieus.

SPIEGEL: Über den Wiederaufbaufonds der EU sollen 750 Milliarden Euro in besonders stark von Corona betroffene Länder fließen. Ist das das richtige Instrument?



Fuest (M.), SPIEGEL-Redakteure*
»Kurzarbeit kann den Wandel behindern«

* Martin Hesse und Michael Sauga in München.

Fuest: Ich bin für diesen Fonds. Es ist richtig, jetzt Solidarität zu zeigen. Aber die Hilfen sollten Reformen unterstützen, die Wachstum und Beschäftigung stärken.

SPIEGEL: Ist denn ausreichend Reformbereitschaft zu erkennen?

Fuest: Man muss abwarten, welche Reformpläne die Länder vorlegen, die Hilfen beantragen. Wir sollten aber nicht in den alten Fehler verfallen, einzelne Mitgliedstaaten aus Brüssel regieren zu wollen. Die wirtschaftlichen Probleme sind nur aus den Ländern selbst heraus zu lösen. Daher ist es am besten, wenn sie selbst Reformprogramme vorlegen. Italien hat bereits ein Reformpaket angekündigt, das durchaus vielversprechende Elemente enthält, etwa mehr öffentliche Investitionen und Entbürokratisierung.

SPIEGEL: Wird der Rettungsfonds reichen, oder rechnen Sie mit einer neuen Eurokrise?

Fuest: Der Fonds ist eine Hilfe, aber er kann nichts daran ändern, dass einige Länder in Europa – insbesondere Italien – in Schwierigkeiten sind, weil sie seit Langem kaum wachsen und ihre ohnehin hohen Staatsschulden durch die Krise noch einmal gestiegen sind.

SPIEGEL: Wie können diese Länder aus der Schuldenfalle herauskommen?

Fuest: Der Königsweg bestünde darin, aus den Schulden herauszuwachsen. Wenn das nicht klappt, wird es schwierig. Ein Schuldenschnitt wäre denkbar, würde aber im Fall Italiens vor allem Verluste für die heimischen Sparer bedeuten. Man könnte einen Teil der Schulden auch abbauen, indem man eine temporäre Vermögensteuer einführt, möglicherweise beschränkt auf Immobilien, um eine Kapitalflucht zu verhindern. Die würde das Wirtschaftswachstum weiter einbrechen lassen.

SPIEGEL: Im Moment sorgt die Europäische Zentralbank mit ihren niedrigen Zinsen dafür, dass die Staatsschulden tragbar sind. Kann das auf Dauer gut gehen?

Fuest: Die Niedrigzinspolitik der EZB kann lange weitergehen, es sei denn, die Inflation kehrt zurück.

SPIEGEL: So viel Glauben an die EZB haben Sie also noch, dass sie die Zinsen dann tatsächlich erhöhen würde?

Fuest: Es ist zu befürchten, dass die EZB zögern würde, gegen steigende Inflation vorzugehen, zumal der politische Druck groß wäre, die Zinsen niedrig zu halten. Lange ist das aber nicht durchzuhalten. Niedrigzinspolitik trotz steigender Inflation würde dazu führen, dass Investoren Staatsanleihen massenhaft abstoßen. Es ist deshalb gefährlich, von den Notenbanken zu erwarten, dass sie hoch verschuldeten Staaten helfen. Konkrete Anzeichen für drohende Inflation gibt es bislang aber nicht.

SPIEGEL: Herr Fuest, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL+

Ihr Plus: klarer, schneller, intuitiver



S+

Mehr. Alle Inhalte von SPIEGEL+ auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de)



Sichtbar. Exklusive Videoreportagen und -kolumnen



Persönlich. Individuelle Leseempfehlungen



Früher. Die digitale SPIEGEL-Ausgabe freitags ab 13 Uhr

Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!



abo.spiegel.de/plus

**Jetzt
1 Monat
gratis**



Lebensmittelausgabe in Berlin: »Von dem bisschen kann man nicht mal leben«

W wie Wahrsagerin

Sozialstaat Hartz-IV-Empfänger sollen mehr Geld bekommen – aber nur ein paar Euro. Sozialverbände kritisieren, das Berechnungssystem sei verzerrt, und die Grünen wollen eine radikale Reform.

Was braucht der Mensch zum Leben? Geht es nach dem Gesetz, dann sind es 432 Euro im Monat. So hoch liegt derzeit der Regelsatz in der Grundsicherung, die alle nur Hartz IV nennen. Genau 150,60 Euro davon sind für Nahrungsmittel vorgesehen. »Teilen Sie das mal durch 30 Tage, dann kommen Sie auf rund fünf Euro am Tag für Essen. Versuchen Sie mal, sich davon zu ernähren – und das auch noch gesund«, sagt Mandiro Knupfer-Singh.

Die 63-Jährige aus Bremen lebt seit 14 Jahren von Hartz IV. Sie spart, wo immer es geht. Ihre Kleiderkammer, ihr Computer und Handy sind von Bekannten gesponsert. Muss sie etwas ausdrucken, macht sie das bei Freunden. Als vor einigen Jahren ihre Waschmaschine kaputtging, nahm sie beim Jobcenter ein zinsloses Darlehen auf, das sie später von ihrem Regelsatz abstotterte.

Von Januar an wird sie voraussichtlich mindestens sieben Euro im Monat mehr bekommen. So sieht es ein Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vor. Darüber kann sie nur lächeln. »Von dem bisschen kann man nichts zur Seite legen«, sagt Knupfer-Singh, »von dem bisschen kann man nicht mal leben.«

Im Herbst wird der Bundestag das Gesetz zu den Regelsätzen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende verabschieden. Das Wort »Grundsicherung« sollte man wörtlich nehmen: Sie bewahrt derzeit rund 5,7 Millionen Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Kleinverdiener oder Kinder vor dem Fall nach ganz unten.

Heil hat die Regelsätze aufwendig neu berechnen lassen, so wie es alle fünf Jahre vorgesehen ist. Das klingt nach reiner Mathematik, in Wahrheit geht es auch um politische Werturteile: Was gehört zum »soziokulturellen Existenzminimum«, auf das jeder Bürger ein Anrecht hat? Wie ermittelt man es am saubersten? Und auf was muss verzichten, wer auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen ist? Im Raum steht die Frage, was ein würdiges Leben ist – und was sich der Staat das kosten lassen sollte.

In diesem Jahr dürfte die Debatte besonders heikel werden. Schon im Frühjahr forderten Sozialverbände, allen Grund-

Ein Restaurantbesuch für 9,89 Euro gehört zum Existenzminimum, der Weihnachtsbaum nicht.

sicherungsempfängern wegen der Corona-Krise einen monatlichen Zuschlag von 100 Euro zu gewähren. Anders ließen sich die stark steigenden Kosten für Lebensmittel kaum tragen – vom Kauf von Schutzmasken ganz zu schweigen. Hinzu kommt, dass die aktuelle Neuberechnung 2021 wirksam wird und damit im Jahr der nächsten Bundestagswahl. Vor allem die Grünen wollen eine Reform der Grundsicherung zum Wahlkampfthema machen.

Dass es um die Hartz-IV-Sätze bislang keine große Diskussion gab, dürfte vor allem daran liegen, dass das Land gerade anderes debattiert, vor allem die Corona-Rettungspakete. Am vergangenen Donnerstag, einen Tag nachdem Heil seinen Arbeitsentwurf an das Kanzleramt geschickt hatte, verabschiedete der Bundestag die Grundrente, laut Heil das »wichtigste sozialpolitische Reformprojekt dieser Legislaturperiode«.

Die Neuberechnung der Regelsätze, das steht fest, wird solche Superlative nicht provozieren. Alleinstehende Erwachsene wie Knupfer-Singh sollen nach vorläufigem Stand von Januar 2021 an 439 statt bislang 432 Euro erhalten. Dazu zahlt der Staat, wie auch schon in der Vergangenheit, die Kosten der Unterkunft. Den größten Sprung sollen Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren machen. Um 39 Euro auf 367 Euro im Monat steigt ihr Budget. Kinder zwischen 6 und 13 Jahren bekommen hingegen nichts dazu. Ihr Regelsatz bleibt gleich, weil er schon 2017 kräftig angehoben wurde (siehe Grafik).

Weil die Sätze Ende August noch an die aktuelle Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden, dürften sie 2021 noch etwas höher liegen, als Heil bisher vorschlägt.

Hartz IV gehört zu den Dauerbrennern der Sozialpolitik, auch für das Bundesverfassungsgericht. Bereits zweimal haben sich die Richter mit den Regelsätzen befasst. Im Februar 2010 hatte Karlsruhe die Bundesregierung verdonnert, eine »realitätsgerechte« Berechnungsmethode vorzulegen – die 2014 erneut vor Gericht landete. Damals mahnten die Richter, die Politik dürfe nicht beliebig kürzen.

Die Ermittlung der Regelsätze klingt einfach: Alle fünf Jahre lässt die Bundesregierung vom Statistischen Bundesamt auswerten, wofür Singles und Familien mit niedrigem Einkommen ihr Geld ausgeben. Das Augenmerk richtet sich dabei auf die unteren 15 Prozent der Single-Einkommen, bei Familien auf die unteren 20 Prozent. An den Ausgaben dieser »Referenzhaushalte« orientiert sich, was der Staat auch Hartz-IV-Empfängern zugesteht. Grundlage dieser Auswertungen ist die repräsentative Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), bei der alle fünf Jahre 60 000 Haushalte freiwillig drei Monate lang jeden Cent in einem Haushaltsbuch dokumentieren.

Die Kritik der Hartz-Gegner beginnt schon damit, dass sie der offiziellen Erhebung nicht trauen. Bei der letzten EVS im Jahr 2018 hatte sich auch Ulrich Schneider beworben, der Chef des Paritätischen Gesamtverbandes, und wurde ausgewählt. Der Mann mit den markanten Koteletten ist Deutschlands bekanntester Sozialfunktionär, in den Verästelungen der Hartz-Gesetzgebung kennt er sich aus. Doch an den akribischen Anforderungen des Haushaltsbuches verzweifelte er.

Als er etwa feststellte, dass er gekaufte Tomaten für die Pastasoße als »Ausgabe für Nahrungsmittel«, das vom Balkon gepflückte Basilikum aber als »Sacheinnahme« verbuchen musste, schickte er das Tabellenheft zurück. »Absolut lebensfern«, sagt Schneider. »Wer so was mit der ganzen Familie über drei Monate ausfüllt, ist Statistikfetischist oder Kabarettist.«

Die Haushaltsstichprobe gibt die Möglichkeit, auch ungewöhnliche Ausgaben zu erfassen. Unter dem Buchstaben »W« etwa erklärt sie, wo man Ausgaben für Waffeleisen, Wahrsagerin, Waxing oder Waschmaschinen eintragen soll. Was davon für Grundsicherungsempfänger als unverzichtbar gilt und was hingegen als Luxus, darüber entscheidet das Arbeitsministerium.

Auch das ist von jeher umstritten. Es war Ursula von der Leyen, die beschloss, für Wein oder Bier müsse der Regelsatz nicht reichen. Dies gilt auch im neuen Gesetzentwurf. Ein allein-stehender »Referenzhaushalt« aus der unteren Einkommensgruppe konsumiert nach der Auswertung alkoholische Getränke für 9,47 Euro im Monat. Als »regelbedarfsrelevanten« Ersatz für den Alkohol rechnen die Beamten allerdings die gleiche Flüssigkeitsmenge in Mineralwasser um. Wert: 3,13 Euro.

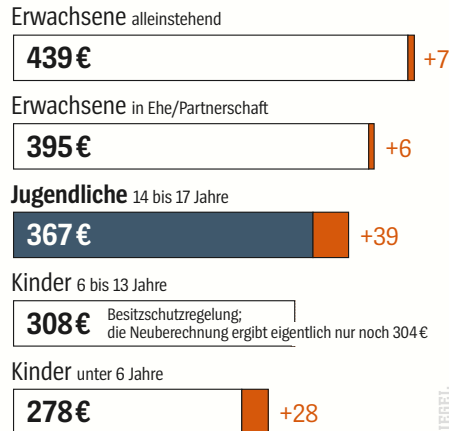
Seit Jahren erkennt der Gesetzgeber keine Ausgaben für die chemische Reinigung an, da »entsprechende Bekleidung« vor allem im Beruf getragen werde. Heils Beamte schreiben nun, dafür werde die Anschaffung einer Waschmaschine »in vollem Umfang berücksichtigt«. Dafür vorgesehen sind: 1,60 Euro im Monat.

Es sind solche Vorgaben, die Willkür vermuten lassen. Für den Restaurantbesuch gesteht der Gesetzgeber pro Monat 9,89 Euro zu. Das entspricht etwa einer Pizza – ohne ein Getränk dazu. Nicht zur gesellschaftlichen Teilhabe gehört dagegen seit Jahren der Weihnachtsbaum.

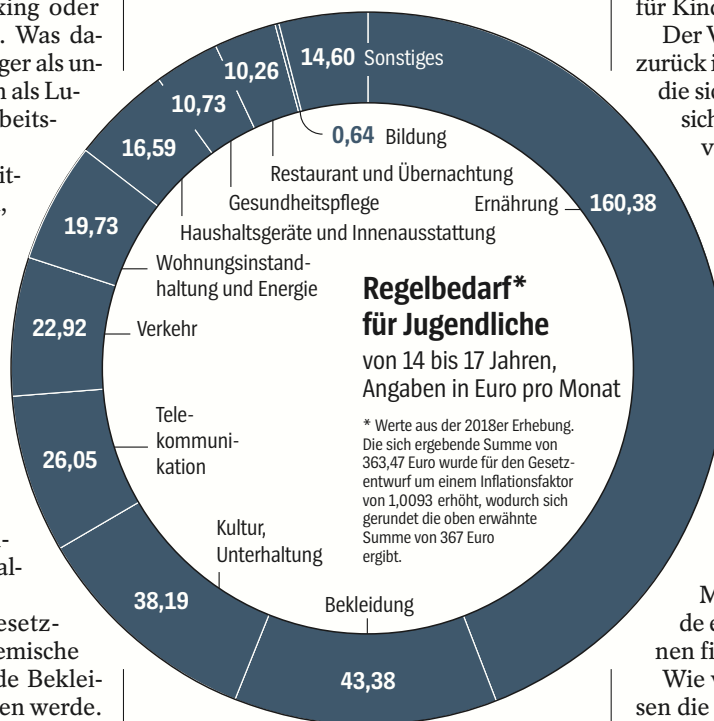
Sozialfunktionär Schneider schimpft daher über »Tricksereien« und »manipulative Eingriffe in die Statistik«. Bei der Bestimmung des Existenzminimums dürften nicht die Ausgaben der Haushalte als Ver-

Harte Realität

Im Gesetzentwurf vorläufig angesetzte Hartz-IV-Regelsätze inkl. der Veränderung gegenüber der bisherigen Berechnung



Hilfeempfänger im Dezember 2019: **5,3 Millionen**, darunter **1,8 Millionen** Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren



gleich herangezogen werden, stattdessen müsse eine Kommission einen Warenkorb festlegen, der den Bedarf eines Menschen definiert.

Zur Wahrheit gehört allerdings, dass das Bundesverfassungsgericht die Methode geprüft und grundsätzlich nicht beanstandet hat. Allerdings hatten die Verfassungsrichter die Bundesregierung 2010 verpflichtet, bei ihren Berechnungen gesellschaftliche und technische Veränderungen zu berücksichtigen. Deshalb werden nun nicht mehr, wie in der Vergangenheit, lediglich die Kos-

ten für Festnetztelefonie und Internet zum Existenzminimum gezählt, sondern auch die für Mobilfunk. Handys seien heute, so heißt es im neuen Gesetzentwurf, »Bestandteil des Alltags und damit gesellschaftliche Realität«.

Kritiker kann das nicht besänftigen. So fordert Katrin Göring-Eckardt, die Bundesregierung müsse im Herbst ein Gesetz zur Ermittlung der Hartz-Sätze vorlegen, »das Schluss macht mit der Kleinrechnung«. Ende Juni hat die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag ein Gutachten für ein eigenes Berechnungsmodell vorgelegt.

Es setzt an einem der häufigsten Kritikpunkte der aktuellen Methode an: Da derzeit nur die Haushalte mit den niedrigsten Einkommen als Vergleichsgruppe herangezogen würden, falle das Existenzminimum systematisch zu gering aus. Die »grüne Garantiesicherung« dagegen soll sich an den Einkommen der Mitte der Gesellschaft orientieren. Der Regelsatz für Erwachsene soll deshalb bei 603 Euro monatlich liegen und damit deutlich höher als bei Heil, die Sätze für Kinder zwischen 306 und 444 Euro.

Der Vorschlag ist ein Paradigmenwechsel zurück in die alte deutsche Sozialstaatswelt, die sich traditionell stärker an der Status-sicherung orientierte als an der Armutsvermeidung. Er richtet sich deshalb nicht nur an Bedürftige, sondern auch an die Mitte mit ihren Absteigsängsten. Denn er verspricht, dass der Staat im schlimmsten Fall einen Mindestlebensstandard garantieren würde.

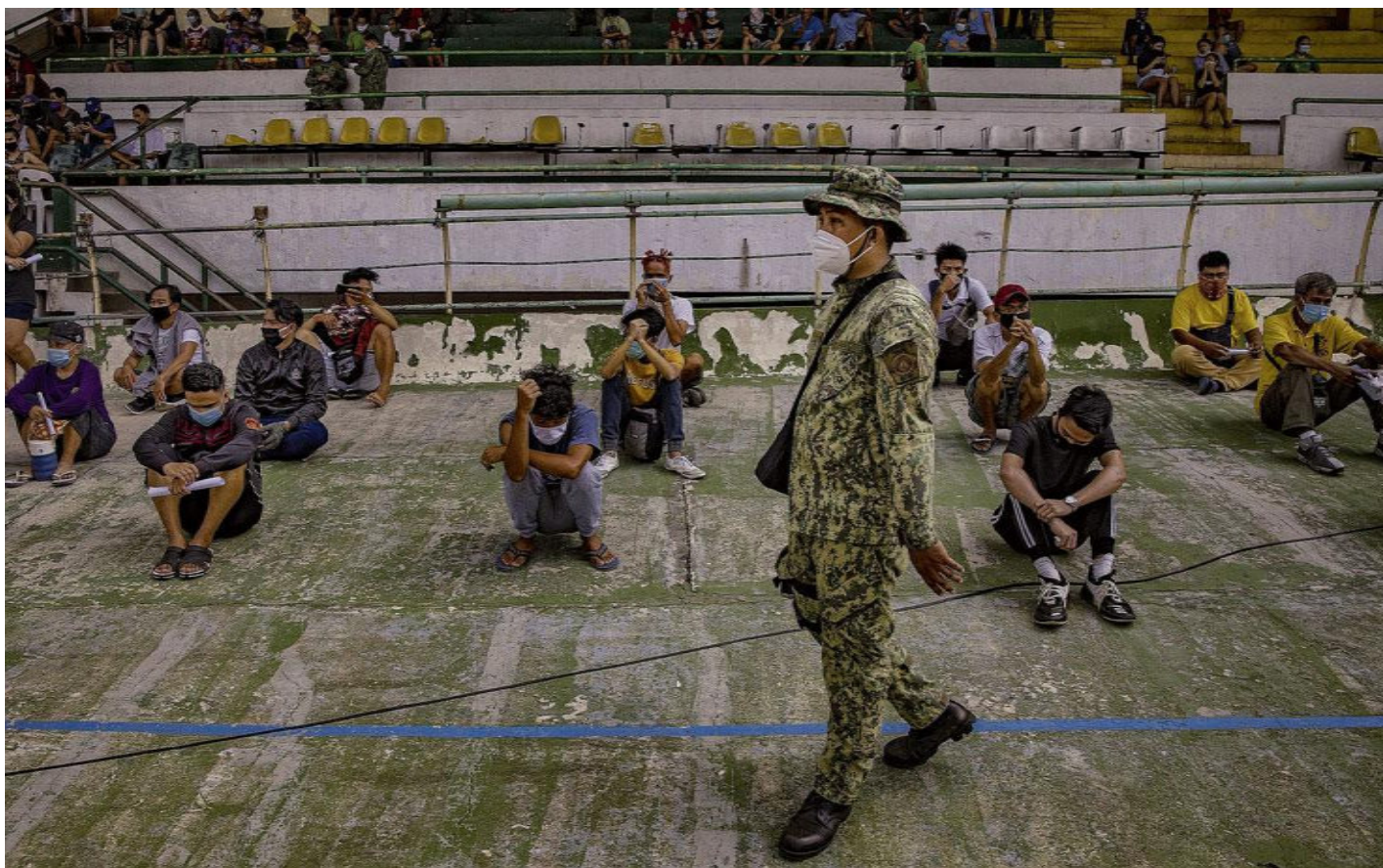
Darin liegt auch eine Gefahr: Das Lohnabstandsgebot, wonach Arbeitseinkommen höher als Sozialleistungen ausfallen sollen, wäre zu einem guten Teil obsolet. Weil der Staat in der Grundsicherung neben den Regelsätzen für Erwachsene und Kinder auch die Kosten für Miete und Heizung übernimmt, würde es sich für Eltern mit niedrigen Löhnen finanziell kaum lohnen zu arbeiten.

Wie viel ihre Reform kosten würde, lassen die Grünen offen. Eines ist sicher: Sie würde kostspielig. Einen Anhaltspunkt bieten die Pläne von Arbeitsminister Heil. Er schätzt, dass schon die von ihm geplante bescheidene Erhöhung der Regelsätze 827 Millionen Euro kosten würde. Zugleich nimmt der Staat weniger ein, weil der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag bei den Steuern erhöht werden – das kostet nochmals rund 800 Millionen Euro.

Macht insgesamt 1,6 Milliarden Euro für eine bescheidene Erhöhung, für die es kaum Lob geben wird.

Markus Dettmer, Cornelia Schmergal, Benita Stalman

Ausland



Ein Polizist bewacht in einem Stadion von Quezon City auf den Philippinen Festgenommene, die gegen die Maskenpflicht verstoßen hatten. Mehr als 800 waren es am Mittwoch in der dicht besiedelten Stadt nahe Manila. Sie mussten ihre Dokumente vorweisen und wurden über Hygieneregeln belehrt, bevor die meisten wieder freikamen. Der Inselstaat ist trotz des Lockdowns von über 100 Tagen mit rund 52 000 Infizierten hart von Corona betroffen.

Trampolin für Italien

Analyse Die Regierung in Rom bemüht sich, die Rezession aufzufangen – die EU sollte das honorieren.

● Als Giuseppe Conte rechtzeitig vor seinem Berlinbesuch am Montag und dem EU-Gipfel nächstes Wochenende seinen jüngsten Gesetzentwurf vorstellte, schwärmte er von der »Mutter aller Reformen«. Ein Vorstoß mit dem Namen »Semplificazione« – Bürokratieabbau – soll die Wende bringen. Das Land könne jetzt wie auf einem Trampolin in die Zukunft springen. »Italien heilen«, hatte er mit einem anderen Dekret im Frühjahr versprochen.

So ähnlich texteten auch Vorgänger, wenn sie mit ihrem Staat in Schwierigkeiten steckten. »Italien retten« lautete ein Dekret im Krisenjahr 2011. »Blockaden lösen« hieß es 2014. Die »Semplificazione« ist längst ein Evergreen. Nichts davon hat Italien

aus seiner schon zwei Jahrzehnte andauernden Stagnation befreit. Warum sollte es ausgerechnet jetzt klappen?

Es fällt leicht, den parteilosen Regierungschef Conte zu kritisieren. Die große Wende, die er verspricht, besteht unter anderem aus Buzzwörtern wie Digitalisierung und Green Economy und einer Liste mit bis zu 130 Großprojekten, die seit Langem nicht vorankommen. Eine klare Linie ist nur schwer zu erkennen. Trotzdem wäre es ein Fehler, Contes Reformwillen zu unterschätzen. Zu Beginn der Pandemie hat er vor allen anderen EU-Ländern mutig harte und erfolgreiche Maßnahmen ergriffen. Für das jüngste Gesetzespaket brachte er seine notorisch zerstrittene Koalition in seltener Einmütigkeit zusammen.

Italien stürzt gerade tiefer in die Rezession als andere Mitgliedstaaten. 2020 könnte die Wirtschaftsleistung des Landes laut EU-Kommission um 11,2 Prozent schrumpfen. Pseudo-reformen kann sich das Land nicht mehr leisten. Vor den überlebenswichtigen Verhandlungen um den Corona-Fonds hat sich Rom bewegt. Auch wenn sie wegen historischer Erfahrungen misstrauisch sind: Die EU-Partner sollten das honorieren. Und dann auf die Umsetzung der Reformen achten. Frank Hornig

Thailand

Verschwundene Dissidenten

● Der Regierungskritiker war gerade unterwegs zum Einkaufen und telefonierte, als bewaffnete Männer ihn entführten. Wanchalerm Satsakit, 37, verschwand Anfang Juni in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh. Bis heute gibt es keine Spur von ihm. Jetzt wächst der internationale Druck auf die Regierungen in Thailand und Kambodscha, Ermittlungen aufzunehmen. Wanchalerm ist einer von mindestens neun prominenten thailändischen Dissidenten, die in den vergangenen zwei Jahren aus dem Exil in Thailands Nachbarländern unter mysteriösen Umständen verschwanden.

Alle hatten zuvor Thailands mächtigste Institutionen kritisiert, die Monarchie und das Militär. Einen Tag vor seiner Entführung hatte Wanchalerm ein Video gepostet, in dem er den Premier kritisierte. Bereits mehrfach hatte die Regierung versucht, ihn hinter Gitter zu bringen. Wanchalerm's Schwester, mit der er telefonierte, als Männer ihn in einen SUV zertritten, hörte seine letzten Worte: »Ich kann nicht atmen.« Die Vereinten Nationen forderten Phnom Penh auf, rasch Ermittlungsergebnisse vorzulegen – bislang ohne Erfolg. Wanchalerm bleibt verschwunden, die thailändische Regierung weist jede Verantwortung zurück. Menschenrechtler glauben, die Entführung von Dissidenten sei bereits politischer Alltag. KKU

Ghana

Zurück ins Land der Vorfahren

● Der gewaltsame Tod von George Floyd hat die Debatte um Polizeigewalt und Rassismus weltweit befeuert – und die Regierung im fernen Ghana zu einem ungewöhnlichen Schritt veranlasst. Im Rahmen des Programms »Beyond the Return« will sie Männern und Frauen mit afrikanischen Wurzeln, die nicht auf dem Kontinent leben, die Ansiedlung in dem westafrikanischen Land erleichtern. Dabei haben die Verantwortlichen vor allem schwarze US-Amerikaner im Blick. Bei einer Zeremonie zu Ehren Floyds

in Ghanas Hauptstadt Accra rief Tourismusministerin Barbara Oteng-Gyasi jüngst: »Kommt heim, baut ein Leben in Ghana auf. Ihr müsst nicht auf ewig dort bleiben, wo man euch nicht will.« Medienberichten zufolge hat Ghanas Regierung 200 Hektar Land für Neuankömmlinge vorgemerkt, genug für rund 1500 Familien. Das Rückkehrprogramm sieht Erleichterungen bei der Erteilung von Visa und beim Weg zur Einbürgerung vor. Es knüpft an eine Initiative aus dem vergangenen Jahr an. Schon 2019 hatte die Regierung zum »Jahr der Rückkehr« ausgerufen. Der Anlass: 400 Jahre zuvor hatte das erste Schiff mit afrikanischen Sklaven an Bord Jamestown, Virginia, erreicht, die erste dauerhafte englische Siedlung in Nordamerika. Die Initiative war unter US-Bürgern ein Erfolg: Die Zahl amerikanischer Touristen in Ghana stieg im vergangenen Jahr deutlich an. ASA



Anti-Rassismus-Aktivistin in Accra



Talsperre am Nil in Äthiopien (Satellitenbild)

Staudamm-Streit

»Ein Jahrhundertvorhaben«



Seit 2011 baut Äthiopien am Nil ein Wasserkraftwerk, allein der Damm wird fast doppelt so hoch wie die Freiheitsstatue

in den USA. Nun will die Regierung den Stausee befüllen, Ägypten lehnt dies ab. Der Afrikaexperte Stephan Roll, 44, von der Stiftung Wissenschaft und Politik erklärt, wie der Konflikt gelöst werden könnte.

SPIEGEL: Herr Roll, warum besteht Kairo auf einem Abkommen mit Äthiopien?

Roll: Ägypten fürchtet um seine Wasserversorgung. Der Nil ist die Lebensader des Landes. Das Nilwasser, das zu rund 85 Prozent Ägypten erreicht, kommt aus dem äthiopischen Hochland. Kairo fürchtet außerdem einen Präzedenzfall – und weitere Dammbauprojekte am Oberlauf des Nils.

SPIEGEL: Braucht Äthiopien das Kraftwerk unbedingt?

Roll: Es geht der Regierung um die Stromversorgung. Ein Großteil der Menschen hat bis heute keinen Zugang zu Elektrizität. Der Damm soll Äthiopien einen Entwicklungssprung verschaffen. Er hat auch eine enorme symbolische Bedeutung, es geht hier tatsächlich um ein Jahrhundertvorhaben.

SPIEGEL: Weshalb ist eine Einigung darüber so schwierig?

Roll: Beide Seiten haben lange Zeit an Maximalforderungen festgehalten. Kairo hat unter Verweis auf Verträge aus der Kolonialzeit über Jahre auf dem Status quo beharrt. Addis Abeba wiederum will sich seinen Handlungsspielraum nicht bescheiden lassen. Außerdem kann es durch sein kompromissloses Auftreten bei der eigenen Bevölkerung punkten.

SPIEGEL: Droht zwischen den beiden Ländern ein Krieg?

Roll: Ägypten hat in den vergangenen Jahren massiv aufgerüstet, auch mit deutschen Waffen. Dennoch ist eine militärische Konfrontation wenig realistisch – die Länder sind zu weit voneinander entfernt. Vorstellbar ist aber, dass lokale Konflikte, etwa in der Grenzregion zwischen Äthiopien und Sudan, angeheizt werden.

SPIEGEL: Wie könnte der Konflikt gelöst werden?

Roll: Es ist unwahrscheinlich, dass die Konfliktparteien allein eine dauerhafte Lösung finden. Vorstellbar ist ein von außen unterstützter Kompensationsmechanismus: Äthiopien könnte durch Ägypten entschädigt werden, wenn es auf eine schnelle Befüllung verzichtet. Hier sind die Europäer gefragt. Sie sollten an einer Stabilisierung der Nilregion interessiert sein, auch um den dortigen Migrationsdruck zu verringern. RAS

Die Schattenkrieger

Geopolitik Staaten wie Russland oder die Türkei setzen für ihre Feldzüge immer häufiger ausländische Söldner ein. Konflikte finden kein Ende mehr. Und für die Kämpfer wird das Töten zur Lebensform.

Muhammad war 17 Jahre alt, als in seinem Heimatland Syrien der Krieg ausbrach. Er bereitete sich in der Stadt Homs auf ein Ingenieurstudium vor. Adnan, damals 30 Jahre alt, arbeitete in Homs als Zimmermann. Sein drittes Kind war gerade geboren worden.

Muhammad und Adnan kämpften auf unterschiedlichen Seiten im syrischen Bürgerkrieg. Muhammad diente dem Militär von Diktator Baschar al-Assad, Adnan schloss sich den Rebellen an. Adnan glaubte an die Revolution, Muhammad an Stabilität. Beide träumten davon, in einem friedlichen, vereinten Land zu leben.

Nun, neun Jahre später, stehen sie sich erneut an der Front gegenüber, nicht in Syrien, sondern 2000 Kilometer von ihrer Heimat entfernt – in Libyen.

In dem nordafrikanischen Land ringen Premier Fayed Sarraj und der Warlord Khalifa Haftar um die Macht. Sarraj wird vor allem von der Türkei unterstützt, die Gegenseite unter anderem von Russland.

Adnan verdingt sich als Söldner in Sarrajs Milizenverbund, Muhammad hat sich Haftars Libyscher Nationaler Armee angeschlossen. Sie stellen sich dieselbe Frage: Wie konnte es so weit kommen?

Die Geschichte von Muhammad und Adnan, zwei Männern aus Homs, die nun in der nordafrikanischen Wüste gegeneinander kämpfen, zeugt von dem tragischen Verlauf, den der Syrienkonflikt genommen hat. Sie ist zugleich ein Lehrstück über gegenwärtige Kriegsführung.

Immer öfter greifen Regierungen bei Militäroperationen nicht auf eigene Landsleute zurück – sondern auf Ausländer, denen sie ein Söldnergehalt bezahlen. Staaten wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Russland oder Iran ignorieren die Grenzen und die Souveränität anderer Nationen. Sie schicken angeheuerte Truppen in Drittländer, weil ihnen deren Regierung nicht passt, weil sie sich Bodenschätze sichern wollen – oder weil ihre Feinde ebenfalls mit Söldnern vor Ort sind. Mächte stoßen damit in eine Lücke vor, die der fortschreitende Rückzug der USA hinterlässt.

So ist der Krieg billig zu haben. Regionale Akteure können mit geringem Risiko und vergleichsweise niedrigem Einsatz



Regierungsmilizionäre, verwundeter Kamerad in Tripolis: »Jeden Tag schicken wir 100 verletzte

Feldzüge führen. Machthaber können Auseinandersetzungen austragen, ohne sich in der Heimat für Tote in den eigenen Reihen rechtfertigen zu müssen. Die Betroffenen können sich dagegen kaum wehren, da sie von ihren Schutzherren abhängig sind. Söldner kommen inzwischen in den verschiedensten Konflikten weltweit zum Einsatz, in Syrien, im Jemen, in Libyen. Männer wie Muhammad oder Adnan werden zum Instrument der Weltpolitik.

Adnan war überzeugt, Assad stürzen zu können, als er sich nach Ausbruch des Syrienkriegs der Hamza-Brigade anschloss, einer Untergruppe der Freien Syrischen Armee (FSA). Doch während er selbst auf dem Schlachtfeld erfolgreich war und zu einem Kommandeur der Brigade aufstieg, verlor die FSA in Syrien immer weiter an Boden. Das Assad-Regime drängte, mithilfe Russlands und Irans, die Rebellen bis in die Provinz Idlib im Nord-

westen des Landes zurück, wo diese sich nur durch die Unterstützung der Türkei halten können.

Adnan kämpfte in den vergangenen Jahren kaum mehr gegen Assad, stattdessen half er der türkischen Armee von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, kurdische Milizen aus dem Grenzgebiet zu vertreiben. »Wir sind von Erdoğan abhängig«, erzählt Adnan am Telefon. »Wir müssen kämpfen, wo immer er will.«

Für Adnan war es keine Überraschung, als ihn vergangenen Dezember ein türkischer Mittelsmann mit einer neuen Aufgabe betraute: Er solle so viele Männer wie möglich für den Krieg in Libyen zusammentrommeln.

Adnan wusste zu diesem Zeitpunkt nicht einmal, wo Libyen auf der Landkarte zu finden war. Über den Konflikt in dem Wüstenstaat wusste er nur das, was ihm die Türken sagten, dass sich dort eine international anerkannte Regierung gegen einen Warlord zur Wehr setzte, gegen einen »Putschisten« und »Terroristen«.

Das Angebot, das sie ihm unterbreiteten, klang trotzdem verlockend: Adnan sollte für jeden Monat, den er in Libyen an der Seite Sarrajs kämpft, rund 2000 Dollar erhalten, zimal so viel wie in Syrien. Anfang Januar flogen die Türken Adnan gemeinsam mit 30 Kameraden in einer Turkish-Airlines-Maschine aus der türkisch-syrischen Grenzstadt Gaziantep nach Libyen. Es war das erste Mal in seinem Leben, dass er in einem Flugzeug saß.

In Tripolis wartete das Sarraj-Regime bereits auf Verstärkung. Der Premier hatte in den Monaten zuvor beinahe sämtliche Gebiete bis auf die Hauptstadt an Warlord Haftar verloren. Erdoğan's Söldner sollten nun die Wende bringen.

Adnan und seine Männer wurden in Wohnhäusern in Tripolis untergebracht. Sie erhielten Waffen und Training durch den türkischen Geheimdienst MIT, so erzählt er es. Dann wurden sie an die Front geschickt.

Tatsächlich ist es der Türkei gelungen, den Bürgerkrieg in Libyen unter anderem durch den Einsatz von rund 7000 syrischen Söldnern und Drohnen zu drehen. Präsident Erdoğan ist zum heimlichen Herrscher über das ölreichste Land Afrikas aufgestiegen. General Haftar musste in den vergangenen Wochen nicht nur Tripolis verloren geben, sondern sich auch aus strategisch wichtigen Küstenstädten wie Sabrata zurückziehen.

Adnan bereut trotzdem, nach Libyen gegangen zu sein. Der SPIEGEL steht mit ihm seit Monaten über Telefon in Kontakt. In dieser Zeit wurde er immer verzweifelter. Die Gefechte an der Front seien zum Teil noch heftiger als in Syrien. »Jeden Tag schicken wir 100 verletzte Kämpfer nach Hause und fliegen 300 neue ein«,



RICARD GARCIA VILANOVA / AP PHOTO

Soldaten nach Hause und fliegen 300 neue ein«



XINHUA / SIPA USA

Kämpfer der Sarraj-Regierung in Tripolis: Es geht nur um den Sieg

sagt er. Anders als in Syrien erkenne er keinen Sinn in dem Einsatz in Libyen. »Ich habe gegen das syrische Regime gekämpft, weil ich an eine Zukunft für meine Kinder geglaubt habe. Schau, wo ich jetzt bin.«

Freunde in Syrien werfen ihm vor, die Revolution für das Geld in Libyen verkauft zu haben. Doch selbst wenn er wollte, klagt Adnan, könnte er seinen Dienst nicht einfach quittieren. Die Türken ließen nur Verwundete ziehen. Einige Kameraden hätten sich deshalb selbst ins Bein geschossen. Andere seien auf Flüchtlingsboote aus Libyen nach Europa gestiegen. Adnan sagt, auch er würde versuchen, nach Europa zu fliehen, wenn seine Kinder nicht in der Türkei wären. »Ich habe keine andere Wahl, als immer weiterzukämpfen.«

Adnans Landsmann, Muhammad, steht auf der anderen Seite der Front in Libyen. Doch auch er hat das Gefühl, nicht mehr selbst über sein Schicksal entscheiden zu können, abhängig zu sein von fremden Mächten. Auch er hat sich vor allem deshalb bereit erklärt, mit dem SPIEGEL zu

sprechen, weil er auf die Situation der Syrer in Libyen hinweisen möchte. Wie Adnan will er seinen Nachnamen aus Angst vor Repressionen nicht nennen.

Muhammad hat in seinem Leben wenig anderes kennengelernt als Krieg. Er war noch jung, als er sich den Wüstenfalken anschloss, einer Miliz, die an der Seite des Assad-Regimes in Syrien gegen die Aufständischen kämpfte. Vor einigen Jahren wurden die Wüstenfalken in internen Machtkämpfen zerschlagen. Reste der Miliz liefen zu einem Armeekorps über, das von Russland, Assads wichtigstem Verbündeten, ausgerüstet und kontrolliert wird. Seither folgt Muhammad den Befehlen aus Moskau.

Im Januar habe ihn sein Kommandeur gefragt, ob er für die Russen in den Krieg nach Libyen ziehen wolle. Er würde dafür 1000 Dollar Sold im Monat erhalten und jedes Vierteljahr einen Monat bezahlten Urlaub.

Russland beteiligt sich zwar offiziell nicht an dem Libyenkonflikt, kontrolliert aber mithilfe eines militärischen Subunter-

nehmers, der sogenannten Wagner-Gruppe, Teile des Gefechtsfelds. Die Wagner-Gruppe ist eine private russische Sicherheitsfirma mit engen Kontakten in den Kreml und neben den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten der wichtigste Unterstützer Haftars. Russlands Präsident Wladimir Putin betrachtet Hftar als seinen Mann in Nordafrika, wohl nervös verfolgte er, wie der Warlord in den vergangenen Monaten Ort um Ort an die Erdoğan-Sarraj-Allianz verlor.

Mittelsmänner der Russen hätten für den Einsatz in Libyen in syrischen Städten Rekrutierungsbüros mit dem Namen al-Sajjad (»der Jäger«) eingerichtet, berichtet Muhammad. Für jeden Syrer, den die Broker nach Nordafrika schickten, erhielten sie 200 Euro Provision. Syrien liegt durch den jahrelangen Bürgerkrieg in Schutt und Asche, für junge Männer ist es fast unmöglich, reguläre Arbeit zu finden. Muhammad zögerte nicht lange. Er unterschrieb in einem der Rekrutierungsbüros einen Vertrag auf Arabisch und auf Russisch, in dem er sich verpflicht-

tete, für mindestens drei Monate an der Seite Haftars in Libyen zu kämpfen.

Anschließend wurde er, so erzählt er es, gemeinsam mit 50 weiteren Männern, die meisten von ihnen jünger als 30 Jahre, auf den russischen Militärstützpunkt Hmeimim, nahe der syrischen Küstenstadt Latakia, transferiert, wo er zwei Wochen lang eine militärische Ausbildung erhielt.

Die Russen stellten den Söldnern Ausweise mit der Aufschrift »Freunde Russlands« aus, damit sie in Libyen Checkpoints passieren können. Dann flogen sie sie mit der privaten syrischen Fluglinie Cham Wings von Damaskus in die libyische Stadt Bengasi.

In Libyen wurden Muhammad und seine Kameraden in die Uniform der Haftar-Armee gesteckt und unter das Kommando russischer Wagner-Offiziere gestellt. Sie hätten an mehreren Orten gekämpft, erzählt er, im Süden Tripolis, an der Küste, seit einigen Wochen im Osten.

Laut Uno kämpften im Mai etwa 2000 Syrer an der Seite von Haftar und der Wagner-Gruppe. Mohammad schätzt die Zahl auf 5000. Gerade nach den Verlusten im Kampf um Tripolis hätten die Russen massiv Truppen aufgestockt. Das Assad-Regime habe sogar Gefangene aus den Haftanstalten in Syrien entlassen, um sie in den Krieg nach Libyen zu schicken.

Muhammad schläft tagsüber und kämpft nachts. Er fühlt sich ausgezehrt. »Ich frage mich, was ich hier tue«, sagt er. Muhammad hat gehört, dass die Türken ihren Söldnern deutlich mehr zahlen als die Russen. Er überlegt, die Seiten zu wechseln. »In Syrien habe ich für den Sieg gekämpft«, sagt er. »Jetzt geht es nur noch ums Geld.«

Kämpfer wie Muhammad oder Adnan, die sich an fremde Mächte verkaufen, gibt es seit Jahrhunderten. Der Dreißigjährige Krieg wurde hauptsächlich mit Söldnern ausgefochten. Im 20. Jahrhundert führten Kolonialmächte aus dem Westen ihre Feldzüge in Afrika oft mit Freiwilligen. In den vergangenen Jahren aber hat das Söldnerwesen noch einmal eine neue Dimension angenommen.

Während die USA und Großbritannien im Irakkrieg ab 2003 lediglich einzelne Dienste an private Sicherheitsfirmen wie Blackwater auslagerten, gründen heute Regierungen ihre Kriegsstrategie maßgeblich auf den Einsatz von Söldnern. In Libyen kämpfen mancherorts nur noch begrenzt Libyer gegeneinander, stattdessen stehen sich Syrer, Sudanesen, Tschader gegenüber.

Kein anderer Staat hat diese hybride Kriegsführung so früh perfektioniert wie Iran. General Qasem Soleimani, der Anfang Januar von den USA am Flughafen von Bagdad getötet wurde, war teilweise Schöpfer und virtuoser Anführer eines

monströsen Apparats von Milizen aus einem halben Dutzend Nationen.

Schon Anfang der Achtzigerjahre war die Hisbollah im Libanon als erster Brückenkopf Irans unter Ajatollah Khomeini entstanden. Doch erst mit Soleimanis Befehlsübernahme der Quds-Einheit dem Auslandsarm der Revolutionswächter, begann 1998 die Machtausweitung. In Afghanistan, Pakistan, im Irak wurden schiitische Seminare eröffnet, Kämpfer rekrutiert, Zellen gebildet, Milizen unter klingenden Namen der frühislamischen Geschichte geformt.

Über welche militärische Macht Soleimanis stetig gewachsener Apparat verfügt, zeigte er in Syrien: Die Diktatur der Assads stand vor dem Fall, stützte sich über-

Kompromisse sind in den Plänen der Mächtiger Großmächte nicht vorgesehen.

wiegend auf ihre eigene Minderheit der Alawiten und trieb mit ihrer Brutalität immer mehr Menschen in die Ränge der Aufständischen.

»Die syrische Armee ist nutzlos«, soll Soleimani einem irakischen Politiker gesagt haben. Um Irans langjährigen Verbündeten Assad zu retten, schickte Soleimani erst die Hisbollah, später irakische, afghanische und pakistanische Kämpfer nach Syrien, insgesamt etwa 50 000 Mann. Über den Irak wurden Waffen, Munition, Ersatzteile eingeflogen und Assad vor dem Sturz gerettet, bis Russlands Luftwaffe 2015 endgültig das Blatt wendete.

Irans Söldnerapparat ist zu einem multinationalen Konstrukt gewachsen, das binnen kurzer Zeit Truppen in Divisionsstärke in immer neuen Zusammensetzungen mobilisieren kann: Iraker, befehligt von Libanesen; Afghanen, kommandiert von Iranern, wobei auch nach Soleimanis Tod alle Fäden in Teheran zusammenlaufen.

Soleimanis Modell hat Schule gemacht. So, wie die iranisch geführten Verbände



Wagner-Söldner in Syrien um 2018
Ignoranz gegenüber den Schauplätzen

in immer neuen Kombinationen an die Fronten geschickt wurden, verweben heute auch die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland ihre verschiedenen Kriege, was die Beendigung jedes einzelnen Konflikts noch schwieriger macht.

Kompromisse sind in den Plänen der Mächtiger Großmächte nicht vorgesehen. Es geht nur um den Sieg, vor allem gegen die ausländischen Konkurrenten. Diese Ignoranz gegenüber den Schauplätzen der eigenen Einmischung verlängert nicht nur das Töten. Sie kann auch einen Wiederaufbau unmöglich machen.

Es ist zudem unwahrscheinlich, dass den Konfliktparteien in Libyen und anderswo der Atem ausgeht, wie westliche Außenpolitiker das gern annehmen. Jeder Diktator oder Rebellenführer kann jederzeit seine Schutzmacht um noch mehr Luftangriffe, Granaten, Kämpfer bitten.

Libyens Regierung hält derzeit rund 400 feindliche Söldner, überwiegend aus dem Sudan und Tschad, in einem Gefängnis in der Hafenstadt Misurata fest. Einer der Häftlinge stellt sich einem SPIEGEL-Mitarbeiter bei einem Besuch in dem Knast als Mohamed Idriss vor. Er kommt aus Darfur, einer Region im Westen des Sudan, in der seit 2003 ein Bürgerkrieg tobt. Idriss widersetzte sich mit seiner Sudanesischen Befreiungsarmee dem Diktator Omar al-Bashir, ehe er sich vor drei Jahren auf Vermittlung der Vereinigten Arabischen Emirate den Truppen des libyischen Warlords Haftar anschloss.

Die sudanesischen Söldner halfen Haftar, weite Teile des Landes zu erobern. Idriss kommandierte als Oberst zuletzt 450 Söldner. Der Einsatz habe sich für ihn durchaus gelohnt, sagt er. Idriss bekam zwischen 1000 und 3000 Dollar Lohn im Monat. Alles, was er und seine Leute auf ihren Feldzügen erbeuteten, schickten sie in Lastwagen nach Darfur.

Als sich das Kriegsgeschehen in den vergangenen Monaten durch die Intervention der Türkei zu wenden begann, sei ihm jedoch klar geworden, dass Haftar und die Russen ihn und seine Männer wie Kämpfer zweiter Klasse behandelten, sagt Idriss. Während die Wagner-Gruppe ihre Söldner von der Front um Tripolis eilig abzog, blieben die Sudanesen auf dem Schlachtfeld zurück. Etliche starben, andere wurden, wie Idriss, gefangen genommen.

Der Oberst ist überzeugt, früher oder später aus der Haft freizukommen. Die VAE hätten versprochen, sich für ihn einzusetzen. Und was macht er dann? »Weiterkämpfen.« In Libyen. Im Sudan. Wo auch immer. Für wen auch immer. Er kann sich keine andere Zukunft mehr vorstellen.

Adam Asaad, Mirco Keilberth,
Maximilian Popp, Christoph Reuter

Bernhard Zand

Grenzen der Koexistenz

Essay Deutschland und Europa müssen eigene Antworten auf Pekings Handstreich in Hongkong finden.

Als sich der Westen und der Osten im Kalten Krieg die Welt aufteilten, legte sich das westliche Bündnis drei Strategien zurecht. Ihre Namen hallen bis heute nach: *Détente*, *Containment* und *Rollback* – Entspannung, Eindämmung und militärische Konfrontation. Je nach Art und Schauplatz des Konflikts wogen die USA und ihre Alliierten ab, welche der drei Strategien gegen die Sowjetunion anzuwenden sei, vom Koreakrieg über die Kubakrise bis zur Schlussakte von Helsinki. Zum großen *Rollback* kam es nicht. Er hätte das Ende der Welt bedeutet.

Die Rolle, die im Kalten Krieg die Sowjetunion spielte, fällt in der Wahrnehmung vieler im Westen inzwischen China zu. Das Verstoßene und Handstreichartige, mit dem sich Peking gerade das halb autonome Hongkong unterworfen hat, erinnert nicht nur Deutsche an den Mauerbau im Sommer 1961: Ohne die gewählten Abgeordneten, geschweige denn das Volk von Hongkong zu befragen, setzte Chinas Führung am 30. Juni ein drakonisches Sicherheitsgesetz in Kraft.

Damit brach China die Gemeinsame Erklärung von 1984, mit der Peking und London die Rückgabe der früheren britischen Kronkolonie besiegelt hatten, eine Zäsur und das Ende des Prinzips »Ein Land, zwei Systeme«.

Nicht Hongkongs Richter, sondern Pekings Beamte können nun entscheiden, wer unter welchem Paragraphen angeklagt und wo ihm der Prozess gemacht wird – in Hongkong oder auf dem chinesischen Festland. Das umstrittene Auslieferungsgesetz, an dem sich vor einem Jahr eine massive Protestbewegung entzündet hatte, war harmlos im Vergleich. Viele, die an den Protesten teilgenommen hatten, löschen inzwischen ihre Festplatten und Chatverläufe, weil sie Repressionen fürchten. Manche der Protestführer haben Hongkong bereits verlassen.

Die Uiguren können nicht fliehen. Hunderttausende, wahrscheinlich gut eine Million Angehörige der muslimischen Minderheit in der Autonomieregion Xinjiang sind in den vergangenen Jahren festgenommen worden. Chinas Führung bestreitet diese Zahlen und behauptet, ihr Vorgehen diene der Terrorismusbekämpfung. In Wahrheit unterhält China in Xinjiang ein System von Straf- und Umerziehungslagern, das an den sowjetischen »Archipel Gulag« erinnert, den Alexander Solschenizyn einst beschrieb: Bauern werden von den Feldern geholt, Eltern von ihren Kindern getrennt, Frauen, wie jüngst enthüllt wurde, offenbar zur Verhütung, zur Sterilisation, ja zu Abtreibungen gezwungen.

Hongkong und Xinjiang sind nur zwei in einer Reihe von Konflikten, die den Graben zwischen China und dem Westen vertiefen: Pekings expansive Außenpolitik, die

Militarisierung des Südchinesischen Meeres und seine Drohungen Richtung Taiwan, Chinas wachsender Machtanspruch gegenüber seinen Nachbarstaaten und in den internationalen Organisationen, seine aggressive Diplomatie, die selbst vor Geiselnahme nicht zurückschreckt.

Wie soll der Westen, wie sollen Deutschland und Europa auf dieses neue China reagieren?

Nicht nur Peking hat seine Haltung verhärtet, auch im Westen radikalisiert sich die Debatte. Getrieben wird diese Entwicklung vor allem von den USA.

Die beiden wichtigsten Wegmarken von Chinas Aufstieg im 21. Jahrhundert fallen mit den zwei bittersten Ereignissen der jüngeren US-Geschichte zusammen: 2001, als Amerika von den Anschlägen des 11. September getroffen wurde, trat China der Welthandelsorganisation bei, ein bis heute weit unterschätzter Vorgang. Während die USA sich in den Kriegen in Afghanistan und im Irak verzettelten und ihre Macht überspannten, überschlugen sich Chinas Wachstumsraten.

Die Weltwirtschaftskrise beschleunigte diese gegenläufige Entwicklung. 2008, so der damalige US-Finanzminister Henry Paulson, habe sich das Verhältnis zwischen China und Amerika endgültig verschoben: »Die Schwierigkeiten der USA hatten Zweifel an unserem System geweckt und gaben gleichzeitig Chinas Selbstbewusstsein Auftrieb.«

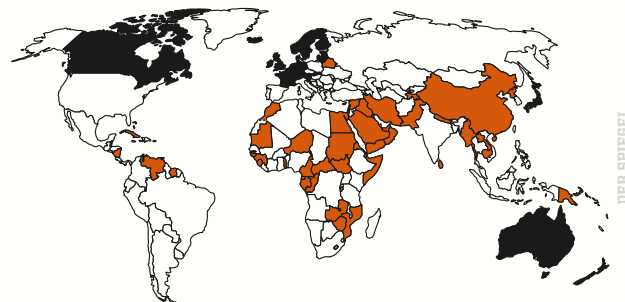
Zwölf Jahre später hat Washington gute Gründe, in China nicht nur einen politischen und wirtschaftlichen, sondern auch einen technologischen und militärischen Konkurrenten zu sehen, der Amerikas Status als Supermacht infrage stellt.

Die USA sind Europas natürlicher Verbündeter, doch unter der Präsidentschaft Donald Trumps sind sie zu einem fragwürdigen Partner geworden. Trumps Chinapolitik wird von Impulsen, von innenpolitischen Motiven und tief zerstrittenen Ratgebern geprägt. Trumps Nationaler Sicherheitsberater Robert O'Brien verglich Chinas Staatschef Xi Jinping kürzlich mit Stalin. FBI-Chef Christopher Wray sagte diese Woche, im Verhältnis zu China stehe »unsere Gesundheit, unsere Lebensgrundlage und unsere Sicherheit auf dem Spiel«. An anderer Stelle sprach er von einer »gesamtgesellschaftlichen Bedrohung« durch China, womit er praktisch alle Chinesen dem Verdacht aussetzte, Amerikas Staatsfeinde zu sein.

In außenpolitischen Debatten ist es ratsam, zwischen Völkern und ihren Regierungen zu unterscheiden – zumal wenn diese Regierungen nicht gewählt sind. Doch je härter die Chinadebatte in den USA geführt wird, desto stärker wird China als Staat, als politischer Akteur wahrgenommen – und desto weniger seine Bevölkerung und die dynamische Entwicklung, die sie erfasst hat.

Streit um Hongkong

Quelle: Axios



Länder, die im Uno-Menschenrechtsrat den Erlass des chinesischen Sicherheitsgesetzes für Hongkong **unterstützten** oder **kritisierten**



BILLY H.C. KWOK / GETTY IMAGES

Chinesische Regierungsanhänger bei Zeremonie in Hongkong

China hat viermal so viele Einwohner wie die USA, doppelt so viele wie Europa und mehr als Afrika. Dass die Vielfalt der chinesischen Gesellschaft und die Widersprüche, die Chinas Politik formen, mitunter in den Hintergrund treten, hat sich die Kommunistische Partei mit ihrem Allmachtsanspruch zum Teil selbst zuzuschreiben. Zum Teil ist es aber auch die Folge einer geopolitischen Zuspitzung zwischen zwei Weltmächten, in der Nuancen offenbar keine Rolle mehr spielen.

Die Europäer sollten sich in ihrer Chinapolitik nicht von den USA treiben lassen. Sie sollten an der Seite der Trump-Regierung stehen, wenn sie gegen die Unterdrückung von Minderheiten und die Festnahme von Dissidenten protestiert. Doch ein Handelskrieg, wie ihn Trump vom Zaun gebrochen, ja eine ökonomische Entkopplung von China, wie sie sein Wirtschaftsberater Peter Navarro im Sinn hat, ist nicht in Europas Interesse, schon gar nicht im Interesse Deutschlands.

Europas Ziel muss die Gleichberechtigung chinesischer und europäischer Unternehmen bleiben, ein fairer Marktzugang für beide Seiten. Peking kann nicht erwarten, dass der Netzwerkausrüster Huawei

Europas Mobilfunknetze mitbaut, solange sich europäische Unternehmen nicht einmal an chinesischen Tankstellenbetreibern beteiligen dürfen. Seit sieben Jahren verhandeln die Europäische Union und China über ein Investitionsabkommen. Die EU ist wirtschaftlich stark genug, um lieber noch Jahre weiterzuverhandeln, anstatt klein beizugeben.

Man fragt sich in diesen Tagen manchmal, was Henry Kissinger zur aktuellen Chinadebatte zu sagen hätte. Kissinger, der vor 50 Jahren Washingtons Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking einleitete, ist 97 Jahre alt und hat seit zwei Jahren keine Interviews mehr gegeben. Doch was er 2011 im letzten Kapitel seines Buches »On China« schrieb, stimmt ernüchternd und dürfte bis heute gelten.

Er verglich Amerikas Verhältnis zu China schon damals mit dem zwischen dem Britischen Empire und dem Deutschen Reich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Mehr als ein

»pragmatisches Konzept von Koexistenz« sei zwischen Weltmächten nicht anzustreben; darüber hinaus diplomatische Risiken einzugehen, berge die Gefahr eines Krieges, in den Europas Großmächte 1914 schlitterten.

Das ist auch die Lehre aus dem Kalten Krieg: Die Kontrahenten setzten einander unter Druck, sie führten blutige Stellvertreterkriege, doch sie entschieden sich am Ende für Koexistenz und Détente.

Was bedeutet das für Europas und Deutschlands Chinapolitik?

Erstens, China sollte wissen, woran es ist. Das Sicherheitsgesetz stehe »weder mit dem Grundgesetz Hongkongs in Einklang noch mit Chinas internationalen Verpflichtungen«, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach dem EU-China-Gipfel Ende Juni. Peking habe »sehr negative Folgen« zu erwarten. Das war mehrdeutig, aber nicht unbedeutend an jenem Tag, an dem das Gesetz in Kraft trat.

Inzwischen ist das Gesetz seit mehr als einer Woche gültig, und seine Anwendung übertrifft schlimmste Befürchtungen. Nun

ist es an der Zeit, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere europäische Regierungschefs konkreter werden, etwa indem EU-Staaten, die Auslieferungsabkommen mit Hongkong unterhalten, diese so schnell wie möglich aussetzen. Man sollte sich über die Wirkung solcher Schritte keine Illusionen machen, man sollte sie aber auch nicht unterschätzen. Als Chinas Behörden im April neue Corona-Regeln gezielt gegen Afrikaner einsetzten, sie nachts aus ihren Hotels holten, setzten die afrikanischen Botschafter in Peking einen offenen Brief an den Außenminister auf. Chinas Gesichtsverlust war erheblich, und seither wurden keine ähnlichen Fälle mehr gemeldet.

Zweitens muss sich Europa auch Sanktionen vorbehalten – schon weil Peking selbst nicht zögert, Staaten zu sanktionieren: zuletzt Australien, das eine internationale Untersuchung von Chinas Verschleppung der Corona-Krise forderte. Wie immer müssen das Ziel und die diplomatische Wirkung solcher Maßnahmen klug kalkuliert werden. Washingtons erste Hongkong-Sanktion, die Aussetzung besonderer Handelsprivilegien, schadet Hongkong mehr als China und ist selbst unter Anhängern der Protestbewegung umstritten. Solche Schritte kommen besser ein paar Wochen später, als dass sie die Falschen treffen. Doch auch die EU-Staaten sollten schwere Sanktionen vorbereiten, und zwar in steigenden Eskalationsstufen.

Drittens, und das ist wichtiger als die beiden anderen Schritte, sollte Europa den Hongkongern eine Botschaft der Liberalität, der Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit senden, drei Werte, die sich der Kontinent über Jahrzehnte hart erkämpft hat und die seine Verheißung sind.

Einen überraschenden Vorstoß in diese Richtung hat der britische Premier Boris Johnson unternommen, als er Millionen Hongkongern anbot, selbst ihre abgelaufenen Überseepässe zu reaktivieren und sich in Großbritannien niederzulassen.

Die Staaten der Europäischen Union sollten Johnson folgen und Hongkongern, die nun politische Verfolgung fürchten müssen, großzügige Aufnahme anbieten. Diese Botschaft käme nicht nur in Hongkong, sondern auch in China an. Niemand wäre berufener, den Bedrängten in Hongkong dieses Angebot zu machen als die deutsche Kanzlerin. ■

Mann fürs Grobe

USA Mike Davis war einer der ruchlosesten und erfolgreichsten Strategen der Republikaner. Nun fragt er sich, wie die Präsidentschaft Donald Trumps noch zu retten ist. *Von René Pfister*

Er ist noch einmal in die Stadt gekommen, die er so hasst und in der er doch seine größten Siege gefeiert hat. Mike Davis mag nichts an Washington, D. C., nicht die feuchte Hitze, die einem den Atem verschlägt, und schon gar nicht all die Liberalen, die in ihren gepflegten weißen Vierteln mit den saftig grünen Vorgärten wohnen, in denen seit Neuestem so häufig ein »Black Lives Matter«-Schild steht.

»Du siehst aus wie ein verschwitzter Linker«, sagt Garrett, sein Pressesprecher, der in Shorts und Badelatschen in einer Villa auf dem Capitol Hill steht, während sich Mike Davis für ein Fotoshooting in ein Jackett zwingt. »Soll ich eine Maske aufsetzen?«, fragt Davis die Fotografin und zieht einen Stofflappen aus seiner Tasche, aber das ist natürlich nicht ernst gemeint. In der Welt, in der sich Davis bewegt, trägt man keine Maske, zumindest dann nicht, wenn man fotografiert wird; er hält es da wie Donald Trump, sein großes Idol.

Davis weiß, dass es nicht gut um den Präsidenten steht: »Wäre die Wahl heute, würde er wahrscheinlich verlieren«, sagt er. Aber haben sich die Republikaner nicht schon oft aus schwierigen Lagen herausgekämpft? Wer hätte im Jahr 2016 ernsthaft auf einen Sieg Trumps gewettet, gerade hier in Washington, wo all die overschlauen Politnerds sitzen? Davis glaubt nicht an die Prognosen, die er nun überall sieht und liest, das behauptet er zumindest: »Trump wird die Sache noch drehen.«

Davis, 42, ist ein kompakter Mann mit breiten Schultern und rotem Haar, an dem man unschwer seine irische Herkunft erkennen kann. Auf dem Capitol Hill, wo sich die Abgänger der juristischen Fakultäten von Yale und Harvard in ihren schmal geschnittenen Anzügen ihre ersten beruflichen Sporen verdienen, ist er schon wegen seines Äußeren eine Ausnahmeerscheinung.

Davis ist noch nie einem Streit aus dem Weg gegang-

gen. Über seinem Twitter-Account steht: »Liebe Linke, PC-Heulsusen, Ultraliberale, Cancel-Culture-Fans, Gedankenpolizisten sowie alle anderen leicht Beleidigbaren: Dies sind meine eigenen Tweets. Sie sind (absichtlich) kontrovers. Sie geben nicht (notwendigerweise) die Meinung meiner ehemaligen Chefs wieder. Wenn ihr sie nicht mögt, lest sie nicht.«

Davis entspricht dem Klischee eines rechten Trolls: Er nennt die Bewegung »Black Lives Matter« eine »inländische Terrororganisation«, und als sich vor fünf Wochen im Netz Empörung über den republikanischen Senator Tom Cotton breitmachte, weil der gefordert hatte, Soldaten in amerikanische Städte zu schicken, schrieb Davis: »Wir brauchen mehr furchtlose und mutige Führer wie Cotton, die sich dem linken Pöbel entgegenstellen und nicht vor ihm zu Kreuzen kriechen.«

Aber als Berater hat er es innerhalb der Republikanischen Partei zu Ansehen gebracht. Wenn man verstehen will, warum Trump Präsident wurde und noch immer mehr als 80 Prozent der Republikaner zu ihm halten, muss man mit Davis reden.

Davis ist typisch für viele in der konservativen Bewegung in den USA, die sich lange Jahre als Opfer eines vermeintlich linken Mainstreams sahen und dann in Trump ihren Helden fanden.

Trump hat während des Wahlkampfes im Jahr 2016 seinen Mund ziemlich voll genommen: Er wollte Nordkorea dazu zwingen, auf die Atombombe zu verzichten; er versprach, China in die Knie zu zwingen und den Nahen Osten zu befrieden. Aus alledem wurde nichts, und nun würgt die Coronakrise auch noch die Konjunktur ab.

Aber in einem Punkt hat Trump Wort gehalten. Er hat 200 konservative Richter ins Amt bugsiert, zwei davon in den Supreme Court: Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh. Es ist ein Erfolg, an dem Davis maßgeblich Anteil hatte.

Davis war der Chefstrategie der Republikaner im Justizausschuss des US-Senats und hat dort vor allem die Schlacht um die Berufung Kavanaughs angeführt, der sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, vor mehr als 30 Jahren eine Schülerin sexuell genötigt zu haben. Viele Republikaner hätten sich schon aus dem Staub machen wollen, als die ersten Vorwürfe aufgetaucht seien, erinnert sich Davis. Aber wenn er eine Lektion in der Politik gelernt habe, dann die, niemals zurückzuweichen. »Die Demokraten haben ein Kinn aus Glas«, sagt er. »Man muss nur hart genug zuschlagen, und es zerbricht in tausend Stücke.«

Eine Reporterin der »New York Times« hat Davis einmal einen »honey badger« genannt, jenes furchtlose Tier, das seine Schnauze in Bienenester steckt und Kobras den Kopf abbeißt, wenn es hungrig ist. Davis hält den Vergleich für durchaus schmeichelhaft. Wenn man ihm mit



LEXEY SWALL / DER SPIEGEL

Lobbyist Davis: »Trump wird die Sache drehen«



Supreme-Court-Mitglieder: »Was wir brauchen, sind Richter und keine politischen Aktivisten«

dem Argument kommt, dass für ein gedeihliches politisches Miteinander Kompromisse notwendig seien, erinnert er an Alexander Hamilton und Aaron Burr, die zu den Gründervätern der Vereinigten Staaten zählten und sich so leidenschaftlich hassten, dass sie sich schließlich zum Duell herausforderten, das für Hamilton mit einem tödlichen Bauchschuss endete.

Davis ist in Iowas Hauptstadt Des Moines aufgewachsen, sein Vater war Lehrer an einer öffentlichen Schule. Seine Eltern, sagt er, seien immer sehr aktiv gewesen, weit über den Unterricht hinaus. »Sie waren Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit, sie hatten wirklich die allerbesten Absichten. Aber ich glaube, dass all diese Sozialprogramme nur einen Anreiz dafür bilden, in der Armut stecken zu bleiben.«

Davis begann, gegen seine Eltern zu rebellieren, als er noch nicht einmal ein Teenager war. In der sechsten Klasse, erzählt er, habe ihm eine Lehrerin zum Scherz den Alex P. Keaton Award verliehen, benannt nach einer Figur aus der US-Fernsehserie »Family Ties«, die in den Achtzigerjahren ein Hit war. Michael J. Fox spielt darin den Sohn eines wahnsinnig sympathischen Hippie-Ehepaars, der zum Ent-

setzen seiner Eltern Republikaner wird, mit Aktentasche und Schlips in die Schule geht und seinen Geschwistern erklärt, wie er die erste Million machen will.

Nach der Highschool studierte Davis Jura und absolvierte in den Neunzigerjahren ein Praktikum bei Newt Gingrich, dem damaligen Sprecher des Repräsentantenhauses in Washington.

Gingrich wurde für Davis zu einem Vorbild, weil er ganz anders war als die braven und staatstragenden Republikaner, die er bis dahin kennengelernt hatte. Gingrich besaß nicht das sonnige Gemüt Ronald Reagans, der erst Hollywood und dann Washington mit seinem Charme eroberte; er war auch kein Staatsmann wie George H. W. Bush, der immer so gravitatisch wirkte, als hätte schon seine Wiege im Oval Office gestanden.

Gingrich war ein Konservativer neuen Typs, ein Krawallbruder. Kaum war er in den amerikanischen Kongress gewählt,

Es gehört zu den Paradoxen der US-Politik, dass sich viele Republikaner als Opfer sehen.

verwandte er ihn in ein Schlachtfeld. Er belegte seine Gegner mit all jenen Vokabeln, die nach und nach die politische Kultur in den USA vergifteten: Sumpf, Korruption, Bürokraten, Niedergang.

Davis war von dem Spektakel fasziniert. »Gingrich war ein Visionär«, sagt er. »Er hatte das große Talent, eine politische Erzählung zu formen, und zwar so, dass es die konservativen Wähler auch verstanden. Vor Gingrich waren die Republikaner damit zufrieden, anständig zu verlieren. Sie wollten nach den Regeln der Demokraten spielen. Gingrich hat diese Regeln einfach ignoriert und ein neues Spiel begonnen.«

Gingrich startete als Sprecher des Repräsentantenhauses 1995 einen Krieg gegen das Weiße Haus, der in dem Amtsenthebungsverfahren gegen Bill Clinton mündete, bei dem nicht nur der Praktikant Mike Davis assistierte, sondern auch ein junger, aufstrebender Jurist aus dem noblen Washingtoner Viertel Chevy Chase: Brett Kavanaugh.

Es gehört zu den Paradoxen der US-Politik, dass sich viele Republikaner als Opfer der Verhältnisse sehen. Seit 1980 gewann die Partei sechs Präsidentschaftswahlen. Aber der Erfolg konnte dennoch

nicht das Gefühl zerstreuen, dass sich am Ende immer die andere Seite durchsetzt. Selbst Reagan gilt im Rückblick vielen als Versager. Dieser habe nichts getan, um den linken Zeitgeist zurückzudrängen, der aus den Sechzigerjahren herübergeschwappt sei, klagt etwa Christopher Caldwell, einer der führenden konservativen Intellektuellen der USA.

Das Gefühl der Unterlegenheit wurde noch durch den Supreme Court verstärkt, der seit dem Zweiten Weltkrieg eine Bremsche für die Bürgerrechts- und Frauenbewegung geschlagen hat. Die Entscheidung *Brown v. Board of Education* im Jahr 1954 erklärte die Rassentrennung an Schulen für verfassungswidrig. Im Jahr 1973 sicherte das Urteil im Fall *Roe v. Wade* das Recht auf Abtreibung, und in *Obergefell v. Hodges* sprach das höchste amerikanische Gericht 2015 Schwulen und Lesben das Recht auf Heirat zu. Viele Republikaner empfanden das als Anmaßung.

»Was wir brauchen, sind Richter und keine politischen Aktivisten«, sagt Davis. Als Trump sich im Jahr 2016 zur Wahl stellte, versprach er, im Falle seines Sieges nur Juristen zu nominieren, die zu 100 Prozent der konservativen Sache verpflichtet seien. Der erste Richter, den Trump an den Supreme Court schickte, heißt Neil Gorsuch. Als dieser im April 2017 sein Amt antrat, heuerte er Davis als wissenschaftlichen Assistenten an.

Während seiner Zeit am Supreme Court lernte Davis den Richter Clarence Thomas kennen, den die Republikaner Anfang der Neunzigerjahre durchgeboxt hatten. Während eines Mittagessens erzählte Thomas von seiner Kindheit auf einer Farm in Georgia. Er beschrieb, wie man dort Hunden die Lust verdorben habe, Hühner zu jagen. Wenn ein Vogel tot am Boden gelegen habe, so erzählte es Thomas, sei dieser dem Hund um den Hals gebunden worden. Der Geruch des verwesenden Tieres sei so widerlich gewesen, dass der Hund nie wieder auf die Idee gekommen sei, ein Huhn zu reißen.

Im Sommer 2018 bekam Trump die Gelegenheit, einen zweiten Richter an den Supreme Court zu schicken. Anthony Kennedy kündigte seinen Rückzug in den Ruhestand an, und Trump nominierte Kavanaugh. Davis war zu jener Zeit schon zum Chefberater des Republikaners Chuck Grassley aufgestiegen, des Justizausschussvorsitzenden im US-Senat, der Kavanaugh bestätigen musste. Alles sah nach einer Formsache aus. Aber dann erklärte die Psychologin Professorin Christine Blasey Ford, Kavanaugh habe versucht, sie auf einer Party in den Achtzigerjahren zu vergewaltigen; Ford war damals 15, Kavanaugh 17.

Ford war eine glaubwürdige Zeugin und bereit, unter Eid auszusagen. Im Weißen



TOM BENNER / THE NEW YORK TIMES / LAIF

Wahlkämpfer Trump Wir gegen die

Haus machten Überlegungen die Runde, Kavanaugh zurückzuziehen. Aber Davis wollte unter keinen Umständen nachgeben. Jeden Vorwurf, den Ford erhob, konterten Davis und seine Leute mit einer Gegenattacke. Sie heuerten eine Anwältin an, die Ford einer peinlichen Befragung unterzog. Davis nannte es später die »Dead Chickens«-Strategie: den Demokraten sollte ein für alle Mal die Lust verdorben werden, mit dem Vorwurf der sexuellen Belästigung Politik zu machen. Sie ging auf. Am 6. Oktober 2018 wurde Kavanaugh mit 50 zu 48 Stimmen vom Senat bestätigt.

Davis lebt inzwischen die meiste Zeit in Denver und betreibt eine Lobbyfirma, die konservative Richter fördert und un-

terstützt. Die Firma lebt von Spendengeldern, aber vor allem braucht sie einen Sieg Trumps. Ohne ihn wird es in nächster Zeit sehr viel weniger konservative Richter geben, die an ein Bundesgericht geschickt werden. Aber wie soll das noch gelingen? Die Umfragewerte von Trump sind verheerend, die Wirtschaft liegt am Boden, das Virus frisst sich nun auch durch den republikanischen Süden. Und selbst die konservative Mehrheit am Supreme Court bringt dem Präsidenten gerade wenig. Die Richter entschieden in den vergangenen Wochen mehrfach im Sinne der Demokraten, zuletzt am Donnerstag, als sie der US-Justiz zubilligten, Trumps Finanzunterlagen einzusehen.

Davis rät dem Präsidenten, jetzt nicht zu wackeln. »Lasst Trump einfach Trump sein«, sagt er. »Ich verstehe, dass ihn viele für einen Trottel halten. Aber was ist die Alternative? Wenn Biden gewinnt, wird auch der Senat in die Hände der Demokraten fallen, und dann werden sie den Supreme Court besetzen und das Land in eine radikale marxistische Richtung lenken.«

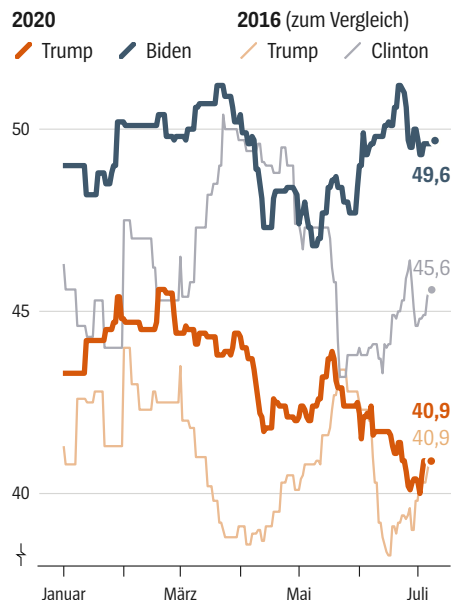
Es sei immer das große Talent von Trump gewesen, direkt zu den Leuten zu sprechen. »Trump sollte aufhören, auf die Gestalten im Washingtoner Sumpf zu hören. Ich war gerade einen Monat lang in Colorado und habe mit Leuten aus der echten Welt geredet. Ich bin wirklich davon überzeugt, dass es eine schweigende Mehrheit gibt, die anfangen wird, gegen diese irrsinnigen Lockdown-Regeln zu rebellieren. Und es wird auch einen Aufstand gegen »Black Lives Matter« und die angeblich friedlichen Demonstranten geben, die ganze Innenstädte verwüsten. Meine einzige Kritik an Trump ist, dass er nicht das FBI anweist, diese Halunken zu verhaften.«

Sicher, sagt Davis, wenn die Wahl zu einem Referendum über Trump gemacht werde, läge vor dem Präsidenten ein sehr steiniger Weg. »Aber wenn die Leute die Wahl haben zwischen einem schwachen und inkonsistenten Kandidaten, der in Wahrheit von radikalen Linken kontrolliert wird, und Trump, der für Recht und Ordnung steht, sieht die Sache schon anders aus.«

Wir gegen die – das war schon die Methode, mit der sich Gingrich an die Spitze des US-Kongresses kämpfte. Auch er wackelte bis zum Schluss nicht und tat so, als stünden die Demokraten auf dem Lohnzettel des Kreml. Die Sache nahm allerdings kein gutes Ende. Müde von all dem Krawall liefen die amerikanischen Wähler bei den Kongresswahlen 1998 zu den Demokraten über. Gingrich trat zurück – und ist seither vor allem damit beschäftigt, Bücher zu schreiben.

Rennen um das Weiße Haus

Durchschnitt landesweiter Umfragen, Unterstützung in Prozent



An 100 Prozent fehlende: sonstige oder keine Antwort;
Quelle: Real Clear Politics, Stand: 8. Juli

DER SPIEGEL

Flog die Pest über die Stadtmauern?

Ob schon im Mittelalter biologische Waffen eingesetzt wurden, erfahren Sie in der neuen Ausgabe von **SPIEGEL GESCHICHTE**.



Aquarell »Basler Totentanz« (nach spätmittelalterlichem Friedhofsfresko, 1806)

Lange hielt sich die Behauptung, die Pest sei im Mittelalter gezielt als eine Art biologische Waffe eingesetzt worden. Als feindliche Truppen im Sommer 1346 die genuesische Handelsniederlassung Kaffa auf der Krim belagerten, brach unter den Angreifern die gefürchtete Seuche aus. Daraufhin hätten diese zu einer makabren Kriegsliste gegriffen, behauptete der Chronist Gabriele de Mussis (um 1280 bis 1356): Die Belagerer »banden die Leichen auf Wurfmaschinen und ließen sie in die Stadt Kaffa hineinkatapultieren, damit dort alle an der unerträglichen Pest zugrunde gehen sollten«. Die Belagerten seien daraufhin aus der Stadt geflohen und auf Schiffen nach Italien gesegelt – so hätten

sie die Pest auch nach Mitteleuropa eingeschleppt. Moderne Forscher aber bezweifeln den Bericht des Zeitgenossen Mussis, der als Notar in Piacenza tätig war.

Zwar setzten Belagerer im Mittelalter durchaus ähnliche Methoden ein, warfen etwa mit Jauche gefüllte Fässer über Stadtmauern, um Eingeschlossene durch den Gestank in die Knie zu zwingen. Doch im Fall der Pest ist eine gezielte Taktik eher unwahrscheinlich: Das Infektionspotenzial von Pestleichen wäre für eine massenhafte Ansteckung zu gering gewesen. Vermutlich infizierten sich auch die Bewohner von Kaffa genauso wie ihre Feinde auf der anderen Seite der Stadtmauer – durch die von Ratten eingeschleppten Pestflöhe.



Lesen Sie mehr zu Waffengängen, Ritteralltag und Kriegshelden in der aktuellen Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE: Krieg im Mittelalter. Weitere Themen:

- Zivilcourage: Wie die Bürger von Neuss ihre Stadt verteidigten
- Burgen: Der stumpfe Alltag hinter dicken Mauern
- Störtebeker: Ein Kämpfer für das Gute?

SPIEGEL GESCHICHTE erscheint sechsmal im Jahr, fächert jeweils ein historisches Thema unterhaltsam und analytisch auf und liefert immer auch Erkenntnisse für die Gegenwart.

Erhältlich im Abonnement (abo.spiegel-geschichte.de), im Zeitschriftenhandel und unter amazon.de/spiegel. 148 Seiten; 9,90 Euro.

Das große Schweigen

Schicksale Kein Land gab so viele Babys zur Adoption frei wie Südkorea. Auch Kara Bos wurde ausgesetzt und in die USA vermittelt. Als erstes Adoptivkind hat sie ihren Vater jetzt in Seoul darauf verklagt, sie als Tochter anzuerkennen. *Von Katrin Kuntz*

Der Tag, der das Leben des Mädchens für immer bestimmen wird, beginnt mit einem Schock. Die Zweijährige steht auf einem Parkplatz, bekleidet mit einer Hose und einem roten Seidenjäckchen. Nebenan liegt ein belebter Markt. Doch das Kind ist ganz allein. Jemand hat es ausgesetzt.

Es ist nicht klar, wer das Mädchen auf diesen Parkplatz im südkoreanischen Goesan brachte und wie lange es dort ausharrte. In seinen Adoptionspapieren ist später nur zu lesen, dass an diesem 18. November 1983 ein damals 40-jähriger Passant vorbeikommt und es findet.

Der Mann übergibt das Kind einem Beamten des Landkreises Goesan. Dieser bringt es in ein Waisenheim, das direkt mit einer Adoptionsagentur verbunden ist.

Kang Mee-sook habe selbst ihren Namen gesagt und ihr Alter. Als Geburtstag trägt man den Tag ihrer Aussetzung ein, zwei Jahre zurückdatiert.

Zehn Monate lang bleibt das Mädchen noch in Südkorea. Dann setzt die Adoptionsagentur es in ein Flugzeug in die USA.

Kang Mee-sook ist eines von rund 170 000 Kindern, die seit dem Ende des Koreakriegs 1953 aus Südkorea zur Adoption ins Ausland vermittelt wurden. Kein anderes Land hat zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so viele Kinder nach Übersee geschickt. In den Siebziger- und Achtzigerjahren baute Südkorea eine regelrechte Adoptionsindustrie auf, die dem Land Milliarden einbrachte.

Rund 36 Jahre später fliegt die Adoptierte zurück nach Südkorea. Sie heißt jetzt Kara Bos und ist eine erwachsene Frau.

Wie viele südkoreanische Adoptivkinder fragt sie sich, wer ihre Eltern sind. Warum man sie abgegeben hat. Sie will sich nicht mehr verströmen lassen.

Am 12. Juni betritt Bos mit ihrer Anwältin das Familiengericht von Seoul.

Ein Video zeigt sie in hellblauem Kleid, die Haare offen. In dem Gerichtssaal hämmern Journalisten auf die Tastatur ihrer Laptops ein, so erzählt sie später. Der Richter habe sie angeblickt: »Auf Grundlage des DNA-Tests urteile ich, dass Kara Bos die Tochter von Mister Oh ist«, habe er sinngemäß gesagt. Die Anwältin drückt Bos' Hand. Bos weint.

Als unehelich geborenes Kind hat Bos ihren biologischen Vater verklagt, sie als

seine Tochter anzuerkennen. Eine solche Konfrontation zwischen einem Adoptivkind, das ins Ausland vermittelt wurde, und einem Elternteil gab es in Südkorea noch nie.

Familie hat in Südkorea einen sehr hohen Stellenwert. Sich in sie einzumischen gehört sich nicht. Der Vater steht gemäß konfuzianischer Werte an oberster Stelle. Für viele gilt es als Schande, ein außereheliches Kind aufzuziehen.

Der 85-jährige Mister Oh, Bos' Vater, war Vorstand bei einer Bank. Sein Vorname ist nicht öffentlich. Gesichert ist aber,



Findelkind Kang Mee-sook 1984

»Auf amerikanische Art erziehen«

dass er in der südkoreanischen Gesellschaft eine hohe Stellung innehatte. Bos' Mutter ist bis heute unbekannt. Vermutlich war sie eine Affäre.

Jahrelang hat Bos ihre Eltern gesucht, lange erfolglos – auch weil der südkoreanische Staat Adoptierten kaum hilft und Adoptionsagenturen die Macht über ihre Daten haben. Als sie ihren Vater schließlich per Zufall fand und er sich weigerte, mit ihr zu sprechen, zog sie vor Gericht.

Heute spaltet ihr Fall das Land. Die einen sagen, ihre Geschichte zeige, wie sehr Staat und Gesellschaft bei den Adoptionen versagt hätten. Die anderen finden, Bos habe die koreanische Kultur missachtet. Es werde künftig schwerer für Adoptierte werden, ihre leiblichen Eltern zu einem Treffen zu bewegen.

Bos wird nach diesem Urteil in das Familienregister eingetragen werden. Sie hat dann Anrecht auf einen Teil von Ohs Erbe.

Gut eine Woche nach dem Urteil empfing Kara Bos in Amsterdam, hier lebt

sie seit elf Jahren mit ihrer eigenen Familie. Vor ihrem Haus reihen sich Blumenläden und Cafés. Drinnen führt eine steile Treppe in ein lichtdurchflutetes Apartment.

Bos, 38, ist eine zierliche Frau mit rot lackierten Fingernägeln. Sie trägt ein langes schwarzes Kleid, das mit goldenen Palmen bestickt ist. Ihre Kinder, der achtjährige Alexander und die fünfjährige Olivia, sind unterwegs. Ihr Mann Ajolt, der in der Finanzbranche tätig ist, arbeitet zu Hause. Die beiden haben sich in den USA kennengelernt – »als ich noch im Marketing Karriere machte«. Heute gibt Bos Survival-Schwimmkurse in Amsterdam, in denen Kleinkinder lernen sollen, sich vor dem Ertrinken zu schützen.

Wie geht es ihr nach dem Urteil? »Ich muss mich schützen«, sagt sie. Die Reise sei aufwühlend gewesen. Doch sie freue sich, dass in Südkorea etwas in Bewegung gerate: »Mein Fall zeigt Adoptierten, dass es ein Recht auf Wissen gibt.« Sie trat im südkoreanischen Fernsehen auf und in Radio-shows. Die »New York Times« berichtete und die Nachrichtenagentur Reuters. Adoptierte schicken Bos Fanbriefe. Aktivisten wollen die Regierung in Seoul mithilfe ihres Falls zu einem Politikwechsel bewegen.

Die Adoptionsgeschichte Südkoreas reicht bis in die Wirren des Koreakriegs zurück. Kinder, die aus Beziehungen von Südkoreanerinnen mit US-Soldaten oder Uno-Mitarbeitern entstanden, waren im Land nicht gewollt. Sie landeten in Waisenheimen. Die Regierung schürte die Ablehnung solcher Kinder, sie wollte die Homogenität der Gesellschaft bewahren.

Der Wirtschaftsboom in den Sechzigern und Siebzigern änderte wenig an der Haltung in der Gesellschaft. Frauen, die alleinerziehend waren, bekamen kaum staatliche Unterstützung, sie wurden von ihren Nachbarn und ihrer Familie geächtet. Viele gaben ihr Kind ab, auch um ihm spätere Probleme bei der Ausbildung oder Heirat zu ersparen.

Adoptionsagenturen bauten damals Dutzende Geburtshäuser für unverheiratete Schwangere. Sie halfen ihnen bei der Vorbereitung, bei Arztbesuchen. Nach der Geburt drängten sie die Frauen, ihr Kind zur Adoption freizugeben. Der Staat förderte soziale Einrichtungen kaum, obwohl das Land es sich hätte leisten können.

Die Nachfrage aus dem Ausland stieg weiter an. Werbeanzeigen versprachen El-



TILY NIJOKIKTIEN / DER SPIEGEL

Klägerin Bos: »Kennst du mein Gesicht?«

tern ein besseres Leben für ihr Kind in der Ferne. Die Adoptionskosten entsprachen derweil ungefähr einem Jahresgehalt. So wurden Kinder zu einer Art Exportware.

Als das Mädchen, das später Kara heißen sollte, am 25. September 1984 in den USA landet, warten Russell und Mariann Bedell am Flughafen. Die beiden sind Christen aus dem Dorf Sheridan, im Bundesstaat Michigan. Die Mutter ist Hausfrau, der Vater managt eine Farm. Weil die Schwangerschaften bei ihren ersten beiden Kindern schwierig waren, entschieden sie sich für eine Adoption.

Eine der größten für Auslandsadoptionen autorisierte Agentur, Holt Children's Services, die von den evangelikalen Eheleuten Bertha und Harry Holt aus Oregon gegründet wurde, schlug ihnen Kara vor.

In den folgenden Jahren läuft das ab, was Bos »eine erfolgreiche Adoptionsgeschichte« nennt. Ihre neuen Eltern hätten von der Agentur gesagt bekommen, dass sie ihre südkoreanische Tochter auf »amerikanische Art« erziehen sollten. Sie geben ihr ihren heutigen Vornamen – Kara.

An Bos' Highschool gibt es 400 Kinder, nur drei davon sind nicht weiß. »Ich merkte aber nicht, dass ich asiatisch war«, erinnert sich Bos. »Ich fühlte mich als Amerikanerin.« Wenn jemand ihre Adoptivmutter fragt, woher sie das Kind habe, scherzt die: »Aus einem Garagenverkauf.«

Fragt Bos nach, erklärt ihre Adoptivmutter, dass ihre leibliche Mutter es als Alleinerziehende wohl schwer gehabt habe.

Sie betäubt den Schmerz, indem sie zu einer exzellenten Schülerin wird. Seit ihrem 17. Lebensjahr finanziert sie sich durch verschiedene Jobs selbst. Sie schafft es aufs College, studiert Marketing.

Lange Zeit interessiert sie sich nicht für Südkorea. Der Wunsch, ihre Wurzeln zu erforschen, entsteht, als sie 2015 ihre Tochter Olivia zur Welt bringt. Die beiden entwickeln eine besonders enge Bindung. Olivia ist fordernd, will immerzu bei ihr sein. »Wie kann eine Mutter ihr Kind abgeben?«, fragt Bos sich damals.

2017 fliegt sie mit ihrer Familie nach Seoul und macht sich auf die Suche. Die Organisation G.O.A.'L hilft Adoptivkindern dabei. Rund 15 Suchanfragen erreichen die Organisation pro Monat. Im Jahr 2019 ermöglichte man 20 Wiedervereinigungen.

Die Mitarbeiter gestalten Flyer auf Koreanisch für Bos. Kurz drauf steht sie in Goesan, wo man sie fand. Der Markt, neben dem sie ausgesetzt wurde, ist jetzt ein Busterminal. In ihrem ehemaligen Waisenhaus erfährt sie, dass sie fast innerhalb Südkoreas adoptiert worden wäre. Mehr findet sie zunächst nicht heraus. Alles, was bleibt, ist ein »surreales Gefühl«.



Adoptivtochter Bos mit ihrer amerikanischen Familie 1984: Kinder als Exportware

Ein Problem bei der Suche ist, dass die Daten der insgesamt mehr als 230 000 Adoptivkinder in der Hand privater Adoptionsagenturen liegen. Weil diese damals an einem Geschäft interessiert waren, nahmen sie es bei der Registrierung der Kinder oft wenig genau, sagen Experten. Akten wurden gefälscht, Identitäten vertauscht. Eltern ließen ihre Neugeborenen oft nicht registrieren. So verschwanden viele, ohne dass der Staat Notiz davon nahm.

»Südkorea macht Kinder absichtlich zu Waisen«, sagt Pastor Kim Do-hyun, der mit »KoRoot« eine Anlaufstelle für erwachsene Adoptivkinder in Seoul leitet und Bos ebenfalls bei ihrer Suche half.

Selbst wenn die Agenturen die Identität der Eltern kennen, haben Adoptivkinder kein Auskunftsrecht. Gesetze zum Schutz der Privatsphäre regeln, dass es Kontakt nur gibt, wenn die Eltern einverstanden sind. Beantragen Adoptivkinder heute Akteneinsicht, schwärzen die Agenturen die Namen der leiblichen Eltern, berichtet Bos.

Während der Olympischen Spiele 1988 rückte Südkorea ins öffentliche Interesse. Erstmals wurde Kritik an seiner Adoptionspraxis laut. Seoul bemühte sich daraufhin, die Adoptionen im Inland zu erhöhen – 2019 wurden nur noch 317 Kinder nach Übersee vermittelt.

Das internationale Haager Übereinkommen zu Auslandsadoptionen von 1993 ist ein Versuch der internationalen Gemeinschaft, solche Adoptionen zu reglementieren und Kinder vor Ausbeutung, aber auch vor kultureller Entwurzelung zu schützen. Südkorea, das die Konvention 2013 unterzeichnete, muss seither sicherstellen, dass Adoptionen im Sinne des Kindeswohls ablaufen. Und dass Informa-

tionen über leibliche Eltern aufbewahrt werden.

Im Jahr 2012 verschärfte die Regierung zusätzlich das Adoptionsgesetz. Eltern müssen zu einem Familiengericht, bevor sie ihr Kind abgeben dürfen. Die Rechte der Kinder sind besser geschützt. Aber: Seit Auslandsadoptionen schwieriger geworden sind, landen immer mehr Kinder in Waisenheimen. Adoptionen innerhalb Südkoreas bleiben stigmatisiert. Wer sich dafür entscheidet, tut es oft heimlich.

Erwachsene Adoptierte wie Bos, die vor diesen Neuerungen vermittelt wurden, haben kaum Kontrolle über ihre Geschichte. Die Agenturen rechneten damals auch nicht damit, dass Adoptivkinder eines Tages zurückkehren würden.

Bos lädt 2016 eine DNA-Probe bei der Plattform MyHeritage hoch. Drei Jahre später hat sie ein Match: Die DNA eines 22-jährigen Südkoreaners, der in Oxford studiert, stimmt zum Teil mit ihrer überein. »Die erste Spur zu einem Familienmitglied.«

Der Mann stellt sich als ihr Neffe heraus. Als sie ihn in England trifft, erfährt sie von ihren drei Halbschwestern. Und zum ersten Mal auch von ihrem Vater.

Bos stellt fest, dass die Familie in Seoul wohlhabend ist. Rasch habe der Vater ausrichten lassen: Er kenne Bos nicht. Bald bricht auch der 22-Jährige den Kontakt ab.

Als Bos 2019 das nächste Mal Seoul besucht, findet sie über eine Nichte den Namen ihres Vaters heraus. Jetzt braucht sie nur noch seine Adresse. Als sie bei einer Halbschwester klingelt und um ein Gespräch bitten will, ruft diese die Polizei, so erinnert sich Bos.

»Totale Feindschaft schlug mir entgegen.« Bos spürt, dass die Familie nichts



Mutter Bos mit ihren Kindern, Ehemann in Busan 2019: »Es gibt ein Recht auf Wissen«

mit ihr zu tun haben will. Angeschlagen fliegt sie nach Europa. Aber Bos ist eine Kämpferin.

In ihrer Wohnung in Amsterdam holt Bos Fruchtsaft aus dem Kühlschrank. Zwei Stunden hat sie jetzt erzählt. Klar und präsent, ohne müde zu werden. Es wirkt, als würde ihr mit jeder Erzählung, mit jedem Durchgang ihrer Biografie die eigene Geschichte klarer.

Eine Anwältin bringt Bos 2019 auf die Idee, eine Vaterschaftsklage einzureichen. Ohne langes Zögern willigt sie ein. Bos will das erste Adoptivkind aus Südkorea sein, das vor Gericht sein Recht auf eine Biografie erstreitet.

Jetzt geht alles schnell. Innerhalb eines Monats bekommt Bos das Familienregister ihres Vaters mit seiner Adresse. Dann kommt eine Vorladung zum DNA-Test.

Bos fliegt inmitten der Coronakrise nach Seoul. Nach dem DNA-Test im März fährt sie spontan zum Haus ihres Vaters.

Das Apartment von Mister Oh liegt in Gangnam, einem Szeneviertel im Süden, in dem viele Reiche leben. Bos sagt, sie habe die Atmosphäre wahrnehmen wollen. Die Wohnungstür ihres Vaters öffnet seine Frau.

»Ich bin Kara Bos«, stellt sie sich vor. Aufgeregt versucht Bos zu erklären, wer sie ist. Die Frau versteht nicht, was Bos will. Im Nachhinein nimmt Bos an, sie habe sie für eine Erbschleicherin gehalten. Dann kommt ihr Vater Richtung Tür.

Bos erinnert sich an einen aufrechten Mann. Die Szene beschreibt sie wie folgt: Sie sagt: »Mein Name ist Kara Bos.« Der Vater sucht Augenkontakt. »Kennst du mein Gesicht?«, fragt Bos. Der Vater antwortet nicht.

Er starrt Bos an. Dann dreht er sich weg. Das Ganze habe 15 Minuten gedauert. Als die Tür zugefallen ist, weint Bos.

Es ist März. Noch hätte der Vater die Gelegenheit gehabt, die öffentliche Aufmerksamkeit abzuwenden. Er hätte Bos von ihrer Mutter erzählen können. Aber er tut es nicht. Im April bestätigt der DNA-Test, dass Mister Oh zu 99,9 Prozent Bos' Vater ist.

Bos hatte ihm eine Notiz an der Tür hinterlassen, aber die Familie habe immerzu geblockt, erzählt sie.

Am 12. Juni erscheint Bos vor Gericht.

Die internationale Aufmerksamkeit ist damals bereits groß. Bevor Bos aus Amsterdam losfliegt, habe sie eine Nachricht von Ohs Familie bekommen. Sinngemäß habe sie gelauret: Entweder du hörst auf, Interviews zu geben, oder du kannst ein Treffen mit deinem Vater vergessen. Bos erinnert sich an die Wut, die in ihr aufsteigt. Die Privatsphäre der Familie soll mehr als ihr Recht auf Wissen wiegen. »Wir sind es derart gewohnt zu warten, dass man uns sogar noch vertrösten will, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen«, sagt sie. Bos will nicht mehr akzeptieren, dass stets andere entscheiden, was und wie viel Adoptivkinder wissen dürfen.

Als Bos nach dem Urteil vor die Journalistenmenge vor dem Gericht tritt, wirkt sie aufgelöst, aber erleichtert. »Dieser Tag ist ein Momentum für uns Adoptierte, weil wir endlich Recht bekommen«, sagt sie. »Ich hoffe, dass die koreanische Regierung diesen Fall zum Anlass nimmt, Koreas Geschichte als größter Babyexporteur der Welt umzuschreiben. Korea sollte jetzt das erste Land werden, das für die Rechte seiner Adoptivkinder einsteht«, so erinnert

sie sich beim Gespräch in Amsterdam an ihre Worte. Danach habe sie in brüchigem Koreanisch eine Botschaft an ihre Mutter in die Kameras gesprochen: »Bitte komm. Mach dir keine Vorwürfe, komm einfach.« Aber ihre Mutter meldet sich nicht.

Bos reist mit einer Freundin ans Meer. Ihr Vater stimmt schließlich doch einem Treffen zu. Ohne Medien, nur die beiden.

Als Oh am 15. Juni vor dem Büro ihrer Anwältin auftaucht, sieht Bos, dass er zwei Bodyguards bei sich hat. Einer durchsucht den Raum, bevor er ihren Vater holt. Bos beschreibt das Treffen wie folgt.

Stumm sitzen sie sich gegenüber. Mister Oh trägt Hut, Maske und Handschuhe. Bos kann ihn nicht klar erkennen.

Sie schiebt ihm einen Brief hin, in dem sie ihm noch einmal erklärt, wer sie ist und dass die Klage der einzige Weg gewesen sei, um an seine Adresse zu kommen.

»Ich lese ihn nicht«, sagt Oh.

Bos' Anwältin versucht zu vermitteln. Der Mann fragt: »Warum bin ich hier?«

»Kennst du mein Gesicht?«, fragt Bos.

»Es ist hübsch«, sagt Oh.

Er weigert sich, die Sonnenbrille abzunehmen. Mit den Worten: »Ich weiß nicht, worum es geht«, steht er auf.

Nach dem Treffen, so erzählt es Bos, macht Ohs Familie sie dafür verantwortlich, dass es dem Vater schlecht gehe. Er leide unter hohem Blutdruck. Die Schwestern seien geschockt, die Ehefrau sei instabil.

In Amsterdam legt Bos ihre Hände gefaltet auf den Tisch. In der Vase vor ihr ein Strauß Hortensien, dazwischen einzelne Stängel Rittersporn, Eisenkraut, Lilien.

Was bleibt von einer solchen Suche? Wie macht man weiter? Wie hört man auf?

Bos sagt, sie wolle jetzt Ruhe finden. Zeit mit ihrer eigenen Familie verbringen. 15 000 Euro hat sie bislang in ihre Suche investiert. Ihren Geburtstag feiert sie nicht mehr, weil das Datum sie schmerzt.

Es ist nicht so, dass Bos die romantische Erwartung gehabt hätte, durch die Suche ein vollständigerer Mensch zu werden. Es ging ihr vielmehr um ihr Recht auf Wissen. Um das fundamentale, menschliche Bedürfnis zu wissen, woher man stammt.

Jetzt muss Bos' Suche sich vielleicht ohne alle Antworten schließen. Es sei denn, es gelingt ihr, ihre Mutter zu finden.

Ein Team koreanischer Investigativjournalisten sei jetzt dran. Die Fernsehmacher wissen, dass eine Wiedervereinigung eine perfekte Story wäre. Für Bos ist das okay.

Sie glaubt nicht mehr daran, dass die Herkunftsfamilien sich melden, wenn man lange genug darauf wartet. Ohne Zwang habe niemand Interesse daran, ein Geheimnis zu lüften. Solange es keine Gesetze gebe, die Adoptierte stärker unterstützen, sei das Fernsehen der einzige Weg, »die Geschichte noch zu verändern«.

Flexibel bleiben.

Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus. Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

Rund 4% sparen. Für nur €5,30 pro Ausgabe statt €5,50 im Einzelkauf

Ohne Risiko. Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets. Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700

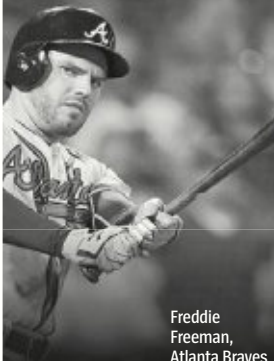

(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)



Keine
Mindest-
laufzeit

Sport



Corona-Fälle in den großen US-Sportligen	
 <p>Freddie Freeman, Atlanta Braves</p> <p>Baseball Testung aller Spieler seit 27. Juni</p> <p>Seitdem positiv getestete Spieler insgesamt: 31</p> <p>Stand: 9. Juli</p>	 <p>Zehn namentlich nicht bekannte Spieler des FC Dallas</p> <p>Fußball Regelmäßige Tests aller Spieler seit 4. Juni</p> <p>31</p>
 <p>Spencer Dinwiddie, Brooklyn Nets</p> <p>Basketball Testung aller Spieler seit 23. Juni</p> <p>25</p>	 <p>Mehrere namentlich nicht bekannte Spieler der St. Louis Blues</p> <p>Eishockey Umfassende Tests seit 8. Juni</p> <p>23</p>
 <p>Kareem Jackson, Denver Broncos</p> <p>American Football Noch keine umfassende Testung von Spielern</p> <p>Bisher bekannte Fälle: 4</p>	

Zahlreiche Sportler der US-Profiligen haben sich mit dem Sars-CoV-2-Virus infiziert. Das wurde nach Tests bekannt, welche die Ligen vor dem Neustart durchführen. Stark betroffen ist die MLS, die seit Mittwoch in Disney World bei Orlando ihre Saison fortsetzt. Der FC Dallas wurde nach zehn positiven Proben vom Turnier ausgeschlossen. Ähnlich wie in der Bundesliga bleiben viele Namen der Infizierten zum Schutz der Privatsphäre unveröffentlicht.

»Ein unnötiger Eingriff«

Gut zu wissen Warum verstoßen Verbände gegen Menschenrechte?

● Ihren letzten Wettkampf über 800 Meter lief Caster Semenya im Juni 2019. Die Südafrikanerin, zweimalige Olympiasiegerin auf dieser Distanz, gewann deutlich. Mittlerweile darf Semenya, 29, aber nicht mehr über ihre Paradedstrecke antreten – zumindest nicht ohne Weiteres. Schuld sind die Regularien des Weltleichtathletikverbands World Athletics.

Dieser hatte beschlossen, einen Grenzwert des Blutttestosteronspiegels einzuführen, der allerdings nur über die Strecken zwischen 400 Meter und einer Meile und nur für Frauen gilt, die Unterschiede in ihrer sexuellen Entwicklung aufweisen. Semenya wird damit ausgeschlossen; sie hat nämlich einen männlichen Chromosomensatz und einen natürlich erhöhten Testosteronwert. Um weiter international bei 800-Meter-Läufen an den Start gehen zu können, müsste sie sich wohl einer Hormonbehandlung unterziehen. Das

will sie nicht – und bekommt Zustimmung dafür.

Eine solche Testosteronregel verletze unter anderem das »Recht auf Nichtdiskrimi-



Olympiasiegerin Semenya in Rio 2016

minierung« und verstoße gegen das Verbot »unnötiger medizinischer Eingriffe«, stellt jetzt der Hohe Kommissar für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen (OHCHR) fest. Sportverbände sollten Regularien, die einen »negativen Effekt« auf die Rechte von Athleten haben, »überprüfen, überarbeiten und zurücknehmen«, heißt es in einem Bericht, der vergangene Woche veröffentlicht wurde.

Das OHCHR appelliert an Staaten, stärker auf den Sport einzuwirken und Menschenrechtsverletzungen der Verbände zu unterbinden. Auch die Sportorganisationen selbst seien in der Pflicht. Einige hätten bereits begonnen, das Thema in ihren Statuten zu berücksichtigen – zum Beispiel der Fußballweltverband.

Der Vorstoß des OHCHR könnte auch Semenya bei ihrem Versuch helfen, auf ihrer Paradedstrecke an den Olympischen Sommerspielen 2021 in Tokio teilzunehmen. Dort will die Südafrikanerin in jedem Fall dabei sein – weshalb sie derzeit für einen Start als 200-Meter-Läuferin trainiert. Eine Disziplin, in der die Regularien des Weltverbands nicht gelten. **TNE**

Triple

Fußball Der Jusovorsitzende Kevin Kühnert ist begeisterter Fan. Seine Leidenschaft verteilt er auf drei Vereine. Wie kommt er dazu? *Von Marc Hujer*

Ich verliebte mich in Fußball, wie ich mich später in Frauen verlieben sollte: unvermittelt, unbegreiflich, unkritisch, ohne einen Gedanken an den Schmerz oder den Schaden, den er mir zufügen würde.

Nick Hornby in »Fever Pitch«

An einem Sonntagnachmittag im Mai 2019 sitzt Kevin Kühnert vor einem türkischen Café am Kottbusser Damm. Schräg gegenüber ist er bei einem Hoffest eingeladen, auf dem er etwas zum Mietenwahnsinn in Berlin sagen soll. Er hat noch eine halbe Stunde Zeit, trinkt Kaffee, isst Baklava und redet über seine Rolle in der SPD. Zwischendurch tippt er auf seinem Handy herum.

»Puhhhh«, sagt er plötzlich, »2:0. Bielefeld führt 2:0 gegen Sandhausen.«

In seinem Leben gibt es eigentlich nichts, was ihn mit Arminia Bielefeld verbindet, keine Familie, kein Studium, kein großer Erfolg. Er ist 1989 in Berlin geboren, in Berlin in die Schule gegangen, in Berlin in die SPD eingetreten, 2017 Bundesvorsitzender der Jusos geworden und zwei Jahre später stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender.

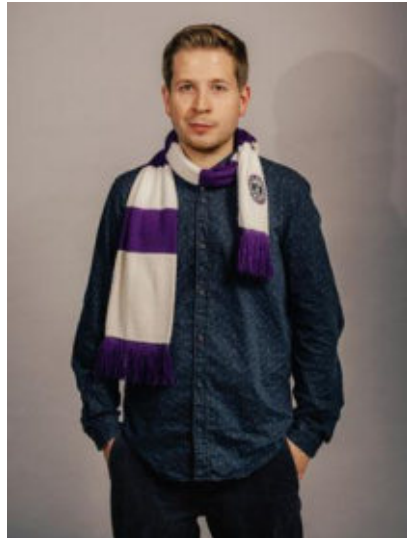
Viele Menschen verlieren ihr Herz irgendwann an einen Fußballverein und bleiben Fan, oft ein Leben lang. Bei Kevin Kühnert ist es etwas komplizierter. Er ist treuer Anhänger von drei Vereinen: von Bayern München, Tennis Borussia Berlin und eben auch Arminia Bielefeld.

Kühnert ist ein sogenannter Groundhopper, ein Sammler von Stadionbesuchen. Er war schon im Stadion in Daresalam in Tansania, wo er das Derby zwischen Yanga und Simba miterlebte, bei den Hearts in Edinburgh, aber auch schon im Heidewaldstadion in Gütersloh, wo er ein Spiel der Frauen vom FSV Gütersloh 2009 gesehen hat. Wenn möglich, plant Kühnert seine Reisen so, dass er sie mit einem Stadionbesuch verbinden kann.

Wie passt diese Sammelleidenschaft, der Wunsch, möglichst viele unterschiedliche Mannschaften zu erleben, zu der unbedingten Treue eines Fans zu seinem Verein? Und wie entzündet sich überhaupt die Leidenschaft zu einem Verein?

Der britische Schriftsteller Nick Hornby hat darüber ein Buch geschrieben, »Fever Pitch«, Ballfieber, in dem es um seine Liebe für den FC Arsenal geht. Er kommt zu dem Schluss, dass man als Fan machtlos sei, hilflos der Anziehungskraft seines Vereins ausgeliefert. »Du suchst dir deinen Verein nicht aus«, schreibt er, »dein Verein sucht dich aus.«

Kevin Kühnert ist der Inbegriff des unerklärlichen Fanwahns, er sagt über seine drei Vereine: »Das ist nicht so supermarktmäßig, dass ich mir das so zusammen-



HANNES JUNG / DER SPIEGEL

Tennis-Borussia-Fan Kühnert

»Schal vom Opa erquengelt«

suche, damit es ein schönes Menü ergibt. Zu jedem Verein gibt es eine eigene Geschichte. Ich habe mir diese Geschichten nicht ausgesucht.«

I. BIELEFELD

*Und samstags in dem Stadion,
da machen wir Furore,
Arminia, Arminia, wie schön sind
deine Tore.*

Aus Fanlied von Arminia Bielefeld

An einem Samstagvormittag im August 2019 am Bielefelder Hauptbahnhof, Kevin Kühnert ist zweieinhalb Stunden mit der Bahn aus Berlin angereist, er verstaut sein Gepäck in einem der Schließfächer und steuert auf den Bahnhofskiosk zu.

»Ein Wegbier?«, fragt er.

Es ist kurz nach elf, zum Stadion braucht man 20 Minuten zu Fuß. Das Spiel beginnt erst um 13 Uhr, also in knapp zwei Stunden, Arminia Bielefeld gegen Greuther Fürth. Kühnert greift nach einer Dose »Herforder Pils«, das Bielefelder Heimatbier, das, wie vieles aus Ostwestfalen, gern belächelt wird.

»Herforder«, sagt Kühnert, habe er erstmals in der Rat Pack Lounge in Berlin-Kreuzberg getrunken, der einzigen in Berlin, die seines Wissens »Herforder« ausschenkt, nicht weil es so gut schmeckt, sondern aus Solidarität mit der Arminia.

»Ich bin eher aus Mitleid Bielefeld-Fan geworden«, erzählt Kühnert. Vor ein paar Jahren sei er mal auf die Ergebnisse einer Umfrage gestoßen, in der es um die Popularität von Fußballvereinen in Deutschland ging und in der die Arminia am schlechtesten abgeschnitten habe. Danach wurde Bielefeld sein Verein, aus Anteilnahme. Es ist eine ungewöhnliche Art, Fan zu werden, aber vielleicht passt sie ja zur SPD.

Siebenmal ist der Verein in die Bundesliga aufgestiegen, genauso viele Male wieder abgestiegen. Zu einer Tradition der Bielefelder Fans gehört es, Schmähesänge gegen den eigenen Verein anzustimmen: »... es kann nicht jedes Arschloch ein Bielefelder sein.« Oder: »Ostwestfalen, Idioten, scheiß Arminia Bielefeld«. Sie verstehen das als eine Art Selbstironie.

Es gebe viele Klischees über Bielefeld, sagt Kühnert, es sei provinziell, Ostwestfalen eben, eine Mittelstandsstadt. Doch genau das ist es, was er an Bielefeld mag.

Für diese Saison hat er sich zum ersten Mal eine Dauerkarte gekauft. Er sagt, das sei wie mit der Oper, nur wenn man ein Abonnement habe, gehe man wirklich regelmäßig hin. Und gerade jetzt, da er so viele Termine für die Partei wahrnehmen müsse, sei die Gefahr groß, dass er es nicht mehr so oft ins Stadion schaffe.

Es läuft ja nicht schlecht. An diesem Tag, Ende August 2019, steht Bielefeld nach vier Spieltagen auf Platz zwei in der zweiten Liga, einem Aufstiegsplatz in die Bundesliga.

In Bielefeld gehört es allerdings dazu, notorisch pessimistisch zu sein. »Wenn man denkt, Bielefeld hat einen Lauf, könnte es sein, dass sie alles verspielen«, erklärt Kühnert die Psyche der Arminia-Anhän-



Schlachtenbummler Kühnert mit Arminia-Fan im August 2019: »Es kann nicht jedes Arschloch ein Bielefelder sein«



MATTHIAS KOCH



SVEN HOPPE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Fußballanhänger Kühnert im August 2019 in Berlin, mit Bayern-Trikot: »Zu jedem Verein gibt es eine eigene Geschichte«

ger. Aber genau das verbindet, manchmal mehr als ein großer Erfolg.

Insgeheim bleibt die Hoffnung, dass eines Tages aus dieser Genügsamkeit auch etwas Großes entstehen kann, wie das 6:0 gegen Eintracht Braunschweig am 14. Mai 2017. Damals, erinnert sich Kühnert, war Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, ein wichtiger Tag auch für die SPD, aber die Partei war an diesem Tag für ihn sehr weit weg. Er stand in der Südkurve, feierte jedes Tor, und weil er keinen Handyempfang hatte, bekam er noch nicht einmal mit, dass die SPD dabei war, die Landtagswahl zu verlieren. Es war bisher sein schönster Tag auf der »Alm«.

Wie immer steht Kühnert im Block 3 in der Südkurve, unten am Zaun, zusammen mit den etwas moderateren Fans, über ihm in Block 1 die Ultras, die Hardcorefans. An diesem Tag spielt die Arminia 2:2. Kühnert ist zufrieden mit dem Ergebnis.

Er nimmt den ICE zurück nach Berlin. Im Zug schläft er ein.

II. MÜNCHEN

FC Bayern, Deutscher Meister, ja so heißt er, mein Verein.

Ja so war es und so ist es und so wird es immer sein.

Aus der Vereinshymne des FC Bayern München

Ein halbes Jahr danach, Ende März 2020, will Kühnert wieder einmal ein Spiel des FC Bayern sehen. Aber Fußballfans haben es schwer in dieser Zeit, wegen Corona gibt es für den Rest der Saison nur noch Geisterspiele. Dass er so lange nicht da war, erzählt Kühnert später, habe damit zu tun, dass er einerseits nun eine Dauerkarte in Bielefeld habe und es andererseits nicht leicht sei, an Tickets für ein Heimspiel in München zu kommen. Außerdem gehört die Allianz Arena nicht zu seinen Lieblingsstadien, weil viele Zuschauer schon vor dem Schlusspfiff ihre Sitze verlassen, um schnell an ihrem Auto im Park-

haus zu sein. »Als Fußballästhet«, sagt Kühnert, »kann ich das nicht ertragen.«

Es gibt eigentlich viele Argumente, die aus seiner Sicht gegen den FC Bayern sprechen müssten: der reichste Bundesligaverein, der sich die besten Spieler der Liga nach Belieben zusammenkauft, sich einen vereins-eigenen TV-Kanal leistet und nach Katar ins Trainingslager fährt. Eigentlich müsste der Juso Kühnert am FC Bayern verzweifeln.

Vermutlich geht es ihm aber wie vielen. Mit 293 000 Mitgliedern ist Bayern München der größte Verein der Welt. Erfolg zieht irgendwie an. Er werde häufig gefragt, warum er Bayern-Fan sei, sagt Kühnert. »Was willst du da erklären?«, sagt er. »Es ist, wie es ist. Der FC Bayern ist für mich attraktiver Fußball«, sagt er. Aber auch: »Mein Kindheitsverein.«

Seit 1989, dem Jahr, in dem Kevin Kühnert geboren wurde, war Bayern München schon 18-mal Deutscher Meister, den Titel in dieser Saison noch nicht mitgerechnet. Als fußballbegeisterter Junge kam er an dessen Erfolgen kaum vorbei. Als er den FC Bayern zum ersten Mal live in München spielen sah, war er zwölf Jahre alt. Das war im Jahr 2002, als Bayern noch im Olympiastadion spielte. »Wir haben damals Kurzurlaub am Schliersee gemacht«, erinnert sich Kühnert. »Und ich habe so lange Terror bei den Eltern gemacht, bis ich endlich im Stadion war.«

Er lief an Biergärten vorbei, durchquer-te den Olympiapark, mit fünf Schals um den Hals und einem Filzhut auf dem Kopf, der für ihn bayerische Folklore war. Und er erzählt von einem Trikot, das er mit Jürgen Klinsmann verbindet, der zwei Spielzeiten lang für den FC Bayern spielte, ein Trikot, von dem er sagt, es sei »rot-blauenstreifig« gewesen. Sein Lieblingstrikot. »Das war das Trikot, das Klinsi anhatte, als er in die Werbetonne getreten hat«, sagt Kühnert.

Es ist ein Moment, den man einem Bayern-Fan nicht erklären muss. »Das war sehr prägend.«

III. BERLIN

*Heut mit ein bisschen Glück, Stückchen vor und dann zurück
Heute soll es sein ... ein Tor bei
Sonnenschein!*

Aus Fanlied von Tennis Borussia Berlin

Juni 2020, vor dem Cafe Nostalgie, Kühnerts Stammkneipe in Berlin-Schöneberg. Er ist da früher immer mit Freunden aus seiner Handballmannschaft hingegangen, dem VfL Lichtenrade. Er spielt nicht mehr Handball, aber er geht immer noch gern dorthin, aus Gewohnheit.

Vor ihm steht der Kellner, der die Bestellung aufnehmen will. »Ein Schulli«, sagt Kühnert.

»Schulli« ist der Kosenamen von Schultheiss Pils, Kühnerts Berliner Lieblingsbier. Was er an Schultheiss schätzt, ist auch das, was er an Tennis Borussia mag, das Nischendasein, die Nahbarkeit. »Schultheiss«, sagt Kühnert, gebe es nicht auf Großveranstaltungen, weder bei Konzerten noch im Stadion. »Schultheiss gibt es nur an drei Orten: im Supermarkt, im Späti und in der Kneipe.«

Tennis Borussia ist gerade Tabellenführer in der Oberliga Nord, der fünften Liga. Wegen der Corona-Pandemie wurden alle Spiele der Liga abgesagt, aber anders als in der ersten und zweiten Liga gibt es keine Geisterspiele. Tennis Borussia ist also vorzeitig Meister.

Eigentlich war Tennis Borussia Berlin kein Verein, der zu Kühnert passte, ein bisschen wie der FC Bayern. Er war ein neuerer Klub aus dem feinen Charlottenburg, ein Klub für Bankiers, Intellektuelle und unheilvolle Sponsoren, der in den Siebzigern für zwei Saisons Bundesliga spielte und es nach mehreren Abstürzen 1998 noch einmal für zwei Jahre in die zweite Liga schaffte, wo er mit dem größten Budget der Liga endgültig Opfer seines Größenwahns wurde.

Kevin Kühnert war neun Jahre alt, als er das erste Mal mit seinem Opa ins Sta-

24/7 für Sie wach.

Das neue Handelsblatt, die App, das Morning Briefing
und voller Zugriff auf handelsblatt.com –
zum wirtschaftlichsten Preis des Jahres.



Jetzt schlau machen:
[handelsblatt.com/neu](https://www.handelsblatt.com/neu)



Handelsblatt

Substanz entscheidet.

»Immer witzig drauf, aber gefährlich«

Boxen Agit Kabayel will erster deutscher Schwergewichtsweltmeister seit Max Schmeling werden. Über den Traum eines Jungen aus Bochum-Wattenscheid, der beinahe früh gescheitert wäre.

dion ging. Sein Vater hatte Karten geschenkt bekommen, aber selbst keine Lust gehabt, zum Spiel zu gehen.

Er stieg in »Eichkamp« aus, der S-Bahnstation an der Berliner Messe, querte die kleine Siedlung am Messegelände, durch ein Waldstück, sah die Flutlichtmasten auftauchen, die er, obwohl es nachmittags war und sie nicht brannten, trotzdem beeindruckend fand. Tennis Borussia verlor 2:0 gegen Ulm, aber das Spiel, sagt Kühnert, habe ihn ohnehin nicht so interessiert, vielmehr die »Mähne von Winfried Schäfer«, der damals Trainer von Tennis Borussia war, und natürlich der Schal, den er sich von seinem Opa im Fanshop erquengelt hatte. Kurz darauf aber hatte er Tennis Borussia wieder vergessen, und der Schal verschwand in seinem Schrank.

Jahre später traf er auf einem Weiterbildungskongress den Juso Fabian Weißbarth, der ein T-Shirt mit dem Schriftzug »TeBe or not to be« trug. Es dauerte ein Wochenende, bis Kühnert verstand, dass mit TeBe Tennis Borussia Berlin gemeint war. Er fand das cool.

Kurz danach, im Sommer 2006, stand er das erste Mal wieder im Mommsenstadion, wo Tennis Borussia ein Freundschaftsspiel gegen die Nationalmannschaft von Kuba austrug. In der Fankurve hatte Tennis Borussia eine Cocktailbar aufgebaut, es gab Cuba Libre, und Kühnert hatte das Gefühl, bei einem Verein angekommen zu sein, der ihm liegt. »TeBe-Style, nicht Hochglanz, sondern selfmade«, sagt Kühnert. Er schaut auf sein Handy, um das Ergebnis von damals gegen Kuba zu googeln. »Wir haben 4:0 gewonnen«, sagt er. »2500 Zuschauer«.

Später reiste er mit anderen Fans im Bus zu den Auswärtsspielen nach Rathenow und Stendal. Eine Saison schaffte er es, 28 von 30 Ligaspielen zu sehen. Er war in Torgelow, Neustrelitz, Rostock und Greifswald, den »ganzen böhmischen Dörfern«.

Er hatte eine Gemeinschaft gefunden, auch darum geht es beim Fußball.

Kühnert bestellt eine letzte Runde Schultheiss. Bayern München ist schon vor Saisonende Deutscher Meister, Tennis Borussia Berlin steigt in die vierte Liga auf, und Arminia Bielefeld ist an diesem Abend schon so gut wie aufgestiegen in die Bundesliga.

Drei Vereine. Alles Sieger. Ein Triple.

Für Kühnert bleibt an diesem Abend nur noch die Frage, zu wem er von nun an hält, wenn Bielefeld gegen Bayern in der Bundesliga spielt. »Im Moment«, sagt er, »ist für mich die Arminia am stimmigsten. Aber das kann in fünf Jahren schon wieder ganz anders sein, dann schwappt die Welle vielleicht wieder zurück.«

Er muss abwarten, am Ende kann er sich das sowieso nicht aussuchen.

Mit seinem Mercedes fährt Agit Kabayel aus der Tiefgarage eines Hotels in Köln. »Weißt du, was die Leute sehen?«, fragt er und beantwortet seine Frage dann selbst: »S-Klasse, schicke Klamotten.« Er klatscht in die Hände und reibt sie ausladend aneinander. »Der Junge hat's gemacht.«

Seine Fahrt geht Richtung Ruhrgebiet.

Kabayel, 27, Vollbart und schwarze Haare, die an den Seiten kurz rasiert sind, ist der beste deutsche Schwergewichtsboxer und könnte einer der besten der Welt werden. 19 Kämpfe, 19 Siege, davon 14 durch Knock-out hat er bisher verbucht.

Vor drei Jahren wurde er Europameister. Doch Siege und Titel, sein sportlicher Aufstieg – das ist nur das eine. Was er noch sucht, ist die Anerkennung seiner Heimat.

Kabayel wartet auf keine Fragen, er redet einfach drauflos. Wie Faustschläge sprudeln die Sätze aus ihm heraus. Viele beginnen wie dieser: »Hör mal, es ist ja so: Wir waren Straßenkötter, haben richtig viel Scheiße gebaut, uns so oft geprügelt.«

Nach mehr als einer Stunde Fahrt stellt Kabayel sein Auto neben einem kleinen Aschenplatz ab, umgeben von Sozialwohnungen. Er steigt aus. Der Himmel ist grau an diesem Tag in Bochum-Wattenscheid, ein leichter Sprühregen fällt, Kabayel will etwas zeigen. »Früher war hier noch Asphalt«, sagt er. Die Tore seien noch dieselben, der kleine Spielplatz daneben sei aber neu. Das bunte Gestell sorgt für ein wenig Farbe. Aber das Bild bleibt trist, typisch für soziale Brennpunkte, von denen es viele im Ruhrgebiet gibt.

Hier habe er als Jugendlicher mit Kerem Demirbay gekickt, erzählt Kabayel. Demirbay hat es längst geschafft. Er spielte als Bundesligaprofi mit Leverkusen in der Champions League, verdient ein paar Millionen im Jahr, hat zwei Länderspiele für Deutschland gemacht.

Bis vor Kurzem seien sie noch engste Freunde gewesen, Demirbay war bei seinen Kämpfen dabei, sie machten gemeinsam Urlaub. Seit einiger Zeit haben sie keinen Kontakt mehr. »Zickenkrieg«, sagt Kabayel. Mehr will er dazu nicht sagen. Neben Demirbay habe damals ab und zu ein weiterer Junge mit außergewöhnlichen

Fähigkeiten mitgespielt, der schräg gegenüber wohnte: Leroy Sané, der gerade von Manchester City zu Bayern München gewechselt ist für knapp 50 Millionen Euro.

Kabayel ist als Sohn einer kurdischen Einwandererfamilie in Leverkusen geboren, aufgewachsen ist er in Wattenscheid, sein Leben spielte sich auf der Straße ab.

»Die Beziehung zur Straße ist eine Hassliebe«, sagt Hüseyin Kökseçen. Kökseçen, besser bekannt als KC Rebell, ist Kabayels Cousin und in der Rapperszene ein Star. Vier seiner Alben landeten in Deutschland auf Platz eins. In einem seiner Musikvideos – es wurde über 50 Millionen Mal aufgerufen – sitzt er im Gericht auf einer Anklagebank und rappt. Auch Kabayel kommt als Schauspieler darin vor, wie er maskiert und bewaffnet mit einem Gewehr den Gerichtssaal stürmt. »Ich könnte ein ganzes Buch über Agit schreiben«, sagt KC Rebell, »schon als Jugendlicher war er immer witzig drauf, aber gefährlich unterwegs.«

Auch KC Rebell wurde im Ruhrgebiet groß. Seine Texte erzählen von dieser Zeit.

Mit fünfzehn ist das erste Mal ein Traum von mir zerplatzt / Mir fehlte Disziplin und die brauchst du auf dem Platz / Wir waren Kinder, die Scheiße bauen, doch im Herzen gut / In meinen Kreisen gewann der, der als Erster schlug.

Es könnte auch ein Song über das Leben von Kabayel sein. Nach der Schule begann eine Ausbildung zum Gleisbauer. Doch irgendwann ging er nicht mehr hin. »Du kannst doch nicht deine Zukunft wegwerfen«, habe seine Chefin gesagt. An Sport war zu dieser Zeit nicht zu denken, er wog 130 Kilogramm, der tägliche Frust führte dazu, dass er zu viel aß. Er sagt: »Du fällst in ein Loch und fängst an, Depressionen zu schieben.« Dann fragt er: »Weißt du, wie oft ich daran gedacht habe, eine kriminelle Laufbahn zu starten?«

Sein Wille abzunehmen setzte sich gegen die Bequemlichkeit durch. Seine Kumpel Demirbay und KC Rebell zeigten ihm, was man aus seinem Leben machen kann.



Cousins KC Rebell (oben), Kabayel: »Wir waren Kinder, die Scheiße bauen«

Irgendwann fing er mit dem Kickboxen an. Wenn er von den Kämpfen nach Hause gekommen sei, habe seine Mutter geweint, erzählt er; auch sein Vater sei dagegen gewesen. Doch er machte weiter, aus dem Kickboxer wurde ein Boxer. Um den Sport zu finanzieren, jobbte er als Türsteher.

Kabayel vertraute seinen Fähigkeiten, prügelte seinen Hass, die Wut, die Unzufriedenheit weg. Kampf für Kampf, Sieg für Sieg. Der Sport gab ihm etwas, wonach er lange gesucht hatte: eine Perspektive.

»Was für ihn das Boxen war, war für mich die Musik«, sagt KC Rebell. Lebensinhalt, Berufung, Chance – nicht alle Kumpel fanden diese Formel. Die beiden Cousins unterstützen sich bis heute. Kabayel steht bei Konzerten hinter der Bühne, KC Rebell bei Kämpfen in der Ringecke.

Mit 24 wurde Kabayel Europameister. Doch die Anerkennung, die er suchte, sie fehlte. Selbst seine Titelverteidigung im November 2017 in Monte Carlo, immerhin gegen den früheren britischen Europameister und Klitschko-Herausforderer Dereck Chisora, reichte nicht, um Deutschland auf sich aufmerksam zu machen. Boxen, das

einmal ein Millionenpublikum vor die Fernseher gelockt hat, scheint aus der Zeit gefallen. Die Kämpfe von Henry Maske oder den Klitschko-Brüdern wurden zur besten Sendezeit am Samstagabend übertragen. »Jeder kennt Axel Schulz«, sagt Kabayel. »Aber der hat nicht mal einen Europameistertitel, gar nichts.«

Liegt das Desinteresse womöglich auch an seiner Herkunft? Unentwegt versendet Kabayel Botschaften. »Bin ich nicht deutsch? 100 Prozent bin ich deutsch, ich bin ein Vorzeigedeutscher«, sagt er. Nun will Kabayel der erste deutsche Schwergewichtsweltmeister seit Max Schmeling werden – das könnte der Durchbruch sein.

Im Düsseldorfer UFD-Gym ist es ziemlich dunkel, die Decken sind niedrig, Boxsäcke und Trainingsgeräte füllen den Raum. Schweißperlen tropfen auf die Bodenmatte. Es ist kein prunkvoller Ort. Kabayel ächzt, seine harten und schnellen Schläge übertönen die Rapmusik.

»Die Rippen musst du kaputt machen – und dann oben«, brüllt Sükrü Aksu. Aksu hat Kabayel das Boxen beigebracht. »Der Junge hat Herz, aus dem kann man was

machen«, ahnte Aksu. Aus dem belächelten, übergewichtigen Jungen hat er ein Kraftpaket geformt, einen Europameister. Das Gym ist inzwischen zu Kabayels zweitem Zuhause geworden.

Kabayels braune Augen fixieren sein Gegenüber, die Füße wippen. »Fang bloß nicht an, mit mir zu diskutieren«, ruft Aksu ihm entgegen. Keine Sprüche, keine Widerworte, seine Fäuste sollen jetzt für ihn sprechen.

Im Kampf vertraut der 1,91 Meter große Kabayel seinem Willen und seinem Instinkt. Er ist leidenschaftlich, hat einen starken Vorwärtsdrang. Wladimir Klitschko analysierte seine Gegner akribisch, Kabayel macht das nicht. Wenn er im Ring steht, arbeitet er intuitiv, seine Gegner zermürbt er damit. Der letzte, der das zu spüren bekam, war Andriy Rudenko. Vor über einem Jahr, im März 2019 im Maritim-Hotel in Magdeburg, war der Ukrainer der Dritte, der Kabayel den Europameistertitel abnehmen wollte. Kabayel siegte nach Punkten.

Ein paar Monate später unterschrieb er als erster deutscher Faustkämpfer einen Vertrag mit dem amerikanischen TV-Sender ESPN, im Boxen gilt das als Ritterschlag. Wer Weltmeister werden will, muss sich in einer Rangliste nach oben boxen. Deshalb sollten in den USA große Gegner folgen und danach der Kampf um die WM-Krone. Doch dann kam Corona.

Das Gym hat Kabayel an diesem Abend als Letzter betreten, als Letzter verlässt er es wieder. Er fährt, wie er das zweimal täglich macht, zurück nach Wattenscheid. Freunde, Familie, Heimat sind ihm wichtig geblieben. Er wohnt bei seinen Eltern in einer bescheidenen Wohnung, in der er groß geworden ist.

Als er nach Hause kommt, stehen zwei Teller mit Essen für ihn auf dem Tisch. Sein Zimmer geht gleich rechts vom Flur ab. An der Wand in der Essecke steht eine Kommode mit Fotos seiner Kämpfe, die Boxgürtel seiner Titel stapeln sich. »Wer mich besiegen will, muss mich leblos raustragen«, sagt Kabayel am Esstisch. Bisher weiß er noch nicht, wie sich eine Niederlage im Ring anfühlt.

Nach mehr als einem Jahr Kampfpause tritt er am 18. Juli auf der Seebühne in Magdeburg gegen den Griechen Eugenios Lazaridis an. Es ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem WM-Kampf, offiziell geht es um den WBA-Continental-Titel. Immerhin, tausend Zuschauer sind zugelassen, der MDR überträgt den Kampf.

Es ist spät geworden, müde wird Kabayel nicht. »Bei mir steht zu viel auf dem Spiel«, sagt er. »Weißt du, ich habe meine Familie noch nicht aus der Scheiße rausgeholt. Ich bin noch nicht so weit.«

Markus Sutera



GUY EDWARDS / NATURE PICTURE LIBRARY

Schnabelkampf am Kerkini-See in Griechenland Mit einem Gewicht von bis zu 15 Kilogramm und einer Flügelspannweite von rund drei Metern gehören die Krauskopf-Pelikane zu den größten flugfähigen Vögeln der Welt. Um die gierigen Giganten zu besänftigen, werfen die Fischer ihnen oft einen Teil des Fangs zu. So sind die etwa 40 Zentimeter langen Schnäbel gestopft und können an den Fischerbooten keinen Schaden anrichten.

Invasion im Idyll

Analyse In Deutschland leben Tiere, die Biologen nicht kennen – ein Problem für den Naturschutz.

● Für viele Menschen beginnt Terra incognita direkt vor der Terrassentür. Es erwartet sie eine Welt voller Pflanzen, die sie längst nicht alle benennen können; ein rätselhaftes Idyll, mitunter bewohnt von Käfern und anderen Insekten, die sogar Biologen fremd sind.

Wie die Universität Hohenheim berichtet, gibt es nämlich auch in den heimischen Gärten »jede Menge Tiere, Pflanzen und Pilze«, die von der Wissenschaft noch gar nicht entdeckt wurden. Das mag überraschend klingen und ist ein Missstand. Um ein Ökosystem schützen zu können, muss man wissen, wer darin lebt. Ansonsten drohen Schäden, etwa durch uner-

kannte, eingeschleppte (»invasive«) Arten aus anderen Weltregionen, die das ökologische Gleichgewicht durcheinanderbringen und bekämpft werden müssen.

Das Problem wird nicht nur durch die Globalisierung verschlimmert, sondern auch dadurch, dass ein Teilgebiet der Biologie seit Jahren vernachlässigt wird: die Taxonomie. Dabei geht es um die Fähigkeit, Arten zu bestimmen, von anderen zu unterscheiden und neue zu entdecken. Das erfordert ein geschultes Auge, etwa bei kleinen Käfern, die sich oft verwirrend ähnlich sehen. Entsprechende Experten würden »mehr denn je gebraucht«, sagt der Insektenkundler Lars Krogmann.

Der Hohenheimer Forscher und seine Kollegen wollen die taxonomische Ausbildung nun verbessern und werden dabei von Experten aus den USA und Rumänien unterstützt. Das Vorhaben ist Teil der »German Barcode of Life«-Initiative zur Erfassung der Artenvielfalt und sollte unbedingt gelingen. Denn Terra incognita darf kein unbekanntes Gebiet bleiben, sie muss erforscht und verstanden werden, vielleicht mehr denn je.

Guido Kleinhubert

Archäologie

Blick in die Steinzeitküche

● Was aßen unsere Vorfahren, die vor vielen Jahrtausenden auf der Erde lebten? Stopften sie nur Fleisch in sich hinein? Oder lebten sie eher vegetarisch? Um Fragen wie diese zu beantworten, mussten Archäologen bisher zum Beispiel auf den Fund von Kotsteinen und anderen Latrinenresten hoffen. Labor-taugliche Überbleibsel aus dem menschlichen Darm sind jedoch vergleichsweise rar gesät, anders als Scherben von Kochtöpfen und Vorratsbehältern, die im Erdreich viel besser erhalten bleiben. Für den Blick in die Steinzeit-

küche und die Erforschung des kulinarischen Alltags späterer Epochen ist es daher ein Segen, was der Erlanger Lebensmittelchemiker Simon Hammann und einige Kollegen aus Großbritannien nun entwickelt haben. Die Wissenschaftler nutzen ein Verfahren, mit dessen Hilfe sich Fettrückstände in alten Tonscherben deutlich zuverlässiger als bisher identifizieren lassen. Die Forscher setzen auf die sogenannte Sekundärionen-Massenspektrometrie, mit deren Hilfe



die Fundstücke nicht zerstört werden müssen. Dank der deutsch-britischen Forschergruppe lassen sich nun auch jahrtausendealte Rückstände von Getreide-Lipiden sichtbar machen, die sich beim Kochen, Rösten oder durch lange Lagerung in den Küchenutensilien abgesetzt haben. So lassen sich zukünftig auch ohne Latrinenfunde viel genauere Aussagen darüber treffen, was und wie in der Vergangenheit gelagert und gekocht wurde. GUI

Fußnote

49

Mal so viele Biberdämme wie im Jahr 2002 (98 statt 2) gibt es mittlerweile auf einem nur 100 Quadratkilometer großen Gebiet im Nordwesten Alaskas. Wie unter anderem Forscher des Alfred-Wegener-Instituts in Potsdam berichteten, stauten sich dadurch etliche neue Seen an, einige davon mehrere Hektar groß. Hauptgrund für den auch in anderen Regionen Alaskas festgestellten Bauboom: Der Klimawandel verschafft den Bibern bessere Lebensbedingungen, ihre Population nimmt daher stark zu.

Mobilität

»Dramatische Entwicklung«



JOANNA NOTTEBROCK

Siegfried Brockmann, 61, Leiter der Unfallforschung der Versicherer im Gesamtverband

der Deutschen Versicherungswirtschaft, über die wachsende Gefahr für Fahrradfahrer durch parkende Autos und abbiegende Lastwagen

SPIEGEL: Herr Brockmann, in einigen Städten Deutschlands nahm während der Coronakrise der Fahrradverkehr stark zu. Hat sich das auch auf das Unfallgeschehen ausgewirkt?

Brockmann: Ja, die ganz neuen Halbjahreszahlen aus Berlin beispielsweise zeigen zum Vorjahreszeitraum einen Anstieg der getöteten Radfahrer von zwei auf neun. Grund waren vor allem Abbiegeunfälle. Bei einer aktuellen Studie ist uns aber auch das sogenannte Dooring aufgefallen, bei dem Fahrradfahrer gegen gerade geöffnete Autotüren krachen: 52 Prozent aller Unfälle, bei

denen Radler infolge parkender Autos verletzt wurden, gehören dieser Kategorie an. Das ist eine dramatische Entwicklung, zumal wir schätzen, dass mittlerweile jeder zehnte Fahrradunfall ein Dooring-Unfall ist.

SPIEGEL: Wie konnte es dazu kommen?

Brockmann: Das liegt natürlich am Anstieg des Radverkehrs, aber auch daran, dass Fahrradwege in den vergange-

nen zehn Jahren verstärkt auf der Straße angelegt wurden. Im Grunde ist das begrüßenswert, führt aber dazu, dass Radfahrer nun viel öfter an den Fahrertüren parkender Autos vorbeifahren. Wenn die Verkehrsteilnehmer nicht aufpassen, kommt es unweigerlich zu mehr Kollisionen beim Aus- oder Einsteigen.

SPIEGEL: Was kann getan werden, um das so weit wie möglich zu verhindern?

Brockmann: Natürlich kommt es zunächst darauf an, dass Autofahrer erst in den Seitenspiegel schauen und sich umdrehen, bevor sie aussteigen. Außerdem muss die Polizei konsequenter abschleppen, wenn Pkw illegal parken. Vor allem aber müssen die Kommunen viel kritischer an die Ausweisung legaler Stellplätze herangehen. Wenn bei neu angelegten Radstreifen auf der Fahrbahn nicht genügend Platz für einen Sicherheitsstreifen zu parkenden Fahrzeugen bleibt, dürfen dort eben keine Parkplätze sein. Die Konflikte mit Anwohnern oder Geschäftsinhabern muss man dann im Sinne der Radler aushalten.

SPIEGEL: Oft wird der Vorwurf erhoben, viele Fahrradfahrer seien »Verkehrsrowdys« und in der Regel selbst schuld, wenn sie in Unfälle verwickelt werden. Stimmt das?

Brockmann: Bei Unfällen mit Kraftfahrzeugen stimmt das nicht. Nach unseren Erkenntnissen tragen in rund zwei Dritteln aller Fälle Auto- oder Lkw-Fahrer die Schuld daran. Insbesondere gilt das für die vielen Abbiegeunfälle mit Lastwagen, bei denen jedes Jahr etwa 30 Radfahrer ums Leben kommen. GUI



IMAGO IMAGES

Das Menschen-Gen

Evolution Ist der Homo sapiens nur ein Zufall? Durch genetische Experimente an Mäusen und Affen glaubt ein Dresdner Forscher eine winzige Mutation entdeckt zu haben, die das Hirnwachstum beschleunigte und so die Weichen der Evolution in Richtung Mensch stellte.

Homo erectus war der erste Vertreter des Menschengeschlechts, der eurasischen Boden betrat. Er hinterließ Spuren in China, auf Java, im Kaukasus. Und irgendwann, da ist Wieland Huttner zuversichtlich, wird man auch im Permafrostboden Sibiriens fossile Knochen finden, die gut genug erhalten sind, um Erbgut daraus zu gewinnen. Dann interessiert den Forscher des Dresdner Max-Planck-Instituts für molekulare Zellbiologie und Genetik vor allem eines: C oder G?

Zwischen diesen beiden Buchstaben verläuft Huttners Überzeugung zufolge die Schwelle, über die der Weg hin zum modernen Menschen führte. Es war eine winzige Mutation im Erbgut, die den Planeten veränderte.

Irgendwann, vor vielleicht zwei Millionen Jahren, wurde ein einziger von drei Milliarden chemischen Bausteinen im Erbgut ausgetauscht, die Base Guanin (»G«) ersetzte die Base Cytosin (»C«). Und dies reichte aus, um einen Prozess in Gang zu bringen, an dessen Ende das Gehirn eines Menschenaffen zum Denkorgan des Menschen angeschwollen war.

Wenn Huttner davon spricht, wie er die Bedeutung dieser Mutation entdeckte, dann klingt es, als erzählte er eine Wundergeschichte. »C oder G«, sagt er kopfschüttelnd und kann es immer noch nicht recht glauben. Nie habe er es für möglich gehalten, dass ein so kleiner Unterschied eine so große Wirkung entfalten kann.

Es war eine Entdeckung, die ihn an seinen Überzeugungen zweifeln ließ: »Ich habe immer angenommen, dass die Evolution fast zwangsläufig irgendwann intelligente Wesen wie uns Menschen hervorbringen musste«, sagt er. »Aber inzwischen frage ich mich, ob unsere Existenz nicht nur einem Zufall zu verdanken ist.«

Seit 30 Jahren tastet sich der Neurowissenschaftler und Genforscher Huttner ins Grenzland zwischen Affe und Mensch vor. Er hat nach den Orten im Erbgut gesucht, an denen die Weichen der Evolution in Richtung Mensch gestellt wurden. Und als er einen dieser Schalter gefunden hatte, da hat diese Entdeckung ihn verleitet zu Experimenten, die so heikel sind, dass ihm selbst manchmal nicht ganz wohl dabei ist.

Was dürfen Forscher? Wo verläuft die Linie, die sie lieber nicht übertreten sollten? Gerade haben Huttner und seine Kollegen das Gen mit »G« ins Erbgut von Affen eingeschleust. Tatsächlich ist deren Großhirnrinde daraufhin mehr gewachsen, als es normalerweise zu erwarten gewesen wäre. Die Dresdner Forscher haben also Affen ein bisschen menschlicher gemacht.

Huttner ist 70 und Emeritus. Andert-halb Jahre bleiben ihm noch, dann läuft seine Forschungsgruppe am Max-Planck-Institut nach derzeitiger Planung aus. Die Sache mit dem wundersamen »G« und die Experimente mit den genmanipulierten Äffchen sind der krönende Abschluss seiner Forscherlaufbahn. Einerseits scheint es ihm tragisch, dass er ausgerechnet jetzt das Feld Nachfolgern wird überlassen müssen. Andererseits sei es vielleicht richtig so: »Es heißt ja, dass man aufhören soll, wenn es am schönsten ist.«

Das Geheimnis des menschlichen Gehirns zu knacken ist so etwas wie Huttners Lebensthema. Schon in seiner Abiturklasse gab es Streit: Sein Klassenkamerad

meinte, das Gehirn sei viel zu kompliziert, als dass man es je werde verstehen können. Huttner hielt dagegen: Irgendwann werde der Mensch genug wissen, um auch das eigene Denkorgan begreifen zu können. Und er nahm sich vor, selbst einen Teil zu dieser Erkenntnis beizutragen.

Es dauerte lange, bis Huttner die richtige Fragestellung gefunden hatte. Er forschte in München und Göttingen, an der US-amerikanischen Universität Yale und am europäischen Forschungszentrum EMBL. Doch erst als er 1991 einen eigenen Lehrstuhl bekam, hatte er genug Freiheit, um sich auf eigene Faust an das Rätsel des menschlichen Riesenhirns heranzuwagen.

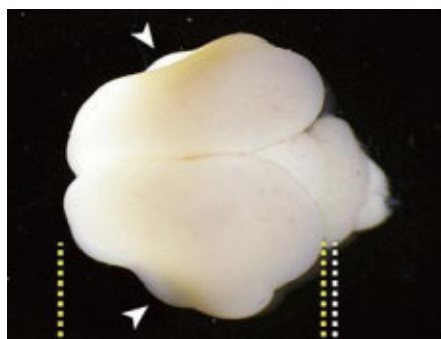
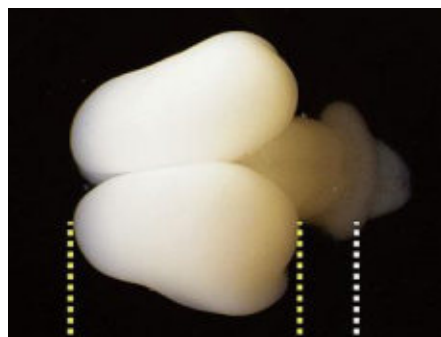
Die rasante Vergrößerung des Gehirns ist das herausragende Merkmal der menschlichen Evolution. Binnen gut einer Million Jahre – nach evolutionären Maßstäben nicht mehr als ein Wimpernschlag – schwoll das Denkorgan der Gattung Homo auf das Doppelte seines Volumens an. Was trieb diese Entwicklung an? Wo im Erbgut steckt das Kommando dazu? Das wollte Huttner herausfinden.

Bei seinen Kollegen erntete er anfangs nur Spott dafür. Beim Abschied am EMBL trat einer von ihnen im Gorillakostüm auf, den zottigen Kopf monströs vergrößert. Keiner glaubte damals an einfache Antworten auf eine so schwierige Frage.

Doch Huttner war zuversichtlich. Er glaubte zu wissen, wie er das scheinbar so komplexe Problem anpacken musste. Er wollte sich zunutze machen, dass die Größe des Denkorgans in einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne während der Entwicklung im Mutterleib festgelegt wird.

Innerhalb der sogenannten neurogenen Periode von der 8. bis zur 23. Schwangerschaftswoche teilen sich im Fötus die neuronalen Stammzellen. Unermüdlich bringen sie Tochterzellen hervor. Am Ende dieser explosiven Wachstumsphase sind dann sämtliche 16 Milliarden Nervenzellen entstanden, aus denen die Großhirnrinde einmal bestehen wird.

Zwar ist das Hirn zu diesem Zeitpunkt kein fertig differenziertes Gebilde. Es wird noch viele Monate und sogar Jahre dauern, bis all die Nervenzellen an ihren endgültigen Bestimmungsort gewandert und sich dort vieltausendfach miteinander vernetzt haben. Aber die Grundlage für die Ausbil-



Primatenfötushirn ohne, mit ARHGAP11B-Gen

Sind solche Versuche ethisch zulässig?

HEIDE ET AL. / MPI-CBG

Kleine Schritte zu großem Wissen

Wie sich das menschliche Gehirn entwickelt haben könnte

A Vor etwa 7 Millionen Jahren trennen sich die Stammlinien von Mensch und Schimpanse voneinander. Wie alle anderen Säugetiere tragen beide das Gen **ARHGAP11A**.

B Vor etwa 5 Millionen Jahren entsteht eine partielle Verdoppelung von **ARHGAP11A**: **ARHGAP11B**. Dieses neue Gen tritt **nur bei Vor- und Urmenschen** auf.

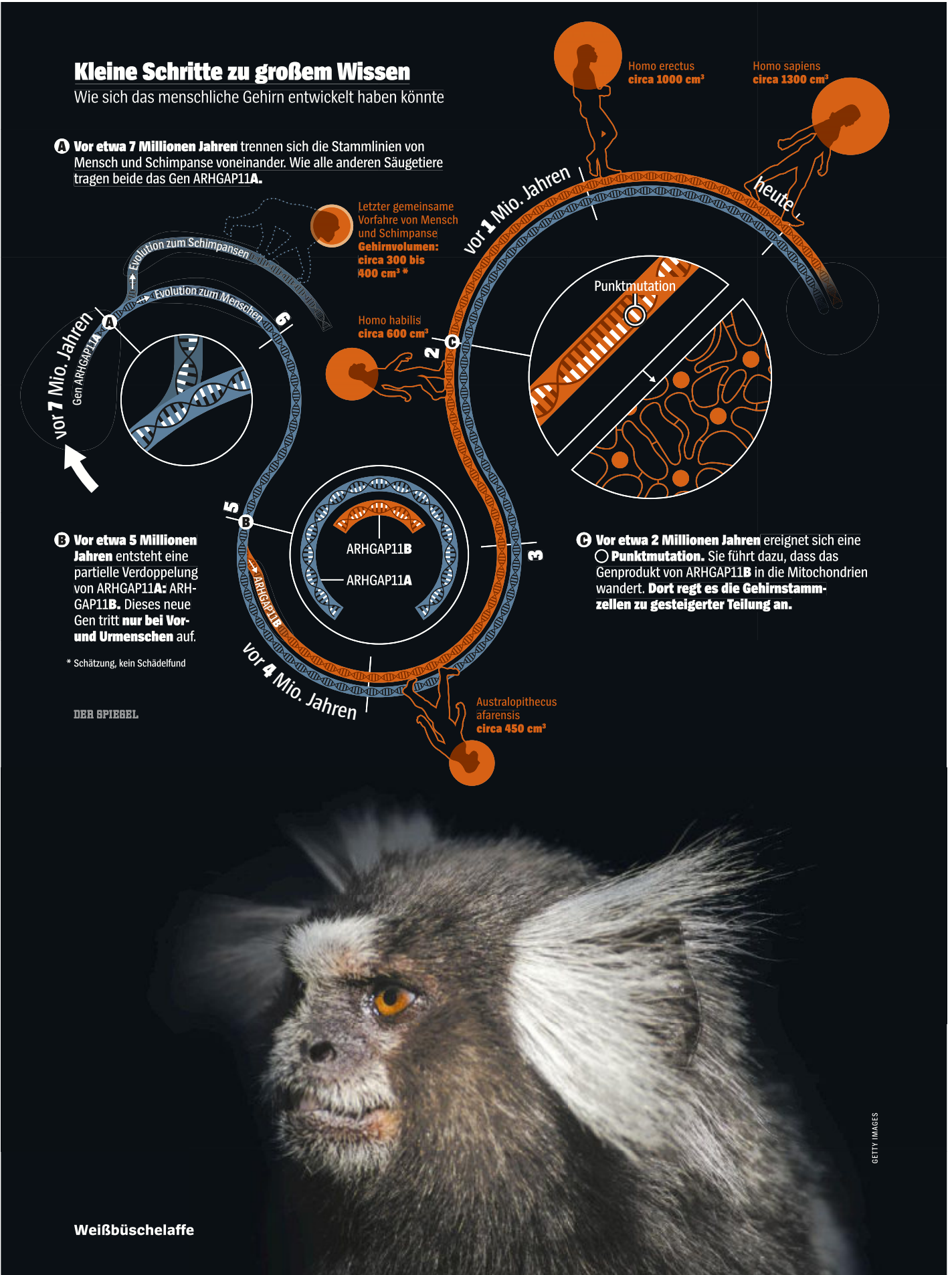
C Vor etwa 2 Millionen Jahren ereignet sich eine **Punktmutation**. Sie führt dazu, dass das Genprodukt von **ARHGAP11B** in die Mitochondrien wandert. **Dort regt es die Gehirnzellen zu gesteigerter Teilung an.**

* Schätzung, kein Schädel Fund

DER SPIEGEL

Weißbüschelaffe

GETTY IMAGES



dung des menschlichen Denkorgans ist im sechsten Schwangerschaftsmonat gelegt.

Die Gesamtzahl der Neuronen und damit die spätere Größe des Großhirns wird also bestimmt durch die Teilungsrate der Stammzellen und die Dauer der neurogenen Periode. Für Huttner war damit klar: Im Verlauf der Menschwerdung musste sich nur an wenigen Parametern etwas ändern, um das Steuerorgan im Kopf größer wachsen zu lassen. Die zugehörigen Stellschrauben wollte er finden.

Huttner und sein Team nahmen sich dazu die neuronalen Stammzellen vor. Sie untersuchten ihren Stoffwechsel und fanden heraus, dass insgesamt 15 menschenpezifische Gene darin aktiv sind. Eines von ihnen, genannt ARHGAP11B, stach als besonders interessant hervor. Vor fünf Jahren hat Huttner die besondere Bedeutung dieses Gens erkannt. Seither begleitet es ihn in seiner wissenschaftlichen Arbeit. Immer wieder hat ihm dieses Gen Überraschungen beschert. Wie in kaum einem anderen Fall, sagt er, offenbarte sich bei ARHGAP11B die Raffinesse der Evolution.

In groben Zügen kann Huttner inzwischen rekonstruieren, wie dieses Gen entstanden ist. Vermutlich vor rund fünf Millionen Jahren hat sich ein Teil des Gens ARHGAP11A verdoppelt. So etwas geschieht häufig: Duplikationen von Erbgutabschnitten sind ein wichtiger Motor von Innovationen in der Natur.

Zunächst passierte wenig. Das Duplikat ARHGAP11B existierte fortan im Genom der Spezies, übte dort aber nicht viel Wirkung aus. Huttners Team hat es ausprobiert: Sie bauten das duplizierte Gen ins Erbgut von Mäusen ein, ohne dass sie einen Effekt feststellen konnten.

Doch irgendwann – vermutlich hatten sich die Urmenschen zu diesem Zeitpunkt bereits aufgerichtet und trabten nun zweibeinig durch die Savanne – änderte sich alles: Beim Kopieren des Erbguts schlich sich eine winzige Veränderung ein. An Position 661 des Gens ARHGAP11B wurde ein Cytosin durch ein Guanin ersetzt. Hätte es diesen kleinen Tippfehler nicht gegeben – der Mensch wäre wohl Affe geblieben.

Es vollzogen sich nun folgenschwere Dinge in den Zellen. Deren biochemische Maschinerie deutete die veränderte Gensequenz als Kommando, einen ganzen Block aus dem genetischen Bauplan zu entfernen. Es entstand ein amputierter Eiweißstoff, der nunmehr in Mitochondrien befördert wurde. Das sind die Kraftzentren der Zelle, in denen das importierte Molekül den Teilungswillen der Stammzellen ankurbelte.

Aktiviert wird dabei ein Stoffwechselweg, der Biochemikern gut vertraut ist: Sie

kennen ihn auch aus Tumorzellen. »Es sieht so aus, als trage ARHGAP11B zur Vergrößerung des Gehirns bei, indem es die Stammzellen für einen begrenzten Zeitraum in einen krebsartigen Zustand versetzt«, erklärt Huttner. Mit anderen Worten: Homo sapiens verdankt seine Sonderstellung als Krone der Schöpfung einer im Kopf wuchernden Krebsgeschwulst.

All das klingt faszinierend. Doch ist es mehr als bloße Theorie? Ist Huttner wirklich dem Geheimnis des menschlichen Hirnwachstums auf der Spur? Um sicher sein zu können, musste er im Tierversuch testen, ob seine Vermutungen von der evolutionären Rolle des Gens ARHGAP11B zutrafen.

Homo sapiens verdankt seine Sonderstellung einer im Kopf wuchernden Krebsgeschwulst.

Als Erstes schleusten er und seine Mitarbeiter dazu das Gen mitsamt der menschentypischen Mutation in die Stammzellen von Mäuseembryonen. »Wir haben trächtige Mäuse operiert«, erzählt er. »So kleine Tiere mit richtigen Anästhesiemasken, das sah schon verrückt aus.«

Der Max-Planck-Forscher kann sich noch gut daran erinnern, wie ihn wenig später seine Mitarbeiterin Marta Florio anrief. »Ich glaube, es faltet sich«, sagte sie. Huttner eilte ins Labor, um den Befund selbst zu inspizieren. Und tatsächlich: Unter dem Mikroskop konnte er erkennen, wie sich die neuronale Zellschicht der Hirnrinde zu verformen begann. Sie bildete Fur-



Genforscher Heide, Huttner
Rätsel des Riesenhirns gelöst?

chen wie sie typisch für Menschen sind, jedoch gänzlich ungewöhnlich für Mäuse.

Inzwischen haben Huttner und seine Mitarbeiter das Gen ARHGAP11B auch in die Keimbahn der Nager geschleust. Es wurden gesunde Mäusebabys geboren. Noch sind die Ergebnisse der Experimente nicht veröffentlicht. Aber alles sieht so aus, dass die Mutanten bei Mäuse-Intelligenztests besser abschneiden als unveränderte Artgenossen. Es sind kognitiv frisierte Supermäuse entstanden.

Dabei konnte es nicht bleiben. Es standen noch heiklere Versuche auf dem Plan. Denn als Stellvertreter für den Homo sapiens sind Mäuse ein schlechtes Modell. Es trennen sie mehr als 90 Millionen Jahre Evolution vom Menschen; die Stammzellen, die für Primaten typisch sind, kommen bei ihnen kaum vor. Um die Menschwerdung genauer studieren zu können, mussten sich die Dresdner Forscher deshalb an Affen heranwagen.

Schimpansen, so viel war klar, kommen dafür nicht infrage. Menschenaffen genießen einen Sonderstatus, genetische Veränderungen an ihnen sind tabu. Experimente an anderen Affen dagegen lässt das Gesetz zu. Die Frage war nur: Sind sie auch ethisch zulässig?

Ein chinesisches Labor signalisierte Interesse. Doch Huttner winkte ab. Die ethischen Richtlinien in China sind ihm nicht geheuer. Lieber wollte er mit Japanern zusammenarbeiten. So also schleuste Huttners Mitarbeiter Michael Heide das Gen ARHGAP11B in einem japanischen Labor ins Erbgut von Weißbüschelaffen. Dies sind possierliche Tierchen, die den Vorteil haben, dass ihre Großhirnrinde, wie bei Mäusen, glatt und fast ohne Furchen ist. Eine Veränderung würde deshalb hier besonders leicht erkennbar sein.

Die Ergebnisse der Experimente hat Huttner in der Zeitschrift »Science« veröffentlicht: Das sich entwickelnde Gehirn der Affenföten ist eindeutig größer als bei unveränderten Tieren, und es zeigt deutliche Zeichen von Furchung.

Austragen ließen die Forscher die Babys allerdings nicht, vermenschlichte Affen herzustellen schien ihnen vorerst zu heikel. Nun grübeln sie, ob ihre Scheu überhaupt berechtigt ist. Denn ohne Zweifel wäre es interessant herauszufinden, um wie viel schlauer das Gen ARHGAP11B die Äffchen wohl tatsächlich macht.

Vielleicht, meint Huttner, spiele bei seiner Zurückhaltung auch eine Rolle, dass ihn nicht mehr viel Zeit vom Ruhestand trennt. Gentechnisch vermenschlichte Affen zu studieren, das werde er wohl seinen Nachfolgern überlassen. In einer Hinsicht jedenfalls macht er sich nichts vor: »Irgendjemand wird diese Experimente machen.« Johann Grolle

Falsches Heilmittel

Ernährung Omega-3-Fettsäuren fördern angeblich die Gesundheit. Nun gibt es Hinweise, dass sie im Übermaß den Darm krank machen können.

Mehrfach ungesättigte Fettsäuren gelten als Medizin, die man essen kann. Sie sollen Herzinfarkt verhindern, Krebs vorbeugen, das Gehirn stärken und Entzündungen im Körper bekämpfen. Hersteller gewinnen die Substanzen aus dem Fett von Fischen oder Krustentieren und verkaufen sie in Kapseln, die reißenden Absatz finden.

Doch die vermeintlichen Wundermittel haben offenbar keinen pharmakologischen Effekt – und könnten der Gesundheit sogar schaden. Das hat eine Studie unter Federführung der Medizinischen Universität Innsbruck ergeben, die im Fachblatt »Nature Communications« veröffentlicht wurde. Die Forscher gaben Mäusen Futter zu fressen, das mit Fischöl angereichert war. Daraufhin entwickelten etliche Nager eine Entzündung des Dünndarms. Der an dem Experiment beteiligte Arzt Timon Adolph befürchtet: »Mehrfach ungesättigte Fettsäuren könnten auch beim Menschen den Darm krank machen.«

Gemeinsam mit seinen Kollegen erforscht Adolph, 35, wie sich Bestandteile der westlichen Ernährung auf das Verdauungssystem auswirken. Insbesondere interessiert er sich für Morbus Crohn, eine chronische Darmentzündung, die mit Durchfall und Bauchkrämpfen verbunden ist und oftmals wie aus dem Nichts auftritt. Das unheilbare Leiden ist weltweit auf dem Vormarsch. Wo immer Menschen auf die westliche Ernährungsweise umschwenken, steigt die Zahl der Patienten. In Deutschland haben bis zu 322 von 100 000 Bürgern Morbus Crohn – weltweit eine der höchsten Raten.

Die Krankheit wird offenbar nicht direkt vererbt, sondern durch Umweltfaktoren ausgelöst. Rauchen erhöht das Risiko; womöglich spielt auch eine falsche Ernährung eine Rolle – doch wie genau?

Einer Vermutung zufolge liegt es an einer gestörten Mikrobiota im Darm. Viele der dort siedelnden Bakterien sind auf Ballaststoffe aus der Nahrung angewiesen, die sie in nützliche Stoffe verwandeln. Doch wenn die Versorgung stockt, beginnen einige Bakterienstämme offenbar damit, Löcher in den Darmschleim zu fres-



Omega-3-Fettsäuren-Lieferant Makrele

UNLISTED IMAGES / VARIO IMAGES

sen – was zu einer heftigen Antwort des Immunsystems führt. Neben dem Mangel an Ballaststoffen bringen die Forscher um Timon Adolph nun eine weitere Besonderheit der westlichen Ernährung ins Spiel: das Überangebot an Fetten. Und das gilt nicht nur für die gesättigten Fettsäuren, die in tierischen Produkten wie Butter, Fleisch und Milch enthalten sind, sondern auch für die vermeintlich »guten« mehrfach ungesättigten Fettsäuren, auch als Omega-Fettsäuren bekannt.

Einwohner westlicher Industriestaaten nehmen davon größere Mengen zu sich, als das noch vor 100 Jahren üblich war. Omega-3-Fettsäuren sind vor allem in fettreichen Seefischen und antarktischem Krill enthalten, aber auch in Fleisch und Eiern. »Wir gehen davon aus, dass der Konsum im Vergleich zu früher deutlich gestiegen ist«, sagt Adolph.

Omega-3-Fettsäuren gelten als Wundermittel, scheinbar abgesichert durch Zehntausende Veröffentlichungen. Mit dieser Literatur ist es allerdings nicht besonders weit her, wie Martin Smollich vom Institut für Ernährungsmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in Lübeck in einer Übersichtsstudie herausgearbeitet hat. Viele der Publikationen halten heutigen wissenschaftlichen Ansprüchen demnach nicht stand.

Aus den seriösen Studien wiederum lasse sich kaum ein Nutzen der entsprechenden Nahrungsergänzungsmittel herauslesen, so Smollich. Sein Fazit im Fachblatt »Arzneiverordnung in der Praxis« ist eindeutig: »Aufgrund der aktuellen Datelage gibt es keine Rationale dafür, die derzeit verfügbaren Omega-3-Fettsäuren-Supplemente bei irgendeiner Patientengruppe zur Senkung des kardiovaskulären

Risikos zu empfehlen. Gleiches gilt für die Anwendung zur Prophylaxe oder Therapie von Krebs, Demenzen, neurodegenerativen Erkrankungen, Depressionen, Tumorkachexie und für die unspezifische Anwendung bei kritisch Kranken.«

Mehrfach ungesättigte Fettsäuren sind Bausteine der Membranen der Körperzellen. Jedoch können diese Fettsäuren in ihre chemischen Bestandteile zerfallen, was die Membranen schädigen würde. Damit das nicht geschieht, gibt es ein Sicherheitssystem: Ein bestimmtes Enzym verhindert den Zerfall und hält damit die Membranen unbeschädigt. Aber kann man dieses System auch überfordern? Um das herauszufinden, gaben die Innsbrucker Forscher Mäusen drei Monate lang ein Futter, das zu zehn Prozent aus Fischöl bestand, das Omega-6-Fettsäuren und Omega-3-Fettsäuren im Verhältnis 1:7 enthielt.

Das Ergebnis: Gesunden Mäusen konnte das Fischöl nichts anhaben. Bei diesen Tieren hemmte das Enzym den Zerfall von Fettsäuren. Anders war es jedoch bei Mäusen, bei denen das Enzym aufgrund einer genetischen Manipulation in geringerer Menge vorlag. Diese Tiere bekamen durchs Fischöl Entzündungen im Dünndarm. Die Forscher gehen davon aus, dass es bei vorgeschädigten Menschen ähnlich sein könnte.

Denkbar ist folgendes Szenario. Durch Rauchen, falsche Ernährung oder andere Stressfaktoren verlieren Zellen der Darmwand ihre Fähigkeit, den Verfall der eigenen Membranen zu verhindern. Von da an wirken weitere mit der Nahrung aufgenommene Omega-Fettsäuren plötzlich wie ein Schadstoff, der den Darm zerstört.

Jörg Blech



JOANNA NOTTEBROCK / DER SPIEGEL

Arens, 50, ist pädiatrischer Gastroenterologe am Kinderkrankenhaus Auf der Bult in Hannover.

Ungewöhnlich heftiger Verlauf

Protokoll Der Oberarzt Stefan Arens berichtet aus seinem Klinikalltag – auch Kinder können schwer an Covid-19 erkranken, in seltenen Fällen verursachen die Viren gefährliche Gefäßentzündungen.

Als die Eltern an diesem Montagabend im Mai mit ihrer fünfjährigen Tochter Anna* in die Notaufnahme kamen, war uns schnell klar: Das war das Mädchen, auf das wir gewartet hatten. Schlapp und erschöpft hing sie in den Armen ihrer Eltern. Sie fieberte, und alles schien genau, wie es in den Lehrbüchern steht: die knallroten Lacklippen, der Hautausschlag, die geröteten Augen. Jeder halbwegs erfahrene Kinderarzt hätte bei einem solchen Krankheitsbild an das Kawasaki-Syndrom denken müssen. Umso mehr galt das für uns: Wir hatten damit gerechnet, dass ein Kind mit genau diesen Symptomen eingeliefert werden würde.

In normalen Zeiten wären Annas Eltern vielleicht früher mit ihrer Tochter in die Klinik gekommen. Aber Anfang Mai stand Deutschland ganz im Bann der Pandemie; es hatte sich herumgesprochen, dass man im Moment Krankenhäuser lieber meidet.

Drei Tage lang hatte Anna mit zeitweise mehr als 40 Grad Fieber im Bett gelegen, dann hatten ihre Eltern endlich den Arzt aufgesucht. Der tippte auf einen Harnwegsinfekt, weil der Urin des Mädchens auffällig war. Er verschrieb ein Antibiotikum.

Drei weitere Tage lang hofften die Eltern, dass das Fieber sinken würde. Aber das Antibiotikum wollte

* Name geändert.

und wollte nicht anschlagen. Sechs Tage hohes Fieber, kein Wunder, dass sich die Eltern ernsthaft Sorgen machten. Deshalb waren sie zu uns ins Kinderkrankenhaus Auf der Bult gekommen.

Wir hatten von der rätselhaften Häufung von Kindern mit Kawasaki-Syndrom gelesen, von der Kollegen in London und New York berichtet hatten. Wir wussten von dem Verdacht, dass es einen Zusammenhang mit Sars-CoV-2 geben könnte.

Tatsächlich fanden wir bei Anna Antikörper gegen das Virus, sie musste also einige Wochen zuvor eine Infektion durchgemacht haben. Außerdem veranlassten wir sofort ein Herzecho. Die Kardiologin stellte eine Entzündung der Herzkranzgefäße fest, wie sie typisch beim Kawasaki-Syndrom ist. Die Koronararterien, die bei einem fünfjährigen Kind normalerweise rund zwei Millimeter dick sind, waren auf knapp vier Millimeter erweitert.

Es war ein alarmierender Befund. Eine solche Entzündung kann die Herzkranzgefäße nachhaltig schädigen. Ein Drittel, vielleicht sogar die Hälfte aller Herzinfarkte bei Patienten unter 20 Jahren geht vermutlich auf unerkannte Kawasaki-Syndrome zurück. Wir mussten also sofort die Therapie einleiten.

Die Situation in der Kinderklinik Auf der Bult hatte etwas Gespenstisches. Anna wurde auf eine fast leere Station aufgenommen. Denn die Landesregierung hatte angeordnet, dass auch wir die Intensivkapazitäten ausbauen und nur noch Notfälle aufnehmen sollten. Doch wer dann nicht kam, das waren die Corona-Patienten. Denn es zeigte sich, dass Kinder nur sehr selten erkranken. Jetzt war die Klinik sehr leer. So leer, wie sonst allenfalls in den Sommerferien.

Wie wahrscheinlich fast alle Ärzte, so habe ich alle Nachrichten über die Pandemie aufmerksam verfolgt. Dabei war ich Ende April auch über die ersten Meldungen im »Lancet« gestolpert, in denen Ärzte berichteten, dass sie ungewöhnlich viele Patienten mit Kawasaki-ähnlichen Symptomen gesehen hätten. Sie spekulierten auch über einen Zusammenhang mit Sars-CoV-2. Natürlich schrillten da bei mir die Alarmglocken.

Das Krankheitsbild des Kawasaki-Syndroms ist selten. Ich sehe normalerweise höchstens ein, zwei Fälle im ganzen Jahr. Es handelt sich dabei um eine Entzündung der

Blutgefäße, die an fünf charakteristischen Symptomen zu erkennen ist: anhaltend hohes Fieber, Hautausschlag, Bindehautentzündung, rote Zunge und Lippen sowie geschwollene Lymphknoten. Betroffen sind oft die Gefäße mehrerer Organe, besonders gefährlich ist die Entzündung der Koronararterien.

Aber was ist der Auslöser? Wieso sind vor allem Kleinkinder betroffen? Und warum tritt das Kawasaki-Syndrom besonders oft in Japan auf? All das ist noch unklar. Es gab sogar Theorien, dass es etwas mit Luftströmungen zu tun haben soll. Denn wenn bestimmte Winde in Japan wehen, tritt das Kawasaki-Syndrom dort häufiger auf.

Schon immer standen auch Coronaviren unter dem Verdacht, das Syndrom auslösen zu können. Und dieser Verdacht verdichtet sich natürlich im Lichte der jüngsten Meldungen.

Das Krankheitsbild, das die Ärzte in London und New York beschrieben haben, ähnelt zwar dem seit je bekannten Kawasaki-Syndrom, doch sieht es anders aus als das, was wir kennen.

Die klassischen fünf Symptome treten weniger zuverlässig auf, dafür gibt es bei der Gefäßentzündung offenbar einen ungewöhnlich heftigen Verlauf. Vor allem aber sind die Kinder oft älter.

Normalerweise sind vom Kawasaki-Syndrom vor allem Kleinkinder betroffen. Mit ihren fünfeinhalb Jahren zählt Anna da schon zu den älteren Patienten. Die Ärzte in London und New York dagegen haben das Syndrom sogar bei Jugendlichen beobachtet. Statt »Kawasaki« sprechen wir deshalb inzwischen von »PIMS«, für »Pediatric Inflammatory Multisystem Syndrome«.

Ich habe mir, nachdem ich die Berichte im »Lancet« gelesen hatte, in einem Wochenenddienst die alten Krankenakten vorgenommen. 700 Fälle im kritischen Zeitraum seit Beginn der Pandemie bin ich durchgegangen, und tatsächlich stieß ich auf drei Patienten mit verdächtigen Symptomen. Alle drei Kinder waren mit Fieber

ungeklärter Ursache in die Klinik gekommen; bei allen dreien hatten wir einen Abstrich gemacht, bei allen dreien war der Sars-CoV-2-Test negativ gewesen.

Als wir sie jetzt aber noch einmal einbestellten, fanden wir Antikörper: Sie hatten also die akute Infektion bereits hinter sich, als sie mit den PIMS-Symptomen in die Klinik gekommen waren.

Ich erinnere mich besonders an einen 13-jährigen Flüchtlingsjungen, wohl auch, weil er so ungewöhnlich freundlich und auf-

geschlossen war, ganz anders als die meisten Pubertierenden. Bei ihm war die Sprachbarriere ein Grund, warum die Eltern ihn erst nach sieben Tagen mit hohem Fieber zu uns in die Klinik brachten. Die Familie ist vor ungefähr einem Jahr aus Ostafrika nach Deutschland gekommen. Mit dem Vater unterhielten wir uns auf Englisch, manchmal Dolmetschte der Junge. Von dem Kawasaki-Verdacht bei Sars-CoV-2-Infektionen war noch nichts bekannt, als er zu uns kam. Außerdem wussten wir nicht, dass er sich infiziert hatte. Der Virustest hatte ja ein negatives Ergebnis gehabt.

Aber weil wir erhöhte Entzündungswerte im Blut des Jungen fanden, haben wir das Herz im Ultraschall untersucht, ohne Befund. Sein Zustand hat sich von allein gebessert. Wir haben ihm nur Ibuprofen gegen das Fieber gegeben und ihn nach zwei Tagen gesund entlassen.

Hätten wir damals schon von den Beobachtungen der Ärzte in London und New York gewusst, dann hätten wir ihn länger dabehalten. Denn es ist bekannt, dass sich der Zustand eines Patienten mit PIMS in der zweiten Krankheitswoche verschlechtern kann.

So aber haben wir die Infektion erst beim nachträglichen Antikörpertest nachgewiesen. Auch bei dem Vater fiel der Test positiv aus. Der erzählte dann von einem grippalen Infekt, den er etwa sechs Wochen zuvor durchgemacht habe. Er muss sich also Anfang März angesteckt haben, als die Corona-Welle in Hannover gerade erst ins Rollen kam.

Mehr Erkenntnisse über die mysteriöse Erkrankung bringt vielleicht das PIMS-Register, das die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie jetzt eingerichtet hat. Vor wenigen Tagen hat sie die ersten Ergebnisse ins Netz gestellt. Demnach wurden bisher insgesamt 40 PIMS-Fälle in Deutschland gemeldet, 5 davon von uns hier in Hannover.

In der Tat wurden bei einem großen Teil dieser 40 Kinder Coronavirus-Antikörper nachgewiesen, die Krankheitssymptome und das Altersspektrum decken sich weitgehend mit den internationalen Berichten, und vor allem: Die Fälle häuften sich auffällig rund zwei Wochen nach dem Höhepunkt der Covid-Welle in Deutschland; wir haben es also mit einem Phänomen zu tun, das deutlich verzögert auftritt.

Glücklicherweise scheint PIMS ähnlich gut auf die Therapie anzusprechen wie das klassische Kawasaki-Syndrom. Wenn wir die Patienten gleich nach der Diagnosestellung mit Immunglobulinen und Kortison behandeln, bessert sich ihr Zustand meist rasch.

Auch bei Anna war das Fieber nach Verabreichung dieser Medikamente binnen 48 Stunden verschwunden, sie lief quatschfidel auf der Station herum und war wieder die Quasselstrippe, die sie vor der Krankheit gewesen war. Im Ultraschall zeigte sich keine Verschlechterung der Herzkranzgefäße, ich mache mir deshalb keine großen Sorgen mehr um sie. Aber sie wird noch ein Jahr lang zu Nachuntersuchungen kommen müssen – zumal PIMS ein neues Krankheitsbild ist, mit dem wir noch keine Erfahrung haben.

Es ist spannend mitzuerleben, wie sich langsam immer klarere Konturen des Krankheitsgeschehens abzeichnen. Als Kindergastroenterologe interessiere ich mich zum Beispiel dafür, warum die an PIMS erkrankten Kinder so oft unter Durchfall, Bauchschmerzen oder Erbrechen leiden. Beim Kawasaki-Syndrom ist der Darm eher selten beteiligt.

Aber auch, warum so oft ältere Kinder betroffen sind, müssen wir erst noch verstehen. Bisher dachten wir, entscheidend für ein Kawasaki-Syndrom sei unter anderem das noch unreife Immunsystem der Kleinkinder. Jetzt scheint es, als könne sogar bei Erwachsenen eine Art Kawasaki-Syndrom auftreten. Jedenfalls häufen sich nach Covid-19-Erkrankungen Fälle von heftigen Entzündungsreaktionen, nachdem das Virus bereits verschwunden ist.

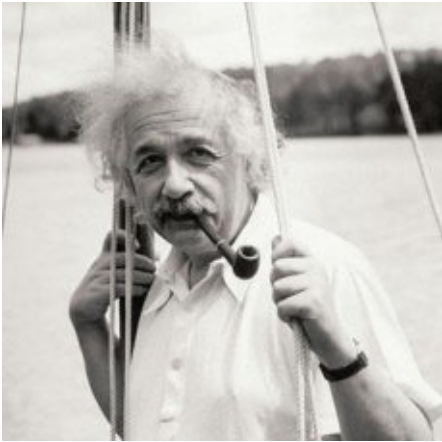
Und dann gibt es da noch eine Beobachtung: Gerade habe ich ein Kind mit einer bestimmten Form der Entzündung im Knie behandelt. Es ist jetzt schon der vierte Fall innerhalb weniger Wochen. Das ist ungewöhnlich. Es mag ja etwas hysterisch klingen, aber wer weiß: Vielleicht hat ja auch das etwas mit dem neuen Coronavirus zu tun?

Aufgezeichnet von Johann Grolle

Die Fälle häuften sich auffällig zwei Wochen nach dem Höhepunkt der Covid-Welle.

Einsteins Irrtum

Datenanalysen Teure Universitäten bringen wenig, ältere Start-up-Gründer reüssieren eher, und bei Bewerbungen sollte man als Letzter antreten – ein Physiker hat eine Formel für Erfolg gefunden.



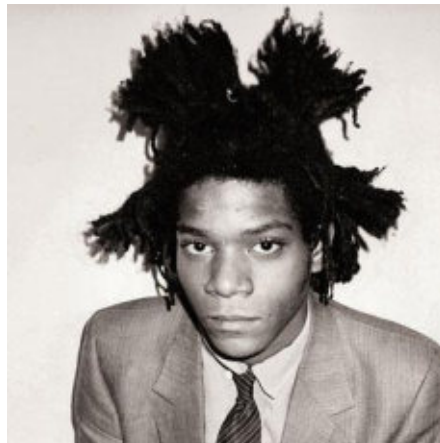
AKG



BOSTON GLOBE / GETTY IMAGES



GETTY IMAGES



MUSEE D'ART MODERNE DE LA VILLE / DPA



ARTHUR POLLOCK / POLARIS / LAIF

Erfolgreiche Wissenschaftler, Unternehmer und Künstler*: »Brillante Ideen kennen kein Verfallsdatum«

Angewöhnlich liegt seine beste Zeit bereits hinter ihm. Denn mit über 50 soll kaum einem Wissenschaftler noch der große Wurf gelingen. Schon Albert Einstein hatte postuliert: Wer bis 30 nichts Großes geleistet hat in der Wissenschaft, der werde es auch später nicht mehr schaffen.

Doch Albert-László Barabási wollte beweisen, dass Einstein ausnahmsweise falsch lag. »Und das ist mir auch gelungen«, sagt der ursprünglich aus Rumänien stammende Physiker, der an der Northeastern University in Boston lehrt.

Sein Ziel bestand darin, mithilfe großer statistischer Datenanalysen eine Art Formel des Erfolgs zu finden: Wie werde ich berühmt, egal, ob als Wissenschaftlerin, Maler oder Start-up-Unternehmer? Muss

ich tatsächlich schon in jungen Jahren eine geniale Idee haben wie Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, welchen Anteil am Erfolg hat Fleiß, und wie wichtig sind gute Beziehungen? Kurzum: Folgt der Ruhm allgemeingültigen Regeln?

Mit seinem Team wühlte Barabási sich durch Zigtausende Datensätze, darunter die Publikationen von 10 000 Wissenschaftlern aus sieben Disziplinen; er studierte Aufsätze über Tausende erfolgreiche Unternehmer; und er wertete die Karrieren von fast einer halben Million Künstlern aus, die zwischen 1980 und 2016 in rund 14 000 Galerien weltweit ausgestellt

* Physiker Albert Einstein um 1936, Forscherin Marta Gonzalez, Facebook-Gründer Mark Zuckerberg 2017, Chemiker John B. Fenn 2002, Künstler Jean-Michel Basquiat um 1985, Sängerin Darlene Love 2016.

haben. Nach jahrelanger Datenanalyse ist er auf teilweise überraschende Antworten gekommen. Seine wichtigste Erkenntnis indes lautet: Wer Erfolg haben will, muss natürlich gut sein, aber auch gut vernetzt.

Seine eigene Biografie liefert dafür ein gutes Beispiel. Barabási wuchs in Rumänien auf, er gehörte zur ungarischstämmigen Minderheit. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs befürchtete seine Familie Repressionen, verließ die Heimat und zog nach Ungarn. Das persönliche Unglück war für ihn beruflich ein Glücksfall, denn schließlich gelangte der entwurzelte Physiker in die USA. »Viele meiner Mitstudenten waren begabter. Aber sie schafften es nicht aus Osteuropa hinaus. Sie waren gut, aber nicht gut vernetzt.«

Wie wichtig die Vernetzung ist, zeigt sich jedes Jahr bei der Vergabe der Nobelpreise. Meist arbeiten Forscher heute in großen Teams zusammen, aber die Ehrung darf laut den Statuten des Nobelkomitees maximal an drei Personen vergeben werden. Die Früchte der Teamarbeit werden also von wenigen geerntet. Und wie Barabási Datenanalyse ergeben hat, folgt die Vergabe nicht nur der Leistung, sondern auch anderen Mustern. Darunter: Wer bereits Bekanntheit hat, dem wird gegeben.

Teamarbeit ist besonders für Frauen tückisch. Ihre Chancen auf eine feste Professur etwa in den Wirtschaftswissenschaften sind statistisch nur halb so gut wie die von gleich qualifizierten Männern. Und je häufiger eine Ökonomin gemeinsam mit einem männlichen Kollegen publiziert, desto weiter schrumpfen ihre Chancen auf die Professur; denn der Ruhm werde meist dem Mann zugeschlagen.

So war es anfänglich auch bei einer seiner eigenen Postdoktorandinnen Marta Gonzalez, gibt Barabási offen zu. Als die beiden gemeinsam eine Studie zur Mobilität veröffentlichten, wurde vor allem er zitiert, natürlich auch, weil er bereits einen Namen in seinem Fach hatte. Erst nach und nach gelang es Gonzalez, sich so weit zu spezialisieren, dass sie in der akademischen Welt sichtbar wurde.

Barabási rät dazu, entweder solo aufzutreten oder selbstbewusst die eigenen Leistungen zu reklamieren. Er nennt ein Beispiel aus der Unterhaltung: Die amerikanische Sängerin Darlene Love trat immer wieder mit Musikern wie Elvis Presley auf. Doch ihre Auftritte mit Superstars brachten ihr wenig, sie schlug sich als Haushaltshilfe durch. Späten Ruhm erlangte sie erst als Solistin. 2011 wurde sie in die Rock 'n' Roll Hall of Fame aufgenommen.

Hinter den Zahlenkolonnen verbergen sich oft tragische Biografien, sagt Barabási. Immer wieder stolperte er in seinen Berechnungen über Nobelpreise, bei denen wichtige Pioniere leer ausgingen.

Der Biologe Douglas Prasher zum Beispiel entdeckte Mitte der Achtzigerjahre ein Fluoreszenzprotein, welches Gewebe grünlich aufleuchten lässt. Dieses Markierungsprotein ist nicht mehr wegzudenken aus der Genforschung. Doch Prasher hatte Pech, sein Stipendium lief aus, er gab seine Karriere auf, nahm einen Job als Chauffeur an. Zuvor mailte er seine Erkenntnisse an zwei andere Forscher – die arbeiteten weiter daran und erhielten 2008 den Nobelpreis. Großes geleistet, schlecht verkauft, dumm gelaufen.

Je schwieriger sich eine Leistung messen lässt, desto stärker dominieren subjektive Effekte. Ein ebenfalls von Barabási ausgewertetes Beispiel: Jedes Jahr im Mai treten die besten jungen Musiker der Welt in der belgischen »Queen Elisabeth Compe-

tition« gegeneinander an. Barabási sagt: Wer am Anfang der Wettbewerbswoche auftritt, hat kaum eine Chance auf den Sieg. Der Preis gehe regelmäßig an jene, die direkt vor der finalen Jurysitzung auftreten dürfen. Psychologen nennen das den »Rezenzeffekt«. Er tritt auffallend oft auf, auch bei Bewerbungsgesprächen. In Spanien zum Beispiel können sich Anwälte auf ein begehrtes Richteramt bewerben. Wer sein Auswahlgespräch am Montag führt, so Barabási, habe Pech: Seine Chance liege nur bei 50 Prozent – verglichen mit fast 75 Prozent für Freitagskandidatinnen. Die Letzten werden die Ersten sein.

»Bei der Leistung geht es um dich, aber beim Erfolg geht es darum, wie du wahrgenommen wirst, wie das Publikum deine Leistung bewertet«, so Barabási.

Das zeigt sich auch auf dem Gebiet der Kunst, wie der Physiker in einer aufwendigen Datenanalyse herausgefunden hat. »Es ist herzerreißend«, sagt Barabási. Er hat mit seinem Team die Biografien von fast einer halben Million Künstlern durchforstet. In »Science« berichteten die Forscher über ihr Ergebnis: Wie weit es ein Künstler im Laufe der Karriere bringen wird, lässt sich schon anhand der ersten fünf Ausstellungsorte voraussagen. Wer in unbekanntem Galerien in einem kleinen Land einsteigt, hat nur eine Chance von zehn Prozent, es irgendwann ins Zentrum der Kunstwelt zu schaffen.

Künstler dagegen, die früh oben einsteigen, zum Beispiel beim renommierten Art Institute in Chicago, werden es mit hoher Wahrscheinlichkeit weit bringen. Die Chance, dass ihre Karriere später erfolglos verläuft, liegt bei nur 0,2 Prozent. Wenn man sich frühzeitig vernetzt in der Kunstwelt, kann man sich also noch so dumm anstellen, man wird nicht abstürzen.

So ähnlich lief es etwa beim jungen Maler Jean-Michel Basquiat, der konsequent die Nähe zu etablierten Künstlern suchte und schon bald neben Promis wie Andy Warhol ausstellte. Sein Künstlerkollege Al Diaz dagegen, dessen Stil anfangs kaum von dem Basquiats zu unterscheiden war, blieb außen vor und fast unbekannt.

Die Datenanalysen diverser Forschungsgruppen belegen allerdings auch, dass einige Netzwerke überbewertet werden – insbesondere gilt das für teure Elitehochschulen. Viele Eltern glauben, dass diese für die Karriere ihrer Kinder unverzichtbar seien. Doch dieses Vorurteil kann die Forschung kaum bestätigen.

Talent und Fleiß der Studenten zählen mehr als das Prestige der jeweiligen Hochschule.

Genüßlich referiert Barabási das Ergebnis statistischer Analysen: Die Absolventen von Unis wie Harvard verdienten ein paar Jahre nach ihrem Abschluss überraschenderweise nicht mehr als ähnlich leistungsstarke Studenten, die ihren Abschluss an weniger bekannten Hochschulen gemacht hatten. »Anscheinend machen nicht die Unis erfolgreiche Studenten, sondern kluge Studenten machen den Erfolg der Unis aus«, resümiert Barabási. Talent und Fleiß der Studenten zählen mehr als das Prestige der jeweiligen Hochschule.

Und noch eine tröstliche Botschaft hat Barabási zu bieten: Einstein lag tatsächlich daneben mit seiner Behauptung, dass nur jungen Forschern wissenschaftliche Durchbrüche gelingen.

»Brillante Ideen kennen kein Verfallsdatum«, widerspricht Barabási. Er hat die Karrieren und Veröffentlichungen von mehr als 2800 Physikern aus mehreren Jahrzehnten ausgewertet. Bei etlichen Gelehrten kam der Durchbruch demnach erst mit über 50, bei einigen sogar erst mit über 70. »Entscheidend ist, dass man sein Leben lang fleißig weiter publiziert«, sagt Barabási. »Jede wissenschaftliche Arbeit ist wie ein Los, und jedes Los hat dieselbe Chance, egal, wie alt ich bin.«

Der Chemiker John B. Fenn etwa wurde von der Yale-Uni emeritiert, als er 70 war. Doch Fenn machte unermüdlich weiter, wenig später gelangen ihm seine Strukturanalysen an Makromolekülen, 2002 bekam er den Nobelpreis. Da war er 85 Jahre alt.

Sogar Albert Einstein selbst widerlegte seine eigene Hypothese, dass nur junge Physiker Großes leisten können. Sein Aufsatz zur Quantenverschränkung, in dem er gemeinsam mit zwei anderen Forschern die »spukhafte Fernwirkung« weit voneinander entfernter Teilchen beschreibt, gilt als einer der bekanntesten Physikaufsätze der Welt. Als er ihn verfasste, war Einstein schon Mitte fünfzig.

Späte Erfolge gibt es sogar bei Gründern im Silicon Valley, für viele der Inbegriff des Jugendkults. Barabási zitiert Studien, die zeigen: Die meisten Start-up-Gründer sind in Wahrheit schon über 40. Und wenn man die ökonomisch erfolgreichen Gründer herausfiltert, seien viele von ihnen sogar über 50 Jahre alt.

Auch Barabási denkt nicht daran kürzerzutreten. Derzeit experimentiert er damit, seine Datenanalysen mit einem 3-D-Drucker in Skulpturen zu verwandeln. Er plant eine Ausstellung im renommierten Zentrum für Kunst und Medien in Karlsruhe, sie soll Anfang 2021 eröffnen, so Corona will.

Der Physiker würde sich damit seinen Jugendtraum erfüllen, Bildhauer zu werden. Nur eben nicht mit Hammer und Meißel, sondern mit Zahlen – mit der abstraktesten aller Künste. Hilmar Schmundt



TikTok-Auftritt der Uffizien mit Caravaggio-Werk

Museen

Medusa mit Mundschutz

● Die Uffizien in Florenz kamen bis Anfang dieses Jahres nicht mal bei Facebook vor. »Was Social Media anging, waren wir in der Steinzeit«, sagt der deutsche Museumsleiter Eike Schmidt, seit 2015 im Amt. Im Lockdown wurde jedoch der Digitalturbo eingelegt. Jetzt lässt das Haus seine Attraktionen sogar tanzen, auf TikTok, einer Kurzfilm-Plattform, die sonst zumeist von Teenies bespielt wird: mit Lippenplaybacks oder Tanzeinlagen, mit Videos, die mit schrillen Effekten und Animationen dekoriert sind, dazu läuft Popmusik – je knalliger, desto besser. In dem altehrwürdigen Kunstpalast saust nun ein animiertes Corona-

virus an der Medusa von Caravaggio vorbei, stoppt vor dem mehr als 420 Jahre alten Ölgemälde, Rapperin Cardi B schreit »Coronavirus!« – und Medusa trägt Mundschutz. Auch Botticelli wird nicht verschont, Venus und ihre Begleitung aus »Primavera« tanzen zum hypnotischen Discohitt »Nails, Hair, Hips, Heels« von Todrick Hall. Knapp 30 000 Nutzer haben den Kultur-Remix bereits abonniert. Verfremdete Kunst-Memes sind auf sozialen Netzwerken keine neue Idee, doch die Uffizien trauen sich, der eigenen Sammlung mit spielerischer Respektlosigkeit zu begegnen – anders als etwa das Amsterdamer Rijksmuseum, das sich ebenfalls neuerdings bei TikTok zeigt, aber braver. »Wir waren Nachzügler, jetzt sind wir Avantgarde«, sagt Schmidt, »dass Technologie und Tradition nicht im Widerspruch stehen, haben wir von den Jüngsten gelernt.« CPA

Kino

Schicksalswellen

● Alle Zeichen im Leben des 18-jährigen Tyler Williams (Kelvin Harrison Jr.) stehen auf Erfolg. Der Afroamerikaner ist im Wrestlingteam seiner Schule einer der Stars, seine Latina-Freundin (Alexa Demie) ist wunderschön und der Sommer in Florida heiß.

Nicht umsonst lässt Regisseur Trey Edward Shults in seinem Film »Waves« (wegen Corona verschobener Kinostart: 16. Juli) immer wieder den Hip-Hop-Track »I Am a God« von Kanye West anklingen. Doch in vielen Szenen dieses Films, in all den flirrenden Kamerafahrten und schnellen Schnittfolgen lauert auch eine dunkle Ahnung. »Waves« ist

der dritte Spielfilm des 31-jährigen Shults. Er empfiehlt sich hier als mutiger Regisseur, der Emotionalität im Kino auf eine popkulturell expressive Weise erzählen will. Es gehe ihm darum, den Druck abzubauen, dem junge Menschen heute ausgeliefert seien, sagte er in einem Interview: das Streben nach Perfektion und maximaler Leistung in irrealer

Instagram-Stylishness. In seinem unorthodoxen Coming-of-Age-Drama zeigt er das Leben als eine vom Schicksal gesteuerte Wellenbewegung, als unberechenbares, sich idealerweise ausgleichendes Spiel produktiver und zerstörerischer Kräfte. Die Wucht des Films ist so mitreißend, dass man ihm sein bisweilen großes Pathos gern verzeiht. BOR

Literatur

In diesem Beinahe

● Eine seltsame Art, sich kennenzulernen, jedenfalls in ihrer Generation: ein Gesuch in einer Zeitschrift. »Es gab das Wort sanft in der Annonce«, heißt es im Roman, »sanft, sechsundvierzig, sucht junge Frau, die das Land liebt.« Auf diese Worte hin fährt Annette, geschieden, Kassiererin, ein schulpflichtiger Sohn, aus dem Norden Frankreichs für einen Nachmittag in eine Stadt im

Burgund, jeweils auf halbem Wege für sie und den Bauern Paul, der in der Auvergne wohnt. Ob sie das Land lieben kann, das muss sie noch herausfinden. Erst mal hat sie diese paar Stunden bei einer heißen Schokolade im Bahnhofsrestaurant und einem Spaziergang an der Loire, um zu entscheiden, ob sie diesem Mann ihre Zukunft anvertrauen will. Denn ihre



Vergangenheit, so viel ist gewiss, will sie weit hinter sich lassen.

Einprägsam erzählt Marie-Hélène Lafon von einem Milieu, für das die Sozialreportage reserviert scheint: Menschen, die vor dem Fernseher

einschlafen nach einem überlangen Tag im Stall und bei Aushilfsjobs in der Altenpflege oder im Supermarkt, von einer

dumpfen Verzweiflung beinahe überwältigt. In diesem Beinahe fangen Annette und Paul ihr neues Leben an. Lafons Geschichte aus der französischen Provinz wurde von Andrea Spingler melodisch und suggestiv übersetzt, und so ist daraus geworden, was ein Roman im glücklichen Falle sein kann: eine literarische Erfahrung. ES

Marie-Hélène Lafon: »Die Annonce«. Aus dem Französischen von Andrea Spingler. Rotpunktverlag; 176 Seiten; 22 Euro.

Pop

Zu den Wurzeln

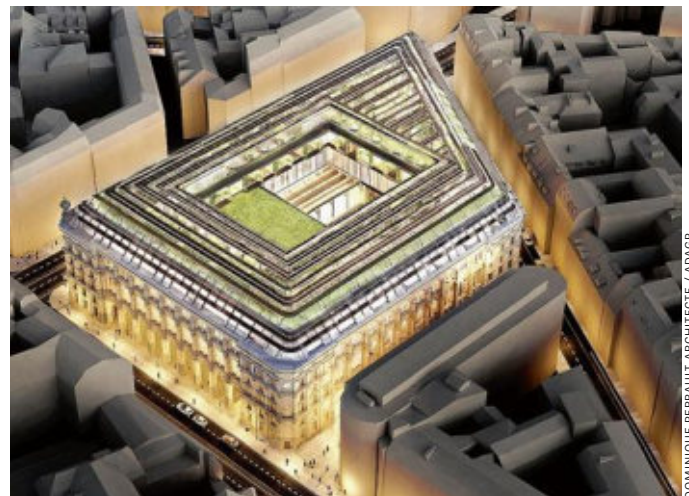
● »Muss ich mich ändern?«, fragt ein Mann. »Ja«, antwortet ein Chor, in dem die Frauenstimmen herausstechen. Was nach dem Anfang eines Soundtracks zur Krise des Mannes klingt, handelt letztlich von nicht weniger als der Menschheitsgeschichte. Die Frage stellt Jarvis Cocker auf »Beyond the Pale«, dem Debütalbum seiner Band, die den naheliegenden Namen Jarv Is... trägt. Cocker, 56, wurde vor fast 25 Jahren berühmt als Sänger von Pulp, der flamboyantesten aller Britpop-Gruppen. In den vergangenen Jahren betätigte er

sich häufiger als Radio-DJ denn als Rockbandfrontmann, trat mit einem Pianisten oder einem ganzen Symphonieorchester auf. »Beyond the Pale« wirkt nun, als bewegte sich Cocker einen Schritt zurück, zu den Wurzeln. Das zeigt sich am Sound, der von einer pulpigen Nonchalance getragen ist. Jarv Is... kramen tief in der Popkiste, lassen die Synthesizer schön alt klingen, vermischen psychedelische Klänge, Krautrock und Disco. Und es zeigt sich an den Texten, die mal um die Anfänge der Menschheit kreisen, mal um »die Tage der VHS-Kassette«. Trotzdem klingt das Album nicht gestrig, sondern ziemlich zeitgemäß: wenn Cocker, der alternende weiße Mann, fragt, ob er sich wandeln müsse; wenn er Szenarien »am Rand des Aussterbens« entwirft. Und weil er, als hätte er den Lockdown vorausgesehen, eine melancholische Hymne geschrieben hat: »Verloren in der Nacht des Wohnzimmers/ Treibend in der Welt der Innenräume«. SKR



Cocker

DANIEL COHEN / LUMEN PHOTO



Umgestaltete Poste du Louvre in Paris (Computeranimation)

DOMINIQUE PERRAULT ARCHITECTE / ADAGP

Architektur

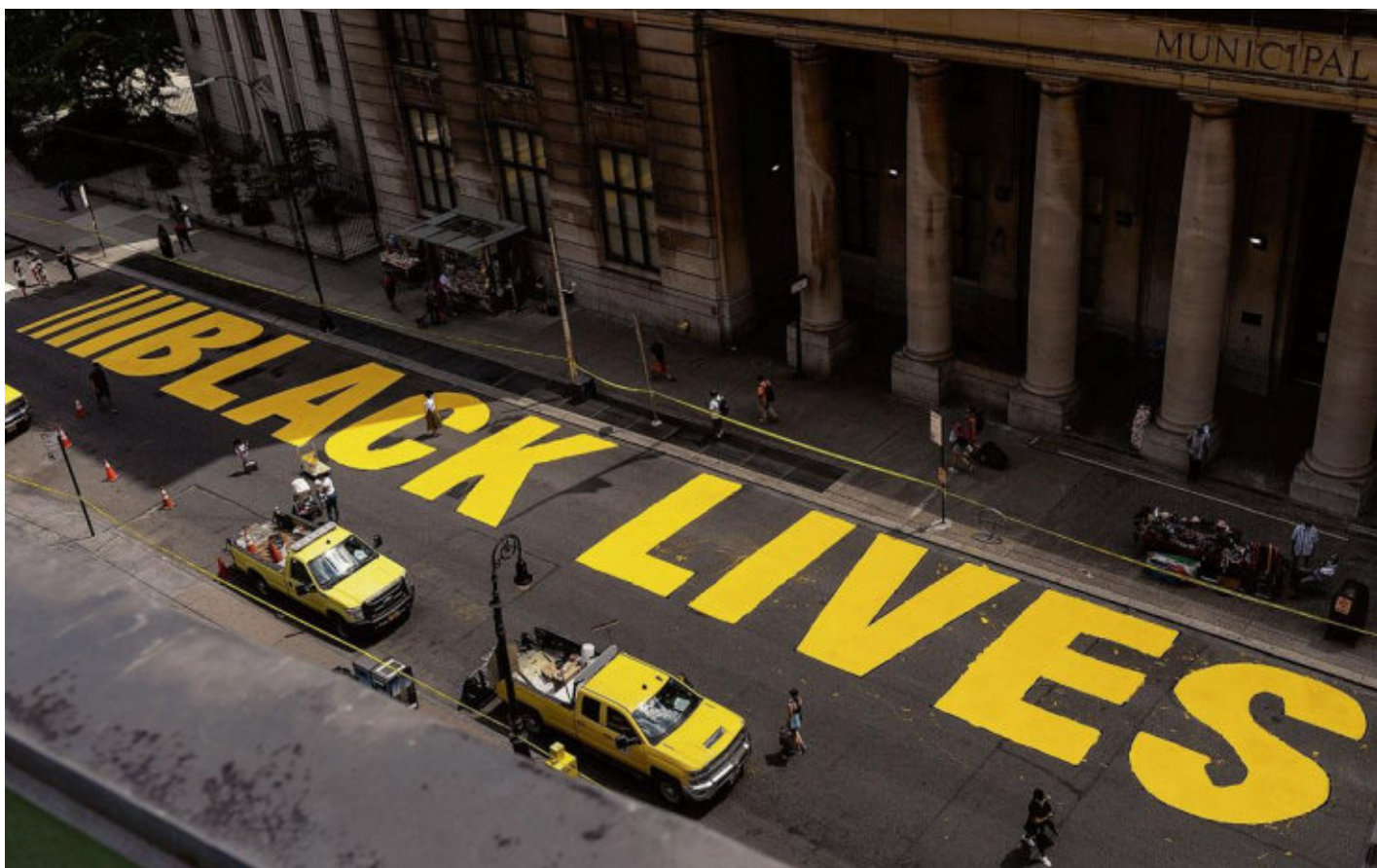
Rooftop-Bar für alle

● Es war eine der imposantesten Baustellen mitten in Paris. Der Umbau der Hauptpost aus dem Jahr 1888 dauerte vier Jahre, nun ist er fast abgeschlossen. Das Gebäude mit seiner monumentalen Steinfassade ist riesig, es nimmt einen ganzen Straßencorridor ein. Zum Schluss aber brauchte die Post nicht mehr so viel Platz, die historische Schalterhalle war für heutige Bedürfnisse viel zu groß, das Briefsortierzentrum ist seit Langem an den Stadtrand ausgelagert. Bald soll das Haus den Parisern geöffnet und anders genutzt werden. Ab dem nächsten Jahr wird es eine verkleinerte Schalterhalle geben, darüber hinaus aber Büros, ein Luxushotel, einen Kinderhort, eine Brasserie,

ein Polizeikommissariat und Sozialwohnungen. Architekt Dominique Perrault, der mit der Umgestaltung beauftragt wurde, bewahrte die wunderbare Industriearchitektur aus dem 19. Jahrhundert im Innern, wo immer es ging: die dunklen Eisenträger und Säulen, die Deckenhöhe von 6,80 Metern und die von Eisenkonstruktionen umgebenen Innenhöfe. Das Dach wurde begrünt und mit Solarpaneelen versehen; wie alles andere soll auch die Rooftop-Bar öffentlich zugänglich sein. Die Stadt Paris setzt mit diesem Konzept ihre Strategie fort, den Bewohnern Luxusobjekte zu öffnen. Die Reichen sollen nicht mehr unter sich bleiben. »Es ist eine sehr zeitgemäße Nutzung, La Poste du Louvre wird ein öffentlicher Ort werden«, sagt Perrault. BSA



COLLECTION CHRISTOPHEL / MAURITIUS IMAGES



GABRIELE HOLTERRMANN-GORDEN / SIPA USA / DDP IMAGES

Szene aus »Vom Winde verweht« von 1939, Straße in Brooklyn, New York City: Unbewältigtes Erbe der Sklaverei

Unter Generalverdacht

Zeitgeist Ganze Serienepisoden werden von Streamingplattformen gelöscht, Hollywoodfilme mit Einführungsseminaren versehen, Bands ändern ihren Namen. Kann Amerika auf diese Weise seinem systemischen Rassismus beikommen – oder zerreißt die »Cancel Culture« die Gesellschaft?

Es wird kompliziert werden, aber fangen wir mal mit dem Einfachen an. »Vom Winde verweht« läuft wieder im amerikanischen Fernsehen. Der Bezahlsender HBO hat das Sezessionskriegsdrama nach zwei Wochen Pause wieder auf seine Streamingplattform gestellt.

Die Dixie Chicks, in den USA die erfolgreichste Frauenband aller Zeiten, im Rest der Welt bekannt durch ihren Streit mit George W. Bush während des Irakkriegs, heißen jetzt nur noch The Chicks.

Die Komikerin Tina Fey hat vier alte Episoden ihrer Show »30 Rock« entfernen lassen. Sie werden nicht mehr im Fernsehen laufen und sind für Streamingplattformen gesperrt.

In den USA tobt ein Kulturkampf, dessen Frontverlauf Tweets markieren.

Dabei wird seit Jahren um die große Frage gestritten, was es eigentlich heißt, Amerikaner zu sein, in einem Land, das immer schon ein Einwanderungsland war – in dem aber absehbar ist, dass die weiße Mehrheit bald nur noch eine Minderheit neben anderen ist. Es geht um systemischen Rassismus und das unbewältigte Erbe der Sklaverei, und damit auch um Armut, Polizeigewalt und eine unmenschliche Gefngnispolitik.

Doch langsam stellt sich die Frage, ob die Gegenseiten überhaupt noch miteinander sprechen können. Oder ob der Graben mittlerweile nicht so tief ist, dass kein Weg mehr über ihn führt, dass kein Gespräch mehr möglich ist. Zu viel ist kaputt, zu viel tut zu sehr weh, zu vergebens waren alle bisherigen Versuche eines Gesprächs.

»Cancel Culture« ist der neue Begriff dieses Kampfs, der zuvor schon um den Begriff der Political Correctness kreiste, um die »PC Culture«.

Cancel Culture ist natürlich selbst ein politischer Begriff, er kommt von den amerikanischen Rechten und bedeutet: Was den Linken nicht passt, muss weg. Jeder, der sich dem progressiven kulturellen Mainstream nicht unterwerfe, werde gecancelt, glaubt man dort – gemeint ist: mundtot gemacht, aus dem Diskurs verdrängt, gefeuert oder sogar öffentlich desavouiert. Bei den Linken wiederum hält man das für reine Polemik, die verhindern sollte, dass sich endlich etwas ändert.

Das ist nicht falsch – genauso richtig ist aber, dass in den vergangenen Wochen eine Reihe von Menschen wegen banaler Tweets ihren Job verloren haben.

Die Themen, um die es geht, sind fast immer dieselben: Rassismus, Sexismus, Diskriminierung – und der Kulminationspunkt von alledem ist die Präsidentschaft Donald Trumps. Im Streit um Trump verläuft momentan die deutlichste Frontlinie zwischen links und rechts. Links die, die auch »woke« genannt werden, also erweckt sind, und vehement für die Dreifaltigkeit aus Gleichheit, Diversität und Inklusion eintreten, die für einen sensibleren Umgang mit Minderheiten und den Opfern der Mehrheitsgesellschaft kämpfen und bereit sind, dfr die traditionelle Personalisierung der Macht in den westlichen Gesellschaften zu opfern, den inzwischen sprichwörtlichen alten weißen Mann.

Meinungsfreiheit ist nur gemeinsam mit denen zu haben, die anderer Meinung sind.

So tauchen fast täglich neue Forderungen auf, was alles abgesetzt werden müsse. Soll wirklich »Hamilton« eingestellt werden, das supererfolgreiche Hip-Hop-Musical über Alexander Hamilton, einen der Gründerväter der USA, mit seiner in zentralen Rollen schwarzen Besetzung? Eine Kampagne auf Twitter fordert das. Der Komponist Lin-Manuel Miranda habe vergessen einzuarbeiten, dass Hamilton die Sklavenhalterfamilie seiner Frau unterstützte.

Alles steht infrage in diesem Kulturkampf. Statuen fallen, Worte, die lange selbstverständlich schienen, sind unter Verdacht. Und der Mord an George Floyd durch den weißen Polizisten Derek Chauvin hat die Auseinandersetzung noch einmal deutlich verschärft.

Zwischen beiden Polen gähnt ein großes moralisches Loch. Jeder Fall muss neu verhandelt werden. Und einfache Antworten gibt es sowieso nicht.

Ein offener Brief, initiiert vom afroamerikanischen Autor Thomas Chatterton Wil-

liams, versucht nun, dieses Niemandsland zu besetzen. »über Gerechtigkeit und offene Debatte« ist er überschrieben, das Magazin »Harper's« hat ihn am Mittwoch veröffentlicht. Unterschrieben haben mehr als 150 Intellektuelle, eine spektakuläre Liste kluger Köpfe: unter anderem Margaret Atwood, Ian Buruma, Noam Chomsky, Garri Kasparow, Wynton Marsalis, Steven Pinker, Salman Rushdie, J.K. Rowling. Auch der deutsch-sterreichische Schriftsteller Daniel Kehlmann ist dabei (siehe Interview auf Seite 122).

»Der freie Austausch von Informationen und Ideen, der Lebensnerv einer liberalen Gesellschaft, wird von Tag zu Tag mehr eingeschränkt«, heißt es dort. Ein Appell an die Öffentlichkeit. Doch die Reaktionen machen wenig Mut, dass in der aufgeheizten Atmosphäre die Stimme der Vernunft gefragt wäre.

Nicht nur auf Twitter, wo die Unterzeichner attackiert wurden, hinter ihrem Wunsch nach freier Debatte versteckten sie nur ihre eigene Meinungsführerschaft. Eine Unterzeichnerin, die aus Angst, beschimpft zu werden, anonym bleiben wollte, verriet der »New York Times«: Wenn sie gewusst hätte, wer noch alles unterzeichnet, hätte sie es bleiben lassen – was das ganze Problem zusammenfasst. Meinungsfreiheit ist eben nur gemeinsam mit denjenigen zu haben, mit denen man nicht übereinstimmt.

Doch das kann die Cancel Culture nicht akzeptieren. Nicht das, was jemand sagt, soll zählen. Sondern das, was jemand ist. Streit kann es in ihr nicht geben, nur Zustimmung oder Verdammung. Und da sich keine andere Gesellschaft so gern, so erfolgreich und so dramatisch in den Produkten ihrer Kulturindustrie spiegelt wie die amerikanische, trifft der Kulturkampf vor allem sie: Filme, Bücher, Pop, Fernsehen. Wo sonst zeigt sich die Seele des Landes?

Als der Pay-TV-Sender HBO nach dem Mord an George Floyd »Vom Winde verweht« von seiner gerade eröffneten Streamingplattform nahm, war das ein gefundenes Fressen für die amerikanische Rechte. Cancel Culture aus dem Bilderbuch.

Es ist der erfolgreichste Film der Geschichte, kein anderer hat, inflationsbereinigt, mehr Geld eingespielt, dazu bekam

er acht Oscars. Ein großes Drama über die Liebe zwischen Scarlett O'Hara und Rhett Butler, es spielt im amerikanischen Süden in der Zeit des Bürgerkriegs, der um die Abschaffung der Sklaverei geführt wurde. Ginge es nach der Darstellung des Films, hätte die Sklaverei allerdings nicht unbedingt abgeschafft werden müssen, denn dort läuft ja alles super. Die weiße Gesellschaft ist großmütig und lebt in großen Häusern, die so schön sind, dass die schwarzen Sklaven da auch total glücklich sind. Andere Sklaven sind ein bisschen dumm, aber dafür immer gut gelaunt.

Seit der Film 1939 in die Kinos kam, gibt es Proteste dagegen. Man muss kein Historiker sein, um die rassistischen Tendenzen in »Vom Winde verweht« zu erkennen, und die vielen Zuschauer haben das über die Jahrzehnte auch getan. Zugleich war es ihnen aber ebenso möglich, sie über all die Jahrzehnte beiseitezuschieben und totzuschweigen. Tatsächlich zeigt der Film, wie in den Dreißigerjahren die Mehrheit in den USA über die Sklavenerä gedacht hat: voller Nostalgie.

Es löst natürlich kein Problem, den Film deswegen zu verbannen. Zu gut lässt sich an ihm und seiner Rezeption ablesen, was in den USA nach der offiziellen Abschaffung der Sklaverei passiert ist und worüber nur selten geredet wird: dass nach der »Reconstruction«, einer nur zwölfjährigen Periode der gesellschaftlichen Liberalisierung nach dem Bürgerkrieg, eine »systematische, mehrstufige, durch Terrorakte unterstützte Reaktion« eingesetzt habe, so der Harvard-Professor Henry Louis Gates Jr, »als die besiegten Südstaaten, wie es bald hieß, wieder aufstanden waren«.

Vom »Lost Cause« des Südens war die Rede. Des Südens, der das wahre Amerika vertreten habe gegen die Bürokraten aus Washington, die alles verbieten wollen, sogar die Sklaverei. Es ist das gleiche Gefühl, auf das Trump seine Präsidentschaft gebaut hat. »Make America Great Again« ist eine Idee der »Lost Cause«-Revisionisten, die ihren Widerhall auch in »Vom Winde verweht« findet.

Nun ist »Vom Winde verweht« wieder da. Der Sender hat dem Film allerdings zur Sicherheit eine vierminütige Einführung vorangestellt. Sie startet automatisch, bevor der Film losgeht. Man sieht die afroamerikanische Historikerin Jacqueline Ste-



Trio Dixie Chicks 2003: Bekenntnis, auf welcher Seite man steht

wart vor einer Bücherwand in ihrem Wohnzimmer, durch einen Türrahmen ist in einem anderen Zimmer ein Kamin zu sehen. Man könne, sagt sie in bestem Proseminartont, die rassistischen Untertöne leicht übersehen, weil der Film so gut sei. »Vom Winde verweht« sei nicht nur ein Dokument der rassistischen Vergangenheit Hollywoods, sondern auch ein bleibendes Werk der Populärkultur, das Auskunft gebe über die Ungleichheit, die bis heute in den Medien und in der Gesellschaft bestehe.

Sie findet trotzdem, dass man ihn anschauen sollte.

Es ist schwer, in ihrem Gesicht zu lesen, ob sie das wirklich glaubt. Sie kann nichts dafür, aber möglicherweise ärgert es einen als erwachsenen Menschen, in die Schule geschickt zu werden. Kino war eigentlich einmal das Gegenteil von Belehrung. Es sollte die Flucht sein aus der Mühsal des Alltags, der Politik und all der schwierigen Fragen. Aber wer schon alles weiß, kann immerhin noch vorspulen. Diese Funktion abzuschalten – so weit wollte man bei HBO dann doch nicht gehen.

Als würde Helene Fischer aus Protest gegen Überfischung auf ihren Nachnamen verzichten.

Eigentlich haben die Dixie Chicks Erfahrung mit Kontroversen. Im März 2003, wenige Tage vor dem Beginn der amerikanischen Invasion in den Irak, sagte die Sängerin Natalie Maines bei einem Konzert in London, sie schäme sich dafür, dass der damalige US-Präsident George W. Bush aus Texas komme. Der Satz hätte die Band fast die Karriere gekostet. Der Streit um ihn war eine der großen Popkontroversen der Nullerjahre, eine Vorwegnahme des Kulturkampfs, der die USA nun spaltet – und der doch ganz anders war, als das, was nun passiert.

Denn die Dixie Chicks haben für ihr neues Album »Gaslighter« ihren Namen geändert. Sie heißen jetzt nur noch The Chicks. Sie hätten das schon seit Jahren machen wollen, sagten sie der »New York Times«, doch erst nun hätten sie gemerkt, wie »schmerzhaft« das Wort für viele Menschen sei.

Das mag sein, doch es scheint ein ziemlich plötzlicher Sinneswandel gewesen zu sein. Als im Frühling die ersten

Mails der Plattenfirma kamen, dass die Band ein neues Album veröffentlichen werde, war ihr Name noch der alte.

Doch dann erschien am 17. Juni ein Artikel im Branchenmagazin »Variety«. Der afroamerikanische Journalist Jeremy Helligar schrieb, ob eine Countryband, die so progressiv sei wie die Dixie Chicks, an einem Namen festhalten könne, der den alten Süden feiere.

Acht Tage später war der Name weg. Es ist ein bisschen so, als würde Helene Fischer aus Protest gegen die Überfischung der Meere ihren Nachnamen streichen.

Tatsächlich wurde Natalie Maines, Emily Strayer und Martie Maguire nie Rassismus vorgeworfen. Die Dixie Chicks kommen zwar aus Texas, aber ihr Name bezog sich nicht auf die Südstaaten und deren rassistische Vergangenheit. Sondern auf eine Platte der kalifornischen Band Little Feat, »Dixie Chicken« von 1973 (die ihren Titel wiederum von einem Imbiss hatte, an dem die Band bei den Aufnahmen vorbeikam).

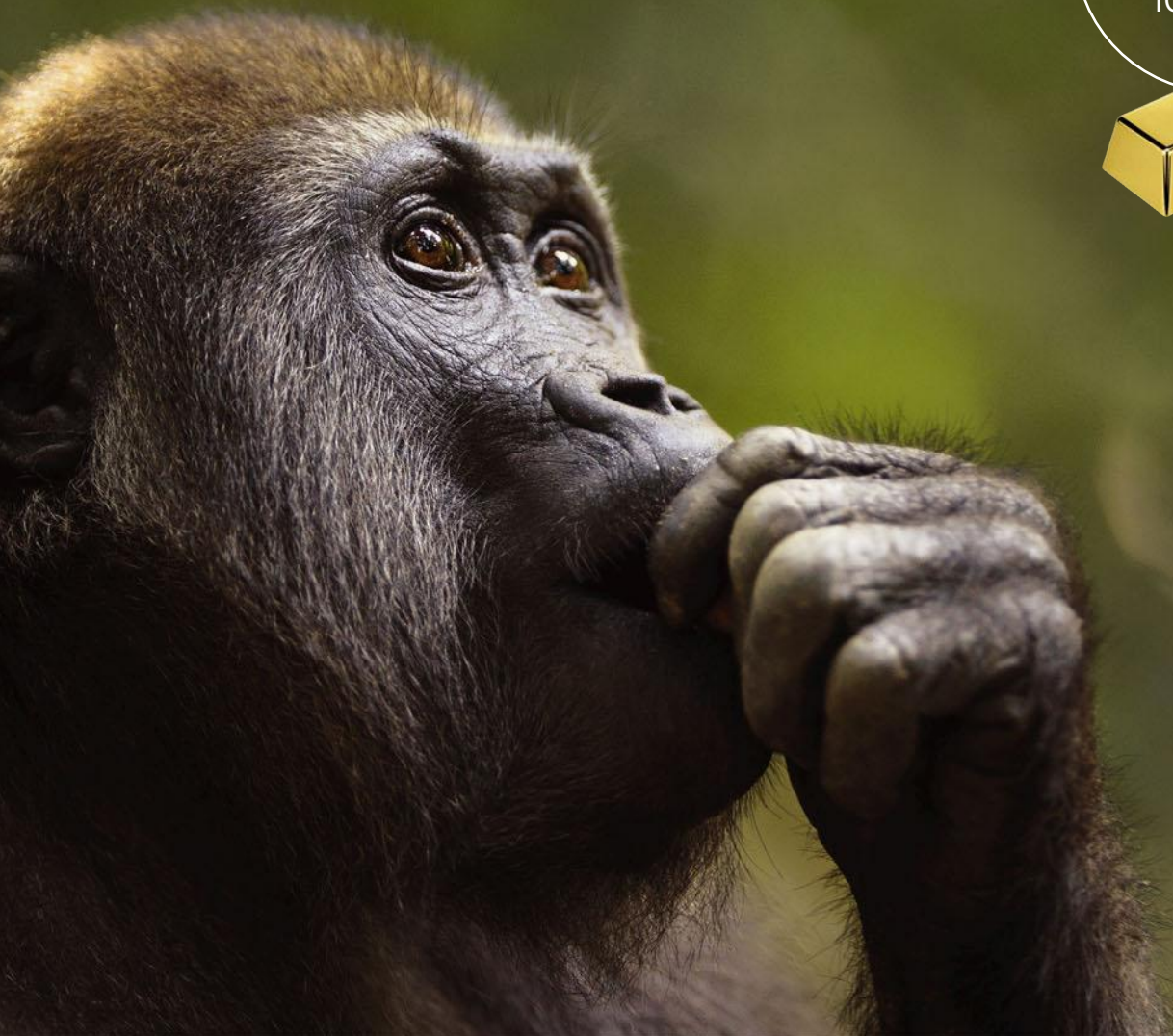
Aber so ist das eben in Kulturkämpfen: Es geht um das Bekenntnis, auf welcher Seite man steht. Nicht mehr um Ironie, um das Spiel mit Zeichen und deren Brechung. Immerhin: Das Wort Chicks ist geblieben, es soll ja Menschen geben, die auch das anstößig finden.

Die Dixie Chicks gibt es seit rund 30 Jahren. Womöglich meinen sie ihre

Die Weltmeisterschaft des Denkens

Großes 4-teiliges Sommerspiel mit
wertvollen Preisen, ab 16. Juli in der ZEIT

1. Preis
Goldbarren
im Wert von
10.000 €



www.zeit.de/weltmeisterschaft

DIE  **ZEIT**
ist anders.

Debatten Der Schriftsteller Daniel Kehlmann über den offenen Brief US-amerikanischer Intellektueller und die Situation in Deutschland

»Dicke Männer mit breiten Krawatten«

SPIEGEL: Herr Kehlmann, im US-amerikanischen »Harper's Magazine« treten mehr als 150 Intellektuelle für Debattenfreiheit ein. Auch Sie. Ist der »Lebensnerv der liberalen Gesellschaft« wirklich in Gefahr, wie es dort heißt, der »freie Austausch von Informationen und Ideen«?

Kehlmann: Wir erleben gerade eine kulturelle Revolution. Diese ist eigentlich sehr zu begrüßen, aber wie bei jeder Revolution gibt es Auswüchse, und da ist Widerspruch nötig. Der Brief entstammt einem amerikanischen Kontext und trifft nur bedingt auf Europa zu, wo die Debatten weiterhin viel ausgewogener ablaufen. In letzter Zeit wurden von großen amerikanischen Institutionen immer wieder Menschen gekündigt beziehungsweise Artikel oder Bücher zurückgezogen, nur weil sie Ärger in sozialen Medien verursacht hatten. Wenn man von diesen Fällen nichts weiß, kann man den Brief nicht verstehen.

SPIEGEL: Im Zusammenhang mit »Cancel Culture« ist immer wieder von Sprech- oder gar Denkverboten die Rede.

Kehlmann: So würde ich das nicht formulieren. Die Situation in den USA hat nichts mit Denkverboten zu tun, eher mit übervorsichtiger Firmenpolitik. Es war zum Beispiel völlig richtig, sich darüber zu ärgern, als die »New York Times« den widerlichen Kommentar des republikanischen Senators Tom Cotton abgedruckt hat, in dem dieser sich dafür aussprach, das Militär gegen Demonstranten einzusetzen. Aber musste man wirklich den zuständigen Redakteur kündigen? Er war eben der Meinung, dass es für die Leser relevant wäre zu erfahren, was die Trump-Seite denkt und vorhat. Ich hätte den Artikel nicht gedruckt, aber den Redakteur allein deshalb hinauszuerwerfen ist eine gefährliche Reaktion, denn die nächste Kündigung erfolgt dann wiederum noch schneller, auf eine noch kleinere Meinungsverfehlung.

SPIEGEL: Kritiker des Briefes sagen, es gebe keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, weiße Männer müssten lernen, Widerspruch zu akzeptieren.

Kehlmann: Grundsätzlich verstehe ich das gut. Ich bin im Österreich der Achtzigerjahre in einer Welt alter und meist dicker Männer mit breiten Krawatten auf-

gewachsen, die alles wussten und zum Beispiel jüngeren Frauen nicht einmal zugehört hätten. Ich vermisse diese Welt nicht im geringsten. Aber was hat das mit dem Brief zu tun? Sehen Sie sich die Unterzeichner an. Sie werden doch nicht behaupten, das seien vorwiegend Weiße, Männer oder alte Leute!

SPIEGEL: In den Debatten heißt es oft: Eine privilegierte Person könne sich zu Diskriminierung nicht äußern, weil sie diese nicht beurteilen könne.

Kehlmann: Es ist völlig richtig, dass Diskriminierung im Tiefsten nur von denen verstanden wird, die sie erleiden. Wer nicht schwarz ist, kann nicht wissen, wie es ist, als Schwarzer heute in Amerika zu leben. Aber zu eng darf man die Grenzen des Möglichen natürlich auch nicht ziehen.

SPIEGEL: Als Schriftsteller leben Sie ja von der Fantasie, sich in andere Menschen hineinzusetzen.

Kehlmann: Bei einem Drehbuch, das ich geschrieben habe, war ich mit der Forderung konfrontiert, dass eine schwule Figur auch von einem schwulen Schauspieler gespielt werden müsse. Das ist zunächst mal verständlich, Schwule waren schließlich, wie alle unterdrückten Gruppen, lan-



Autor Kehlmann

»Widersprüche aushalten«

ge zur Unsichtbarkeit verurteilt. Andererseits kommt man da schnell in Paradoxien: Was, wenn der Schauspieler bisexuell ist, zählt das noch? Und wenn man das zu Ende denkt: Darf jeder Schauspieler dann nur noch sich selbst spielen? Ich glaube letztlich, dass Identitäten immer etwas Fließendes und Fiktionales sind. Andererseits: Mein Vater war in einem Nazi-Konzentrationslager. Möchte ich ein Buch lesen, in dem der Enkel eines Sturmbannführers tränenreich die Leiden eines KZ-Insassen imaginiert? So ein Werk müsste schon überirdisch gut sein, um mich zu überzeugen. Es hilft nichts, man muss Widersprüche aushalten. Und eben dazu hat dieser Brief aufgerufen.

SPIEGEL: Im März sprachen Sie sich dafür aus, dass Rowohlt die Memoiren von Woody Allen herausbringt. Warum?

Kehlmann: Ich kann nur auf den Artikel verweisen, den ich damals in der »Zeit« geschrieben habe und den ich jetzt nicht auf ein paar Sätze verkürzen möchte. Wenn ich das tue, werden nämlich diese Sätze auf Twitter zitiert, als wären sie auch schon alles, was mir zu dieser Frage einfällt. Und das ist das Hauptproblem – der Twitter-Mechanismus, sachliche Verkürzung mit extremer Bereitschaft zur Empörung zu verbinden.

SPIEGEL: Viele andere Rowohlt-Autoren haben sich dagegen ausgesprochen, dass der Verlag Allens Buch veröffentlicht. Ist das ein Beispiel dafür, dass die Cancel Culture auch in Deutschland ankommt?

Kehlmann: Ich glaube nicht, dass wirklich viele Autoren gegen die Veröffentlichung dieser Memoiren waren. Ich denke, ehrlich gesagt, dass so gut wie kein Schriftsteller sich wirklich wünscht, dass Bücher verboten werden. Dass einige doch dazu aufgerufen haben, entsprang vielleicht eher dem Wunsch, amerikanische Diskursmoden zu imitieren. Mit anderen Worten: Ich habe den Verdacht, dass sie es gar nicht so ernst meinten.

SPIEGEL: Was also können wir tun, damit der Diskurs nicht in einer ähnlichen Sprachlosigkeit endet wie in den USA?

Kehlmann: Das Übel der Sklaverei ist ein Gift, das in den USA immer weiter fortwirkt, eben weil niemand je dafür zur Verantwortung gezogen wurde. In gewisser Weise ist die Cancel Culture der Ersatz für eine funktionierende historische Aufarbeitung. Insofern sind wir hier grundsätzlich in einer anderen Situation. Was wir tun können? Weiterhin diskutieren und nicht automatisch empört sein, wenn jemand eine andere Meinung äußert. Wir werden nie alle einig sein können.

Interview: Sebastian Hammelehle, Tobias Rapp.
Kehlmann hat schriftlich geantwortet.

Umbenennung wirklich ernst, verbinden ein wirkliches Anliegen damit, ihren alten Namen aufzugeben – immerhin das Wertvollste, was sie haben, ihre Marke. So gehe es nicht weiter, sagen sie, das weiße Amerika müsse sich ändern, wir müssten uns ändern, und zwar tatsächlich. Jede und jeder muss dafür ein Stück alter Sicherheit hergeben.

»Dixie« kann, wenn man es, wie im Fall der Band, aus dem Zusammenhang löst, ein vergiftetes Wort sein. Es muss niemandem fehlen. Auf der einen Seite. Es jetzt zu streichen, nachdem man Jahrzehnte damit leben konnte, hat aber auch einen leicht verzweifelten Unterton.

Man kann auch Opportunismus dazu sagen.

Die Komikerin Tina Fey ist die wahrscheinlich erstaunlichste Figur in dieser Reihe. Sie schien immer furchtlos zu sein. Ihre Sketche für »Saturday Night Live« wie auch ihre eigene Serie »30 Rock«, eine hochkarätig besetzte Mediensatire, benannt nach 30 Rockefeller Plaza, der Adresse des Senders NBC, waren häufig brillant und gingen an die Grenzen des im öffentlichen Diskurs Sag- und Machbaren. Niemand hat in den vergangenen 20 Jahren amerikanische Comedy so geprägt wie sie.

Doch jetzt hat sie selbst (und nicht irgendein Tugendwächter) verlangt, dass gleich vier Episoden von »30 Rock« aus dem Fernsehen und von Streamingportalen entfernt werden.

In einer der Folgen geht es um all die schwierigen Fragen von Diskriminierung. Die zwei Hauptfiguren streiten sich, wer mehr benachteiligt sei: schwarze Männer oder weiße Frauen. Um das herauszufinden, tauschen sie die Rollen, und die Frau erscheint am nächsten Tag »Blackface«.

Das sogenannte Blackfacing ist eine ins 19. Jahrhundert zurückreichende amerikanische Tradition in Varietés und auf Jahrmärkten, bei der weiße Schauspieler sich das Gesicht schwarz und die Lippen übertrieben rot annalen. Es fügte der Unterdrückung der schwarzen Amerikaner noch Spott hinzu – und zeichnete sie als geil, dumm und hässlich.

Nichts davon findet sich bei Fey.

Im Gegenteil, sie konfrontiert die Zuschauerinnen und Zuschauer mit dem Erbe der Sklaverei und des Rassismus. Genau das, was gefehlt hat in den vergangenen 150 Jahren. Und was das Land an den Punkt gebracht hat, an dem es nun steht und sich nicht mehr anders zu helfen weiß, als die Debatte abzubreaken.

Fey hat sich erklärt. Von jetzt an solle kein »comedy-loving kid« mehr über diese Motive stolpern und von ihrer Hässlichkeit erschlagen werden«, sagte sie in einem Statement, in dem sie sich für den



Szene aus »Hamilton«: Eine Twitter-Kampagne fordert, das Musical abzusetzen

Schmerz entschuldigte, den sie verursacht habe.

Vielleicht glaubt sie das wirklich. Aber es klingt auch wie die Erklärungen, die Künstler in der Sowjetunion immer wieder abgeben mussten, wenn sie von der Parteilinie abgewichen waren. Nur dass Fey niemand gezwungen haben dürfte.

Wer in den vergangenen Jahren in die USA reiste, konnte ja leicht in Situationen geraten, die einen an die späte Sowjetunion erinnerten. In der Art, wie sich Fremde beim Kennenlernen abchecken. Dissident oder systemtreu? Das war die Frage in der Sowjetunion. Pro Trump oder

Unterschriftenlisten, Rituale der Selbstkritik, die Angst, seine Existenz aufs Spiel zu setzen.

gegen ihn? Das ist die Frage in den USA. Nun gibt es auch noch Unterschriftenlisten, Rituale der Selbstkritik und die Angst, seine Existenz aufs Spiel zu setzen, wenn man sagt, was man denkt; Zeitungen, die ständig bestimmte Begriffe wiederholen, um zu signalisieren, wo sie stehen.

Der Schriftsteller Bret Easton Ellis, der nach Veröffentlichung seines Romans »American Psycho« 1991 ein frühes Opfer der Cancel Culture wurde (heute gilt das Buch freilich als Klassiker), ist davon überzeugt, dass viele Künstler in den USA es nicht mehr wagen, sich zu identitätspolitischen Themen öffentlich zu äußern.

Der Schriftsteller, der sein vorjähriges Memoir noch »White« genannt hat (Ellis: »Heute völlig undenkbar«) betreibt einen

Podcast, in dem er es sich zur Aufgabe gemacht hat, die in seinen Augen viel zu sensiblen Befindlichkeiten der Millennials unerlässlich zu provozieren. Er erzählt, dass im Angesicht der aufgeheizten Stimmung nach dem Floyd-Mord und den »Black Lives Matter«-Protesten ihm zwei Gäste kurzfristig abgesagt hätten. Ellis glaubt, aus Angst, in dieser Situation in seinem provokanten Podcast etwas Falsches zu sagen. »Sie zertrümmern dir sonst dein Leben.«

Das mag übertrieben sein, doch tatsächlich geraten auch große Namen immer mehr in Bedrängnis. Die beiden Stars des Late-Night-Talks, Jimmy Kimmel und Jimmy Fallon, veröffentlichten hastige Entschuldigungen für Blackface-Auftritte in der Vergangenheit (Kimmel hatte zusätzlich bei einer Snoop-Doggy-Dogg-Imitation das sogenannte N-Word benutzt).

Diese Vorfälle der beiden Comedystars liegen jeweils rund 20 Jahre zurück. Sie kommen aus demselben weißen Amerika, das sich jahrzehntelang beim »Vom Winde verweht«-Gucken nichts dachte.

Es mag sein, dass in den USA gerade einiges zusammenkommt. Ein politisches System, das unfähig ist, die Coronakrise zu bewältigen. Menschen, die die Arbeit verlieren und vor dem Nichts stehen oder zumindest Angst davor haben. Dazu große gesellschaftliche Probleme, die seit Langem da sind und sich nun, vor dem Hintergrund der Pandemie, zuspitzen, im Gesundheits- und Bildungssystem, bei der Polizei und in den Gefängnissen.

Zugleich kommt Neues in die Welt. Die Chance auf echte Veränderung. Doch eine ausdifferenzierte, liberale Gesellschaft, die sich nicht mehr verständigen kann, gerät in Gefahr. Philipp Oehmke, Tobias Rapp

Im Graubereich

Kino Albrecht Schuch prügelt, flüstert und spielt wie im Fieberwahn – und achtet dabei auf jede Feinheit seiner Rollen. Jetzt ist er in der Neuverfilmung von »Berlin Alexanderplatz« zu sehen.

Dieses Interview möchte Albrecht Schuch gern auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee führen, wegen der Ruhe dort. Früh hat er dafür seinen Rucksack gepackt: Wechselwäsche, zwei Schorlen, Drehtabak, Gebäck. Er kommt mit seinem Rennrad angeradelt. Nass von Nieselregen und Schweiß. Steigt ab und zieht sein Shirt aus.

Guten Morgen.

Ein paar Friedhofsbesucher gehen vorbei, sehen einen schmalen 34-Jährigen in Basketballshorts mit einem erstaunlich großen Kopf, der in ein frisches T-Shirt schlüpft. Sie scheinen ihn nicht zu erkennen. Diese Zeit dürfte bald vorüber sein.

Albrecht Schuch hat in diesem Jahr zweimal beim deutschen Filmpreis gewonnen, in den Kategorien »beste männliche Nebenrolle« und »beste männliche Hauptrolle«. Den Preis für den besten Nebendarsteller bekam er für den Reinhold in der neuen Verfilmung von »Berlin Alexanderplatz«, die am 16. Juli im Kino anläuft. Wer ihn in dieser Rolle sieht, wird ihn nicht vergessen.

»Ich war wie ein Blatt, das man wegblasen konnte«, sagt Schuch und stellt sich am Eingang des Friedhofs unter einen Torbogen, damit er nicht wieder nass wird.

Er meint die Zeit vor diesem Film. Als er das Angebot zum Casting für die Rolle des Reinhold bekam, war er zuvor zwei Monate lang krank gewesen, hatte eine Grippe verschleppt, weil er erkältet Snowboarden gegangen war. Er war abgemagert und dünnhäutig.

Der Reinhold im Film ist auch krank, allerdings nicht erkältet. Er ist ein Verführer, ein Lügner, ein Irrer, ein Gewalttäter, ein Menschenvernichter.

Für manche Rollen sei er nicht stark genug, sagt Schuch. Aber er ging zum Casting, weil Schauspieler zum Casting gehen, auch wenn sie fiebern.

Wer Experten fragt, welche Schauspieler zwischen 20 und 40 Jahren in diesem Land besonders gut sind, hört eine Menge Namen, aber vor allem zwei: Franz Rogowski (um den kümmern wir uns bei Gelegenheit) und Albrecht Schuch. Regisseure, Agentinnen, Casterinnen, Kolleginnen geraten ins Schwärmen, wenn sie von Schuch sprechen.

Die Frage ist: wieso?

Für »Berlin Alexanderplatz« schleppte Schuch sich zum Casting, auf der anderen Seite saß Burhan Qurbani.

Heute denkt man, ach ja, natürlich, Qurbani, das ist der Regisseur, der mit seiner Verfilmung von »Berlin Alexanderplatz« in elf Kategorien für den Deutschen Filmpreis nominiert war. Der einen Film gemacht hat, so verstörend und finster und aktuell, dass man im Kino ins Polster des Vordersitzes beißen möchte. Damals, zum Zeitpunkt des Castings, konnte man noch mit gutem Gewissen denken: Qurbani?

Burhan Qurbani sagt, er habe Schuch unbedingt als Reinhold haben wollen, und er wusste, das würde schwierig werden. Qurbani war fasziniert von Schuchs Kontrolle über seinen Körper, wie er jeden Muskel, jede Bewegung beherrscht. »Wie ein Tänzer«, sagt Qurbani.

Er tat das, was vernünftige Menschen tun, wenn sie das Unmögliche wollen: Er schrieb einen Brief. »Lieber Albrecht ...«

Ein Absatz dieses Briefes geht so: »Ich sehe meinen Job darin, dass ich für dich einen Raum schaffe, in dem du sicher bist. In dem du frei spielen und an deine Grenzen gehen kannst, wissend, dass ich darauf achten werde, dass du diese Grenze nicht überschreitest und dir (körperlich oder emotional) wehtust. Natürlich gelingt das nicht immer. Aber ich versuche mein Bestes.«

Schuch sagte zu. Auf Vorschlag Qurbanis unter Vorbehalt. Er werde drei Tage proben und danach entscheiden, ob er sich der Rolle gewachsen fühle. Er ging zu der Probe, schwach, mager, fertig. Probierte am ersten Tag zusammen mit Qurbani vor allem an Reinholds Stimmlage herum, aber irgendwie funktionierte nichts.

Schuch kennt das, wenn das Spiel mal nicht klappt. Im Grund genommen ging seine Laufbahn damit los, dass es nicht funktionierte. Er war 16 Jahre alt und sollte zum ersten Mal vor fremdem Publikum stehen. Vorher hatte er nur Stücke gespielt, die seine Schwestern für ihn geschrieben hatten. Jetzt spielte er Melchior in »Früh-

lings Erwachen« von Frank Wedekind an der Jenaplan-Schule in Jena, seiner Heimatstadt. Regie führte seine damalige Deutschlehrerin, Susanne Blechschmidt. Blechschmidt ist heute Dozentin für Geschichtsdidaktik an der Universität Jena. Als sie von dem jungen Schuch in ihrer Schulinszenierung spricht, sagt sie bald das Wort »Urknall«.

Es gibt eine Szene in »Frühlings Erwachen«, in der Wendla, das ist die weibliche Hauptfigur, ihren Freund Melchior darum bittet, dass er sie schlägt. Schuch, so erinnert sich Blechschmidt, spielte in den Proben immer wieder bis zu dieser Szene, und dann konnte er nicht weiter. Er begriff nicht, wie man einen Menschen schlagen kann. Also trickste Frau Blechschmidt ihn aus. Sie sagte, er solle spielen und direkt vor der Prügelsszene aufhören. Schuch, befreit von der Aufgabe, ein Mädchen verprügeln zu müssen, tauchte in seine Rolle, spielte, vergaß, dass er die Szene abbrechen sollte und verprügelte Wendla.

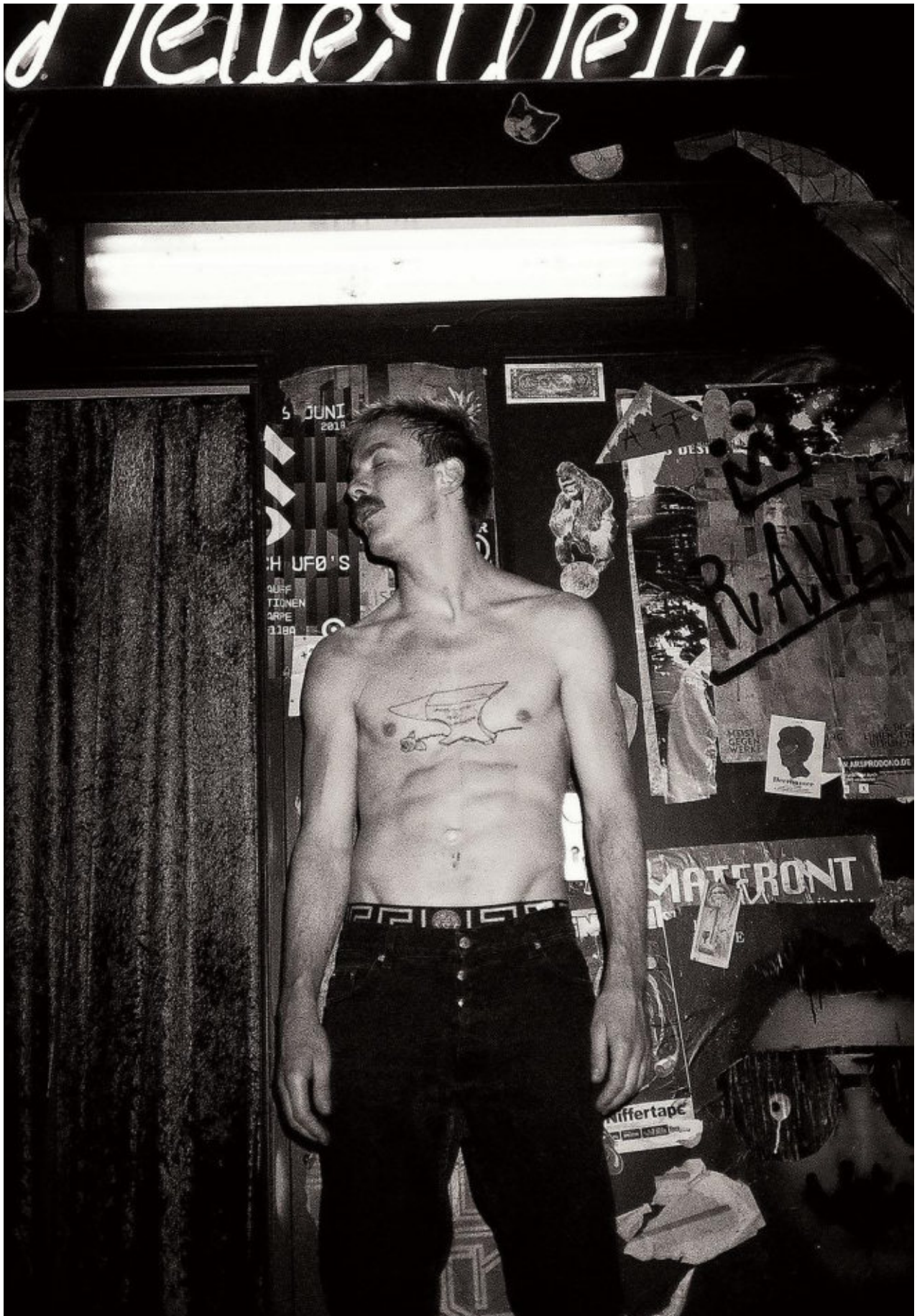
»Da habe ich gespürt«, sagt Schuch heute, »dass es bei uns allen versuchende Momente gibt.«

Frau Blechschmidt sah einen jungen Albrecht, der wie entfesselt spielte, so sagt sie es, als sei da irgendetwas in ihm aufgegangen und würde alles, ihn selbst, die Spielpartner und die Zuschauer, bis zu einer nicht gesehenen Tiefe fluten.

Bei »Berlin Alexanderplatz« kam Schuch am zweiten Tag zu einer Textprobe mit dem Schauspieler Welket Bungué. Schuch hing im Stuhl, so erzählt er es, zusammengesunken. Der Text lag auf seinen Knien, und Schuch fistelte leise vor sich hin. Er markierte. Es muss völlig irre gewirkt haben. Am Ende der Szene schaute Schuch auf, sah dem Regisseur Qurbani ins Gesicht, und beide wussten, das ist es. Das ist Reinhold.

Schuch hat eine seltsame Eigenschaft für einen Schauspieler: Er wirkt so anders in seinen Rollen, dass man manchmal gar nicht merkt, an zwei Abenden hintereinander oder in zwei aufeinanderfolgenden Filmen denselben Schauspieler anzugucken. Vielleicht ist das das größte Lob, das man ihm machen kann. Chancen, ihn nicht wiedererkannt zu haben, gab es diverse: Schuch gehörte drei Jahre lang zum Ensemble des Berliner Gorki-Theaters, ein paar Gastspiele an der Burg in Wien, da-

Ein Film, so finster und aktuell, dass man im Kino in das Polster des Vordersitzes beißen will.



BURHAN OUREBANI

Darsteller Schuch: »Da habe ich gespürt, dass es bei uns allen versuchende Momente gibt«



SOMMERHAUS / EONE GERMANY



LETTERBOX FILMPRODUKTION / ZDF



PETER HARTWIG / ZDF / IMAGO IMAGES

Schauspieler Schuch in »Berlin Alexanderplatz«, »Bad Banks«, »Systemsprenger«*
 »Die Verwandlung ist das Schönste«

zwischen Filmrollen. Seine Schauspielausbildung hat er in Leipzig gemacht. Am Ende des Studiums lud die Hochschule zum Intendantenvorsprechen. Ein paar wichtige deutsche Intendanten, Dramaturgen, Regisseure kamen an die Schule. Jeder Absolvent bekam eine Szene und durfte sich vorstellen.

Im Zuschauersaal saß Christian Schwchow. Schwchow ist einer der großen deutschen Regisseure. Man hört ja öfter den Satz, deutsche Filme oder deutsche Serien seien langweilig. Wer das denkt, könnte sich mal Schwchows »Bad Banks« anschauen und noch mal in sich gehen.

Damals, beim Vorsprechen in Leipzig, sah Schwchow, so erzählt er es, einen jungen Mann auf der Bühne mit einer unheimlichen Physis. »In Deutschland gibt es ganz wenige Männer mit Kraft, ohne dabei brutal zu wirken«, sagt Schwchow. Am Abend des Intendantenvorsprechens zerstörte Albrecht Schuch einen Stuhl auf der Bühne. Mit der Handkante.

Schwchow besetzte Schuch für »Der Turm«, dann in »Die Pfeiler der Macht«, als Uwe Mundlos in »Die Täter – Heute ist nicht alle Tage«, als Otto Modersohn in »Paula«, zuletzt als den Hooligan in »Bad Banks«.

* Oben: mit Welket Bunué; unten rechts: mit Helena Zengel.

Na, wiedererkannt?

Heute sagen manche in der Branche, Schuch sei ein Schwchow-Schauspieler. Vielleicht könnte man auch sagen, Schwchow ist ein Schuch-Regisseur. Aber wahrscheinlich ist beides Quatsch, und Schuch und Schwchow arbeiten einfach gern zusammen.

Schwchow sagt: »Albrecht weiß, dass die Verwandlung das Schönste ist.«

In Berlin, auf dem Friedhof, hat mittlerweile der Regen aufgehört, und Schuch geht unter Bäumen zwischen den Gräbern entlang. Es ist still, nur ein paar Vögel zwitschern. Schuch spazierte auch mal mit einer Journalistin der »Berliner Morgenpost« über einen Berliner Friedhof. Irgendwie scheint das sein Ding zu sein. Meist komme er allein und ohne Handy, zum Nachdenken, zum Runterkommen.

Wenn er spiele, treibe ihn das Gleiche, sagt Schuch, wie damals bei »Frühlings Erwachen« mit 16. Ihn interessieren die Graubereiche eines Menschen. Nicht nur

»You want to be good in a world that is böse.«

was der Mensch auf den ersten Blick ist, sondern was er sein kann. Er spielt nicht nur den Terroristen Uwe Mundlos, sondern den liebevollen Bruder und Träumer Uwe Mundlos. Schuch leuchtet die Figuren aus, um jede Facette des Grau zu finden. Für seine Rollen spricht er mit Nazi-Aussteigern, mit Bankern, mit Malern, er liest und probiert und grübelt und fühlt und recherchiert.

Als Schuch den Humboldt in »Die Vermessung der Welt« spielte, sammelte er Material, fertigte Zeichnungen und schaute Dokumentarfilme. Irgendwann hatte er einen dicken Aktenordner voller Recherchematerial und versank vor jedem Dreh darin, er schaute nur noch nach unten in diesen Ordner. Am Set schaute er plötzlich auf und sah seinen Spielpartner und den Regisseur und den Regenwald Ecuadors und war zu sehr mit den Akten beschäftigt, um die Rolle gut zu spielen.

Er habe versucht, daraus zu lernen, sagt Schuch.

Als er wusste, er würde den Reinhold in »Berlin Alexanderplatz« spielen, hatte er solchen Respekt vor dieser Rolle, dass er sich ihr von außen nähern wollte, weil Reinhold ihm im Inneren zu düster war. Schuch fand zu der Rolle über den Körper, über den Gang, über die Stimme. Er spielt Schlagzeug, Rhythmus ist ihm wichtig. Und er fragte sich, was hat dieser Reinhold für einen Rhythmus. Er ging stundenlang mit Qurbani über einen Friedhof in Berlin und sprach mit ihm darüber, wie Reinhold sich bewegt. Schuch bat Qurbani, eine Playlist mit Liedern zusammenzustellen, die Reinhold gefallen würden und die Schuch am Set hören konnte.

Erst kurz vor Drehbeginn sprach er mit Psychologen über die Rolle und näherte sich dem Kern von Reinholds Charakter.

Qurbanis »Alexanderplatz« ist nicht Döblins »Alexanderplatz«. Bei Döblin kommt der weiße Franz Anfang des vergangenen Jahrhunderts aus dem Gefängnis und nimmt sich vor, ein guter Mensch zu werden. Bei Qurbani kommt der schwarze Francis in unserer Zeit an der Mittelmeerküste Europas aus dem Wasser und nimmt sich vor, ein guter Mensch zu werden.

Qurbani überträgt Döblins Geschichte ins Heute. So was könnte leicht bemüht wirken. Aber nach drei Stunden und drei Minuten Qurbani, nach drei Stunden Liebe, Verzweiflung, Hoffnung, Berlin, Farben, Suff, Drogen, nach drei Stunden, in denen Menschen aus Autos geworfen werden, ihren Arm verlieren, nachdem sich Schwarze als Gorillas verkleiden und Weiße als Großwildjäger, nachdem man kurzzeitig Jella Haase angebetet, nachdem man gelacht und sich gefürchtet hat, geht man begeistert aus dem Kino, und dann denkt man eine Woche lang darüber nach, was man da eigentlich gesehen hat.

Der Film ist voll mit guten Schauspielern, aber als Zuschauer habe ich vor allem auf die Auftritte Albrecht Schuchs gewartet, was sicher auch an der Rolle liegt. Wie er mit seiner dünnen Teufelsstimme Geflüchtete als Dealer anwirbt. Wie er sich darüber beklagt, dass ihn die Frauen nach dem Sex anekeln. Wie er liebevoll zu Francis sagt: »You want to be good in a world that is böse.« Wie er einen Tanzklub betritt, schief, fiebrig, und plötzlich mit dem Gesicht vor den nackten Brüsten einer Frau steht und sich darüber freut, wie heiß und schmutzig gut und wild das Leben dann doch sein kann.

Der Regen beginnt wieder zu fallen auf dem Friedhof in Weißensee. Das Gebäck aus Schuchs Rucksack ist gegessen (Apfelkrapfen, sensationell). Schuch erzählt, wie er gerade eine Neuverfilmung der »Schachnovelle« gedreht hat und dass er hofft, bald mal wieder surfen gehen zu können. Wie sein Vater bei seiner Geburt Hölderlin zitiert hat und er bis heute nicht weiß, warum. Wie er glaubt, dass der Ruhm bald vorbei sein und er dann weggeworfen werden könnte wie eine faule Frucht.

Jetzt steht er erst mal ganz oben.

Ein guter Schauspieler. Wieso?

Vielleicht kommen bei Albrecht Schuch drei Dinge zusammen: Er hat Talent, er hat eine Ausbildung, und er strengt sich an. Es klingt fast schon spießig. Ein guter Kellner ist wohl aus denselben Gründen ein guter Kellner.

Aber wahrscheinlich ist das wirklich Spießige hier nicht die Antwort, sondern die Frage.

Und es gibt einen entscheidenden Unterschied zum Kellner, und davon erzählt Schuch noch, bevor er den Fahrradhelm aufsetzt und davonfährt. Dieses Gefühl vor den ersten Drehtagen eines Films oder vor einer Premiere am Theater. Manchmal werde er vor Aufregung so schwach vor der Premierenvorstellung, dass er sich hinlegen müsse, sagt Schuch. Der ganze Druck, das ganze Wollen, die Energie verbrennen ihn von innen. In der Nacht vor der Premiere liege er wach im Bett und habe das Gefühl, das Bett vibriere unter ihm, weil sein Herzschlag so hämmere. Er handle nicht mehr, sondern passiere nur noch.

Sobald dann auf der Bühne das Licht angeht und der Vorhang sich öffnet, ist die ganze Energie gebündelt. Schuch sagt, er gehe an einem solchen Premierenabend auf die Bühne in einem Energiezustand, bei dem sein Kopf Mühe habe, dem Körper zu folgen.

Und?

»Ist teilweise schrecklich.«

Warum dann?

»Das Gefühl danach.«

Was?

»Ist der Wahnsinn.« Takis Würger



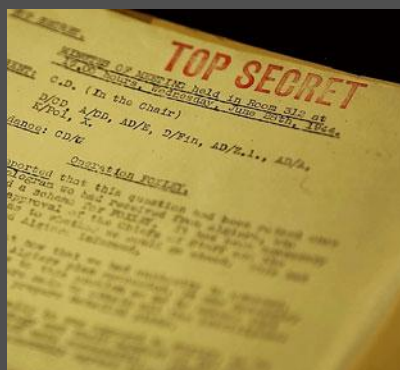
Effingham-Häftling Miles Poole, Boss der »Ghostface«-Gang

SPIEGEL GESCHICHTE

SAMSTAG, 11. 7., 22.30 – 23.25 UHR, SKY

Attentat am Obersalzberg – Geheimplan Foxley

Etwa ein Jahr vor Ende des Zweiten Weltkriegs bereitete eine Sondereinheit des britischen Geheimdiensts ein Attentat auf Adolf Hitler vor. Lange war die Geheimakte der sogenannten Operation Foxley unter Verschluss. Erst Jahrzehnte später wurden die Anschlagpläne bekannt. Demnach sollte ein britischer Agent nach Deutschland eingeschleust werden und den Diktator am Obersalzberg, in der Nähe seines Berghefens, erschießen. Die Gewohnheiten Hitlers und seiner Wachmannschaften waren ausgespäht und Pläne der Umgebung zusammengetragen worden. Sogar ein Agent, der das Attentat verüben sollte, war bereits gefunden: ein Scharfschütze mit guten Deutschkenntnissen. Doch plötzlich wurde die Operation gestoppt. Detailliert zeigt der Film, was den britischen Geheimdienst umtrieb.



Ausschnitt der Foxley-Akte

SPIEGEL TV

MONTAG, 13. 7., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Weiß gegen Schwarz – Alltäglicher Rassismus hinter Gittern

Im Effingham County Prison, Bundesstaat Georgia, sind mehr als 80 Prozent der Häftlinge weiß. Viele gehören Gangs an, die in der Anstalt das Sagen haben. Aus ihrem Rassismus machen diese Gefangenen keinen Hehl.

SPIEGEL TV WISSEN

DONNERSTAG, 16. 7., 22.00 – 23.55 UHR, SKY und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern



Reiseprofi Gougler in Jakarta

Train-Hopping um die Welt – Finnland und Indonesien

Für seine Abenteuerreise durch die Länder dieser Erde hat sich Philippe Gougler ganz bewusst für den Zug entschieden. Dort kommt er mit Einheimischen ins Gespräch, erfährt ihre Geschichten und die ihres Landes. In Finnland darf der Globetrotter in einem Eisbrecher auf Schienen mitfahren, und in Jakarta entdeckt er, dass sich das quirlige Leben nicht nur neben, sondern auch auf den Schienen abspielen kann.

Selber machen

Karrieren Bei YouTube, mit Filmen und Musik spricht Fynn Kliemann Zehntausende junge Menschen an. Ein Besuch beim Selfmadestar des deutschen Kreativbetriebs.

Erst sieht es von hinten so aus, als würde er sein Handy rausholen, um damit ein Video für Instagram aufzunehmen, aber dann stellt sich raus: Falsch gedacht, Fynn Kliemann pinkelt. Er steht am Becken des Harburger Hafens, am Rande des Hausboots, das er sich gekauft hat und gerade zum Musikstudio umbaut. Mit Blick auf das stille dreckige Hafengewässer und ein Segelboot mit dem Namen »Number One«.

Fynn Kliemann, 32 Jahre alt, hat Ende Mai sein zweites Album herausgebracht und ist damit auf Platz eins der Charts eingestiegen. Das wäre an sich nichts wahnsinnig Außergewöhnliches – irgendwer ist ja immer auf Platz eins –, hätte er das Album nicht so gemacht, wie er alles andere auch macht: einfach selbst. Selbst geschrieben, selbst produziert, selbst hergestellt, selbst gelagert, selbst vertrieben. Selbst nicht im Sinne von er ganz allein, sondern ohne ein großes Label im Hintergrund. Er hat außerdem zeitgleich einen Dokumentarfilm herausgebracht. Außerdem produzierte er zur Hochphase der Coronakrise Schutzmasken, denn er hat auch ein Modelabel. Und außerdem filmt er sich dabei, wie er mit einem selbst gebauten Motorboot über einen See fährt und dann untergeht – und findet damit Hunderttausende Zuschauer auf YouTube.

Was soll das? Wer ist das? Und: Warum finden das so viele Leute so wahnsinnig toll? Denn, das kann man schon mal verraten, nur an der Musik kann es nicht liegen.

Vor Journalisten zu pinkeln, das kann man jetzt auf zweierlei Weise interpretieren, aber vielleicht stimmt auch beides nicht. Also einerseits passt das hervorragend zum Image, das Kliemann sich zugelegt hat, nämlich: Mir ist alles egal. Andererseits legt diese Machtgeste auch eine gewisse Geltungssucht offen. Schau zu, wie ich die Regeln breche. Und genau diese Ambivalenz ist es, die Kliemann so interessant macht für seine Fans. Er stellt sich gegen das System. Und braucht es doch gleichzeitig.

Die Fahrt ins Reich von Fynn Kliemann führt von Hamburg aus Richtung Bremen mitten in die Pampa, nach Rüspel, einem Dorf mit knapp 250 Einwohnern. Am Ortseingang wirbt ein aufgestellter Rasenmäher für befahrbare Gartengeräte. Ein Fußballplatz, die freiwillige Feuerwehr,

gegenüber der Schützenverein, daneben: das »Kliemannsland«. Hier also lebt einer der momentan erfolgreichsten Musiker des Landes.

Mit dem Kliemannsland wurde er bekannt. Vor vier Jahren hat Kliemann den Hof gekauft und angefangen, Videos zu produzieren, für »Funk«, das Jugendangebot der Öffentlich-Rechtlichen, mit dem er eine Kooperation eingegangen ist. Im Grunde basieren alle Videos darauf, dass Kliemann eine lustige oder einfach nur bescheuerte Idee hat und sie dann zusammen mit seinen Freunden und Mitarbeitern amateurhaft umsetzt. Einen Teich anlegen zum Beispiel, mit einem Bagger, den er sich von jemandem aus dem Dorf geborgt hat. Natürlich kann er gar nicht Bagger fahren. Oder eine Eierschenkenmaschine bauen, um die Eier der Hühner, die auf dem Hof rumlaufen, loszuwerden. Oder eine Mauer mauern. Das Video mit der Eierschenkenmaschine wurde im Netz 1,8 Millionen Mal angesehen.

Kliemann führt über den Hof, auf dem an diesem Tag Mitte Juni ungefähr 20 Leute wohnen, arbeiten, irgendwas machen. Die meisten sind damit beschäftigt, einen befahrbaren Parcours zu planen, denn wegen Corona ist Besuch derzeit nur mit dem Auto möglich, quasi als Drive-through.

Zwei Typen, die eigentlich Skateparks bauen, rüsten gerade einen alten Lkw zum Eiswagen um. Die drei machen Witze über die Penisgröße ihres jeweiligen Hundes, jeder ist der Meinung, sein Hund habe den größten.

Erster Verdacht: Ist das hier der feuchte Jungtraum postpubertärer Vollmachos? Nein, immerhin schrauben, schweißen und sägen hier auch Frauen. Eine, 32 Jahre alt, Biologin, die wegen Corona gerade keinen Job hat, gern handwerklich arbeitet und seit einer Woche auf dem Hausboot mitwerkelt, meint, sie sei direkt ernst genommen worden, gerade bei handwerklichen Tätigkeiten sei das nicht normal.

Kliemann schaut Onlinevideos grundsätzlich in doppelter Geschwindigkeit.



Teilweise sind die Leute, die hier arbeiten, angestellt, teilweise hängen sie aber auch nur zum Spaß auf dem Hof ab und arbeiten umsonst mit. Sie schlafen in VW-Bussen. Das Kliemannsland ist zu einem Sehnsuchtsort geworden. Für die, die hier leben. Für die, die auf YouTube dabei zusehen.

Und für die, die zu Besuch kommen, um Konzerte anderer Bands zu besuchen, zu feiern oder beim Rasenmähen zu helfen. Zehntausende seien es vergangenes Jahr gewesen, sagt Kliemann, allein 20 000 beim Weihnachtsmarkt. Sie kommen aus München, aus Berlin, aus Wien. Junge Städter, die etwas suchen, das sie in ihren Vierteln, in die sie extra gezogen sind, wo sie teure Mieten zahlen und alle Arten von Bars, Kinos und Klubs haben, die man sich vorstellen kann, offenbar nicht finden. Also fahren sie nach Rüspel. Fragt man Kliemann, was er glaubt, warum sie das tun, sagt er: »Wir leben hier eine reale Utopie.«

Es ist Mittag, Kliemann erklärt sich widerwillig bereit, Döner für alle zu holen. Die anderen sollen schon mal anrufen und bestellen. Wir steigen in seinen silbernen, vermüllten Subaru Forester und fahren los,



Künstler Kliemann auf seinem Hof in Rüspel

»Wir leben hier eine reale Utopie«

warten müssen. Nichts, sagt er, hasse er so sehr wie Zeitverschwendung. Er schaut YouTube-Videos generell in doppelter Geschwindigkeit. Er nutzt die Wartezeit auch gleich, um die sechs verpassten Anrufe zu bearbeiten, die er auf der zehnminütigen Autofahrt bekam. Er wird pausenlos angerufen, angeschrieben, angemailt. Er hat einen neuen Deal am Laufen, über den er nicht viel sagen will. Alles ist immer Superlativ, das Teuerste, das Abgefückteste, das Geilste, das Erfolgreichste, das Schrottigste, wenn man mit Fynn Kliemann spricht. Bescheidenheit ist nicht seine Sache. Warum auch? Es läuft ja bei ihm. Es rennt bei ihm, könnte man sagen. Denn Kliemann, der Hampelmann, ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist Kliemann der Geschäftsmann.

An den Dönerladen grenzt der Garten des Hauses, in dem er seine Karriere startete. Nach dem Abi machte er eine Ausbildung zum Mediengestalter und gründete danach die erste Firma, Herrlich Media, im Keller des Hauses eines Freundes. Silicon Rüspel. Die Firma hat er heute noch. Denn drei Tage die Woche, sagt er, arbeite er noch immer ganz normal als Mediengestalter, baut Websites für Kunden, für Friseure, Heilpraktiker und Massivholzmöbelhersteller. Der Kunde bucht, Kliemann macht, fertig.

Anarchie geht hier Hand in Hand mit Pragmatismus.

»Die meisten Künstler packen alles auf eine Karte. Und wenn das nicht funktioniert, sind sie am Arsch. Sie sind darauf angewiesen, dass man sie liebt. Mich kannst du zu nichts zwingen. Diese Erdung, einen ganz normalen Job zu haben, macht mich frei. Ich muss nicht gemacht werden, damit ich was zu tun habe.« Den letzten Satz kann man ihm nun glauben oder nicht. Immerhin gibt er keine Livekonzerte, weil er, wie er sagt, keine Lust auf den Trubel und den Stress hat. Außerdem: Zeitverschwendung. Monate planen, Monate touren. Stattdessen gründet er eine Firma nach der anderen.

Fynn Kliemann hat eine verrückt kratzige Stimme, wuschelige Haare und trägt Klamotten, die auf den ersten Blick zusammengewürfelt, auf den zweiten aber genau richtig aussehen. Das ist aber nicht das Geheimnis seines Sexappeals. Selbstständig sein. Sich unabhängig machen. Die Strukturen infrage stellen. Das ist es, was ihn für viele so anziehend macht.

Wer sich bei der Produktion nicht »an die Großen kettet«, wie er es selbst sagt, ist auch bei der Distribution freier. Die Alben müssen vorbestellt werden, es gibt nur eine feste Stückzahl, danach kann man

über die Dörfer, an Fynn Kliemanns Leben vorbei. An dem Haus, in dem er aufgewachsen ist. An dem Haus, in dem er jetzt mit seiner Freundin lebt. Sie sind zusammen, seit Kliemann 15 ist. Sie waren in derselben Klasse.

Kliemann ist keiner, der von Berlin aufs Land gezogen ist, weil es ein cooles Projekt war. Er war schon immer hier. Gleichzeitig bietet er, wie jeder gute Popstar, eine Projektionsfläche, an seiner statt kann der Fan erleben, was er sich selbst nicht traut. Ein Leben in Anarchie. Raus aufs Land. Abenteuer. Das einfache Leben finden. Mofa fahren.

Bei der Fahrt durch die niedersächsischen Dörfer muss ich an einen der Refrains aus Kliemanns neuem Album mit dem glasklaren Namen »Pop« denken:

*Lass dir gut geh'n, wenn's nach,
wenn's nach Regen riecht /
Der Duft brennt sich ein
(Da-da, da-da, da-da-da-da, da-da-dau)
Lass dir gut geh'n, wenn's nach,
wenn's nach Regen riecht /
Wäsche riecht nach Liebe,
Rasen nach daheim.*

Zweiter Verdacht: Ist das weichgespülter Pop à la Tim Bendzko, nur in ein bisschen wilder, ein bisschen cooler? Ja. Und ein bisschen besser. Ein bisschen rauer, ein bisschen ungeschliffener. Viel Banales dabei, manch Überraschendes, Selbstzweifel auch, Ängste. Manchmal Bewegendes, wenn er über den verstorbenen Vater singt. Nichts wirklich Aufregendes, aber alles sehr anschlussfähig. Oder, wie es die Biologin sagt: »Da sind Lieder drauf, die mich einfach berühren. Weil es so normal ist.«

Kliemann erzählt von seiner Kindheit, in der er schon anfang, alles zu filmen, mit Kameras, die ihm sein Vater geschenkt hatte. Er drehte Spielfilme mit Kunstblut und hat alles aufgehoben, mehrere Schuhkartons voller VHS-Kassetten. In der Schule, sagt er, sei er nicht sehr beliebt gewesen, im Gegenteil. Er war der, der alle genervt hat. Es fällt nicht schwer, sich das vorzustellen. Es braucht an diesem Tag fast eine Stunde, bis Kliemann mir ernsthaft in die Augen schaut und länger als ein paar Sekunden am Stück mit mir spricht.

Am Dönerladen angekommen, rastet Kliemann kurz aus und flucht, weil natürlich niemand angerufen hat, und wir jetzt

SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: [spiegel.de/bestseller](https://www.spiegel.de/bestseller)

Belletristik

- 1 (1) **Renate Bergmann** **Dann bleiben wir eben zu Hause!** Ullstein; 8 Euro
- 2 (3) **Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse** Hanserblau; 22 Euro
- 3 (2) **Suzanne Collins** **Die Tribute von Panem. Das Lied von Vogel und Schlange** Oetinger; 26 Euro
- 4 (8) **Susanne Matthiessen** **Ozelot und Friesennerz** Ullstein; 20 Euro
- 5 (5) **Donna Leon** **Geheime Quellen** Diogenes; 24 Euro
- 6 (7) **Laetitia Colombani** **Das Haus der Frauen** S. Fischer; 20 Euro
- 7 (4) **Nicholas Sparks** **Wenn du zurückkehrst** Heyne; 20 Euro
- 8 (9) **Marco Balzano** **Ich bleibe hier** Diogenes; 22 Euro
- 9 (12) **Benjamin Myers** **Offene See** DuMont; 20 Euro
- 10 (10) **Pascal Mercier** **Das Gewicht der Worte** Hanser; 26 Euro
- 11 (14) **Adeline Dieudonné** **Das wirkliche Leben** dtv; 18 Euro
- 12 (16) **Lutz Seiler** **Stern 111** Suhrkamp; 24 Euro
- 13 (13) **Elizabeth Strout** **Die langen Abende** Luchterhand; 20 Euro
- 14 (15) **Monika Helfer** **Die Bagage** Hanser; 19 Euro
- 15 (11) **Martin Walker** **Connaisseur** Diogenes; 24 Euro
- 16 (-) **Anna Katharina Hahn** **Aus und davon** Suhrkamp; 24 Euro


Elisabeth soll bei ihren Enkelkindern einziehen, weil deren Mutter eine Auszeit braucht. Ein großer Gegenwartsroman, der in die Vergangenheit führt.
- 17 (-) **Charlotte Wood** **Ein Wochenende** Kein & Aber; 22 Euro
- 18 (6) **Christelle Dabos** **Die Spiegelreisende. Im Sturm der Echos** Insel; 18 Euro
- 19 (20) **Sandra Lüpkes** **Die Schule am Meer** Kindler; 22 Euro
- 20 (-) **Lucinda Riley** **Die Sonnenschwester** Goldmann; 22 Euro

Sachbuch

- 1 (1) **Richard David Precht** **Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens** Goldmann; 20 Euro
- 2 (3) **Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge** **Trotzdem** Luchterhand; 8 Euro
- 3 (4) **Maja Göpel** **Unsere Welt neu denken** Ullstein; 17,99 Euro
- 4 (7) **Philippa Perry** **Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen** Ullstein; 19,99 Euro
- 5 (5) **Dirk Steffens / Fritz Habekuß** **Über Leben** Penguin; 20 Euro
- 6 (6) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 7 (2) **John Bolton** **The Room Where It Happened** Simon & Schuster; circa 30 Euro
- 8 (9) **Michelle Obama** **Becoming** Goldmann; 26 Euro
- 9 (13) **Peter Hahne** **Seid ihr noch ganz bei Trost!** Quadriga; 12 Euro
- 10 (12) **Tim Pröse** **Jan Fedder. Unsterblich** Heyne; 22 Euro
- 11 (-) **Kathrin Passig / Aleks Scholz** **Handbuch für Zeitreisende** Rowohlt Berlin; 20 Euro


Ein unterhaltsames Geschichtsbuch, getarnt als verrückter Reiseführer – dank der Kooperation einer Schriftstellerin und eines Astrophysikers.
- 12 (14) **Kübra Gümüşay** **Sprache und Sein** Hanser Berlin; 18 Euro
- 13 (10) **Frank Thelen** **10 x DNA** Frank Thelen Media; 19,99 Euro
- 14 (8) **Fang Fang** **Wuhan Diary** Hoffmann und Campe; 25 Euro
- 15 (11) **Katja Krasavice** **Die Bitch Bibel** Riva; 19,99 Euro
- 16 (15) **Rutger Bregman** **Im Grunde gut** Rowohlt; 24 Euro
- 17 (16) **Volker Ullrich** **Acht Tage im Mai** C. H. Beck; 24 Euro
- 18 (18) **Daniele Ganser** **Imperium USA** Orell Füssli; 25 Euro
- 19 (17) **Margot Käßmann** **Nur Mut!** bene!; 12 Euro
- 20 (19) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro

sie nicht mehr kaufen. Genau wie den Dokumentarfilm, den er zeitnah über sich rausbrachte. Er sollte ursprünglich deutschlandweit für einen einzigen Tag im Kino zu sehen sein. Als wegen Corona die Kinos geschlossen waren, verkaufte er digitale Karten, für zwölf Euro. 25 Prozent der Einnahmen, also 250 000 Euro, haben sie nach eigenen Angaben an Kinos gespendet. Alles, was er einnimmt, stecke er wieder in neue Projekte. Wie das Hausboot zum Beispiel, das er sich zusammen mit dem Musiker und Böhmermann-Partner Olli Schulz gekauft hat und zu einem Musikstudio herrichtet. Wenn es in drei Monaten eröffnet, sollen die mit viel Geld ordentlich Miete zahlen, während unbekannte Künstler dort günstig oder umsonst aufnehmen können.

Das »Robin-Hood-Prinzip« nennt Kliemann das, und es klingt nicht nur etwas größtenwahnsinnig, sondern stimmt insofern nicht ganz, als er dann doch nicht ganz ohne die großen Player kann: Sein Album ist jetzt auf Spotify verfügbar, der Film auf Joyn.

Weiterer Verdacht: Ist das Ganze nur »neoliberales Selbsthilfeethos«, wie die »Zeit« schreibt? Ja und nein. Immer mehr, immer weiter, immer schneller – das klingt nicht gerade nach der Postwachstumsutopie, nach der sich viele gerade sehnen. Andererseits zeigt er, dass das »Andere«, das, was jenseits unserer normierten Idee eines guten Jetsetlebens steckt, nicht nur mit Verzicht einhergehen kann – sondern auch mit verdammt viel Spaß.

Es gibt diese berühmte Geschichte von Heinrich Böll, mit der Schulklassen seit Jahrzehnten im Ethikunterricht traktiert werden, sie handelt von einem Touristen und einem Fischer. Der Tourist weckt den Fischer auf und versteht nicht, warum der so faul herumliegt. Dabei könnte er doch noch mal rausfahren, noch mehr Fische fangen, mit dem Ertrag dann ein zweites Boot kaufen, damit dann noch mehr Fische fangen und so weiter. Bis er dann am Schluss nur noch in der Sonne liegen könnte. Das, antwortet der Fischer, könne er aber doch jetzt auch schon. Die Moral dieser Anekdote ist von schlagender Evidenz. Klar. Trotzdem bleibt man selbst meist der Tourist.

Begegnet man Fynn Kliemann, hat man zum ersten Mal das Gefühl, dass es möglich sein kann, sowohl Tourist als auch Fischer zu sein. Kliemann ist vielleicht nicht der Revolutionär, als der er sich gern ausgibt. Er spielt mit. Aber er tut es für sich. Immer mehr, immer weiter, immer schneller, aber ohne Ziel, denn er liegt ja gleichzeitig schon in der Sonne. Nach einer Utopie klingt das zwar noch nicht. Aber vielleicht nach einem gelungenen Leben. Das ist ja auch schon was. Xaver von Cranach

Ohne Ausweg

Serienkritik »Stateless« bringt das Leiden der Flüchtlinge in Australien ins Wohnzimmer – mithilfe einer jungen weißen Hauptfigur.

Auf Netflix

Ein Containerdorf unter der sengenden Sonne des Outback, bewacht von ein paar Hinterwäldlern mit Handschellen und Schlagstöcken: In einem australischen Flüchtlingslager warten sogenannte Boatpeople aus Afghanistan, Irak oder Sri Lanka darauf, dass ihre Asylanträge bearbeitet werden. Sie träumen davon, ins Land gelassen zu werden – die meisten vergebens.

Nur eine ist hier, weil sie ausgewiesen werden will: Sofie (Yvonne Strahovski) hat sich mit gestohlenen Dokumenten die Identität einer deutschen Backpackerin mit abgelaufenem Visum zusammengezimmert. Nun hofft sie, nach Europa abgeschoben zu werden. Ein ausgesprochen selt-



LISA TOMASETTI / NETFLIX

Szenen aus »Stateless« mit Darstellerinnen Keddie, Strahovski: »Gesetzeswidrige Nichtbürger«

samer Plan, geboren aus Verzweiflung. Um ihren übermächtigen Eltern zu entkommen, hatte sich die psychisch labile Sofie zuerst einer Sekte angeschlossen, wo sie vom Guru missbraucht wurde. Im Camp nun wähnt sie sich in Sicherheit.

Als Handlangerin des Gurus ist in einer Nebenrolle die australische Starschauspielerinnen Cate Blanchett zu sehen. Sie ist eine der Drehbuchautorinnen der Serie – und damit mitverantwortlich für deren Konstruktion, die zumindest auf den ersten Blick ziemlich abenteuerlich wirkt – eine Tochter aus guten Verhältnissen, die sich freiwillig in Abschiebehäft begibt? Leicht hätte das Camp zur Kulisse einer Psychogeschichte werden können und die Flüchtlinge zu bloßen Statisten. Doch der Titel »Stateless« ist Programm: In der Serie geht es um Staatenlosigkeit im weiteren Sinne, um den Verlust von Heimat generell.

Und ähnlich wie zuvor in der Serie »Orange Is the New Black«, in der eine Mittelstandstochter in den Parallelkosmos des US-Strafvollzugs gerät, führt Sofie in »Stateless« das breite Fernsehpublikum (in Deutschland läuft die Serie auf Netflix) in die Welt der Flüchtlingslager. Immerhin wird

diese erzählerische Behelfskonstruktion in der Handlung reflektiert: Die Flüchtlinge planen den Aufstand, aber sie wissen auch, dass die australische Öffentlichkeit ihnen eher ihre Aufmerksamkeit schenken wird, wenn sie eine Identifikationsfigur in ihren Reihen haben. Eine Frau wie Sofie eben.

Einer der Camp-Insassen sagt zu ihr: »Die Leute werden wissen wollen, wieso eine, die so aussieht wie sie selbst, an einem solchen Ort gefangen ist. Du könntest unsere Stimme sein. Das Gesicht unserer Leiden.«

Das ist der Subtext der Serie: Flüchtlinge sind auf Geschichten und auf Gesichter angewiesen, auf eine Botschafterin wie Sofie, damit die Welt an ihrem Elend teilnimmt. Aber wie erzählt man eine jahrelange Flucht, die von Chaos, Brüchen und Zufällen geprägt ist, als stimmige Story?

Es sind aufwühlende Szenen, in denen die Figuren ihr Leid so zu ordnen versuchen, dass sie den Asylvorgaben entsprechen. So ist das Publikum in Rückblenden dicht bei dem Afghanen Ameer (Fayssal Bazzi), der in Indonesien von einem Schlepper übers Ohr gehauen wurde. Um sich und seine Familie doch noch nach Australien zu bringen, hat Ameer den Betrüger überfallen und sich sein Geld zurückgeholt – ein krimineller Akt, der ihm beim Verhör im Lager zum Verhängnis werden könnte.



NETFLIX

Die Serie fußt auf einer Reihe wahrer Begebenheiten. 2004 war tatsächlich eine Deutschaustralierin im Baxter Detention Centre im Süden des Landes interniert, dort kam es zu der Zeit zu Protesten von Insassen und Menschenrechtsgruppen.

Doch die Behörden lassen kaum noch Boatpeople auf australischen Boden. Sie werden bereits auf dem Meer zurückgeschickt oder in Camps auf Papua-Neuginea gesperrt.

Die Serie erzählt auch von einer Abteilungsleiterin des Einwanderungsministeriums (Asher Keddie), die im Camp paragrafenkonforme Abschiebungen durchführen muss. Die sprachliche Aufrüstung ist für sie dabei mindestens ebenso wichtig wie die Handschellen der Wärter: Die Geflüchteten werden von ihr konsequent mit dem Wortungetüm »gesetzeswidrige Nichtbürger« adressiert.

Umso sinnvoller erscheint da der Dreh, eine blonde Wohlstandstochter zur Staatenlosen zu machen. Vielleicht lässt sich nur so ein Publikum erreichen, für das Flucht und Vertreibung trotz aller Medienberichte weit weg sind.

Christian Buß

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFDIREKTOR Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Hüsgen

BLATTMACHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Menke

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST Print: Anke Jensen, Thomas Schäfer, Jörn Sucher, Gesine Block (stellv.)
Online: Patricia Dreyer, Anselm Waldemann; Melanie Alhemeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Dr. Jens Radt (Multimedia), Daniel Raacke, Janko Tietz, Martin Wolf

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz, Christina Elmer (stellv.); Friederike Freiburg, Bente Kirschstein, Ole Reifmann, Dr. Susanne Weingarten

SPIEGEL+Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaels

REPORTER Ulrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit
Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock. Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamentleitung Innere Sicherheit); Redaktion: Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Hölme, Timo Lehmann, Veit Medick, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röbel, Lydia Rosenfelder, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Tevs, Severin Weiland. **Autoren, Reporter:** Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann
Politik Hamburg: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Milena Hassenkamp, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA Leitung: Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik TERNIEDEN, Dr. Markus Verbeut, Simone Salden (stellv.). **Redaktion:** Birte Bredow, Annette Bruhns, Lisa Duhm, Katrin Elger, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Armin Himmelrath, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunther Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwill, Miriam Olbrich, Alexander Preker, Ansgar Siemens, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. **Autoren, Reporter:** Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongard, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wieferle
Berlin: Andreas Wassermann. **Autor:** Stefan Berg

WIRTSCHAFT/NETZWEIT Leitung: Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horchert (Netzweil), Isabel Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.). **Redaktion:** Benjamin Biddler, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Grikke, Simon Hage, Henning Juergig, Alexander Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klawitter, Matthias Krem (Teamentleitung Netzwerk), Alexander Kühn, Hans Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz, Carolin Wahnbaeck, Robin Wille. **Autoren, Reporter:** Michaela Schiefel
Berlin: Christian Reiermann (Teamentleitung); Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Krüger, Conalia Schumegall, Anne Seith, Gerald Trautinger. **Autoren, Reporter:** David Böcking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND Leitung: Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.). **Redaktion:** Fiona Chlers, Lena Greiner (Teamentleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rojko, Raniah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Maria Stöhr, Christoph Titz, Helene Zuber. **Autoren, Reporter:** Marian Blabber, Susanne Koellb, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSEN Leitung: Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.). **Redaktion:** Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Susanne Götz, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Kerstin Kullmann, Julia Merlot, Emil Netzler, Jörg Römer, Hilmar Schmudt, Nils-Viktor Sorge (Teamentleitung), Frank Thadesuz. **Autoren, Reporter:** Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Christoph Seidler

KULTUR Leitung: Sebastian Hammelehle, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). **Redaktion:** Felix Bayer, Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Padberg, Hannah Pflanzky, Tobias Rapp, Katharina Stiegelmann, Claudia Voigt, Takis Würger. **Autoren, Reporter:** Andreas Borcholte, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorriz, Wolfgang Hädel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

REPORTER Leitung: Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stuff (stellv.). **Redaktion:** Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Timofey Neshtov, Diakola Neufeld, Jonathan Stock. **Autoren, Reporter:** Use Buse, Marc Hujer, Alexander Smolczyk, Barbara Sapp

USA: DER SPIEGEL (USPS no 01544520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: Data Media (A division of Cover-All Computer Services Corp.), 221 Kenmore Avenue, Suite 106, Buffalo, NY 14207-1306. Periodicals postage is paid at Buffalo, NY 14205. Postmaster: Send address changes to DER SPIEGEL, Data Media, P.O. Box 155, Buffalo, NY 14205-0155. e-mail: service@roltek.com, toll free: +1-877-776-5835; Canada: SUNRISE NEWS, 47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2, Tel +1-647-219-5205, e-mail: sunriseorders@bell.net

INTERNET www.spiegel.de

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966,
Mail: leserbriefe@spiegel.de. Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296989

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 275,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementspreise Persönlich erreichbar
Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte einschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 5,30 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)



REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexander Ruf, 5, 10117 Berlin: Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MAGDEBURG Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740, christopher.piltz@spiegel.de

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ACCRA Anne Backhaus, anne.backhaus@spiegel.de

BANGALORE Laura Höflinger, laura.hoefflinger@spiegel.de

BOSTON Martin Schläp, Tel. +1 929 2172432

BRÜSSEL Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titiën 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 396108, rv_brussel@spiegel.de

KAPSTADT Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa, fritz.schaap.extern@spiegel.de

LONDON Jörg Schindler, joerg.schindler@spiegel.de

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, Marc Pitzke, Samiha Shafy, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Georg Fahrion, Bernhard Zand, Tel. +86 10 65233541

ROM Frank Hornig, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingsel, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge, Charlene Optenstein

TEL AVIV Alexander Osang, Tel. +972 3 6835339

TIJUANA Sonja Peteranderl, sonja.peteranderl@spiegel.de

WARSAU Tel. +48 22 61792925

WASHINGTON Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr, walter.mayr@spiegel.de

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Giorgos Christides, Arno Frank, Jochen-Martin Gutsch, Dr. Claus Hecking, Felix Hutt, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Aleksandar Sarovic, Jurek Skrobala

DOKUMENTATION Leitung: Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Ciesching, Johannes Eitzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Janine Große, Imko Han, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Ötner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marco Scharlou, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuiso Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szymm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahle, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Benito Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: André Pätzold
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

Vertrieb: Christoph Hauschild
Herstellung: Silke Kasuba

MIX Papier
FSC FSC® C008208

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

DRUCK: Stark Druck, Pforzheimer

VERTRIEB: Christoph Hauschild

HERSTELLUNG: Silke Kasuba

ANZEIGEN: André Pätzold

GÜLTIGE ANZEIGENPREISLISTE Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

VERTRIEB: Christoph Hauschild
Herstellung: Silke Kasuba

DRUCK: Stark Druck, Pforzheimer

VERTRIEB: Christoph Hauschild

HERSTELLUNG: Silke Kasuba

ANZEIGEN: André Pätzold

GÜLTIGE ANZEIGENPREISLISTE Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

VERTRIEB: Christoph Hauschild
Herstellung: Silke Kasuba

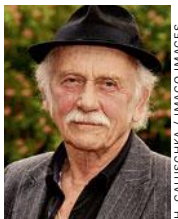
Nachrufe



MARIO ANZUONI / REUTERS

Ennio Morricone, 91

Erst mit 90 Jahren ging der Italiener auf Abschiedstournee durch Europa. Bei diesen Konzerten spielte der Filmkomponist, der sich normalerweise hinter seinem Schreibtisch in Rom verschanzte, die späten Früchte seines Lebenswerkes endlich auch live. Sein Name ist untrennbar verbunden mit den Italowestern seines Schulkameraden Sergio Leone, vor allem mit der absichtsvoll verzerrten Mundharmonika in »Spiel mir das Lied vom Tod«. Später orchestrierte Ennio Morricone kongenial Filme von Regisseuren wie Bernardo Bertolucci, Pier Paolo Pasolini, Brian De Palma oder Quentin Tarantino – immer blieb die Handschrift des Maestro erkennbar. Am römischen Conservatorio di Santa Cecilia hatte Morricone die Klassiker studiert, bei den Avantgardisten in Darmstadt das Neue kennengelernt. Beides floss, ergänzt um seine Liebe zum Leichten und Harmonischen, in seine Arbeiten für das Kino ein. In »Mission« mit Jeremy Irons spielt die von Morricone komponierte Melodie auf der Oboe sogar eine tragende Rolle in der Handlung. Hunderte Filmmusiken und andere Kompositionen schuf Morricone bis ins hohe Alter, unermüdlich und mit erstaunlicher Disziplin. »Verglichen mit klassischen Komponisten wie Bach, Frescobaldi, Palestrina oder Mozart«, sagte er einmal, »würde ich mich als arbeitslos bezeichnen.« Ennio Morricone starb am 6. Juli in Rom. FRA



H. GALUSCHKA / IMAGO IMAGES

Tilo Prückner, 79

Er war schon aufgrund seiner Physis keiner, der am Filmset sofort im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand. Der Schauspieler Tilo Prückner, zierlich, struppiger Schnauzer, arbeitete mit anderen Mitteln, ganz dezent. Seine Figuren traten nie breitbeinig auf. Er war der Fachmann für menschelnde

Normalos, die wussten, dass sie keine Helden sein müssen, um wichtig zu sein: in seiner preisgekrönten Rolle in »Bomber & Paganini« (1976) mit Mario Adorf, als Ermittler Eduard Holicek im Hamburger »Tatort« ab 2001, in der Kino-Kinderfilmreihe »Ostwind« oder in der noch laufenden Krimiserie »Rentnercops«. Der gebürtige Augsburger Prückner war einer jener Schauspieler, durch deren Arbeit der Mikrokosmos TV-Serie weniger künstlich roch und klang. Tilo Prückner starb am 2. Juli in Berlin. RED

Willi Holdorf, 80

Die Liste berühmter Zehnkämpfer aus Deutschland ist lang – Bendlin, Kratschmer, Hingsen, Wentz, Busemann –, doch was Willi Holdorf 1964 schaffte, den Sieg bei den Olympischen Spielen in Tokio, gelang nach ihm keinem mehr, vom DDR-Athleten Christian Schenk 1988 abgesehen. Völlig erschöpft war Holdorf damals beim abschließenden 1500-Meter-Lauf ins Ziel getaumelt. Nach dem Gewinn der Goldmedaille beendete der Schleswig-Holsteiner, ob-



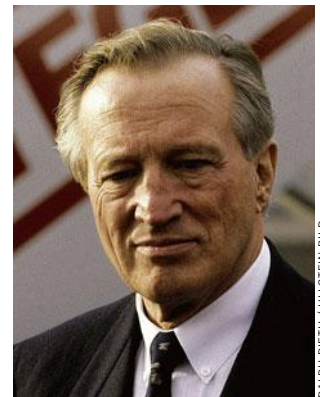
HORSTMÜLLER / IMAGO IMAGES

wohl erst 24 Jahre alt, seine aktive Laufbahn. Er hatte bereits eine Familie zu versorgen, wollte sein Sportstudium abschließen und eine Trainerkarriere bei Bayer Leverkusen beginnen – mit Leichtathletik war seinerzeit noch kein Geld zu verdienen. Es folgte ein Leben für den Sport, als Coach von Stabhochspringern und Sprintern, als Mitglied im Nationalen Olympischen Komitee, als Vertreter für den Sportartikelhersteller Adidas, als Fußballlehrer beim Bundesligisten Fortuna Köln, als Werber für deutsche Olympia-Kandidaturen und Gesellschafter beim Handballspitzenklub THW Kiel. 1973 wurde er als Anschieber sogar Vizeeuropameister im Zweierbob. Für dieses Jahr hatte Holdorf die Rückkehr an den Ort seines größten Triumphes geplant.

Doch die Sommerspiele in Tokio wurden wegen Corona auf 2021 verschoben. Willi Holdorf starb am 5. Juli im schleswig-holsteinischen Achterwehr. WEI

Heinz Ruhnau, 91

Eine Karriere, wie der gebürtige Danziger sie erlebte, ist heute kaum noch vorstellbar. Über eine Lehre als Elektromaschinenbauer kam er mit der Gewerkschaftsbewegung und der SPD in Kontakt. Schon damals wusste Heinz Ruhnau seine Verbindungen geschickt zu nutzen, die IG Metall erleichterte ihm den Zugang zum Betriebswirtschaftsstudium. Über Stationen als IG-Metall-Funktionär, Abgeordneter und Innensenator in Hamburg verschlug es ihn 1974 nach Bonn, wo er in der damaligen sozialliberalen Bundesregierung zum Staatssekretär aufstieg. Der Posten diente 1982 als Sprungbrett für seinen Traumjob: Vorstandschef der Lufthansa, die sich damals noch zu fast 75 Prozent in Staatsbesitz befand. Ruhnau's neunjähriger, ungebremster Expansionsdrang ließ die Flotte von 102 auf 275 Jets anwachsen, parallel dazu erreichte auch die Verschuldung schwindelnde Höhen. Als sein Nachfolger Jürgen Weber 1991 das Steuer übernahm, stand die Lufthansa kurz vor der Pleite. Schon damals half die bundeseigene KfW mit Krediten aus, das Unternehmen wurde radikal verkleinert. Heinz Ruhnau starb am 7. Juli in Frankfurt am Main. DID



RALPH RIEBH / JULSTEIN BILD

Umstrittene Heldin

● Die Pariserin **Assa Traoré**, 35, wurde bekannt durch ihren Kampf gegen Polizeigewalt in Frankreich, nachdem ihr Bruder Adama 2016 im Alter von 24 Jahren nach einer Festnahme gestorben war. Sie führt einen erbitterten Rechtsstreit mit den Behörden, denn sie ist überzeugt, dass ihr Bruder getötet wurde – auch wenn medizinische Gutachten die Polizisten entlasten. Jetzt findet ihr Ruf nach »Gerechtigkeit für Adama« zunehmend internationales Interesse. Vor allem in den USA. Der amerikanische TV-Sender Black Entertainment Television hat Traoré Ende Juni für ihren Einsatz gegen Rassismus ausgezeichnet. Stars wie die Sängerin Rihanna unterstützen sie auf sozialen Netzwerken. Doch Assa Traoré ist wegen ihrer zum Teil radikalen Äußerungen keineswegs unumstritten: »Was heute in den Vororten passiert, ist die Fortführung der Geschichte der Sklaverei und der Kolonisierung«, sagte sie etwa. Kritiker erinnern zudem gern daran, dass mehrere Mitglieder der Familie Traoré schon im Gefängnis saßen. Man kriminalisiere das Opfer, sagt Traoré. Sie führt ihren Kampf längst nicht mehr allein und organisierte eine sehr große Demonstration. »Ich mache keine Politik und interessiere mich auch nicht dafür. Ich bin nur die Schwester von Adama. Ich selbst bin nichts.« PE



CHRISTOPHE CLOVIS / BESTIMAGE



REUTERS/GETTY IMAGES

Singen gegen Gewalt

● Manchmal könnte sie verzweifeln, angesichts all der Krisen auf der Welt, sagte die Musikerin **Annie Lennox**, 65, kürzlich dem »Forbes«-Magazin. Doch sie versuche, dagegen anzugehen. Zum Beispiel indem sie Spenden sammle zur Unterstützung

von Frauen, die während der Coronakrise häuslicher Gewalt ausgesetzt seien. Die Aktion wird auf der Plattform Charitystars.com organisiert, die Erlöse gehen an Lennox' Hilfsorganisation The Circle. Freunde und Bekannte der Britin, darunter Sting oder Taylor Swift, singen vor der Kamera oder spenden ein signiertes Instrument. Auch Lennox selbst ist mit von der

Partie. Vergangenen Donnerstag lag das Höchstgebot für ein Videounikat mit ihr bei mehr als 4000 Euro. Wer nicht so viel Geld hat, kann bis zum 31. Juli für wenige Euro auch ein Los kaufen. Die Videoauftritte werden zusätzlich mit einer persönlichen Botschaft der Künstler geadelt, die Gewinner können sich zum Beispiel Geburtstagsgrüße wünschen. KS

Blumen statt Spinne

● Als **Lady Hale**, 75, damals Vorsitzende Richterin des obersten britischen Gerichts, im vergangenen September in einem schlichten schwarzen Kleid mit großer Spinnenbrosche auftrat, wurde wild darüber spekuliert, was das zu bedeuten habe. Viele Spinnen bauen schließlich Netze, in denen sich andere Lebewesen verfangen. Hales Gericht hatte darüber zu entscheiden, ob Boris Johnson das britische Parlament in eine fünfwöchige Zwangspause schicken durfte. Der Premier



SUPREME COURT / DPA

wollte offenbar die Brexit-Vorbereitungen ohne lästige Debatten vorantreiben. Hale wies Johnsons Vorgehen als rechtswidrig zurück, dabei saß die Spinnenbrosche dekorativ unter ihrem rechten Schlüsselbein. Nun – neun Monate später – sagte die Richterin im Ruhestand dem »Guardian«: »Ich habe damit keine versteckte Botschaft verbunden.« Darin unterscheidet sie sich von der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright, die mit ihren Broschen sehr wohl Botschaften an die Welt schickte. Lady Hale besitzt sogar deren Buch »Read My Pins«, doch sie sagt: »Ich bin keine Politikerin, ich spiele in der Politik keine Rolle.« Wenn sie vorher gewusst hätte, welche Aufregung ihre Brosche verursachen würde, hätte sie ein anderes Modell gewählt, so Hale: »Wahrscheinlich hätte ich mir einen unverfänglichen Blumenstrauß angesteckt.« Sie besitzt nämlich eine ganze Sammlung dieser Art Schmuckstücke, keines davon besonders wertvoll: Die berühmte Spinne soll nur um die zwölf Pfund gekostet haben. CLV



VICKI COUCHMAN / CAMERA PRESS / LAIF

Allein an der Front

● Berühmt ist er für seine Bilder von Popstars oder Models. Jetzt hat der britische Fotograf **Rankin**, 54, Krankenpfleger, Reinigungskräfte, Rettungssanitäter und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des National Health Service (NHS) fotografiert. Der NHS, der staatliche Gesundheitsdienst Großbritanniens, feiert in diesen Tagen sein 72-jähriges Bestehen. Rankins Porträts werden an Bushaltestellen, Werbetafeln und in Fußgängerzonen gezeigt. Der Fotograf, zu dessen Kunden die

Rolling Stones, Elizabeth II. und Kate Moss zählen, meldete sich nach dem ersten Schock des Lockdowns beim NHS und bot seine Dienste unentgeltlich an. Er habe helfen wollen, sagt er. Er reiste dann auf dem Höhepunkt der Pandemie durchs Land und porträtierte die NHS-Mitarbeiter, die sich täglich im Kampf gegen das Virus behaupten müssen: »Ich wollte jeden fotografieren, weil alle mit diesem sehr gefährlichen, lebensbedrohlichen Ding konfrontiert sind, ganz allein, an der Front.« Alle seien unwahrscheinlich bescheiden gewesen. »Keiner von ihnen sagte, er sei ein Held.« KS

Transzendentaler Beatle

● Der ehemalige Beatles-Schlagzeuger **Ringo Starr** machte sich ein Geschenk zu seinem 80. Geburtstag am 7. Juli: In einer selbst inszenierten »Big Birthday Show« streamte er auf YouTube und auf seiner Homepage Auftritte von Familienangehörigen und Freunden, darunter Sir Paul McCartney, Eagles-Gitarrist Joe Walsh, Mick Fleetwood, Ben Harper, Dave Grohl, Sheila E., Sheryl Crow sowie George Martins Sohn Giles und George Harrisons Witwe Olivia. Souverän, mit getönter Brille und Fingerringen, saß der Musiker zwischen den eingespielten Performances am

Drumset, nuschelte freundlich die Namen der Gratulanten herunter und genoss die virtuelle Aufmerksamkeit. Zwischen den Musikstücken sammelte er Spenden für Projekte wie die »Black Lives Matter«-Stiftung oder die karitative David Lynch Foundation – Ringo und Regisseur Lynch sind Anhänger der Transzendentalen Meditation. Die Freunde glauben, damit Traumata heilen und die Welt »zu einem besseren Ort« machen zu können. Eigentlich unnötig – das hat Ringo Starr schließlich schon mit seiner Band, den Beatles, getan. RED



REBECCA GABAGE / INVISION / AP / PICTURE ALLIANCE



»Mallorca – eine Geisterinsel? Man kann es auch anders sehen: Vielleicht war Mallorca in den vergangenen Jahren von allen guten Geistern verlassen!«

Klaus Hohm, Vögelsen (Niedersachsen)

Mehr Lebensfreude

Nr. 28/2020 Mallorca, die Geisterinsel – Was wird aus dem Lieblingsziel der Deutschen?

Ist es tatsächlich so kompliziert für die angebliche »Lieblingsinsel der Deutschen«, ein wirksames Fremdenverkehrskonzept zu erstellen? Es muss doch, nach Überwindung der Corona-Pandemie, möglich sein, ein nachhaltiges Tourismussystem aus Individualurlaub und Touristenmassen mit einigermaßen kultiviertem Anspruch zu gestalten, ohne gleich wieder in den alkoholgeschwängerten primitiven Partytourismus abzugleiten.

Manfred Radina, Schweinfurt (Bayern)

Sehr eindrucksvoll, wie Juan Moreno das Dilemma der Mallorquiner beschreibt und wie tief deren existenzielle Krise ist. Möge der Tourismus bald nach Mallorca und Spanien zurückkehren. Die Gesichter mit Masken an Flughäfen, Stränden und in Geschäften werden hoffentlich dafür sorgen, dass Overtourism endlich der Vergangenheit angehört.

Ludger Haferkemper, Höxter (NRW)

Bei aller Sympathie für Juan Moreno und sein Anliegen und bei auch vorhandenem Ironie-Verständnis: Die Aufforderung, den Mallorquinern den Gefallen zu tun, ihr Paradies zu ruinieren, ist mir dann doch zu viel. Genau das ist es, was wir nicht (mehr) tun sollten, und die Mallorquiner sollten es auch nicht (mehr) so wollen. Ja, die Menschen auf Mallorca müssen auch leben, wir alle müssen leben. Gemeinsam müssen wir dafür Wege finden, ohne unsere Lebensgrundlagen zu ruinieren. Die ständige Steigerung der Umsätze ohne Rücksicht auf die damit einhergehenden Verluste ist aus meiner Sicht falsch. Neue Wege zu gehen ist nicht leicht, aber es wird am Ende sicher nicht leichter, wenn wir sie nicht wenigstens anfangen zu gehen. Das gilt übrigens für die Mallorquiner wie für alle anderen, auch uns hier in Deutschland.

Hans-Joachim Lotz, Hamburg

Ich fasse es einfach nicht: Hierzulande sehen Millionen Bundesbürger (nicht nur wegen Corona) in eine ungewisse Zukunft, die EU befindet sich in unsicherem Fahrwasser. Und da fragen Sie nach Mallorca?! Matthias Kaiser, Schutterwald (Bad.-Württ.)

Es wird immer schwieriger, nur Übernachtung/Frühstück zu buchen, dann würden nämlich die Restaurants am Ort verdienen. An Vollpension und All-inclusive verdient hauptsächlich der Reiseveranstalter. Aber das ist ja wohl der Sinn der Sache.

Angelika Sallach, Berlin



Hafen von Portocolom auf Mallorca

Mallorca, die »Schatzinsel« ohne deutsche »Touristen-Piraten«, hat zwar weniger Einnahmen, aber langfristig wieder mehr Lebensfreude.

Raffaele Ferdinando Schacher, Rorschach (Schweiz)

Wer geht zu so einer Truppe?

Nr. 27/2020 Der Eliteverband KSK hat Probleme mit dem Rechtsextremismus

Bei der Lektüre Ihres Artikels wird offenbar, dass es für die Mitglieder des KSK-Kommandos zu einer der großen Herausforderungen gehört, für den Ernst- und Einsatzfall hart zu üben, jederzeit bereit und fit zu sein, aber nicht oft in Aktion treten zu können. Es leuchtet ein, dass dies keine leichte Aufgabe ist. Dennoch sollte sie zu den Anforderungen gehören und zu erfüllen sein. Wer sich mehr Kriseneinsätze – und das heißt zugleich mehr Krisen – wünscht, sollte vielleicht besser bei einem der von etlichen Staaten in der Welt unterhaltenen privaten Söldnerheere anheuern.

Beate Erdmann, Bonn

Wer geht zu so einer Truppe? Junge Männer, die das Abenteuer suchen und ihr Leben für einen anderen riskieren würden, aus reiner Lust am Abenteuer. Man muss deren archaische Kapazitäten, die ihnen von der Natur gegeben wurden, nur ausschöpfen können, sie motivieren und ihnen Anerkennung geben. Solch ein System funktioniert nur mit Korpsgeist, es bedarf absoluten Vertrauens in die Kompetenzen des Kameraden, der einen gegebenenfalls retten wird. Da werden auch »Entgleisun-

gen« weggedrückt, denn letztendlich zählen völlig andere Kriterien als in der Politik. Wie diese jungen Männer ticken, das verstehen Leute wie Frau Kramp-Karrenbauer nicht, da sie keine Affinität zu dieser Art des Lebens haben, wenn es gilt, »die Demokratie am Hindukusch« oder sonst wo zu verteidigen. Wenn es aber ernst wird und um das Leben Dritter geht, sind diese Tugenden plötzlich wieder gefragt.

Michael Hinz, Polizeiarzt, München

Die jetzt bekannt gewordenen Skandale um die KSK-Elite-Einheit bei der Bundeswehr überraschen mich gar nicht, gerade in straffen Organisationsstrukturen wie der Bundeswehr oder der Polizei können solche Verhaltensweisen und rechtsextremistische Entwicklungen besonders gut gedeihen. Wo Befehle, Untertanen- und Korpsgeist dominieren, hat es ein Bürger mit durch und durch demokratischer Gesinnung, der die kritische Auseinandersetzung sucht, sehr schwer, sich durchzusetzen. Noch heute bin ich meinen Eltern dankbar, dass sie ihren Wohnsitz in West-Berlin beibehalten haben, sodass mir der Wehrdienst erspart geblieben ist. In einer solchen Umgebung wäre ich als Freigeist wahrscheinlich kaputtgegangen.

Thomas Henschke, Berlin

Der ideale Gegner

Nr. 27/2020 Friedrich Merz über seine Aussichten, Parteichef zu werden, über Schwarz-Grün und Philipp Amthors Fehltritt

Ich lese den SPIEGEL seit Jahrzehnten, und mir fällt auf, dass Sie immer wieder Politiker protegieren, die das nicht verdient haben; die mit ihrer Verlogenheit und finanziellen Gier keine Vorbilder sind und gewissenlos Zwietracht säen. Dass Sie Herrn Schröder oder Herrn Merz immer wieder ein Forum geben, finde ich unerträglich. Es gibt so viele seriöse Politiker, die etwas Wichtiges zu sagen haben. Lassen Sie die doch lieber zu Wort kommen.

Manuela Yacoubi, Mönchengladbach

Den klaren Aussagen von Friedrich Merz werden viele Leser zustimmen, die sich Gedanken um die Zukunft unseres Landes machen. Nur mit einer grundsätzlichen Erneuerung unserer sozialen Marktwirtschaft können die zukünftigen Probleme gelöst werden. Die oft vertretene Ansicht,

Merz stehe auf der Seite des Wirtschaftsflügels und könne deshalb von grün/links orientierten Wählern keine Zustimmung erreichen, sollte nach diesem Beitrag revidiert werden. Mir fehlt nur eine Stellungnahme zu der ständig wachsenden Ungleichheit bei der Vermögensbildung. »Reichtum verpflichtet« sollte am Anfang einer Neuausrichtung unserer sozialen Marktwirtschaft als Leitsatz stehen.

Joachim Neckritz, Höchstädt (Bayern)

Friedrich Merz for Kanzlerkandidat! Das würde sicher bei SPD und Linken gut ankommen. Merz wäre für sie der ideale Gegner: Er ist kein volksnaher Typ, der auch auf Anhänger anderer Parteien anziehend wirken würde, er ist wohlhabend, zu konservativ, der Liebling der Wirtschaft und wäre auch kein idealer Partner für eine Koalition mit den Grünen.

Dietrich Jesse, Mainaschaff (Bayern)

Warum haken Sie nicht nach, wenn Friedrich Merz sagt, er würde »absolut« wieder zu Blackrock gehen? Warum konfrontieren Sie ihn hier nicht mit der Aussage von Norbert Blüm, Blackrock sei ein »Haisfisch« und Merz »ein Mann der großen Geldwirtschaft«, der allein schon deswegen nicht Vorsitzender einer Partei mit dem »C« im Namen werden könne? Warum fragen Sie ihn in dem Kontext nicht direkt nach seinem christlichen Menschenbild und ob das »C« in der CDU für ihn nicht zunehmend zu einer Bürde wird? Was hat Merz zu bieten gegen die immer



CDU-Politiker Merz

weiter auseinanderdriftende Schere zwischen Arm und Reich, und wie steht er zur Verantwortung der von ihm propagierten neoliberalen Wirtschaftspolitik? Warum kommt keine Frage zur Klimapolitik und zu seiner Aussage, Greta Thunberg sei »krank« und dass er seine Tochter nicht zur Uno hätte reisen lassen? So sinnvoll

einige Ihrer Fragen an den nicht nur äußerlich grün gewandelten Merz ja sind, so offensichtlich ist auch, was alles gefehlt hat.

Ekkehard Höhl, Aachen

Drastische Maßnahmen

Nr. 27/2020 Schon in der kommenden Woche könnte die israelische Regierung Teile des Westjordanlands annektieren – was denken die Menschen, die dort leben?

Sie schreiben: »1948 brach ... der Krieg aus.« Mit Verlaub: Das stimmt nicht. Unzulässige, sinnverkehrende Fragmentierungen in der Berichterstattung über Israel wie diese sind es, die den latenten Antisemitismus, der getarnt als Anti-Israëlismus daherkommt, befeuern. Es brach kein Krieg aus. Nachdem die Palästinenser die Uno-Resolution 181 von 1947 zur Zweistaatenregelung (auf welche sie heute in ihren Forderungen ironischerweise rekurrieren) abgelehnt hatten, griffen sie mit einer panarabischen Koalition den Staat Israel an. Ziel war dessen Auslöschung und damit die des jüdischen Volkes. Dieser von arabischer und damit auch palästinensischer Seite begonnene Krieg ist der Grundstein für den Gesamtkonflikt, wie wir ihn heute kennen.

Martin Scheil, Lübeck

Trump und Netanyahu brechen das Völkerrecht, missachten die selbst von den USA und Israel unterzeichneten internationalen Vereinbarungen und begehen bei der geplanten Annexion von 30 Prozent des Westjordanlandes nach Auffassung von Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn einen Diebstahl. Sie halten den Funken in der Hand und sorgen für einen erneuten Brand. Die vorgesehene völkerrechtswidrige Annexion ist durchaus mit der der Krim vergleichbar und darf nicht hingenommen werden. Israel muss im eigenen Interesse daran gehindert werden, damit es nicht dauerhaft eine Besatzungsmacht bleibt. Nur drastische Maßnahmen können Israel von dieser Entscheidung abhalten: Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel und Anerkennung des Staates Palästina in den Grenzen vor 1967. Alles andere ist wirkungslos. Schließlich darf das besondere Verhältnis zum Staat Israel nicht als Rechtfertigung für weiteres Unrecht missbraucht werden.

Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e. V., Bad Iburg

Auf Party und Alkohol reduziert

Nr. 27/2020 Der Skiort Ischgl wurde zu Europas Ground Zero der Coronakrise – nun verlangen Opfer und Angehörige eine juristische Aufarbeitung

Für mich als Auslandsösterreicherin ist es wirklich zum Fremdschämen, wie Bundeskanzler Kurz, die schwarz-grüne Bundesregierung und das schwarz-grüne Land Tirol jetzt mit einer massiven Werbeoffensive um deutsche Urlauber buhlen, wäh-



Feiernde vor Bar in Ischgl

rend der Skandal um Ischgl verschleppt, vertuscht, die Verantwortung hin und her verschoben oder negiert wird. Die Grünen hatten sich ja mal eine Transparenzoffensive auf die Fahnen geschrieben – allerdings vor ihrer Regierungsbeteiligung. In Wien und Innsbruck pfeifen es die Spatzen von den Dächern, wer in Tirol de facto regiert und wie die mächtigen Lobbyisten von Wirtschaftsbund, Seilbahn- und Tourismuswirtschaft in Personalunion die Schließung verzögerten, um die Wintersaison profitabel und durchaus erfolgreich abzuschließen.

Elja Schiöberg, München

Ich finde es bedauerlich, wie man einen Skiort so auf Party und Alkohol reduzieren kann. Ich komme seit vielen Jahren nach Ischgl zum Skifahren und finde die Pisten ideal und immer bestens gepflegt. Wer gern Ski fährt, findet wenige vergleichbare Orte mit so einem guten Pistenangebot. Den Rest muss man nicht mitmachen.

Gerhard Dinger, Bischweier (Bad.-Württ.)

Nachdem wir gesehen haben, wie sorgfältig die österreichische Justiz die Katastrophe von Kaprun aufgearbeitet hat und hier einen deutschen Heizlüfter als Alleinschuldigen identifiziert hat, können wir damit rechnen, dass nach umfangreichen und langwierigen Ermittlungen dann ein illegal eingereister, Corona-infizierter Rucksack aus Island als Auslöser der Katastrophe gefunden wird.

Herbert Gros, Röttenbach (Bayern)

Korrektur

zu Heft 26/2020, Seite 106: »Besser reden als auslöschen«

Entgegen unserer Darstellung ist die Von-Trotha-Straße im Oberhausener Stadtbezirk Sterkrade nicht nach dem preußischen Generalleutnant Lothar von Trotha benannt, der für den Völkermord an den Herero und Nama in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika verantwortlich war. Namensgeber ist vielmehr Boto Franz Wolfgang von Trotha, von 1886 bis 1906 Bürgermeister von Sterkrade.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Aus der »Heilbronner Stimme«:
»Die Umsetzung habe sich dann aber bei der Zeag verzögert mit der Folge, dass das Teichhuhn aktuell zum zweiten Mal auf der Fontäne brühte.«

Kranwasser ist genauso gesund wie Leitungswasser. FOTO: SONART

Aus der »WAZ«

Aus den »Stuttgarter Nachrichten«:
»Mit den Jackentaschen voller kleiner Schnapsfläschchen hat ein Supermarktmitarbeiter am Montag gegen 21.30 Uhr einen Räuber ertappt.«

2 Offenstallplätze frei!

in kleiner Herde bei 88605 Sauldorf (maximal 6 Pferde).

Gerne auch Senioren/Rentner - Altersweide möglich.

Bei Interesse: stall@ul...

Anzeige in den Ortsnachrichten Owingen/Bodenseekreis

Aus dem »Trierischen Volksfreund«:
»Er ist zurück: Der erste Wolf jagt im Hunsrück in freier Wildbahn seit mehr als 140 Jahren.«

Aus dem »Schwäbischen Tagblatt«:
»100 Euro gingen an die Polizei und 600 Euro an das Gericht – im Zusammenhang mit einer städtischen Auflage nach den Geschehnissen, der Hund müsse einen Maulwurf tragen.«

Rüstige Rentner verschönern ihr Dorf mit Herzblut

Aus der »Rhein-Zeitung«

Aus der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«: »Sein Ausgang ist so vorhersehbar wie der des Showdowns auf der Sweetwater-Farm, als der Namenlose den skrupellosen Verbrecher niederstreckte und dem Sterbenden seine Ziehharmonika zwischen die Zähne steckte.«

Lufthansa fliegt aus dem Dax

Aus der »Sächsischen Zeitung«

Einfach mehr Wissen

Jetzt am Kiosk



Spielen, rätseln, basteln

Die besten Tipps für den Sommer

Mehr erfahren:

www.spiegel.de/deinspiegel/

Zitate

Die »Süddeutsche Zeitung« zu Urlaub und dem SPIEGEL-Titel »Mallorca – Die Geisterinsel« (Nr. 28/2020):

Sollte man es in diesem Jahr nicht einfach mal ganz sein lassen? Aber was sicherlich gut für den R-Faktor, für die Luft und für



Venedig wäre, ist nun einmal fatal für die Luft-hansa und für das Hotel-gewerbe. Die Befürwor-ter eines regen Reisebe-triebs argumentieren des-halb auch weniger mit dem Erholungsfaktor als mit der Rettung der Tou-rismusbranche. Der SPIEGEL forderte ge-rade sinngemäß: Zerstört das Corona-bedingte Paradies auf Malle, damit es wei-terlebt!

Der SPIEGEL forderte ge-rade sinngemäß: Zerstört das Corona-bedingte Paradies auf Malle, damit es wei-terlebt!

ZDF-Moderator Markus Lanz zu Friedrich Merz (CDU) und seiner Kleiderwahl beim SPIEGEL-Gespräch »»Die Botschaft ist: Wir kriegen euch«« (Nr. 27/2020):

Lanz: Wie lange haben Sie überlegt, was genau Sie anziehen?

Merz: (lacht) Also, das ist ein Sommeranzug von mir...

Lanz: Jaja.

Merz: ... den ich hin und wieder anziehe.

Lanz: Den haben Sie schon länger, ja?

Merz: Den habe ich schon seit ein paar Jahren. Und auf dem Weg ins Büro hab ich mir gedacht: »Na ja, heute hast du den SPIEGEL zu Besuch, mal sehen, dass das nicht zu grün wird.« So, aber dann ist ein bisschen Grün draus geworden, und dann war's halt grün.

Lanz: Das heißt, die haben den eingefärbt?

Merz: Nein, der ist grün, der ist genauso, wie er da auf dem Bild ist.

Lanz: Und die Krawatte auch?


Merz: Auch, ja.

Lanz: Verrückt.

Merz: Die trag ich sogar hin und wieder.

Die »Welt am Sonntag« schreibt Alt-68er Rainer Langhans einen Brief anlässlich seines SPIEGEL-Gesprächs (Nr. 25/2020):

... als Sie letzte Woche mit dem SPIEGEL sprachen, da haben Sie mich zum ersten Mal erschreckt. Den Datenkraken Facebook finden Sie fantastisch, Trump attestieren Sie kindlichen Faschismus, den wir uns »neugierig anschauen« sollten. Und das furchtbare Coronavirus zeige uns, glauben Sie, »ein planetares Bewusstsein, erstmalig in der menschlichen Geschichte«. Lieber Rainer Langhans, werden Sie bitte nicht ... zum Alu-Hut. Bleiben Sie doch einfach, wer Sie wunderbarerweise sind: ein achtzigjähriges Kind mit weißen Locken.



Unsere Weine sind
so individuell wie
wir – und gemacht
fürs Miteinander.

Weine aus Rheinhessen:
Qualität, die man schmeckt.



Die 13 deutschen Weinregionen sind
geschützte Ursprungsbezeichnungen.



Rheinhessen ist eines der 13 deutschen Anbaugebiete, das die EU als geschützte Ursprungsbezeichnung anerkannt hat. Es ist die größte deutsche Weinregion und erstreckt sich linksrheinisch am Rheinbogen von Worms über Mainz nach Bingen. Im trockenen Klima wachsen zu 70% weiße Rebsorten – vor allem Riesling, die Burgundersorten sowie der Silvaner. Mehr Informationen zur geschützten Ursprungsbezeichnung Rheinhessen: www.rheinhessen.de/gu


Rheinhessen
DIE WEINE DER WINZER


**Willkommen
in besten Lagen.**
deutsche-weine.de



**Einzel-, Groß-, Online-
oder Außenhandel:
Wir sind für Sie da.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Mit unserer Genossenschaftlichen Beratung.

Der Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: ehrlich, kompetent, glaubwürdig und gerne auch zu Finanzthemen rund um Krisenbewältigung und Zukunftsstrategien. Probieren Sie es aus und nutzen auch Sie unsere Genossenschaftliche Beratung für Ihre unternehmerischen Ziele und Wünsche, Pläne und Vorhaben. Jetzt Termin vereinbaren und beraten lassen: vr.de/durchstarten

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**

